

Verfassungsschutz- Bericht

**Berlin
1997**

FAIRSTÄNDNIS

Menschenwürde achten - Gegen Fremdenhaß

Die Innenminister von Bund und Ländern

**Verfassungsschutz-
Bericht**

**Berlin
1997**

Herausgeber:
Redaktion:
April 1998
Druck:

Landesamt für Verfassungsschutz Berlin
Referat AL 2

Verwaltungsdruckerei Berlin

Abdruck gegen Quellenangabe
gestattet, Belegexemplar erbeten.

Vorwort

Vorwort

Die Arbeit des Verfassungsschutzes ist Ausdruck des Selbstbehauptungswillens unserer freiheitlichen Demokratie. Diese kann nicht allein von staatlichen Behörden geschützt werden. Der Schutz der Demokratie ist vielmehr Aufgabe aller Bürgerinnen und Bürger. Deren Bereitschaft, sich mit unserer Verfassungsordnung zu identifizieren, an ihrer Bewahrung aktiv mitzuwirken und den Gegnern unseres Rechtsstaates mit Entschiedenheit entgegenzutreten, ist der beste und wirksamste Verfassungsschutz.

Hierfür müssen der Öffentlichkeit die notwendigen Informationen vermittelt werden, die es jedermann ermöglichen, sich selbst ein Urteil über die Gefahren zu bilden, die unserem Staatswesen durch verfassungsfeindliche Kräfte drohen. Der vorliegende Verfassungsschutzbericht soll dazu einen Beitrag leisten, indem er über die Hintergründe und Zielsetzungen des Extremismus und über die Aktivitäten fremder Nachrichtendienste in Berlin informiert.

Im Bereich des Linksextremismus ging die größte Gefahr für die innere Sicherheit Berlins auch im Jahr 1997 von den sogenannten Autonomen aus. Die Militanz ihrer Aktivitäten hat deutlich zugenommen. Angehörige der autonomen Szene verübten im vergangenen Jahr schwerste Straftaten, unter anderem Brandanschläge und Sachbeschädigungen in Millionenhöhe. Besondere Aufmerksamkeit verdient, daß die Grenzen zwischen den dogmatischen und den gewaltbereiten Gruppierungen des linksextremistischen Spektrums zunehmend unschärfer werden.

Große Sorge bereitet die in Berlin wie auch bundesweit zu verzeichnende Zunahme rechtsextremistischer Aktivitäten. Der Anstieg der Straf- und insbesondere der Gewalttaten gibt Anlaß zu außerordentlicher Wachsamkeit. Der bei den rechtsextremistischen Parteien in den letzten Jahren festgestellte deutliche Abwärtstrend hat sich nicht fortgesetzt. Im vergangenen Jahr erhöhte sich das Mitgliederpotential bundesweit um rund 1 300 Personen. Auch für Berlin war dieser Trend durch Zuwächse bei der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) und der Partei „Die Republikaner“ (REP) festzustellen. Sorgfältig beobachtet werden muß in diesem Zusammenhang die weitere Entwicklung der NPD, die zunehmend tagespolitische Themen aufgreift und sich unter dem Begriff „Nationaler Widerstand“ um eine themen- und aktionsgebundene Zusammenarbeit mit Neonazis, Skinheads und sonstigen Rechtsextremisten bemüht. Für einen rechtsextremistischen Terrorismus in Berlin liegen nach wie vor keine Erkenntnisse vor. Allerdings stellen einzelne be-

Vorwort

waffnete Personen, wie der Fall DIESNER gezeigt hat, ein unkalkulierbares Gefahrenpotential dar. Der Rechtsextremismus gefährdet unsere Verfassungsordnung zwar nicht akut, ist aber eine Herausforderung für die innere Sicherheit, die weiterhin sehr ernst genommen wird und der sich die politisch Verantwortlichen entschlossen stellen.

Im Bereich des Ausländerextremismus war das Jahr 1997 durch den Verzicht der PKK auf Gewaltaktionen gekennzeichnet. Dieses Verhalten darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die PKK als konspirativ agierende und straff organisierte Kaderpartei jederzeit in der Lage ist, bei einer Eskalation des türkisch-kurdischen Konflikts Gewalt als Mittel zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele anzuwenden. Ein besonderes Augenmerk muß den zunehmend gewalttätig ausgetragenen Richtungskämpfen innerhalb einzelner ausländischer extremistischer Organisationen gewidmet werden und hierbei insbesondere der „Devrimci Sol“ sowie dem „Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. Köln“ (ICCB). Die Ermordung des Anführers des oppositionellen Flügels innerhalb des ICCB im Mai 1997 in Berlin verdeutlicht, daß diese Gruppierungen bei der Austragung ihrer Richtungskämpfe selbst vor Mordanschlägen nicht zurückschrecken. Sorgfältig beobachtet werden muß auch die Entwicklung im Bereich der islamisch-extremistischen Organisationen. Der Verfassungsschutz befaßt sich nicht mit dem Islam als Religion. Allerdings bedürfen diejenigen Organisationen, die Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung verfolgen und die Konflikte aus ihren Heimatländern nach Deutschland tragen und sie hier fortsetzen, der konsequenten Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden.

Vor dem Hintergrund unverminderter Aktivitäten ausländischer Nachrichtendienste gewinnt die präventive Spionageabwehr immer mehr an Bedeutung. Insbesondere die Abwehr der Aktivitäten im Bereich der Wirtschaftsspionage, die großen ökonomischen Schaden anrichtet und den Verlust vieler Arbeitsplätze nach sich zieht, macht es dringend erforderlich, daß die Berliner Verfassungsschutzbehörde nicht nur der gesetzlich vorgeschriebenen Informationspflicht genügt, sondern auch gezielt Wissens- und Entscheidungsträger in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft sensibilisiert.

Die Richtigkeit, unsere Demokratie auch mit den Mitteln des Verfassungsschutzes zu schützen, erweist sich auch in der Darstellung der Erkenntnisse über die Scientology-Organisation. Die nach Beschluß der Innenministerkonferenz seit Sommer letzten Jahres nahezu bundesweite Beobachtung der Scientology-Organisation hat die vorhandenen Anhaltspunkte für ihre verfassungsfeindliche Zielsetzung und Arbeitsweise, ihre Abwehrmaßnahmen und ihren Aufbau weitgehend bestätigt und zusätzliche Erkenntnisse erbracht. Die in Berlin gewonne-

Vorwort

nen Erkenntnisse werden Teil des Berichts werden, der der Innenministerkonferenz im Herbst 1998 vorgelegt wird.

Der Verfassungsschutzbericht für das Jahr 1997 stellt erneut unter Beweis, daß der freiheitliche Rechtsstaat auf einen handlungsfähigen Verfassungsschutz nicht verzichten kann. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Berliner Verfassungsschutzbehörde danke ich für ihre engagierte Arbeit. Sie leisten einen wesentlichen Beitrag zum Erkennen der Gefährdungen und damit zur Erhaltung unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Berlin im April 1998

Jörg Schönbohm
Senator für Inneres

Vorwort

Inhaltsverzeichnis

INHALTSVERZEICHNIS

A VERFASSUNGSSCHUTZ BERLIN

1	Aufbau und Organisation, Aufgaben und Befugnisse	2
2	Öffentlichkeitsarbeit (Verfassungsschutz durch Aufklärung).....	2

B LINKSEXTREMISMUS

1	Allgemeiner Überblick	8
2	Gewaltbereite Linksextremisten	10
2.1	Autonome	12
2.1.1	Ziele	12
2.1.2	Aktionsformen und Militanz	17
2.1.3	Aufsplitterung der Szene	19
2.1.4	Aktionsschwerpunkte	22
2.1.5	Publikationen	33
2.2	Terrorismus	35
2.2.1	„Rote Armee Fraktion“ (RAF)	36
2.2.2	„Antiimperialistische Zelle“ (AIZ)	40
2.2.3	„Antiimperialistischer Widerstand“ (AIW)	42
2.3	Anarchistische Personenzusammenhänge	44
3	Marxisten-Leninisten und sonstige revolutionäre Marxisten einschließlich Trotzlisten	45
3.1	Marxistisch-leninistische Parteien	45
3.1.1	„Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)	45
3.1.2	„Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD - Sitz Berlin)	46
3.1.3	„Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)	47
3.2	Sonstige revolutionär-marxistische Gruppen einschließlich trotzkistischer Vereinigungen	48
3.2.1	„Marxistische Gruppe“ (MG)	48
3.2.2	„Revolutionäre Kommunisten (BRD)“ (RK)	49
3.2.3	Trotzkistische Vereinigungen	50
4	Linksextremistische Positionen in der „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS)	51
4.1	„Kommunistische Plattform der PDS“ (KPF)	52

Inhaltsverzeichnis

4.2	"Marxistisches Forum"	54
4.3	"Forum West"	55
4.4	"Kommunistische Arbeitsgemeinschaft in und bei der PDS"	56
4.5	"Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen in und bei der PDS" (AG JG) ...	57
4.6	"Arbeitsgemeinschaft Autonome Gruppen in und bei der PDS" (AG AG) ...	59
4.7	Bezirksorganisation (BO) Kreuzberg der PDS.....	60
5	Einsatz innovativer Kommunikationstechniken.....	61
6	Ausblick	62
C	RECHTSEXTREMISMUS	
1	Allgemeiner Überblick.....	66
2	Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund.....	72
3	Militante Rechtsextremisten.....	77
3.1	Rechtsextremistische terroristische Ansätze	77
3.2	Skinhead-Szene	81
4	Neonationalsozialistische Organisationen und Einzelaktivisten	86
4.1	Zielsetzung	86
4.2	Umstrukturierung der Neonaziszene	86
4.3	Aktivitäten der Berliner Neonazis.....	88
4.4	"Unabhängige Kameradschaften".....	89
4.5	„Die Nationalen e. V.“	92
4.6	„Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.“ (HNG)	94
4.7	„Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei - Auslands- und Aufbauorganisation“ (NSDAP-AO)	95
4.8	„Vandalen - Ariogermanische Kampfgemeinschaft“	96
4.9	Strafverfahren gegen Neonazis	96
5	Rechtsextremistische Parteien	98
5.1	„Deutsche Volksunion“ (DVU).....	99
5.2	„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD).....	100
5.3	„Die Republikaner“ (REP)	105
6	Sonstige rechtsextremistische Vereinigungen.....	107
6.1	„Deutsche Liga für Volk und Heimat“ (DLVH).....	107

Inhaltsverzeichnis

6.2	„Berliner Kulturgemeinschaft Preußen e. V.“	108
6.3	„Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerk e. V.“	109
6.4	„Deutsches Kolleg“ (DK)	110
6.5	„Verlag der Freunde“ (VdF) und "Sleipnir. Zeitschrift für Kultur, Geschichte und Politik"	111
7	Informationelle Vernetzung	112
8	Ausblick	118
D	AUSLÄNDEREXTREMISMUS	
1	Allgemeiner Überblick	122
2	„Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK)	127
2.1	Propagierung eines Gewaltverzichts in Deutschland	128
2.2	Polizeiliche Maßnahmen und Strafverfahren gegen PKK-Funktionäre	130
2.3	Aktionsformen, organisatorischer Hintergrund	131
2.4	Finanzierung	132
2.5	PKK-Jugendarbeit	132
3	Türken	136
3.1	Linksextremistische türkische Organisationen	136
3.1.1	„Devrimci Sol“ („Revolutionäre Linke“)	137
3.1.1.1	Verschärfung der Flügelkämpfe	140
3.1.1.2	Festnahme des Europaverantwortlichen der DHKP-C	141
3.1.2	„Devrimci Yol“ („Revolutionärer Weg“)	142
3.1.3	„Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten“ (TKP/M-L)	142
3.1.4	„Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei“ (TDKP)	145
3.2	Extrem-nationalistische türkische Organisationen: „Idealistenvereine“	146
3.3	Islamisch-extremistische türkische Organisationen: „Islamische Gemeinschaft - Milli Görüs“ (IGMG)	149
3.4	„Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. Köln“ (ICCB)	152
4	Araber / Palästinenser	154
4.1	Arabische Islamisten: „Muslimbruderschaft“ (MB)	154
4.2	Palästinenser	155
4.2.1	„Bewegung des islamischen Widerstandes“ (HAMAS)	155
4.2.2	Laizistische Palästinenser-Organisationen	156
4.2.2.1	Gegner des Gaza-Jericho-Abkommens („Ablehnungsfront“)	156
4.2.2.2	Befürworter des Gaza-Jericho-Abkommens - „AL-FATAH“	159

Inhaltsverzeichnis

4.3	„Hizb Allah“ („Partei Gottes“)	160
5	Iraner	161
5.1	Staatsterroristische Bestrebungen des Iran	161
5.2	„Union Islamischer Studentenvereine in Europa“ (U.I.S.A.)	163
5.3	Oppositionelle Iraner	164
6	Ausblick	166
E	SCIENTOLOGY-ORGANISATION (SO)	
1	Auftrag an das Landesamt für Verfassungsschutz	170
2	Ideologie und Zielsetzung	171
2.1	Das Menschenbild der SO	172
2.2	Strukturen	174
3	Aktivitäten in Berlin	175
4	Vertrauliches Telefon und Fax des LfV Berlin	177
F	SPIONAGEABWEHR	
1	Allgemeiner Überblick	180
2	Aktivitäten fremder Nachrichtendienste in Berlin	182
3	Ausblick	187
G	PERSONEN- UND SACHREGISTER	188

Verfassungsschutz Berlin

A

**VERFASSUNGSSCHUTZ
BERLIN**

Verfassungsschutz Berlin

A VERFASSUNGSSCHUTZ BERLIN

1 Aufbau und Organisation, Aufgaben und Befugnisse

Der Bund und jedes Bundesland haben entsprechend dem föderativen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland eine eigene Verfassungsschutzbehörde.

Das Landesamt für Verfassungsschutz Berlin (LfV) ist als nachgeordnete Sonderbehörde der Senatsverwaltung für Inneres unterstellt. Die Aufsichtsbehörde ist zugleich oberste Landesbehörde nach Artikel 1 § 5 Abs. 1 des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz) (G 10) vom 13. August 1968 (BGBl. I S. 949), zuletzt geändert durch das Zweite Gesetz zur Änderung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz vom 28. April 1997 (BGBl. I S. 966).

Die Aufgaben und Befugnisse des LfV sind im Gesetz über das Landesamt für Verfassungsschutz in der Fassung vom 25. März 1995 (GVBl. S. 254/762) geregelt.

2 Öffentlichkeitsarbeit (Verfassungsschutz durch Aufklärung)

Noch vor wenigen Jahren wurde das Spannungsverhältnis zwischen Verfassungsschutz und Öffentlichkeit in einem demokratischen Rechtsstaat beklagt. Seinerzeit wurde empfohlen, dieses Spannungsverhältnis zur Öffentlichkeit so weit wie möglich durch geeignete Maßnahmen abzubauen.¹

**Frühwarnsystem
Verfassungsschutz**

Nicht nur aufgrund dieser Empfehlung, sondern auch durch eine Bewußtseinsänderung haben die Verfassungsschutzbehörden

Verfassungsschutz Berlin

seit einigen Jahren mehr und mehr erkannt, daß gerade eine umfassende Information der Öffentlichkeit der beste Garant für die Wahrung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist. Eine aktive Öffentlichkeitsarbeit erschöpft sich nicht nur in der Berichterstattung gegenüber den parlamentarischen Kontrollgremien erschöpfen. Es ist der gesetzliche Auftrag zu erfüllen, ständig auf die Gefahren des politischen Extremismus für unsere Demokratie aufmerksam zu machen.

In Berlin geschieht dies u. a. durch die Fortsetzung der Schriftenreihe „Durchblicke“. Berichtsexemplare wurden bundesweit und auch ins Ausland abgegeben. Die Neuauflage des „Durchblicke“ Nr. 7 1997 über „Rechtsextremistische Bestrebungen in Berlin“ ist trotz einer Auflage von mehr als 7 000 Exemplaren bereits vergriffen.

**Informations-
broschüren der
Reihe „Durch-
blicke“**

Außerhalb der Reihe „Durchblicke“ veröffentlichte das LfV im September 1997 eine Broschüre über die Scientology-Organisation. Innerhalb weniger Wochen wurden mehr als 13 500 Exemplare abgefordert, was zu Reaktionen aus der Öffentlichkeit und damit zu einer deutlichen Erkenntnisgewinnung über die SO führte. Die Schriftenreihe ist im Februar 1998 mit der Ausgabe Nr. 8 „Islamismus als politische Ideologie“ fortgeschrieben worden. Weitere Publikationen sind geplant.

1997 hat sich das LfV Berlin mit einem Stand anlässlich der Eröffnungsveranstaltung des Europäischen Jahres gegen Rassismus am 4. März 1997 beteiligt.

**Beteiligung an
Ausstellungen**

Ferner wurde die Ausstellung des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) „Demokratie ist verletzlich“, die im April/Mai 1997 im Berliner Rathaus stattfand, unterstützt. Die Ausstellung wurde von vielen Schulklassen und Jugendlichen besucht und war bundesweit die meist frequentierte Veranstaltung dieser Wanderausstellung.

Des weiteren konnten auf verschiedenen Veranstaltungen, u.a. bei der „Interschul“ Broschüren des Amtes ausgegeben werden.

Verfassungsschutz Berlin

Presse- und Medienarbeit

Zahlreiche Vortragsveranstaltungen in Schulen, vor ausländischen Journalisten, der Kirchen, staatlichen Stellen und sonstigen Einrichtungen wurden von den Mitarbeitern des Amtes durchgeführt.

Im Rahmen der Pressearbeit war in zahlreichen Interview- und Auskunftswünschen der Medien eine gestiegene Akzeptanz der Verfassungsschutzbehörde in Berlin erkennbar. Die Mitarbeit in der „Bund-/Länder-Arbeitsgemeinschaft Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes“ ist für das LfV Berlin selbstverständlich. Eine 1993 initiierte bundesweite Kampagne unter dem Motto



soll nach einem Beschluß des zuständigen Arbeitskreises der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder auch 1998 fortgeführt werden. An dieser Kampagne wird sich Berlin im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten auch in Zukunft beteiligen.

Das LfV Berlin hat im Jahre 1997 1 000 Stück einer CD-ROM mit dem Titel „Im Netzwerk gefangen“ vorwiegend an Schülerinnen und Schüler abgegeben.

In der Reihe „Durchblicke“ sind bisher Broschüren zu folgenden Themen erschienen:

- ⇨ Nr. 1 „Rechtsextremismus in Berlin“ (vergriffen)
- ⇨ Nr. 2 „Die Intellektualisierung der Neuen Rechten“ (vergriffen)
- ⇨ Nr. 3 „Die internationale Revisionismuskampagne“ (Restexemplare)
- ⇨ Nr. 4 „Ausländerextremismus in Berlin“ (vergriffen)

Verfassungsschutz Berlin

- ∴ Nr. 5 „Deutscher gewaltorientierter Linksextremismus in Berlin - die militante autonome Bewegung“ (Restexemplare)
- ∴ Nr. 6 „Deutscher gewaltorientierter Linksextremismus in Berlin - Der deutsche linksextremistisch motivierte Terrorismus (Restexemplare)
- ∴ Nr. 7 „Rechtsextremismus in Berlin“ (Aktualisierte Neuauflage von Nr. 1 - vergriffen).
- ∴ Nr. 8 „Islamismus als politische Ideologie“

Außerhalb dieser Reihe stand eine Informationsschrift über die „Scientology-Organisation“ zur Verfügung, die ebenfalls vergriffen ist.

Die noch verfügbaren Veröffentlichungen können kostenlos über folgende Adresse bezogen werden:

Landesamt für Verfassungsschutz Berlin
- Öffentlichkeitsarbeit -
Auf dem Grat 2 - 14195 Berlin

oder per Telefax unter

030 / 8309-362.

Telefonisch ist die Pressestelle des Amtes unter der Rufnummer

030 / 8309-380

zu erreichen.

Verfassungsschutz Berlin

Linksextremismus

**Gegen Faschismus, Militarismus und Klassenjustiz –
DIE ANTIFASCHISTISCHE AKTION!**



DEMO

Aufruf zum revolutionären antifaschistischen Block
auf der Gedenkdemonstration
für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht



B

LINKSEXTREMISMUS



Linksextremismus

B LINKSEXTREMISMUS

1 Allgemeiner Überblick

Ideologie

Linksextremistische Leitbilder schwanken zwischen sozialistisch-kommunistischen Idealen mit dem Endziel einer klassenlosen Gesellschaft und der Vision eines herrschaftsfreien Zusammenlebens der Menschen.

Ausgangspunkte gedanklicher und aktionistischer Ansätze linksextremistischer Politik sind revolutionär-marxistische oder anarchistische Ideologien.

Gemeinsam ist allen Linksextremisten das feste Ziel, die parlamentarische Demokratie zu zerschlagen und durch eine totalitäre oder herrschaftsfreie Ordnung zu ersetzen.

Unterschiedliche Strömungen

Innerhalb der linksextremistischen Bewegung gibt es unterschiedliche Strömungen. Deren Träger, Parteien, Gruppen und lose Zusammenhänge, streiten untereinander bis hin zur offenen Feindschaft um mehr oder minder deutliche ideologische Auffassungsunterschiede und erheben entsprechend ihrem verabsolutierten politischen Selbstverständnis jeder für sich Anspruch auf exklusiven Zugang zur historisch-politischen „Wahrheit“. Da Linksextremisten oftmals schon allein aufgrund ideologischer Vorgaben, aber auch anhand historischer Erfahrungen eine Durchsetzung ihrer Absichten auf friedlichem Wege weitgehend ausschließen, bejaht ein Großteil von ihnen grundsätzlich Gewalt als ein Mittel in der politischen Auseinandersetzung.

Wahrheitsanspruch

Gewaltgeneigtheit

Hauptgefahr durch Autonome

Die größte Gefahr für die innere Sicherheit Berlins ging auch 1997 von den äußerst gewalttätigen Autonomen aus. Wie in den Jahren zuvor konzentrierten sie ihre Aktivitäten auf die beiden Hauptthemen „Antifaschistischer Kampf“ und „Umstrukturierung“ Berlins infolge der Hauptstadtprojekte. Aufgrund mangelnder Kampagnenfähigkeit waren ihre Handlungen verstärkt durch undifferenzierte Militanz geprägt.

Linksextremismus

Dabei ist festzustellen, daß die bisherigen Grenzen zwischen den dogmatischen (marxistisch-leninistischen) Gruppierungen und den gewaltbereiten Strukturen immer unschärfer werden. Gemeinsam ist ihnen die Bereitschaft, tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten bzw. „Faschisten“ mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Die „Rote Armee Fraktion“ (RAF) verzichtete im Berichtszeitraum weiterhin auf terroristische Aktionen, nachdem sie bereits 1992 einen Neuorientierungsprozeß in Gang gesetzt hatte.

Nach der Festnahme zweier Hauptverdächtiger der „Antiimperialistischen Zelle“ (AIZ) Anfang 1996 konnten keinerlei Aktivitäten dieser Gruppe mehr festgestellt werden.

Marxistisch-leninistische Parteien bzw. andere revolutionär-marxistische Organisationen entwickelten 1997 kaum nennenswerte öffentlichkeitswirksame Aktivitäten.

Die „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) verhielt sich in bezug auf ihre extremistischen Einschlüsse ambivalent. Es konnten zwar Bemühungen festgestellt werden, deren innerparteilichen Einfluß zurückzudrängen, diese haben aber bislang nicht zu förmlichen Konsequenzen geführt.

Linksextremismus

Linksextremistische Potentiale

	1997	1997	1996	1996
	Berlin	Bund	Berlin	Bund
Gesamt	2 580	34 800	2 650	35 700

Gewaltbereite Linksextremisten einschließlich Anarchisten	1 450	7 000	1 450	7 000
Autonome	1 200 ²	6 000	1 200	6 000
Sonstige	250	1 000	250	1 000
Marxisten-Leninisten und sonstige revolutionäre Marxisten einschließlich Trotzlisten.	1 130	27 800	1 200	28 700
„Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)	130	6 200	130	6 260
„Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD - Sitz Berlin)	40	200	40	200
„Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)	120	2 500	120	2 700
„Marxistische Gruppe“ (MG)	40	10 000	40	10 000
„Revolutionäre Kommunisten BRD“ (RK)	100	130	30	100
Trotzkistische Vereinigungen	250	1 850	300	1 700
Sonstige	450	6 920	540	7 740

Bundeszahlen beruhen auf Angaben des Bundesministeriums des Innern vom 10. Februar 1998.

2 Gewaltbereite Linksextremisten

Grundsätzlich ist festzustellen, daß Berlin nach wie vor den höchsten Anteil an militanten Linksextremisten im gesamten Bundesgebiet zu verzeichnen hat. Die Anzahl ist im Vergleich zu 1996 konstant geblieben. Allerdings war die Fluktuation beträchtlich.

² Hierin enthalten sind die 200 Mitglieder der „AG Autonome Gruppen in und bei der PDS“ (AG AG)

Linksextremismus

Übersicht über Gewalttaten und sonstige Straftaten mit erwiesenem oder zu vermutendem linksextremistischem Hintergrund¹⁾

	1997	1996	1997	1996
	Berlin ²⁾	Berlin ²⁾	Bund ³⁾	Bund ³⁾
Gewalttaten:				
Tötungsdelikte	0	0	0	0
Versuchte Tötungsdelikte	0	0	0	2
Körperverletzungen	63	4)	165	114
Brandstiftungen	34 ⁵⁾	23 ⁵⁾	77	60
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion	0	2	1	5
Landfriedensbruch	136	203	299	230
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr	6)	6)	154	237
Widerstandsdelikte	85	155	137	68
gesamt	318	383	833	716
Sonstige Straftaten:				
Sachbeschädigungen	328	135	1 090	973
Nötigung/Bedrohung	23	10	93	269
Andere Straftaten	480	728	1 063	577
gesamt	831	873	2 246	1 819
Straftaten insgesamt	1 149	1 256	3 079	2 535

- 1) Die Zahlen zu den Berliner Straftaten 1996 und 1997 beruhen auf Angaben des Polizeipräsidenten in Berlin - Landeskriminalamt (LKA) - vom 20. Februar 1998. Die im Jahresbericht 1996 veröffentlichten Zahlen über Straftaten, die auf eigenen Bewertungen des LfV Berlin beruhen, stimmen damit nicht mehr überein. Da das LfV Berlin, beginnend ab dem Berichtszeitraum 1997, ausschließlich die vom Polizeipräsidenten in Berlin erhobenen Straftatenzahlen veröffentlicht, ist eine Gegenüberstellung der linksextremistisch motivierten Straftaten 1996 und 1997 nur aufgrund der o.a. Zahlen sinnvoll. Die Zahlen des Bundes basieren auf Angaben des Bundeskriminalamtes (BKA) (Stand: 27. Januar 1998). Da das Bundesministerium des Innern in seinem Verfassungsschutzbericht ab dem Berichtszeitraum 1997 nur noch Zahlen des BKA veröffentlicht, wurde aus Gründen der Vergleichbarkeit auch hier für den Vorjahreszeitraum auf Zahlen des BKA zurückgegriffen, sie sind daher nicht identisch mit den in dem Verfassungsschutzbericht 1996 des Bundes veröffentlichten Zahlen.
- 2) Die Berliner Zahlen enthalten ausgeführte und versuchte Straftaten. Es wurden vom LKA Berlin die eingeleiteten Straferechtsverfahren gezählt. Wurden mehrere Straftaten verübt, wurde ausschließlich der schwerer wiegende Straftatenbestand gezählt.
- 3) Die Zahlen des Bundes enthalten ausgeführte und versuchte Straftaten. Jede Tat wurde nur einmal gezählt. Sind zum Beispiel während eines Landfriedensbruchs zugleich Körperverletzungen begangen worden, so erscheint nur der Landfriedensbruch als eine Straftat in der Statistik. Wurden mehrere Straftaten verübt, wurde ausschließlich der schwerer wiegende Straftatenbestand gezählt.
- 4) 1996 wurden Körperverletzungen und sonstige Straftaten beim LKA Berlin zusammen erfaßt (1996: 350 sonstige Straftaten mit politischer/nichtpolitischer Motivation).
- 5) Brandanschläge.
- 6) Beim LKA Berlin nicht gesondert erfaßt.

Linksextremismus

Auch 1997 verübten Linksextremisten schwerste Straftaten, u.a. Brandanschläge und Sachbeschädigungen in Millionenhöhe. Entgegen dem Bundestrend sind die Gewalttaten und die Straftaten insgesamt in Berlin 1997 gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen. Bei näherer Betrachtung ist allerdings festzustellen, daß zwar Landfriedensbrüche und Widerstandsdelikte 1997 deutlich abnahmen, die schwerer wiegenden Brandanschläge jedoch von 23 (1996) auf 34 (1997), d. h. um 48% zunahmen.

2.1 Autonome

Potential:	6 000 bundesweit (1996: 6 000), 1 200 in Berlin (1996: 1 200)
Organisationsstruktur:	Einzelpersonen, die anlaßbezogen gemeinsam agieren und z. T. lose, seltener fester strukturierte Zusammenschlüsse bilden
Entstehung/Gründung:	Mitte 1981
Ideologie:	diffuse anarchistische Ziele, bisweilen auch Bruchstücke revolutionär-marxistischer Anschauungen

2.1.1 Ziele

Definition Autonome

Innerhalb des Spektrums gewaltbereiter Linksextremisten in Berlin dominieren spontan entstandene, nach außen eher abgeschottete Zusammenschlüsse. Dahinter stehen Personen, sog. Autonome, die sich nach ihrem individualistischen Lebensgefühl weitgehend von den als „repressiv“ empfundenen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Konventionen losgesagt haben.

Entwicklung der autonomen Szene

Die Anfänge der autonomen Szene reichen zurück bis zum Beginn der 80er Jahre. Aus Kreisen weder organisationsgebundener noch im traditionellen Sinne ideologisch festgelegter, sog. undogmatischer Linksextremisten, erschienen damals Thesen und Diskussionspapiere, deren Verfasser sich als „Autonome“ bezeichneten. Sie sprachen von einer „neuen auto-

Linksextremismus

nomen Protestbewegung“, die den Koloß Staat mit dezentralen Aktionen, mit Phantasie und Flexibilität, mit „vielfältigen Widerstandsformen auf allen Ebenen“ angreifen müsse. Es gelte, „den bürgerlichen Staat zu zerschlagen“.

Gemessen an den sie prägenden Idealen und ideologischen Versatzstücken ist die autonome Szene nicht homogen. Eine abgeschlossene theoretische Fundierung ist vielen Anhängern verdächtig und widerspricht ihrem Anspruch, „nach eigenen Gesetzen“ - eben autonom - zu leben, quer zu Hierarchien, Autoritäten und dem „Schweine-System“. Vielfach verfolgen sie anarchistische, bisweilen auch kommunistisch beeinflusste Vorstellungen. Nur wenige Autonome bemühen sich um nachvollziehbare Positionen.

Vielmehr herrscht ein Grundgefühl militanter „Antistaatlichkeit“ vor, gepaart mit dem Drang nach Ausscheren aus dem „kapitalistischen Verwertungsprozeß“. Forderungen Autonomer zielen zumeist nicht auf Veränderungen zum Nutzen irgendeines Kollektivs oder der Gesellschaft insgesamt, sondern auf die eigene, die individuelle ungehemmte Entfaltung. Selbstbestimmtes und „herrschaftsfreies“ Leben beschreiben Autonome u. a. als

**Keine
homogene
Szene**

„Freiheit von Lohnarbeit, von sozialen Zwängen und Rücksichtnahmen“.

„Freiräume“ bieten Wohngemeinschaften, häufig in (ehemals) besetzten Häusern.

„Antifaschismus“, „Antirassismus“ und „Widerstand gegen das Patriarchat“ bilden die Grundpfeiler des „autonomen politischen Konsenses“.

Unstrittig ist in der autonomen Szene die Bereitschaft, zur Durchsetzung politischer Ziele Gewalt anzuwenden. Sie wird als „Gegengewalt“ gegen die „strukturelle Gewalt“ der Gesellschaft und des Staates gerechtfertigt.

**Ideologische
Grundpfeiler**

**Gewalt-
bereitschaft**

Eckpunkte des politischen Selbstverständnisses der Autonomen sind Spontantät, „Null Bock“, permanente Revolte, statt perma-

Organisierung

Linksextremismus

nenter Revolution und vor allem anlaßbezogener krawallartiger „Widerstand“. Sie kämpfen nicht mehr für ein längst abgeschriebenes Proletariat, sondern für ein selbstbestimmtes Leben in ihren Zusammenhängen. Sie verstehen sich nicht mehr als historische Avantgarde, ihnen geht es um Veränderungen hier und heute und nicht für andere in unbestimmter Zukunft. Die Lehren des Marxismus, Kommunismus und Sozialismus werden nur noch punktuell zur Schlagwortgewinnung herangezogen.

Die Strukturen des terroristischen und militanten Linksextremismus haben sich seit Beginn der 90er Jahre stark verändert. Im autonomen Spektrum bilden sich zunehmend organisierte und damit im ursprünglichen Sinne der Definition „nicht autonome“ Strukturen. Ziel solcher organisierten Zusammenhänge ist es, die Unverbindlichkeit und „Kampagnenheinzerei“ autonomen Vorgehens zu überwinden; nur kontinuierliche „politische Arbeit“ könne, Autonome zu einem gesellschaftlich relevanten Faktor machen. Autonome Organisationsansätze finden sich beispielsweise in der von der Göttinger „Autonomen Antifa (M)“ dominierten „Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation“ (AA/BO), der auch die Berliner Gruppen „Antifaschistische Aktion Berlin“ (AAB), „Rote Antifaschistische Initiative“ (RAI) und „Feministische Antifaschistische Revolutionäre Aktion“ (FARA) angehören.

Überschneidung von autonomen und terroristischen Bereichen

Über diese organisatorischen Neuentwicklungen hinaus mehren sich seit Beginn der 90er Jahre Anhaltspunkte dafür, daß die Grenzen zwischen autonomen und terroristischen Bereichen zunehmend verschwinden. Neben auch früher üblichen thematischen Überschneidungen lassen sich neue Strukturen feststellen, die insbesondere hinsichtlich ihres ideologischen oder aktionistischen Selbstverständnisses die Modelle des „Guerillakampfes“ - wie sie von den terroristischen „Revolutionären Zellen“ (RZ) praktiziert wurden - propagieren und aus der „Legalität“ heraus militant „intervenieren“ („Feierabendterroristen“). In Taterklärungen zu Anschlägen geben sie sich ständig

Linksextremismus

wechselnde Aktionsnamen, um sich damit besser gegen „staatliche Repression“ zu schützen. Durch Übergriffe von nach terroristischem Muster operierenden autonomen Gruppierungen sind in den letzten Jahren Sach- und Folgeschäden in vielfacher Millionenhöhe entstanden.

Darüber hinaus wurden Autonome zu Kerngruppen einer Reihe von Aktionsbündnissen. Aktionsschwerpunkte waren der „Häuserkampf“, „Antirepressions-Kampagnen“, der „(Internationale) Antifaschistische Kampf“, die „Antimilitaristische Aktion“, die „Antirassistische Initiative“, die „Anti-CASTOR-Kampagne“, die „Anti-Olympia-Kampagne“, die Bewegung gegen „Umstrukturierung“ und der Kampf gegen „Schicki-Micki-Läden“. Der autonome Kampf wird zumeist lokal durchgeführt und ist in der Regel unstrukturiert angelegt. Den Aktionen vorangehende Vollversammlungen kommen selten zu durchgängigen Planungen. Dieses Defizit begünstigt spontane Handlungen kleinster Gruppen (Kleingruppentaktik). Unabhängig von Art und Ausmaß ihrer Gewalt legen Autonome ganz überwiegend Wert darauf, ihr Handeln öffentlich sozialmoralisch zu begründen. Vermittelbarkeit ist ein Grundprinzip ihrer Strategie. Interessenten oder Anhänger versuchen Autonome vornehmlich unter Jugendlichen zu finden.

**Aktions-
bündnisse**

Eine genaue Quantifizierung des linksextremistischen Gewaltpotentials ist kaum möglich. Eben noch auffällige aktive Zusammenhänge haben sich wenige Monate später wieder aufgelöst. Zudem führt ein häufiger Wechsel von Aktions- und Politikfeldern zu ständigen Umgruppierungen.

Berlin bildet seit Jahren mit etwa 1 200 Szene-Angehörigen einen regionalen Schwerpunkt der autonomen „Bewegung“ in Deutschland.

Die Mehrzahl der Autonomen sind deutsche, zum geringen Teil ausländische, Jugendliche bzw. jüngere Erwachsene aus den Altersgruppen der 18- bis 28jährigen, zumeist Schüler, Auszubildende und Studenten. Sie bestreiten ihren Lebensunterhalt überwiegend durch Gelegenheitsjobs und aus öffentlichen So-

**Berlin
Schwerpunkt
der autonomen
Szene**

**Sozialer
Hintergrund**

Linksextremismus

zialeistungen („Staatsknete“). Viele wenden sich schon nach wenigen Jahren ermüdet von der Szene ab, enttäuscht über das Auseinanderklaffen von Anspruch und Wirklichkeit autonomer Lebensziele. Als besonders frustrierend werden die selbstgewählte gesellschaftliche Isolation, die Auseinandersetzungen zwischen „Alt-Autonomem“ und ihrem „Nachwuchs“, Frauen und Männern, „Ost und West“ sowie die ständigen ergebnislosen Perspektivdiskussionen empfunden. Abgänge blieben für die personelle Stärke der autonomen Szene jedoch ohne Bedeutung, da kontinuierlich neue Aktivisten hinzustießen.

Entwicklung des Potentials der autonomen Szene 1985 bis 1997

	Berlin	Bund
1985	150	2 000
1986	200	2 000
1987	500	2 000
1988	500	2 000
1989	500	2 100
1990	700	2 300
1991	1 000	2 700
1992	1 200	5 000
1993	1 200	5 000
1994	1 200	5 000
1995	1 200	6 000
1996	1 200	6 000
1997	1 200	6 000

**Gefährlichste
linksextremistische
Gruppe
in Berlin**

Von den Autonomen geht, gemessen an anderen linksextremistischen Bestrebungen, die nachhaltigste Gefahr für die innere Sicherheit der deutschen Hauptstadt aus. Autonome Aktivisten bestätigten diese Einschätzung auch 1997, indem sie zahlreiche Gewalttaten verübten, die von einer kompromißlosen Bekämpfung des demokratischen Rechtsstaates zeugen.

Linksextremismus

2.1.2 Aktionsformen und Militanz

In ihrem Streben, das ihnen verhaßte System durch „Widerstand von unten“ zu brechen, propagieren und praktizieren die Autonomen einen militanten Aktionismus, stets bemüht, den Eskalationsgrad konkreter Konflikte zu steigern. Die Bandbreite autonomer Aktionsformen reicht von Versammlungen und Demonstrationen über Störaktionen, Blockaden und Sachbeschädigungen bis hin zu Überfällen auf politische Gegner und terroristischen Anschlägen, die sich an das Handlungsmuster der „Revolutionären Zellen“ (RZ) anlehnen. Vorherrschende Mittel sind Brand- und Sprengstoffanschläge, mit denen Institutionen, Unternehmen und bestimmte Einzelpersonen vor allem finanziell empfindlich getroffen werden sollen.

Zerstörung des verhaßten Systems

Die durch Autonome ausgeübte Gewalt richtet sich nach den eigenen Möglichkeiten und den jeweils vorgefundenen Gegebenheiten im Einzelfall. Die insbesondere während der 80er Jahre bei Demonstrationen ausufernde Straßenmilitanz ist immer mehr der Taktik geschlossener „Kleingruppen“ gewichen, „zuzuschlagen“ und sich sofort zurückzuziehen, um ein neues Ziel „anzugreifen“. Beispiele hierfür bieten Zusammenschlüsse wie „Das K.O.M.I.T.E.E.“, „KLASSE GEGEN KLASSE“ (KGK), „Anti-CASTOR“-Gruppen und Teile der Hausbesetzerzene.

Kleingruppentaktik

Aktionen solcher aus dem Verborgenen wirkenden Gruppen bildeten wiederum den Schwerpunkt autonomer Umtriebe in Berlin. „Kleingruppentaktik“ gilt unter Autonomen weiterhin als probates Kampfmittel, weil erfahrungsgemäß kaum Täter gefaßt werden und somit nur selten strafrechtliche Konsequenzen greifen.

Als „spektakulärste“ Aktion 1997 kann der am 3. Oktober „generalstabsmäßig“ durchgeführte Brandanschlag auf einen Verbrauchermarkt in Prenzlauer Berg, bei dem ein Sachschaden von etwa 3,5 Millionen DM entstand, bewertet werden.

„Generalstabsmäßig geplanter Brandanschlag auf einen Supermarkt“

Linksextremismus

Nach den bisherigen Ermittlungen agierten die insgesamt rund 40 Täter koordiniert in Gruppen von bis zu 15 Personen. Das Zeichen zum „Sturmangriff“ wurde durch Leuchtsignal gegeben. Zur Absicherung hatten die Täter Straßenlaternen ausgeschaltet, Telefonzellen zerstört, sog. Krähenfüße ausgelegt und brennende Barrikaden aus Fahrzeugen und Bauzäunen errichtet.



Zu den schweren Ausschreitungen gingen zwei Tatbekennungen beteiligter Gruppen ein. Beide begründeten die Gewalttaten mit der „antirassistischen“ Asylpolitik des Berliner Senats:

„Wir verstehen diese Aktion als Warnung an die Tengelmann-Gruppe (Kaisers, Plus usw.) sich an dem geplanten Warengutschein-Abrechnungssystem für alle 32 000 in Berlin lebenden Flüchtlinge zu beteiligen.“

Linksextremismus

„bleibt abschließend anzumerken, daß die Schäden, die 'kaisers' und andere in Zukunft erleiden könnten, größer sein werden als der Profit mit den Flüchtlingen!"

Formulierungen in den Tatbekennungen lassen den Schluß zu, daß bei der Wahl des Angriffsziels für die Täter die „Praktikabilität“ einer „spektakulären“ militanten Aktion im Vordergrund gestanden hat. Die „antirassistische“ Begründung, mit der der Anschlag in der Szene „vermittelbar“ gemacht werden soll, wirkt vorgeschoben.

1997 gab es eine Vielzahl politischer Reizthemen, die insbesondere von Autonomen zum Anlaß genommen wurden, ihre Militanz aufgrund eines von ihnen beanspruchten Widerstandsrechts „auszuleben“. Darüber hinaus griffen autonome Gewalttäter vor allem die Räumung „besetzter“ Häuser als Anschlagsthema auf. Als Hauptverantwortlicher wird in der Szene Jörg SCHÖNBOHM, der Berliner Innensenator, gesehen, was zu persönlichen Diffamierungen seiner Person führte und in Morddrohungen gipfelte.

Morddrohungen
gegen den
Innensenator

Bei dem Kampf Autonomer gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten und „Faschisten“ war 1997 eine neue Qualität zu verzeichnen. Bei Angriffen auf von ihnen diesem Spektrum zugeordnete Personen wurden offensichtlich auch schwerste Verletzungen - sogar mit möglicher Todesfolge - in Kauf genommen.

2.1.3 Aufsplitterung der Szene

Zu Beginn der 90er Jahre setzten in der autonomen Szene Prozesse ein, die zu Aufsplitterung und Zerstrittenheit führten. Individuelle und gruppenegoistische Interessen beeinträchtigten das autonome Potential in seiner Handlungsfähigkeit. Folge war eine nachhaltige Abschottung der einzelnen autonomen Personenzusammenhänge untereinander, verbunden mit der zwangsläufigen Unfähigkeit zu koordiniertem zielgerichtetem Vorgehen.

Linksextremismus

Damit ging zwangsläufig die früher feststellbare Kiezbezogenheit verloren.

An der Zerstrittenheit änderte auch ein sog. Autonomie-Kongreß (14. bis 17. April 1995) nichts. An dem Kongreß unter dem Leitwort „Autonome auf dem Weg ins 21. Jahrhundert“, der sowohl zu einer Standortbestimmung beitragen als auch eine Phase der Konsolidierung einleiten sollte, nahmen zwar mehr als 2 000 Autonome aus dem gesamten Bundesgebiet teil, im Ergebnis kam er jedoch über eine bloße Bestandsaufnahme autonomer Sichtweisen nicht hinaus.

Verstärkte Mobilisierungsbemühungen

Autonome bemühten sich 1997 deutlich, die „Zerfaserung“ der eigenen Szene und die verlorengegangene „massenwirksame“ Mobilisierungskraft etwa bei Demonstrationen zu überwinden. Als Gradmesser für das neue Zusammengehörigkeitsgefühl galt ihr die Vorbereitung und Durchführung der „Revolutionären 1. Mai-Demonstration“.

„Revolutionäre 1. Mai- Demonstration“

Wie schon im Vorjahr gab es auch 1997 zwei 1. Mai-Aufzüge eines breiten Spektrums Berliner Linksextremisten.

Der von marxistisch-leninistisch, stalinistisch und maoistisch orientierten Gruppen organisierte Aufzug vom Oranienplatz zum Kottbusser Tor (Berlin-Kreuzberg) umfaßte bis zu 1 500 Teilnehmer, darunter zahlreiche ausländische Linksextremisten. Größere Störungen blieben aus.

Dem von „traditionellen“ Autonomen, Gruppen aus dem Einflußbereich des „Anti-Olympia-Komitees“ (AOK) und der militanten „Antifaschistischen Aktion Berlin“ (AAB) organisierten Aufzug vom Rosa-Luxemburg-Platz (Berlin-Prenzlauer Berg) zum Rosenthaler Platz (Berlin-Mitte) schlossen sich etwa 6 500 Personen in mehreren Marschblöcken an. An der Spitze des Aufzuges liefen rund 500 Angehörige des gewaltbereiten linksextremistischen Spektrums. In einem „Frauen- und Lesblock“ wurden ca. 30 Kinder mitgeführt. Während des Aufzuges kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Gewalttäter warfen aus dem Block der Autonomen u. a. mit Steinen auf Poli-

Linksextremismus

zeibeamte. Die Polizei setzte vereinzelt Wasserwerfer ein und nahm mutmaßliche Straftäter fest.

Nach Beendigung des Marsches kam es in der näheren Umgebung des Endpunktes sowie in der Umgebung des Kollwitzplatzes (Berlin-Prenzlauer Berg) durch Autonome zu schweren Ausschreitungen, in deren Verlauf brennende Straßenbarrikaden errichtet und zum Teil schwere Sachschäden verursacht wurden. An den Krawallen beteiligten sich jeweils mehrere hundert Autonome.

Auch in den Abendstunden randalierten Autonome u. a. in den Bezirken Kreuzberg und Prenzlauer Berg. Ausgangspunkte für diese Ausschreitungen waren Straßenfeste auf dem Mariannenplatz und dem Humannplatz. In Kleingruppen griffen insgesamt mehrere hundert Personen Polizeibeamte massiv mit Steinen und Flaschen an, errichteten Straßenbarrikaden und setzten Kraftfahrzeuge sowie eine Telefonzelle in Brand.

Insgesamt wurden während der „1. Mai-Aktionen“ mehr als 330 Personen - u. a. wegen Landfriedensbruchs, Körperverletzung, versuchter Gefangenenbefreiung und Vermummung - vorläufig festgenommen.



Linksextremismus

2.1.4 Aktionsschwerpunkte

- **„Antifaschistischer Kampf“: Entwicklung und heutiges Erscheinungsbild**

„Antifaschismus“ und „Umstrukturierung“ bilden die beiden Komplexe, denen sich Autonome im Berichtszeitraum ähnlich vorrangig wie in den Vorjahren widmeten. Auffallend ist jedoch, daß der Begriff „Antifaschismus“ beinahe jeder linksextremistischen Gruppe, sei sie nun militant oder nicht, in der einen oder anderen Form als Legitimation für ihr jeweiliges Handeln dient. Im Zeichen von Vernetzungsbemühungen innerhalb der linksextremistischen Szene bot und bietet sich daher eine „Antifaschistische Grundhaltung“ als gemeinsame, über allen ideologischen Differenzen stehende Klammer für alle linksextremistischen Gruppen an. „Antifaschismus“ ist sozusagen der „kleinste gemeinsame Nenner“ des Linksextremismus. Dies liegt in seiner historischen Entwicklung begründet.

**Anti-
faschistische
Grundhaltung**

Der Begriff des „Antifaschismus“ hat seinen Ursprung in der in Italien nach dem 1. Weltkrieg entstandenen rechtsextremistischen politischen Bewegung des vormaligen Sozialisten Benito MUSSOLINI. MUSSOLINI erkor das alte römische Symbol für die Amtsgewalt des Magistrats, die sog. „Rutenbündel“ (fasces), zum Symbol seiner Bewegung. Er gründete Kampfbünde (Fasci di Combattimento), deren Mitglieder (facisti) uniformiert auftraten und terroristische Aktionen gegen politische Gegner durchführten. 1921 wandelte Mussolini diese Bewegung in eine Partei (Partito Nazionale Facista) um. Unter kommunistischer Initiative bildete sich ein oppositionelles „Antifaschistisches“ Bündnis, in der auch andere Parteien mitarbeiteten.

**Ursprung des
Anti-
faschismus-
Begriffs**

In der Folgezeit rückte in allen kommunistischen Bewegungen der „Antifaschistische Kampf“ immer mehr in den Vordergrund. In diesem Kampf galten, im Gegensatz zum sog. bürgerlichen Antifaschismus, nicht nur Rechtsextremisten, wie Nationalsozialisten und Faschisten, als Feinde, sondern alle nicht kommunistischen Regime und Gruppen. Nach kommunistischer Logik stellt der kapitalistische, bürgerliche Staat nichts anderes

Linksextremismus

dar, als die Vorstufe einer Entwicklung hin zum Faschismus. In diesem Staat wird es zwangsläufig zu einer ökonomischen Krise kommen, die eine „Faschisierung“ zur Folge hat.

Für die deutschen Kommunisten der ausgehenden Weimarer Republik war daher nicht etwa der Nationalsozialismus, sondern die Sozialdemokratie der Hauptfeind. Begründet wurde dies damit, daß die „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ (SPD) unter der Maske des Sozialismus auftreten würde, also gefährlicher sei als der „offene Faschismus“. In dieser Zeit gründeten Kommunisten neben einer Vielzahl „antifaschistischer“ Komitees, Ausschüsse etc. auch die „Antifaschistische Aktion“ (1932). 1935 prägte der kommunistische Funktionär Georgi DIMITROFF auf dem VII. Weltkongreß der „kommunistischen Internationalen“ eine Definition des Faschismusbegriffs, die auch heute noch für weite Kreise des Linksextremismus Gültigkeit hat:

„Faschismus ist die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.“

Hauptfeind
Sozial-
demokratie

Nicht vergessen werden darf in diesem Zusammenhang, daß „Antifaschismus“ ein, wenn nicht sogar das zentrale Element der Herrschaftssicherung in der „Deutschen Demokratischen Republik“ (DDR) war. So wurden bereits in der Frühzeit der DDR alle Parteien in einer „Einheitsfront der antifaschistischen demokratischen Parteien“ zusammengefaßt. Antifaschismus war auch ein zentrales Argument, um die zwangsweise Vereinigung der „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD) und der SPD zur „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED) ideologisch zu verbrämen und galt außerdem als probates Mittel, um die Bundesrepublik und ihre Politiker zu diffamieren. Stets wurde eine angebliche Durchsetzung bundesrepublikanischer Eliten mit sog. „alten Nazis“ beklagt. Zum Staatsritual der DDR zählte die Darstellung des Staates als „antifaschistischer Hort“, was darin gipfelte, daß die Mauer offiziell als „antifaschistischer Schutzwall“ bezeichnet wurde.

Antifaschismus
in der DDR

Linksextremismus

Auch in der Bundesrepublik gewann der Begriff „Antifaschismus“ mit der Entwicklung der „68er Bewegung“ an Bedeutung. Teile jener Generation sich revolutionär fühlender Jugendlicher und Studenten entdeckten neben dem abstrakten Feind, Staat und Kapitalismus, ein höchst konkretes Feindbild, ihre eigenen Eltern. Diese, nicht selten in den Nationalsozialismus verstrickt, galten als „autoritär“ und somit als „faschistoid“. In dieser Vorstellungswelt befangen, radikalisierte sich ein Teil der Bewegung und eine verschwindend geringe Minderheit handelte nach ihrer Logik konsequent, Terroristen und Autonome: Wenn nämlich die Bundesrepublik tatsächlich faschistisch sei, dann müsse sie folgerichtig mit den Mitteln des Guerillakrieges angegriffen werden. Dabei gälten keine Spielregeln, jedes Mittel, auch der politische Mord sei erlaubt. Einzige Kriterien seien politisch taktische Erwägungen, insbesondere die Vermitelbarkeit militanter Aktionen in Sympathisantenkreisen sei zu bedenken, um sich nicht in den eigenen Reihen zu isolieren.

Guerillakrieg

„Antifaschismus“ in der von Linksextremisten instrumentalisierten Form hat eine eindeutig gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Zielsetzung. „Faschismus“ wird nach linksextremistischer Lesart als ein den westeuropäischen Demokratien allgemein innewohnendes Merkmal betrachtet. Demzufolge besteht auf seiten der „Machthaber“ ein starkes Eigeninteresse an der Existenz (neo)faschistischer Organisationen. Der „Antifaschistische Kampf“ ist somit zugleich ein Kampf zur Überwindung des demokratischen Staates mit dem Ziel der Ablösung durch eine antikapitalistische Staats- und Gesellschaftsordnung.

**Überwindung
des
demokratischen
Staates**

Wie bedeutend der „Antifaschistische Kampf“ für die autonome Szene ist, belegen die vielfältigen Szenepublikationen. In ihnen wird „aktuelle Militanz“ gerechtfertigt und über ein hochstilisiertes, „idealisiertes“ Gewaltverständnis zu gesteigerter Gewaltbereitschaft gegen Vertreter „faschistischen“ Gedankenguts animiert.

**Gesteigerte
Gewalt-
bereitschaft**

Linksextremismus

Das Gros militanter linksextremistischer Aktionen gegen Rechtsextremisten oder vermeintliche Rechtsextremisten war so auch 1997 autonomen Kreisen zuzurechnen.

Aktives Vorgehen gegen „Faschismus“ ist das Ziel verschiedener regionaler Gruppierungen und Bündnisse. Diese werden in der Regel anlaßbezogen gebildet und sind von unterschiedlicher Zusammensetzung.

Eine herausragende Rolle innerhalb der autonomen „Antifa“-Szene nimmt die von der gewaltorientierten Göttinger „Autonomen Antifa (M)“ dominierte „Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation“ (AA/BO) ein. Diesem Zusammenschluß gehören elf Mitgliedsgruppen an, in Berlin die

AA/BO

- ⇒ „Antifaschistische Aktion Berlin“ (AAB),
- ⇒ „Rote Antifaschistische Initiative“ (RAI) und
- ⇒ „Feministische Antifaschistische Revolutionäre Aktion“ (FARA).

Diese Gruppen grenzen sich von der autonomen Szene zunehmend durch eine früher nicht feststellbare Kontinuität an politischer Arbeit und eine in der AA/BO praktizierte beachtliche Verbindlichkeit von Gremienentscheidungen und -vereinbarungen ab.

In diesem Zusammenhang ist derzeit in Berlin eine Konzentration von militant-antifaschistischen Gruppierungen festzustellen. U. a. haben auch Autonome aus Passau und Göttingen ihr Aktionsfeld nach Berlin verlagert.

Eine zentrale Rolle spielt hierbei die „Antifaschistische Aktion Berlin“ (AAB), die Mitte 1993 gegründet wurde.

AAB

Als ihr vorrangiges Ziel definiert die AAB den Aufbau verbindlicher „Antifa“-Strukturen in Berlin und in der Umgebung Berlins. Hierzu beteiligt sie sich nach eigenen Angaben regelmäßig an den sog. Vernetzungstreffen Berliner autonomer „Antifa“-Gruppen; sie infiltrierte bzw. gründete „Antifa“-Jugend-

Linksextremismus

gruppen" in Friedrichshain, Treptow, Prenzlauer Berg, Lichtenberg und Kreuzberg.

Die AAB propagiert einen militanten „Antifaschismus“.

RAI

Bei der „Roten Antifaschistischen Initiative“ (RAI) handelt es sich um eine kommunistisch orientierte Gruppe, deren Fernziel darin besteht, mit anderen Gruppen eine kommunistische Partei zu gründen.

FARA

Die „Feministische Antifaschistische Revolutionäre Aktion“ (FARA) versteht sich als „feministische antiimperialistische Gruppe mit antifaschistischen Ansätzen“, die versuchen will, über „Antifa“-Arbeit breite Teile der Bevölkerung zu erreichen, um so auch andere Inhalte - z. B. „Aufbrechung von allen Unterdrückungsstrukturen“ - vermitteln zu können. Faschismus und bürgerliche Demokratie sind für sie nur Ausformungen des gleichen gesellschaftlichen patriarchal-imperialistischen Systems.

Beispiele für die Aktivitäten der Berliner „autonomen Antifa“ 1997:

15. Februar
Gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Links- und Rechts-extremisten anlässlich einer Veranstaltung der rechtsextremistischen „Jungen Nationaldemokraten“ (JN):

Vorausgegangen war ein Aufruf der Jugendorganisation JN der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) zu einem Aufzug unter dem Motto „Arbeit zuerst für Deutsche“. In Reaktion darauf hatten u. a. das Bezirksamt Hellersdorf sowie die Bezirksorganisation Hellersdorf der „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS), aber auch gewaltbereite „Antifaschisten“ des autonomen Spektrums und andere Linksextremisten zu Gegendemonstrationen aufgerufen.

Aus Furcht vor Zusammenstößen sagte die JN daraufhin den geplan-

ten Aufzug zugunsten einer Versammlung in einem geschlossenen Raum in Berlin-Weißensee ab.

Protestkundgebungen gegen den „Nazi-Aufmarsch“ fanden am S-Bahnhof Kaulsdorf und an der „Gedenkstätte für die gefallenen sowjetischen Soldaten im 2. Weltkrieg“ an der Brodauer Straße (Berlin-Hellersdorf) statt. Zu den bis zu 500 Teilnehmern zählten neben Anhängern der PDS Autonome, „Antifas“ und Angehörige trotzkistischer und anderer revolutionär-marxistischer Gruppen. Danach setzte sich ein größerer Teil der Demonstranten zum S-Bahnhof Wuhletal in Bewegung.

Dort kam es zu schwersten Auseinandersetzungen zwischen den Demonstranten und ca. 30 Rechtsextremisten. Mehrere hun-

Linksextremismus

dert Gegendemonstranten, darunter Autonome und Anhänger militanter „Antifa“-Gruppen, attackierten die Rechtsextremisten mit Baseballschlägern, Flaschen und Steinen. Nach Einschreiten der Polizei wurden die Ordnungshüter Ziel der Gewalttäter. Autonome warfen Schottersteine der Gleise auf die Beamten und gegen U-Bahn-Züge. Dabei erlitten mehrere Personen, darunter 14 Polizisten, Verletzungen. Insgesamt wurden 66 Personen freiheitsbeschränkenden Maßnahmen unterzogen.

16. März

„Antifaschistische“ Demonstration in Dolgenbrodt (Brandenburg): Unter dem Motto „Keine Ruhe den Rassisten!“ bekundeten ca. 250 Teilnehmer Empörung über Bewohner des märkischen Dorfes, die nach Aussagen eines geständigen rechtsextremistischen Täters den Brandanschlag auf ein

seinerzeit noch nicht bezogenes - Asylbewerber-Wohnheim in dem Ort Ende 1992 durch Zuspruch und finanziell gefördert haben sollen. Bei den Demonstranten handelte es sich größtenteils um Berliner, die mit vier Bussen angereist waren.

Anmelderin war die „Antifaschistische Aktion Berlin“ (AAB); aufgerufen hatten außerdem mehrere andere autonome Zusammenschlüsse aus Berlin, wie die „Antifa-Jugend-Aktion- Kreuzberg“ (AJAK) und die „Antifa Süd-Ost“ (ASO) sowie Gruppen aus dem Land Brandenburg.

Der Aufzug verlief - vermutlich bedingt durch ein starkes Polizeiaufgebot und strenge Auflagen - weitgehend ohne Zwischenfälle. Es kam zu zwölf Festnahmen wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz (Vermummungsverbot) bzw. Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte.



Linksextremismus

1. Mai

Sabotageaktionen Autonome an Einrichtungen der Deutschen Bahn AG:

In den Morgenstunden wurde festgestellt, daß bisher unbekannte Täter sog. Hakenkrallen in die Oberleitungen der Bahn-Streckenabschnitte Grunewald und Köpenicker Allee eingehängt hatten. Bei der Durchfahrt von Zügen kam es zu Beschädigungen der Oberleitungen.

An beiden Tatorten wurden textidentische Tatbekennungen aufgefunden, in denen Autonome zur Begründung für ihr Vorgehen auf die geplante zentrale NPD/JN-Demonstration am selben Tage in Sachsen verwiesen. Wortlaut: „Heute keine Züge Richtung Leipzig! Verhindern wir den Nazi-Aufmarsch!!! Gez. Autonome“.

31. August

Auseinandersetzungen zwischen linken und rechten Jugendlichen in Treptow:

Ein jugendlicher Skinhead wurde in der Köpenicker Landstraße (Berlin-Treptow) von Vermummten angegriffen und verletzt. Einer der Täter konnte später in der nahe gelegenen PDS-Bezirksgeschäftsstelle am Rodelbergweg 6 (Berlin-Treptow) vorläufig festgenommen werden. Dort sollte ein Treffen der „Antifa Süd-Ost“ (ASO) gegen den

„Nazi-Terror in Treptow“ stattfinden.

Bei der polizeilichen Durchsuchung dieser Räume wurden diverse Totschläger, Holzknüppel und Vermummungsmaterial gefunden und beschlagnahmt. Während des Einsatzes kam es zu Tumulten. Es wurden Anzeigen wegen gefährlicher Körperverletzung und Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte gefertigt.

Die regelmäßig am Rodelbergweg tagende ASO (die Räume wurden von der PDS-Geschäftsstelle gemietet) wird - ebenso wie die „Antifa-Jugend-Aktion-Kreuzberg“, die „Jugendantifa Friedrichshain“ und die „Antifa-Jugend-Aktion-Potsdam“ - von der AAB angeleitet.

15. November

Überfall von „Antifaschisten“ auf „Neonazis“ in Hellersdorf:

In den Mittagsstunden wurden elf Angehörige der rechtsextremistischen Szene, die angeblich auf dem Weg zu einem „nationalen Liederabend“ waren, von etwa 20 vermummten und mit diversen Schlagwerkzeugen bewaffneten Anhängern der autonomen „Antifa“ auf dem Vorplatz des S-Bahnhofs Wartenberg überfallen und teilweise erheblich verletzt.

Fünf Täter konnten von der Polizei festgenommen werden.

• „Umstrukturierung“

Für Berliner Autonome ist die fundamentale Ablehnung der Verlagerung von Parlament und Regierung nach Berlin identitätsstiftend. Ihre militante Gegnerschaft zum Hauptstadtbeschuß des Deutschen Bundestages entspringt der Befürchtung, daß der nunmehr zwangsläufig eintretende urbane Wandel durch Um- und Ausbau ganzer Quartiere eine gewaltige soziale und ökonomische „Umstrukturierung“ zum Nachteil „ärmerer“ Bevölkerungsschichten mit sich bringen werde.

Militante
Gegnerschaft
zum
Hauptstadt-
beschuß

Linksextremismus

Im Blickpunkt autonomer Kritik stehen sowohl Projekte im Rahmen des Ausbaus Berlins zur europäischen Dienstleistungs- und Verwaltungsmetropole - wie z. B. die Bebauung des Potsdamer Platzes - und die gesamte Stadtentwicklung im Hinblick auf den Regierungsumzug.

Ziel der Aktionen Autonomer, insbesondere Brandanschläge und Sachbeschädigungen, sind vor allem Baufahrzeuge und Pkw von Firmen, die mit „Umstrukturierung“ in Zusammenhang zu bringen sind.

- **Räumung besetzter Häuser**

Wie im Vorjahr kam es nach polizeilichen Räumungen besetzter Häuser von Autonomen zu Protestaktionen, die an den „Häuserkampf“ aus dem Jahr 1990 anzuknüpfen versuchten.

Die seit Anfang 1996 vollzogenen polizeilichen Räumungen besetzter Häuser führten bei Autonomen zu einer Welle der Solidarität. Die polizeilichen Maßnahmen riefen bei den Szene-Angehörigen einen seit langem nicht mehr festgestellten militanten Aktionismus zur Verteidigung der geschaffenen „Freiräume“ hervor. Die Räumungen hatten in der Regel eine Vielzahl von Straftaten zur Folge.

Verteidigung
der
geschaffenen
„Freiräume“

Als Hauptverantwortlicher für die aktuellen Räumungen wird von den Berliner Autonomen der Senator für Inneres, Jörg SCHÖNBOHM, angesehen.

Zwar waren auch frühere Innensensoren bevorzugte Angriffsziele linksextremistischer Agitation und Hetze. Die derzeitige Kampagne gegen den Amtsinhaber übersteigt allerdings an verbaler Aggressivität alle früheren Aktivitäten. So scheut man in der Szene mittlerweile auch vor plakativen Morddrohungen („Schönbohm muß sterben“) nicht zurück. Als Aufhänger dient meist die konsequente Häuserräumungspolitik des Innenministers. Besonders markant sind folgende Aufrufe:

Kampagne
gegen
Innensenator
SCHÖNBOHM

Linksextremismus

April

Linksextremisten drohen dem Innensenator in einer Publikation unverhohlen:

„Wer Gewalt sät ... wird Bürgerkrieg ernten. Und genau das versprechen wir dem Berliner Senat, wenn er seine profitgierigen Pfoten nicht endlich von den be-

setzten Häusern und Wagenburgen läßt.“

November

An einer Häuserwand in Kreuzberg wird eine Farbschmiererei mit dem Schriftzug „Schönbohm muß sterben“ entdeckt.



- „Anti-Atom“-Proteste

Im Gegensatz zu den direkt betroffenen Regionen (wie z. B. in Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen) gibt es in Berlin keine breite Bewegung gegen Atomkraftwerke bzw. CASTOR-Transporte (Zwischen-/Endlagerung).

Die Berliner linksextremistische Szene greift dieses Thema nur anlaßbezogen auf. Themen wie Umstrukturierung oder „Antifaschismus“ haben derzeit - vor allem in der autonomen Szene - einen höheren Stellenwert. Sicher ist jedoch, daß Anti-Atomkraft-Demonstrationen von der Szene zum Anlaß genommen werden, sich diesen Protestaktionen anzuschließen, um gegen den Staat zu agitieren und gewalttätige Aktionen durchzuführen.

Linksextremismus

Beispielhafte Aktivitäten 1997:

Nachdem schon am 18. Februar in Berlin-Zehlendorf ein Anschlag gegen die Deutsche Bahn AG verübt worden war (ohne Bekennung), wurden zwei weitere „Hakenkrallen-Anschläge“ in den frühen Morgenstunden des 25. Februar an den Bahnstrecken Berlin-Treptow und Berlin-Potsdam (Bereich Berlin-Grünwald) gemeldet. In einer Tatbekennung und auf Flugblättern, die an den Tatorten gefunden worden waren, forderten „a.u.t.o.n.o.m.e.g.r.u.p.p.e.n.u.a.“ die „sofortige Stilllegung aller Atomanlagen und des herrschenden Systems“.

Vermutlich in der Nacht zum 4. März wurden im Streckenbereich Berlin-Ostkreuz der Deutschen Bahn AG drei Kabel durchtrennt, wodurch es zum Ausfall von Signalen kam.

In einem Telefongespräch bekannten sich unbekannte Anrufer bei der Bahnmissionsmission Berlin im Bahnhof Zoologischer Garten zu „Anschlägen gegen die Bahn“, indem sie Gleise blockiert und Kabel durchtrennt hätten.

Am 14. März bekannten sich unbekannte Täter in einem Schreiben mit „N.I.X.3“ unterzeichneten Brief an die S-Bahn Berlin GmbH dazu, „in der nacht vom 2. auf den 3. März und in den darauffolgenden Nächten ... die Berliner S-Bahn AG vorgenommen und mehrere Kabel gekappt und Streckenmelder

zerstört“ zu haben. Ein dementsprechendes Schreiben wurde auch in der INTERIM Nr. 414 v. 3. April veröffentlicht. Als Begründung wird einerseits die Partnerschaft der S-Bahn Berlin GmbH mit der Deutschen Bahn AG und deren Beteiligung an Atommülltransporten, sowie andererseits die Tarifierhöhungen und die Einführung von 1. Klasse-Wagen bei der S-Bahn genannt.

Am 7. April wurde durch Streckenarbeiter an der Bahnlinie in Berlin-Spandau je eine Hakenkrallenstadtein- und -auswärts festgestellt. Da die Strecke zur Zeit nur im Dieseltriebbetrieb genutzt wird, entstand kein Schaden. Aufgrund des Spurenbildes, ist davon auszugehen, daß die Tat längere Zeit zurückliegt. Bekennerschriften liegen nicht vor.

Die Gruppierung „autonome antifaschistische Atomkraftgegner/innen“ bekannte sich in der Szenezeitschrift INTERIM Nr. 422, zu zwei „Hakenkrallen-Anschlägen“ an Oberleitungen von Bahnstrecken in Berlin-Grünwald und Berlin-Köpenick in der Nacht zum 1. Mai.

Inhaltlich wurde als Begründung zu dem Anschlag die Behinderung des Nazi-Aufmarsches in Leipzig, der Anti-AKW-Widerstand sowie die allgemeine 1. Mai-Aktivität angeführt.

Mit ihren Anschlägen verfolgen die unbekanntesten Täter das Ziel, über den angerichteten Schaden den materiellen und politischen Preis für Atommülltransporte in die Höhe zu treiben, zu militantem Widerstand aufzurufen und einer Zersplitterung der Anti-AKW-Bewegung entgegenzuwirken. Gleichzeitig wird der CASTOR-Widerstand als ein Teil des Kampfes gegen das derzeit in der Bundesrepublik herrschende System angesehen,

**Militanz als
Kampfmittel**

Linksextremismus

wobei Militanz als ein unverzichtbares Mittel in diesem Kampf angesehen wird.



- **Kampagne gegen die Firma SIEMENS**

Der SIEMENS-Konzern wird von militanten Atomkraftgegnern beschuldigt, maßgeblich zur Aufrechterhaltung des Atomstandortes Deutschlands beizutragen. Für sie repräsentiert das Unternehmen ein „menschenverachtendes System und die uneingeschränkte Macht des Kapitals weltweit“. Während sich die Kampagne gegen die Firma SIEMENS in früheren Jahren weitgehend auf Boykottaufrufe beschränkte, wird nun offen zu Gewalttaten aufgerufen.

Linksextremismus

Anlässlich des 150jährigen Jubiläums der Firma SIEMENS war es bereits im Februar zu einer Reihe von Gewaltaktionen in Berlin wie z. B. Inbrandsetzen von Kabeltrommeln, Brandanschläge auf Firmenfahrzeuge, Einwerfen von Fensterscheiben und Farbschmierereien gekommen. Wohlwollend kommentierten unbekannte Autoren eines „Diskussionspapiers“ die o.a. Anschläge und stellten sie in den Zusammenhang der Widerstandsaktionen („Hakenkrallen-Anschläge“) gegen die Atomtransporte.

An einem Protestmarsch am 8. Februar zum Thema „SIEMENS ABSCHALTEN“ durch die Berliner Innenstadt, vorbei an Einrichtungen der Fa. SIEMENS, beteiligten sich ca. 2700 Personen, unter ihnen viele Angehörige revolutionär-marxistischer Parteien und Organisationen sowie militante Autonome. Während des Marsches kam es verschiedentlich zu Sachbeschädigungen, mehr als

20 Personen wurden vorübergehend festgenommen.

Unter dem Motto „150 Jahre sind genug! SIEMENS enteignen!“ demonstrierten am 11. Oktober etwa 400 Personen. Sie zogen vom Breitscheidplatz zum Internationalen Congress Centrum (ICC), um gegen die dort stattfindende Führungskräftetagung der SIEMENS AG und eine Gala-Feier zum 150jährigen Firmenjubiläum zu protestieren. Auf Transparenten forderten sie u. a. „SIEMENS ABSCHALTEN!“ und „Entschädigung für SIEMENS-ZwangsarbeiterInnen - jetzt!“.

Größere Zwischenfälle konnten durch massive Polizeipräsenz an „neuralgischen“ Stellen verhindert werden. Allerdings wurde bereits in der Nacht zum 10. Oktober im Bezirk Mitte ein Brandanschlag auf einen Kleinbus der SIEMENS AG verübt.

2.1.5 Publikationen

Zum wichtigsten Medium in der gesamtdeutschen autonomen Szene hat sich die seit April 1988 als sog. Wöchentliches Berlin-Info herausgegebene Zeitschrift „INTERIM“ entwickelt.

Das grundsätzlich donnerstags erscheinende Blatt veröffentlicht aktuell kursierende Flugblätter und Verlautbarungen.

Am 12. Juni 1997 wurden gerichtliche Durchsuchungsbeschlüsse gegen mutmaßliche Angehörige der Hersteller- und Verteilerstruktur von „INTERIM“ vollstreckt. Dabei wurden in den Berliner Bezirken Kreuzberg, Friedrichshain und Neukölln zwölf Objekte durchsucht. Neben anderen Beweismitteln wurden etwa 1 000 Exemplare der „INTERIM“ Nr. 424 sowie Druckgeräte sichergestellt. Augenscheinlich ist durch diese Durchsu-

Gerichtliche
Durch-
suchungsaktion

Linksextremismus

chungsaktion der Druck und der Vertrieb der Publikation empfindlich gestört worden. Seit dieser Zeit erscheint die „INTERIM“ alle zwei Wochen mit einer Auflage von etwa 1 000 Exemplaren. 1996 betrug die Auflagenstärke noch 1 500 Exemplare.

Sonderausgabe

Seit Anfang September wird ein Sonderheft des Berliner autonomen Szeneblatts „INTERIM“ mit dem Titel „Best of INTERIM '97“ (51 Seiten) verbreitet. Verantwortlich zeichnet ein Herausgeberkreis; diesem gehören u. a. Buch- und Infoläden sowie Zeitschriften, Druckereien, Verlage und Archive der autonomen Szene an, außerdem militante autonome und sozialrevolutionär orientierte Gruppen, z. B. das „Anti-Olympia-Komitee“ (AOK) und die Gruppe „Für eine linke Strömung“ (F.e.I.S.). Inhaltliche Schwerpunkte sind der militante Anti-AKW-Widerstand, die sog. Umstrukturierungsdebatte („Innenstadt/ Häuserkampf“) und die Diskussion um die Gestaltung des „Revolutionären 1. Mai“.

Bedeutung der „INTERIM“

In einer Einleitung betonen die Herausgeber die kommunikative, aber auch „praktische“ Bedeutung des Mediums „INTERIM“ für alle, die sich einem „undogmatischen linksradikalen, antisexistischen und antirassistischen Widerstand“ verbunden fühlten. Diesen biete das Blatt ein Basisforum für die Diskussion und einen Ansatz zur Mobilisierung und Praxis - jenseits von Parteien und anderen hierarchischen Strukturen. In „INTERIM“ würden

„erfolgsversprechende Strategien und Mittel für einen auch militanten - Widerstand vorgestellt und diskutiert. Dabei liegt es auf der Hand, daß sich eine linksradikale Opposition nicht nur auf die gesetzlich mal gerade genehmigten Spielregeln beschränken lassen darf“.

Ein Abhängigmachen von staatlichen Kriterien, was an oppositioneller Praxis erlaubt und verboten sei, komme - so die Herausgeber - einer „Selbstaufgabe“ gleich.

Zur Anti-AKW-Kampagne merken die Herausgeber an, je stärker und „teurer“ der Widerstand für die Herrschenden werde,

Linksextremismus

desto mehr sei mit Repression zu rechnen. Dies zeige, daß der Kampf gegen Atomkraftwerke

„den Gegner offensichtlich trifft und daß wir deshalb nicht nur weitermachen, sondern auch über effektiven und massenhaften Widerstand nachdenken sollten“.

Im Zusammenhang mit dem Thema „Innenstadt/Häuserkampf“ wird ein Text nachgedruckt, der die angebliche Notwendigkeit konspirativer Strukturen betont:

„Wenn wir selbstbestimmte Politik betreiben wollen, brauchen wir auch illegale Strukturen (...). Wenn wir konkret und direkt eingreifen wollen, müssen wir militant vorgehen können“

„Best of INTERIM '97“ war offensichtlich eine Reaktion auf die Exekutivmaßnahmen vom 12. Juni 1997 gegen mutmaßliche Herausgeber, Hersteller und Verteiler der „INTERIM“.

Mit der Sondernummer wollten die Herausgeber einer - wie sie formulieren - „Kriminalisierung“ des für Diskussion und Praxis der Szene essentiellen Mediums „INTERIM“ entgegentreten und „Öffentlichkeit“ schaffen.

2.2 Terrorismus

Eine weitere Form des gewaltbereiten Linksextremismus ist der Terrorismus. Diese Variante im linksextremistischen Kampf gegen den demokratischen Verfassungsstaat geht von der Annahme aus, jedwede angestrebte Umwälzung habe zwingend nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn zuvor das Vertrauen in die bestehende politische Ordnung mit ihren Abwehrmechanismen gegen totalitäre Bedrohungen durch gezielt herbeigeführte spürbare Sicherheitsgefährdungen nachhaltig erschüttert werde.

Umwälzung erst
nach
Zerstörung der
bestehenden
Ordnung
möglich

Terrorismus offenbart sich in extremistisch entartetem, politisch oder glaubensmäßig motiviertem Bestreben bzw. systemati-

Linksextremismus

schem Handeln von Personen oder Personenzusammenhängen, das sich gegen Leib und Leben, die persönliche Freiheit Einzelner oder gegen die Allgemeinheit schlechthin richtet.

In übersteigter Bewertung des eigenen Denkens soll die jeweils geltende Staats- und Gesellschaftsform destabilisiert und längerfristig verändert und möglichst ersetzt werden.

Hierbei wird willentlich darauf abgestellt, in allgemeiner Form öffentlichkeitswirksam Angst und Schrecken zu verbreiten und bei Gleichgesinnten eine mobilisierende Wirkung zu erzielen.

2.2.1 „Rote Armee Fraktion“ (RAF)

Mitgliederzahl:	a) Kommandobereich: unbekannt b) RAF-Umfeld: in Berlin ca. 15 (1996: 15)
Organisationsstruktur:	Kommandobereich, Inhaftierte und Umfeld
Entstehung/Gründung:	1970
Ideologie:	divergierende Auffassungen: Neuorientierung im Sinne des Aufbaus einer „sozialen Gegenmacht von unten“ oder Fortsetzung des „antimperialistischen Kampfes“ anhand früherer RAF-Konzeptionen

Entstehung

Die RAF geht entstehungsgeschichtlich zurück auf die im Jahre 1970 von einem Kreis um Andreas BAADER und Ulrike MEINHOF gebildete „BAADER-MEINHOF-Gruppe“. Der Kommandobereich als illegaler Kern der RAF zeichnete jeweils für die Terroranschläge verantwortlich.

1992 gestand die Kommandoebene das Scheitern ihres „bewaffneten Kampfes“ ein und verkündete eine „Kampfpause“.

Rücknahme der Eskalation

Diese zeitweilige „Rücknahme der Eskalation“ knüpfte die Terrororganisation jedoch an das Verhalten des Staates bezüglich einiger zentraler Anliegen des Kommandobereichs.

Das neue Konzept des Kommandobereichs, über „soziale Aneignungsprozesse“ und den Aufbau einer „Gegenmacht von unten“ zu einem „neuen internationalen Kampf für die Umwälzung“ zu gelangen, führte zu einer Spaltung des RAF-Gefüges in zwei „Fraktionen“. Nur eine Minderheit in der Anhängerschaft, das RAF-Umfeld, zählt zu den Befürwortern der neuen Linie. Die Position der „hardliner“-Mehrheit, darunter

Linksextremismus

auch die seit Jahren inhaftierten ehemaligen RAF-Mitglieder, nähert sich faktisch immer mehr der des „Antiimperialistischen Widerstandes“ (AIW) an.

Gefordert wird eine weitestgehend ideologiebereinigte, an den „realen Prozessen“ ausgerichtete „Neuorientierung antiimperialistischer revolutionärer Politik“.

Der „bewaffnete Kampf“ als Mittel zur Erreichung des Ziels wird hierbei grundsätzlich akzeptiert.

„Hardliner“
näher sich
AIW an

- **RAF-Kommandoebene und RAF-Inhaftierte**

Nachdem die Kommandoebene („Illegale“) in ihrer „Grundsatzerklärung“ vom 6. März 1994 signalisiert hatte, in eine zeitlich nicht näher bestimmte „Selbstfindungsphase“ eintreten zu wollen/zu müssen, wurde dieser Prozeß bis dato lediglich mit den Stellungnahmen vom 29. November bzw. 9. Dezember 1996 aus aktuellem Anlaß unterbrochen (Selbstgestellung des mutmaßlichen, steckbrieflich gesuchten RAF-Mitgliedes Christoph SEIDLER im November 1996). Die Verfasser bekräftigten seinerzeit ihre Absicht, „zusammen mit anderen GenossInnen, die nicht in der RAF organisiert sind, ein Resümee der Geschichte der Linken - und in ihr der RAF - ziehen“ zu wollen.

Da sich dieses Vorhaben „aber als sehr langwieriges Projekt herausgestellt“ habe, „werden wir es demnächst doch unabhängig davon und doch wieder nur als RAF machen“.

Selbstfindungs-
phase

In der Praxis ließen die „Illegalen“ jedoch die vielfältigen möglichen Anknüpfungspunkte des Jahres 1997 hierfür ungenutzt:

- ⇒ Auf einer „Veranstaltungsreihe zur bewaffneten und militanten Politik der Linken in Deutschland, Italien und der Schweiz“, 15. - 25. Mai in der „Roten Fabrik“ in Zürich, versuchten ehemalige Mitglieder von RAF, „Roten Brigaden“ und anderen Gruppen, die Geschichte der „bewaffneten Kämpfe“ in Europa zu analysieren.

Linksextremismus

Die Fragen, vor allem auch der zahlreichen jugendlichen Teilnehmer, nach neuen Konzepten für die Auseinandersetzung mit dem Staat blieben unbeantwortet.

- ⇒ Vom 30. Mai bis zum 1. Juni fanden - unter maßgeblicher Beteiligung von Linksextremisten - in Berlin aus Anlaß des 30. Jahrestages des Todes von Benno OHNESORG³ (2. Juni 1967) zeitgleich zwei Diskussions- und Podiumsveranstaltungen statt, die beide jedoch nicht zufriedenstellend für die Veranstalter/Teilnehmer und zum Teil recht chaotisch (Abbruch des „Benno OHNESORG-Kongresses“) verliefen.
- ⇒ Zum 20. Jahrestag des „Deutschen Herbstes“⁴ führten u. a. Linksextremisten Diskussions- und Vortragsveranstaltungen durch, um damit erneut die „Gefangenenfrage“ zu thematisieren und Anstöße zur „Geschichtsaufarbeitung“ zu geben.

Inhaftierte der RAF

Bundesweit gibt es derzeit noch zehn „Inhaftierte“ der RAF, deren sofortige Freilassung wieder einmal mehr in einer aktuellen Kampagne „FREIHEIT JETZT“ gefordert wird.

So wurde z. B. in verschiedenen Tageszeitungen ein „Dringender Appell für die bedingungslose Freilassung der Gefangenen aus der Roten Armee Fraktion (RAF)“ veröffentlicht und nach Angaben einer die Kampagne mittragenden Gruppe seien ca. 20 000 Postkarten in Spanisch, Englisch und Deutsch gedruckt und verteilt worden.

Von zentraler Bedeutung für diese Aktivitäten ist hierbei der zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilte Helmut POHL und sein sich verschlechternder Gesundheitszustand.

³ Der Student Benno OHNESORG war am 2. Juni 1967 im Verlaufe gewalttätiger Ausschreitungen anläßlich des Deutschland-Besuches des Schahs von Persien von einem Berliner Polizeibeamten durch einen Schuß aus dessen Dienstwaffe fahrlässig getötet worden.

⁴ Mit der Entführung des seinerzeitigen Arbeitgeberpräsidenten Dr. Hanns Martin SCHLEYER und der Ermordung seiner vier Begleitpersonen am 5. September 1977 in Köln sowie dem Mord an Dr. SCHLEYER und der Selbsttötung der in der Justizvollzugsanstalt Stammheim einsitzenden RAF-Mitglieder BAADER, ENSSLIN und RASPE am 18. Oktober 1977, erreichte die Eskalation der Gewalt im sog. Deutschen Herbst ihren Höhepunkt.

Linksextremismus

Im November 1997 wurde überraschend durch Presseveröffentlichungen bekannt, daß POHL bereits Anfang des Jahres beim Bundespräsidenten ein Gnadengesuch gestellt hatte.

Es bleibt abzuwarten, welche Auswirkungen dieses Verhalten POHLs - von seinen Anwälten angeblich geheimgehalten - auf die laufende Kampagne bzw. weitergehend auf den terroristischen Unterstützerebereich und in letzter Konsequenz auf die RAF-Kommandoebene gegebenfalls haben wird.

- **RAF-Umfeld**

„RAF-Umfeld“ ist ein Arbeitsbegriff der Sicherheitsbehörden. Solange die RAF sich als einheitliches Gesamtgefüge darstellte, kam diesem Personenkreis in erster Linie eine agitative und logistische Unterstützungs- bzw. auch Rekrutierungsfunktion für den Kommandobereich zu.

Die Fraktionsbildung innerhalb der RAF setzte sich konsequenterweise auch in dieser Struktur fort.

In Berlin werden noch ca. 15 Personen (gegenüber ehemals bis zu höchstens 50) zu den Unterstützern der momentanen RAF-Kommandoebene und ihrer umstrittenen „neuen Politik“ gezählt. Dieser Personenkreis entwickelt sich allerdings zunehmend, nicht zuletzt wegen seiner kaum noch wahrnehmbaren öffentlichen Aktivitäten, in Richtung einer zu vernachlässigenden Größe.

Der größere Teil des ehemaligen (Gesamt-)RAF-Umfeldes ist im Bereich „Antiimperialistischer Widerstand“ (AIW) aufgegangen.

Entsprechend dem (zumindest erklärten) derzeitigen Hauptanliegen der Kommandoebene, „ein Resümee der Geschichte der Linken - und in ihr der RAF - ziehen“ zu wollen, scheint hier auch seit einiger Zeit der Arbeitsschwerpunkt dieses Unterstützerebereiches liegen.

**Arbeits-
schwerpunkt**

Linksextremismus

Für den Fall, daß sich diese gemeinsamen Bemühungen nach bewährter strikter Arbeitsmethodik vollziehen, besteht die Möglichkeit, daß ein konsensfähiger Rückblick und ein konzeptionell nutzbarer Ausblick präsentiert werden kann, zumal die RAF über zwei Jahrzehnte hinweg die aktivste, durchsetzungskräftigste und disziplinierteste Fraktion innerhalb der nationalen „radikalen Linken“ war.

Nach Lage der Dinge wäre jedoch eine wesentliche konstitutive Voraussetzung für einen solchen Teilerfolg, daß die RAF die Kritikpunkte und (ansatzweisen) perspektivischen Vorstellungen des „Antiimperialistischen Widerstandes“ berücksichtigt.

Die RAF könnte somit ihre Meinungsführerschaft wiedererlangen. Die weitere Entwicklung kann derzeit nicht prognostiziert werden.

2.2.2 „Antiimperialistische Zelle“ (AIZ)⁵

Organisationsstruktur:	Überregionaler Personenzusammenhang mit unterschiedlichen regionalen Bezügen
Entstehung/Gründung:	22. April 1992 (nach eigenen Angaben)
Ideologie:	marxistisch-leninistische Ideologiepartikel unter Einschluß konzeptioneller Varianten lateinamerikanischer Guerilla-Bewegungen, Anlehnung an frühere RAF-Theorien sowie eine für hiesige Verhältnisse ungewöhnliche islamistische Ausrichtung

Orientierung an traditionellen RAF-Konzepten

Der „überregionale Personenzusammenhang“ AIZ agiert nach einheitlichem Täterwillen arbeitsteilig und strebt Resonanz in anderen „antiimperialistischen Zusammenhängen“ an. Er orientiert sich an der traditionellen RAF-Konzeption. Seine Aktionen will er als „Teil einer Politik der militanten Orientierung“ verstanden wissen. Unverzichtbar seien „gezielte Angriffe auf einzelne Funktionsträger aus Politik und Wirtschaft, wenn der antiimperialistische Kampf in der BRD ein relevanter werden soll“. Deshalb gelte es, „dort militant/bewaffnet anzugreifen, wo die BRD-Eliten ihre Arbeitsplätze bzw. Wohnsitze haben“.

Linksextremismus

Nach der Festnahme zweier Hauptverdächtiger am 25. Februar 1996 konnten allerdings keinerlei Aktivitäten der AIZ mehr festgestellt werden. Lediglich die beiden Festgenommenen versuchten durch zwei Hungerstreikaktionen, aus der Untersuchungshaft heraus für sich und ihre Ziele solidarische Unterstützer zu gewinnen - dies jedoch vergeblich.

Keine weiteren
Aktivitäten

Durch die polizeilichen Maßnahmen ist somit zumindest ein wesentlicher Teil dieser Gruppierung neutralisiert worden. Eine genaue Mitgliederzahl der AIZ ist nicht bekannt.

Gegen die beiden mutmaßlichen AIZ-Mitglieder, die beide während der Untersuchungshaft zum Islam übergetreten sind, wurde am 14. November 1997 vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf das Hauptverfahren eröffnet.

Bereits am ersten Verhandlungstag gab einer der Angeklagten eine ca. 100 Seiten umfassende „politische“ Erklärung ab.

Die AIZ ist zwar einerseits Teil des Bedrohungskomplexes „Antiimperialistischer Widerstand“ (AIW) und als solcher ein bereits „etablierter“, „praktizierender“ Personenzusammenhang, andererseits jedoch nimmt sie eine Sonderrolle ein.

Sonderrolle

Aus der Sicht der übrigen „revolutionären Linken“ ist die Zielauswahl der AIZ umstritten, ihre Anlehnung an islamistische Vorstellungen und Gruppen sei nicht nachvollziehbar. Auf Kritik stößt zudem, daß die AIZ bei ihren Tauschungen die Gefährdung unbeteiligter Dritter billigend in Kauf nimmt und somit Grundprinzipien der „revolutionären Moral“ verletze.

Die AIZ beging zwischen dem 21. November 1992 und 23. Dezember 1995 insgesamt neun Anschläge (einschließlich eines Versuches) - davon sechs mittels Sprengstoff.

Entsprechend ihrer beständig thematisch erweiterten „Interventionsfelder“ war der Charakter ihrer Zielobjekte sehr unterschiedlich. Insbesondere richteten AIZ-Terroristen Attacken gegen demokratische Parteien, betroffen waren bis dato die CDU/CSU und die F.D.P. bzw. Funktionsträger beider Organisationen. In allen Fällen blieb es letztlich bei Sachschäden.

Ziel der
Terroraktionen

Linksextremismus

Eine genauere Betrachtung des Verlaufes der einzelnen Anschläge läßt jedoch die Schlußfolgerung zu, daß das Ausbleiben von Personenschäden anscheinend eher Zufall als Absicht war.

2.2.3 „Antiimperialistischer Widerstand“ (AIW)

Mitgliederzahl:	ca. 130 in Berlin
Organisationsstruktur:	inhomogenes, überregionales Personenpotential mit nur ansatzweise erkennbaren Strukturen
Entstehung/Gründung:	Ca. Mitte/Ende der 80er Jahre
Ideologie:	Orientierung an RAF-Konzeptionen der 70er und 80er Jahre, propagiert weiterhin den grundsätzlich akzeptierten „bewaffneten Kampf“
Publikationen:	„clockwork - zusammen für befreiung kämpfen“

Entwicklung

Der „Antiimperialistische Widerstand“ (AIW) - wie er sich nach ca. zehnjähriger Entwicklung darstellt - ist zu einem eigenständigen Beobachtungsfeld der Ämter für Verfassungsschutz erwachsen.

Die Anfänge dieses Bedrohungspotentials dürften - aus heutiger Sicht - in der Mitte der 80er Jahre gelegen haben, als Kritiker der RAF-Praxis begannen, sich zu artikulieren.

Ein erster Höhepunkt dieser Entwicklung war der „Antiimperialistische und Antikapitalistische Widerstandskongreß“ in Frankfurt/M. zu Beginn des Jahres 1986.

Hier wurde deutlich, daß es der RAF nicht gelungen war, die gesamte Spannweite der „Antiimperialisten“ an sich zu binden.

In der Folge entwickelten sich dann auch konsequenterweise verschiedene „antiimperialistische“ Strukturen parallel zueinander.

Diese speisten sich über die Jahre nicht nur - wie anfänglich - aus RAF-nahen Strukturen, sondern (zunehmend) auch aus den Bereichen „Autonome“, „Revolutionäre Zellen“ (RZ), „Rote Zora“ und anderen „sozialrevolutionären“ Personenzusammenhängen.

Im Verlauf dieses „organischen“ Wachstums verschwammen die hergebrachten Trennlinien innerhalb des gewaltbereiten Linksextremismus zusehends - augenfälliges Beispiel für Berlin:

Linksextremismus

die Gruppe „Das K.O.M.I.T.E.E.“, deren Selbstverständnis sich auf einer Symbiose aus Anschauungen Autonomer und Positionen des früheren RAF-Umfeldes gründet. Seit Abgabe einer „Auflösungserklärung“ der Gruppe am 6. September 1995⁶ blieb die Frage eines möglichen Fortbestandes des „K.O.M.I.T.E.E.s“ unter anderer Bezeichnung ungeklärt.

„Das
K.O.M.I.T.E.E.“

Zunehmend konnten konsensfähige Themenfelder besetzt werden, die geeignet sind, terroristische Solidarität zu bewirken. Dazu zählt vor allem die „Kurdenproblematik“ einschließlich verbreiteter Affinitäten zu der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK).

Themenfelder

Die Gemeinsamkeiten bezüglich der konzeptionellen Zielvorstellungen bestehen in dem Eingeständnis einer weitestgehend „gescheiterten revolutionären Linken“ und der Forderung nach einer „Neuorientierung antiimperialistischer revolutionärer Politik“ bei grundsätzlicher Akzeptanz des „bewaffneten Kampfes“. Das „Wann“ und „Wie“ sind hierbei umstritten.

Dieser „Kampf“ soll sich so lange wie möglich - in Anlehnung an das hergebrachte Prinzip „Revolutionärer Zellen“ (RZ) - aus der „Legalität“ heraus vollziehen („Feierabendterrorismus“).

Feierabend-
terrorismus

Innerhalb des AIW sind schwerpunktmäßig drei Zielrichtungen festzustellen: antipatriarchal, antiimperialistisch und kommunistisch.

Mittlerweile hat der AIW das frühere RAF-Umfeld weitestgehend absorbiert.

Die Verwerfungen innerhalb der gesamten „Radikalen Linken“ sind u. a. ein Generationsproblem, das sich zumindest durch die Teilnahme vieler sehr junger Zuhörer bei retrospektiven Veranstaltungen zeigt. Selbst in diesem militanten Spektrum finden sie häufig keine befriedigenden Antworten auf ihre gerade zukunftsbezogenen Fragen. Es besteht daher durchaus die Möglichkeit, daß sie ihre Unzufriedenheit in anderen Bereichen zu kompensieren versuchen.

Linksextremismus

2.3 Anarchistische Personenzusammenhänge

Ideologie

Anarchistisch orientierte Gruppierungen wollen die staatliche und gesellschaftliche Ordnung zerschlagen und/oder zersetzen, um eine nach ihren Vorstellungen herrschaftsfreie Gesellschaft („Anarchie“) zu errichten. In Berlin gibt es seit Jahren etwa 100 Personen, die anarchistischen Bestrebungen zuzurechnen sind.

Beispiel: NKFDDR

Beispielhaft kann hier das „Nationalkomitee Freie DDR“ (NKFDDR) angeführt werden, das erstmals Anfang Januar 1992 mit der Verbreitung einer Gründungserklärung an die Öffentlichkeit trat. Das Komitee wolle, so hieß es, „die Besetzung der DDR durch den BRD-Imperialismus“ nicht hinnehmen, sondern den „Anschluß und seine Folgen bekämpfen“. „Gegen die Folgen des Anschlusses“ rege sich Widerstand „in der besetzten DDR“.

1997 führte das NKFDDR lediglich am 7. Oktober eine Kundgebung in Berlin-Mitte durch, an der etwa 50 Personen teilnahmen. Es wurden themenbezogene Flugschriften verteilt und Fahnen der ehemaligen DDR gezeigt.

NICHT KONFORM

Kommunistische Tabakerei
Lorenzstraße 10/11
10179 Berlin

7. Oktober '97

48 Jahre DDR

7. Oktober '97
Berlin-Alexanderplatz
Volkstrutz, 18 Uhr
Kundgebung des NKFDDR
(Nationalkomitee Freie DDR)
Gegen Okkupation
für eine unabhängige sozialistische DDR

15. August 1957 A. Umarmungszeitung 1 - 100

Linksextremismus

3 Marxisten-Leninisten und sonstige revolutionäre Marxisten einschließlich Trotzlisten

Neben gewaltorientierten Linksextremisten streben auch mehrere marxistisch-leninistische Parteien und sonstige revolutionär-marxistische Zusammenschlüsse die Beseitigung der bestehenden Ordnung an.

Zu diesen Kräften zählen zum einen Kommunisten, die sich in der Tradition der früheren kommunistischen Weltbewegung sehen.

Hiervon zu unterscheiden sind Parteien und Gruppen mit einem abgewandelten marxistisch-leninistischen bzw. revolutionär-marxistischen Weltbild. Solche Zusammenschlüsse orientieren sich in ihrem ideologischen Selbstverständnis häufig an stalinistischen, maoistischen oder trotzkistischen Interpretationen kommunistischer Vorbilder.

Die Mitgliederschaft marxistisch-leninistischer Parteien und sonstiger revolutionär-marxistischer Zusammenschlüsse in Berlin blieb 1997 zahlenmäßig konstant.

**Konstante
Mitglieder-
zahlen**

3.1 Marxistisch - leninistische Parteien

3.1.1 „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)

Sitz:	Essen (Nordrhein-Westfalen)
Mitgliederzahl:	6 200 bundesweit (1996: 6 260), 130 in Berlin (1996: 130)
Organisationsstruktur:	Partei
Entstehung/Gründung:	25. September 1968
Ideologie:	marxistisch-leninistisch unter Anlehnung an frühere Interpretationen der KPdSU
Publikationen:	„Unsere Zeit (UZ) - Zeitung der DKP“ (wöchentlich, Auflage: etwa 8 000); „Marxistische Blätter“ (zweimonatlich, Auflage: 3 000); „Anstoß - Organ des DKP-Bezirks Berlin“ (monatlich, Auflage: 500)

Die am 25. September 1968 von früheren Funktionären der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD) gegründete „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) etablierte erst 1990 einen Lan-

**Entstehung und
Ideologie**

Linksextremismus

**Früher:
Anbindung an
KPdSU und
SED**

desverband in Berlin. Bis zur Wende übernahm sie bedingungslos die Linie der „Kommunistischen Partei der Sowjetunion“ (KPdSU) und betonte ihre völlige Übereinstimmung mit der politischen Zielsetzung der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED). Sie ist weiterhin die bedeutendste orthodox-kommunistische Partei Deutschlands und hält an der Notwendigkeit eines „revolutionären Bruchs“ mit der bestehenden Gesellschaftsordnung fest.

Nach dem Wegfall dieser früheren Leitbilder ist es der DKP offensichtlich nicht gelungen, eigene Zielvorstellungen zu entwickeln.

Mitglieder der DKP unterhielten auch weiterhin enge Verbindungen zu Angehörigen der „Kommunistischen Plattform der PDS“ (KPF).

Die Bezirksorganisation Berlin der DKP hat wie im Vorjahr ca. 130 Mitglieder, die in vier Bezirksgruppen organisiert sind. Eigene öffentlichkeitswirksame Aktivitäten wurden 1997 in Berlin nicht festgestellt.

3.1.2 „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD - Sitz Berlin)

Sitz:	Berlin
Mitgliederzahl:	200 bundesweit (1996: 200), 40 in Berlin (1996: 40)
Organisationsstruktur:	Partei
Entstehung/Gründung:	31. Januar 1990
Ideologie:	marxistisch-leninistisch, stalinistische Elemente
Publikationen:	„Die Rote Fahne - Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands“ (monatlich); „Trotz alledem - Zeitschrift der Kommunistischen Partei Deutschlands für Theorie und Praxis der Parteiarbeit“ (zweimonatlich)

**Entstehung und
Ideologie**

Die „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD - Sitz Berlin) entstand in Ost-Berlin in der politischen Umbruchssituation nach dem Fall der innerdeutschen Grenze. Offizielles Gründungsdatum ist der 31. Januar 1990, also ein Zeitpunkt, zu dem noch die DDR existierte. Historisch steht die KPD - Sitz Berlin nach

Linksextremismus

ihrem Selbstverständnis in der Tradition der KPD, die sich im Jahre 1946 mit der SPD zur SED vereinigt hat.

Die Partei propagiert den Aufbau einer einheitlichen kommunistischen Partei. Ziel ist die „Revolution des Volkes und ... die Errichtung einer kommunistischen Gesellschaft“.

Ziel

3.1.3 Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)

Sitz:	Essen (Nordrhein-Westfalen)
Mitgliederzahl:	2 500 bundesweit (1996: 2 700), 120 in Berlin (1996: 120)
Organisationsstruktur:	Partei
Entstehung/Gründung:	Juni 1982
Ideologie:	marxistisch-leninistisch-maoistisch
Publikationen:	„Rote Fahne“ (wöchentlich, Auflage: 7 500); „Lernen und kämpfen“ (Luk) (monatlich, vom ZK herausgegebenes innerorganisatorisches Organ, Auflage: ca. 1 500); „Rebell - Jugendmagazin des Jugendverbandes REBELL“, zweimonatlich)

Die im Juni 1982 in Bochum gegründete „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) bekennt sich zur Theorie des Marxismus-Leninismus in seiner Interpretation durch Mao ZEDONG und fordert den Aufbau eines „echten Sozialismus“. Auch 1997 gelang es der MLPD nicht, sich aus ihrer politischen Isolierung innerhalb des linksextremistischen Spektrums zu lösen. Von der PDS beispielsweise wird sie nach wie vor als „sektiererische Organisation“ abgelehnt.

Entstehung und Ideologie

Die 1995 begonnene bundesweite Diskussion über das vom Zentralkomitee (ZK) der MLPD herausgegebene Thesenpapier „Der Kampf um die Denkweise in der Arbeiterbewegung“ hielt auch im Berichtszeitraum an. In deren Verlauf zwang die Parteiführung Funktionäre aller Ebenen, denen sie „kleinbürgerliche Abweichungen“ vorhielt, zu „Kritik und Selbstkritik“ und wechselte sie zu einem großen Teil aus. Der sich aus diesen Maßnahmen entwickelnden Krise versuchte die Partei mit umfangreichen Umstrukturierungs- und Reorganisationsmaßnahmen zu begegnen.

Krise und Reorganisationsversuche

Linksextremismus

Spendenkampagne

Auf anhaltende Probleme deutet auch eine Spendenkampagne zur „finanzpolitischen Stärkung der Partei“ hin, die bis in den Herbst 1998 geführt werden soll und die Gewinnung von Dauerspendern zum Ziel hat, um die Spendeneinbußen der letzten zwei Jahre (etwa 13%) zu kompensieren. Bereits zuvor hatte die Führung der Partei eine Stagnation bei der Mitgliederentwicklung einräumen müssen.

Die MLPD verfügt über einen eigenen Veranstaltungsort in Berlin-Neukölln, ihr Jugendverband „REBELL“ ist mit zwei Ortsgruppen in Berlin vertreten.

Die Homepage der MLPD im Internet enthält zahlreiche Hinweise (sog. Links) zu internationalen marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen, z. B. in Spanien, Luxemburg, Frankreich, Südamerika und den USA.

3.2 Sonstige revolutionär-marxistische Gruppen einschließlich trotzkistischer Vereinigungen

3.2.1 „Marxistische Gruppe“ (MG)

Sitz:	München
Mitgliederzahl:	10 000 bundesweit (1996: 10 000), ca. 40 in Berlin (1996: ca. 40)
Organisationsstruktur:	Zusammenschluß
Entstehung/Gründung:	Anfang der 70er Jahre
Ideologie:	marxistisch-leninistisch, gewaltbefürwortend
Publikationen:	„GEGENSTANDPUNKT - politische Vierteljahresschrift“ (vierteljährlich, Auflage: über 7 000)

Entstehung und Ideologie

Die MG ging Anfang der 70er Jahre aus „Roten Zellen“ hervor, die sich in der Auflösungsphase des „Sozialistischen Deutschen Studentenbundes“ (SDS) 1969/70 gebildet hatten. Nachdem sie im Mai 1991 unter Hinweis auf den staatlichen „Verfolgungswahn“ ihre „Selbstauflösung“ bekanntgegeben hatte, stellte sie vorübergehend alle Aktivitäten ein, wahrte aber intern durch „Seilschaften“ im Beruf und eine Vielzahl von Wirtschaftsunternehmen weiterhin ihren Zusammenhalt.

Linksextremismus

Bei partieller Anlehnung an die ideologischen „Klassiker“ des Linksextremismus und unter Berufung auf vorgebliche eigene Erkenntnismethoden zur Analyse der Wirklichkeit propagiert sie die gewaltsame Zerschlagung der verfassungsmäßigen Ordnung zugunsten einer kommunistischen Gesellschaftsform.

Ziel

In Berlin trat die MG auch 1997 lediglich mit „GEGENSTAND-PUNKTE“-Diskussionsgruppen im Mehringhof (Kreuzberg) und in der Humboldt-Universität (Mitte) hervor.

3.2.2 „Revolutionäre Kommunisten (BRD)“ (RK)

Sitz:	London (Sitz des Dachverbandes RIM)
Mitgliederzahl:	130 bundesweit (1996: 100), 100 in Berlin (1996: 30)
Organisationsstruktur:	Zusammenschluß
Entstehung/Gründung:	1986
Ideologie:	marxistisch-leninistisch-maoistisch unter Einschluß von Strategien terroristischer Gruppen aus der Dritten Welt

Die „Revolutionären Kommunisten (BRD)“ (RK) sind ein äußerst gewalttätiger Zusammenschluß, der dem maoistisch orientierten Dachverband „Revolutionary Internationalist Movement“ (RIM) angehört. Führende Kraft der in London ansässigen RIM ist die „Kommunistische Partei Perus“ (PCP), eine weltweit unter der Bezeichnung „Sendero Luminoso“ („Leuchtender Pfad“) bekannte Terrororganisation, der in Peru u. a. zahlreiche Massaker angelastet werden.

Entstehung und Ideologie

Die in der RIM zusammengeschlossenen Gruppen orientieren sich ideologisch an MARX, ENGELS, LENIN und Mao ZEDONG und stellen dabei besonders Maos Konzept des „Revolutionären Volkskrieges“ heraus.

Gewaltbereitschaft

Seit 1986 traten Anhänger der RIM sporadisch durch Verteilen von Flugblättern in Erscheinung. Bis Anfang 1991 führten sie die Bezeichnung „Sympathisanten der Revolutionären Kommunisten“.

Linksextremismus

In Berlin gehören den RK überwiegend deutsche und türkische Jugendliche an.

1997 konzentrierten die RK ihre Aktivitäten auf Themen, die innerhalb der linksextremistischen Szene konsensfähig sind, wie z. B. den „Antifaschistischen Kampf“. Darüber hinaus beteiligten sie sich an der Vorbereitung und Durchführung einer „Revolutionären 1. Mai-Demonstration“.

3.2.3 Trotzkiistische Vereinigungen

Der Trotzkiismus, dessen Anhänger sich selbst als „revolutionäre Kommunisten“ bezeichnen, hat seinen Ursprung in der von Leo TROTZKI im Jahre 1938 gegründeten „IV. Internationale“ und dem dort von ihm vorgelegten „Übergangsprogramm: Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgabe der Vierten Internationale“. In seinem Statut proklamierte der Zusammenschluß das Ziel einer proletarischen Revolution im Weltmaßstab zur Errichtung einer rätendemokratischen Ordnung. Sowohl das „Übergangsprogramm“ als auch die seinerzeit benannten Ziele, mit denen sich TROTZKI von der durch STALIN beherrschten III. Internationale losgesagt hatte, bilden bis heute für seine Anhänger die ideologische Grundlage.

Innerhalb des linksextremistischen Potentials isoliert, untereinander wegen Zugehörigkeit zu ideologisch divergierenden Dachverbänden des internationalen Trotzkiismus verfeindet, bleibt ihnen als „kleinster gemeinsamer Nenner“, Aktivitäten anderer Linksextremisten im Rahmen des „Antifaschistischen Kampfes“ zu unterstützen.

Eine der aktivsten Gruppen der insgesamt 7 Beobachtungsobjekte des LfV Berlin im Bereich des Berliner trotzkiistischen Spektrums ist die „Sozialistische Alternative VORAN“ (SAV), die deutsche Sektion des „Committee for a Worker's International“ (CWI) mit Sitz in London. Sie hat in Berlin etwa 50 Mitglieder, die in drei Ortsgruppen organisiert sind. 1997 trat sie im Stadtgebiet regelmäßig mit Informationsständen in Erscheinung.

Ideologie

Isoliert und zerstritten

SAV

Linksextremismus

Andere trotzkistische Zusammenschlüsse, wie z. B. die „Spartakist - Arbeiterpartei Deutschlands“ (SpAD) und der „Bund Sozialistischer Arbeiter“ (BSA), sind weder für den Trotzkismus selbst noch für den organisierten Linksextremismus von Bedeutung.

4 Linksextremistische Bestrebungen in der „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS)

Die PDS stellt für die Verfassungsschutzbehörden in gewisser Weise ein neues Phänomen dar. Bei ihr handelt es sich weniger um eine dogmatische linksextremistische Gruppierung im „klassischen Sinn“ wie z. B. die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP); man könnte sie vielmehr als „Strömungspartei“ bezeichnen, d. h., sie vereint unter ihrem Dach unterschiedliche Ausprägungsformen „linker“ Politik, darunter linksextremistische Bestrebungen, die einen integralen Bestandteil der Partei darstellen.

„Strömungs-
partei“

Das LfV Berlin beobachtet im Berichtszeitraum sieben extremistische Einschlüsse innerhalb der PDS, die im folgenden näher dargestellt werden.

Darüber hinaus kooperiert die PDS - zumeist über diese Einschlüsse - mit anderen linksextremistischen Gruppierungen und Parteien. So stellt die Bezirksorganisation Kreuzberg einem breiten Spektrum linksextremistischer Gruppierungen Räume sowie logistische und finanzielle Ressourcen zur Verfügung. Die KPF kooperiert u. a. mit der DKP und der militanten, der autonomen „Antifa“ zuzurechnenden „Antifaschistischen Aktion Berlin“ (AAB).

Kooperation mit
Links-
extremismus

Im Rahmen der Veranstaltungen der „linken“ Szene zum 1. Mai 1997 war die PDS Berlin über ihre Einschlüsse oder Unterorganisationen gemeinsam mit Linksextremisten jeglicher Couleur in allen entsprechenden Vorbereitungsgruppen („Revolutionäre 1. Mai-Demonstration“, Straßenfeste etc.) vertreten.

Linksextremismus

4.1 „Kommunistische Plattform der PDS“ (KPF)

Sitz:	Berlin
Mitgliederzahl:	Bundesweit: ca. 3 000 - 5 000 „Zugehörige“ ⁷ (1996: 5 000), k.A. in Berlin (1996: k.A.)
Organisationsstruktur:	Zusammenschluß ⁸
Entstehung/Gründung:	30. Dezember 1989
Ideologie:	marxistisch-leninistisch im Sinne der früheren, sowjetisch dominierten kommunistischen Weltbewegung
Publikationen:	„Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS“ (monatlich)

Klassenkampf und Diktatur des Proletariats

Die mitgliederstärkste PDS-Gruppierung KPF versteht sich als Nachfolgerin der erklärtermaßen verfassungswidrigen „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD). Dieses Selbstverständnis impliziert eine prinzipielle Identität mit deren Zielen.

Programmatische Aussagen, wie z. B. die Forderung eines „Übergangs von der Klassengesellschaft in eine klassenlose Gesellschaft durch einen mehrere Phasen umfassenden erbiterten Klassenkampf“ bzw. eines „dritten revolutionären Versuchs, den Kapitalismus zu überwinden“, sind deutliche Hinweise darauf, daß die KPF an dem durch die marxistisch-leninistische Lehre vorgegebenen Weg zum Kommunismus über eine mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht zu vereinbarende „proletarische Revolution“ und die „Diktatur des Proletariats“ festhält.

So äußerte ein führendes Mitglied der KPF 1997 in einem Beitrag für die „Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS“:

⁷ In Punkt V. des PDS-Statuts in der Fassung vom Juni 1991 heißt es, daß „Nichtmitglieder, die sich für Vorhaben der Partei engagieren (...), in Gliederungen und Zusammenschlüssen der Partei mitwirken und Mitgliederrechte wahrnehmen“ können. Da eine solche Mitarbeit demzufolge nicht gleichzusetzen ist mit einer Parteimitgliedschaft, spricht man z. B. in bezug auf die KPF von „Zugehörigen“.

⁸ Diese Angabe bezieht sich auf Punkt VII des PDS-Status, in dem es unter (1) heißt: „Mitglieder und Gruppen der Partei haben das Recht, sich in regionalen und bundesweiten Zusammenschlüssen zu vereinigen, die sich auf der Basis von gemeinsamen spezifischen sozialen Interessen, bestimmten politischen Themen- und Tätigkeitsfeldern oder Weltanschauungen bilden“. Die beim Parteivorstand der PDS angesiedelten Arbeitsgemeinschaften und Plattformen sind als Untergliederungen neben den territorialen Strukturen direkt auf Bundesebene organisiert. Sie besetzen jeweils bestimmte Themenfelder und arbeiten unmittelbar dem Vorstand zu, stehen aber prinzipiell allen Interessierten offen.

Linksextremismus

„...das System muß geändert werden, nicht nur Kohl muß weg. Es ist mehr vonnöten, denn mit diesem System kann es keinen Frieden geben. Jede Kraft, die über Reformen hinaus konsequent eine neue Gesellschaftsordnung anstrebt, wird den Herrschenden ein Gegner sein. Die zentrale Frage ist und bleibt: WIDERSTAND!“

Dieser Widerstand gegen das bundesrepublikanische System und Eingriffe zu dessen Veränderung erfordern nach Auffassung der KPF breit gestaltete Bündnisse, in die „alle linken Kräfte“ - auch Autonome und „Antifa“-Aktivisten - einbezogen werden müßten. „Neue Kampfformen“ seien erforderlich. Hierbei zeigt die KPF eine oftmals zwiespältige Haltung hinsichtlich der Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele.

Bündnispolitik

Die KPF ist organisatorisch beim höchsten politischen Leitungsgremium der PDS zwischen den Tagungen des Parteitag, dem Bundesvorstand, angesiedelt. Nach wie vor üben darüber hinaus führende PDS/KPF-Mitglieder in Personalunion Funktionen in PDS und KPF aus. So gehört ein Mitglied des Bundeskoordinierungsrates der KPF auch dem Parteirat⁹ der PDS an.

In der Gesamt-PDS konnten auch 1997 Bemühungen festgestellt werden, den Einfluß der KPF zurückzudrängen. Kritische diesbezügliche Äußerungen führender Parteifunktionäre haben allerdings bislang keine förmlichen Konsequenzen nach sich gezogen und erscheinen insofern zumindest ambivalent, als andererseits Bemühungen des Parteivorstandes erkennbar waren, einer innerparteilichen Ausgrenzung der KPF entgegenzuwirken.

**Ausgrenzungs-
bemühungen**

Ein Grund hierfür mag in der starken Übereinstimmung mit den Zielen der KPF unter den Mitgliedern der PDS zu suchen sein. Es bleibt abzuwarten, wie sich diese Zustimmung der Parteibasis in Zukunft auswirken wird.

⁹

Der 70 Mitglieder umfassende Parteirat der PDS übt eine Kontrollfunktion gegenüber dem Bundesvorstand aus und hat die Aufgabe, politische Konfliktfelder innerhalb der Partei zu benennen.

Linksextremismus

4.2 „Marxistisches Forum“

Sitz:	Berlin
Mitgliederzahl:	rund 40
Organisationsstruktur:	Zusammenschluß
Entstehung/Gründung:	06. Juni 1995
Ideologie:	marxistisch-leninistisch
Publikationen:	„Marxistisches Forum“ (zweimonatlich)

Innerparteiliche Opposition

Das „Marxistische Forum“ (bei der PDS) bildete sich 1995 auf Initiative der „Kommunistischen Plattform der PDS“ (KPF) als „innerparteiliche Opposition“.

38 führende Mitglieder und Sympathisanten der PDS hatten im Vorfeld der Gründung in einem mit „In großer Sorge“ betitelten Aufruf der PDS-Führung vorgeworfen, sozialistische Ziele durch unverbindliche Visionen zu ersetzen und äußerlichem Anpassungsdruck nachzugeben.

Der Grundkonsens der Partei sei in den Fragen Oppositionsverständnis, Klassenkampf und Eigentumsfrage sowie im Hinblick auf eine Absage an SED und DDR in Gestalt von Stalinismusverdikt und Einschränkung des Pluralismus in der Partei aufgekündigt worden. Die Unterzeichner forderten die PDS auf, den Versuch zu unternehmen, Vergangenheit und Gegenwart radikal zu analysieren

„und dabei für unsere Strategie das, was wir bei Marx Wichtiges und Richtiges gelernt haben, nicht leichtfertig zugunsten neuer Moden über Bord zu werfen“.

In der Folgezeit warnte das „Marxistische Forum“ die PDS vor einer Einbindung in das parlamentarische System der Bundesrepublik Deutschland und forderte eine Kontrolle der Parlamentsfraktionen durch die Parteibasis.

Das „Marxistische Forum“ versteht sich als Gremium zur Analyse der gegenwärtigen politischen und ökonomischen Situation mit Hilfe des Marxismus und zur Weiterentwicklung der marxistischen Theorie „unter den konkreten Umständen“. Darüber

Theoretische Fundierung der PDS

Linksextremismus

hinaus will man zur theoretischen Fundierung der PDS beitragen.

Auch 1997 traten Angehörige des „Marxistischen Forums“ in diversen öffentlichen Veranstaltungen als Referenten oder Diskussteilnehmer auf und machten so ihre Positionen einem breiteren Publikum zugänglich.

4.3 „Forum West“

Sitz:	Berlin
Mitgliederzahl:	Ca. 40 Personen
Organisationsstruktur:	Zusammenschluß
Entstehung/Gründung:	August 1995
Ideologie:	marxistisch-leninistisch
Publikationen:	„Die Rote Luzie“ (vierteljährlich)

Das „Forum West“ wurde im August 1995 von etwa 30 Mitgliedern und Sympathisanten der PDS, vorwiegend aus der „Kommunistischen Plattform der PDS“ (KPF) sowie aus West-Berliner Basisorganisationen, gegründet. Unter den Mitgliedern des „Forum West“ finden sich darüber hinaus Personen, die bereits der zwischenzeitlich aufgelösten verfassungsfeindlichen „Sozialistischen Einheitspartei Westberlins“ (SEW) angehört hatten.

Nicht zuletzt aufgrund dieser personellen Konstellationen liegt es nahe, daß sich das „Forum West“ zu den „linken Kräften“ innerhalb der PDS bekennt, insbesondere zur KPF. In der 1997 gemeinsam mit der KPF veranstalteten Diskussionsreihe unter dem Motto „Klassenkampf und Sozialismus“ setzte man sich u. a. mit dem Thema „Gibt es moderne Kommunisten? Der 'Moderne Sozialismus' aus Sicht der KPF“ auseinander.

Vermeintliche „Entfremdung zwischen der Führungselite der Berliner PDS und dem Großteil der Linken, die sich auf die Partei eingelassen hatten“, hat das „Forum West“ 1997 veranlaßt, mehrere Veranstaltungen zum Thema „Bildung eines Netzwerkes linker Gruppen und Einzelpersonen“ durchzuführen.

Entstehung

Bildung eines
linken
Netzwerkes

Linksextremismus

„Passivität und Bewegungslosigkeit der Linken“, Politikverdrossenheit und der „weltweite Sieg des realen Kapitalismus“ erforderten die „Formierung einer Aktions-einheit“ zur Verstärkung der Wirkungsmöglichkeiten, Verbesserung der Kommunikation und Durchbrechung der derzeitigen Passivität und Bewegungslosigkeit, heißt es in einem „Vorschlag für die Bildung eines Netzwerkes“.

Ob und gegebenenfalls in welcher Form ein solches „Netzwerk“ realisiert werden kann und ob es dauerhaft bestehen kann, bleibt allerdings abzuwarten.

4.4 „Kommunistische Arbeitsgemeinschaft in und bei der PDS“

Sitz:	Berlin
Mitgliederzahl:	Ca. 200 bundesweit (1996: 200), rd. 20 in Berlin (1996: 20)
Organisationsstruktur:	Zusammenschluß
Entstehung/Gründung:	Seit 30. Juli 1996 unter diesem Namen
Ideologie:	marxistisch-leninistisch-maoistisch
Publikationen:	„Berliner Berichte“ (monatlich)

Entstehung

Die „Kommunistische Arbeitsgemeinschaft in und bei der PDS“ ist hervorgegangen aus dem „Bund Westdeutscher Kommunisten“ (BWK), der seinerseits am 20./21. September 1980 in Hannover als Abspaltung des „Kommunistischen Bundes Westdeutschland“ (KBW) gegründet worden war. BWK-Mitglieder hatten ab 1993 auf Landesverbandsebene zunächst „Arbeitsgemeinschaften 'Bund Westdeutscher Kommunisten' in der PDS“ gebildet, wobei der organisatorische Zusammenhalt mit der BWK-„Bundeskonzferenz“ gewahrt blieb. Diese wurden im Juli 1996 in „Kommunistische Arbeitsgemeinschaften in und bei der PDS“ umbenannt.

Die „Kommunistische Arbeitsgemeinschaft in und bei der PDS“ Berlin bekennt sich wie ihre Vorgängerorganisationen zur „proletarischen Revolution“ und zur „Diktatur des Proletariats“ im marxistisch-leninistischen Sinn.

Linksextremismus

Sie will nach eigenem Bekenntnis auf der Grundlage von Programm und Statut der PDS versuchen, einen Beitrag zur Zusammenführung der Linken aus Ost und West sowie zu Dialog und Diskussion zwischen „den verschiedenen Richtungen des Widerstandes gegen die herrschende bürgerliche Politik“ zu leisten.

4.5 „Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen in und bei der PDS“ (AG JG)

Sitz:	Berlin
Mitgliederzahl:	Bundesweit eigenen Angaben zufolge zwischen 500 und 1 000 Mitglieder (1996: 2 000), in Berlin nach eigenen Angaben mehr als 100 (1996: 100) (1996: 30)
Organisationsstruktur:	Zusammenschluß
Entstehung/Gründung:	Anfang 1990
Ideologie:	gewaltgeneigt, marxistisch-leninistische Einflüsse
Publikationen:	„Rattenpost“ (unregelmäßig), Kampagnenzeitungen

Die AG JG nimmt unter den beim Parteivorstand der PDS angesiedelten Arbeitsgemeinschaften und Plattformen eine Sonderstellung ein, da sie kein bestimmtes, fest umgrenztes Themenfeld besetzt, sondern von der Intention her als politisches Forum für junge Leute fungiert, die politisch der PDS nahestehen, ihre Interessen aber in der Partei selbst nicht vertreten sehen.

Politisches
Forum für junge
Leute

Sie gehört zu den militant-anarchistischen Bestrebungen in und bei der PDS und hält nach eigenen Aussagen gewaltsame Widerstandsformen gegen den demokratischen Rechtsstaat für legitim. Sie strebt eine andere Gesellschaftsform an und sucht zur Verwirklichung dieses Ziels eine enge Kooperation mit anderen Linksextremisten. So beteiligte sie sich auch 1997 an zahlreichen, vom linksextremistisch motivierten Gewaltpotential Berlins ausgegangenen Aktivitäten.

Gewalt-
bereitschaft und
Kooperation mit
Links-
extremisten

In einem im März 1997 erarbeiteten Positionspapier wirft sie der PDS unter dem Titel „Radikal in die Zukunft, anstatt auf der Stelle treten“ Unfähigkeit vor, eine notwendige Verbindung zwi-

Linksextremismus

schen systemüberwindender Strategie und konkretem Eingreifen in die Tagespolitik herstellen zu können. Gefragt seien Ideen, an denen sich gesellschaftliche Gegenmacht kristallisieren könne.

Trotz dieser Kritik bezeichnet die AG JG die PDS als „politisches Zuhause“ und kann somit auch umgekehrt als Bindeglied oder sogar Instrument der Partei angesehen werden, sich im systemkritischen Milieu von Autonomen, „Antifa“-Bewegung, undogmatischen Linken und alternativer Jugendkultur zu etablieren.

Die AG JG kann in den zur Zeit bestehenden Personen- und Funktionskonstellationen erheblichen Einfluß auf die Politik der PDS ausüben. Im 1997 neu gewählten Bundesvorstand der Partei ist zwar nur noch ein Mitglied der AG JG vertreten, Mitglieder der AG JG arbeiten aber auch im Bundesparteirat der PDS mit und sind darüber hinaus in den Bezirksorganisationen Berlins in einflußreichen Positionen/Gremien vertreten.

Berliner Bezirksgruppen

Nach der Auflösung des Berliner Landesverbandes der AG JG im Jahr 1997 - die Berliner Bezirksgruppen mit ihren nach eigenen Angaben mehr als 100 Mitgliedern bestehen fort - versucht die AG JG, durch verstärkte öffentliche Aktivitäten neue Mitglieder für sich und für die PDS zu gewinnen. Pressemeldungen zufolge wird die Gründung eines neuen Jugendverbandes alternativ zur lose organisierten AG JG im Sinne einer „Professionalisierung“ diskutiert.

Linksextremismus

4.6 „Arbeitsgemeinschaft Autonome Gruppen in und bei der PDS“ (AG AG)

Sitz:	Berlin
Mitgliederzahl:	200 in Berlin (1996: 200)
Organisationsstruktur:	Zusammenschluß
Entstehung/Gründung:	Sommer 1994
Ideologie:	anarchistisch mit revolutionär-marxistischen Ansätzen, „anti-staatlich“, individualistisch, und gewaltgeneigt
Publikationen:	„Barrikade“ (unregelmäßig)

Die ebenfalls zu den militant-anarchistischen Strömungen in und bei der PDS gehörende AG ist seit Mai 1997 nicht mehr in Erscheinung getreten.

Der im Juni 1994 von „autonomen Jugendlichen, die bei der PDS mitarbeiten“ wollten, gegründete Zusammenschluß plädierte für eine Vernetzung der autonomen Szene und praktizierte diese zum Teil bereits durch Mitarbeit in deren Gremien. Die AG „Autonome Gruppen“ hat sich mit ihren bis zu 200 Mitgliedern zumindest bis April 1997 an einer Vielzahl von Aktionen autonomer Zusammenhänge beteiligt. Dabei scheute sie nicht davor zurück, sowohl auf Demonstrationen als auch in Flugblättern die Bundesrepublik zu diffamieren.

**Gewalt-
bereitschaft**

**Beteiligung an
Aktionen
Autonomer**

Es ist davon auszugehen, daß die ehemaligen Mitglieder der AG AG ihre militanten Ziele in anderen Zusammenhängen in und außerhalb der PDS weiter verfolgen werden.

Linksextremismus

4.7 Bezirksorganisation (BO) Kreuzberg der PDS

Sitz:	Berlin
Mitgliederzahl:	Etwa 80 (1996: 80)
Organisationsstruktur:	Gliederung des Landesverbandes Berlin der PDS
Entstehung:	1991
Ideologie:	marxistisch-leninistisch
Publikationen:	„GegenDruck“ (Auflage: 3 500), „KreuzWeise“ (unregelmäßig)

Widerstandspotential

Bei der Bezirksorganisation Kreuzberg der PDS handelt es sich um eine Gliederung innerhalb des Landesverbandes Berlin der PDS, die eigenen Angaben zufolge unter ihrem Dach „fortschrittliche“ Kräfte bündeln will, um ein „neues Widerstandspotential“ zu bilden, das die Basis für gesellschaftliche Veränderungen darstellen soll. Der „sichtbare Protest“ soll vor allem „in der Aktion“ liegen.

Getreu diesem Grundsatz stellte die BO Kreuzberg auch 1997 einem breiten Spektrum linksextremistischer Gruppierungen ihre Räume sowie logistische und finanzielle Ressourcen für deren (zum Teil) militante Aktionen zur Verfügung.

Das Büro der BO Kreuzberg der PDS ist organisatorischer Mittelpunkt für die „Kommunistische Arbeitsgemeinschaft in und bei der PDS“. Auch die 1997 durchgeführte gemeinsame Veranstaltungsreihe von „Forum West“ und KPF fand in den Räumen der PDS Kreuzberg statt.

Kontakte zu diversen gewaltbereiten Linksextremisten

Die BO Kreuzberg der PDS verfügt darüber hinaus über Kontakte zu militanten autonomen Zusammenhängen in Berlin. Gemeinsam mit diesen Gruppierungen war sie 1997 an den Vorbereitungen zu diversen Veranstaltungen der „linken Szene“ anlässlich des „Revolutionären 1. Mai 1997“ beteiligt.

Eine polizeiliche Durchsichtung der Räumlichkeiten des dem antiimperialistischen Spektrum zuzuordnenden „Antirepressionsbüros“ am 22. März 1997¹⁰ hat zudem belegt, daß das

10

Diese Aktion stand im Zusammenhang mit der Festnahme zweier Personen aus Berlin im Raum Münster am gleichen Tag, die in ihrem PKW 680 Exemplare der indizierten Schrift „radikal - Dokumentation kriminalisierter Texte“ transportiert hatten. Als deren Herausgeber ist im Impressum das „Antirepressionsbüro“ genannt.

Linksextremismus

„Antirepressionsbüro“ und das Büro der PDS Kreuzberg - nur durch eine Regalwand getrennt - in einem Raum untergebracht sind.

Mit der BO Kreuzberg der PDS verfügt der Landesverband Berlin der PDS demnach über eine Struktur, die als Brücke zu außerparlamentarischen Organisationen und Gruppen, insbesondere zu gewaltbereiten Linksextremisten, fungiert.

5 Einsatz innovativer Kommunikationstechniken

Auch Extremisten bauten 1997 ihre Zugänge zum weltweiten Internet aus. Sie bemühten sich um eine „eigene Öffentlichkeit“ durch weltweit gespannte, untereinander vernetzte Mailbox-Systeme, wobei viele Mailboxen zusätzlich an das Internet angebunden sind.

Eine Vielzahl linksextremistischer Gruppierungen ist inzwischen durch eine eigene „Homepage“ im Internet vertreten. Darüber hinaus werden auch Publikationen, Terminkalender und sog. Online-Magazine eingestellt.

Präsenz im
Internet

Die Redaktion der „trend-ONLINEZEITUNG FÜR DIE ALLTÄGLICHE WUT“ erläuterte die Möglichkeiten der Internetnutzung wie folgt:

„Für eine Linke, die sich in gesellschaftlichen Nischen eingerichtet hat und dabei ihre Dialogfähigkeit verlor, kann das Internet, welches dezentral und ortsungebunden sowie von sog. Sachzwängen der Printwelt entkoppelt ist und interaktive Kommunikation möglich macht, aber auch als Herausforderung begriffen werden, ein zeitgenössisches linkes Selbstverständnis zu reformulieren.“

Die Problematik der Kontrollierbarkeit dieses internationalen Mediums ist 1997 vermehrt öffentlich diskutiert worden. Das Internet bietet Extremisten die Möglichkeit, staatlicher Kontrolle und rechtlichen Konsequenzen aus dem Weg zu gehen, da das

Linksextremismus

nationale Rechtssystem nicht greift, z. B. wenn Beiträge von ausländischen Servern eingespielt werden.

6 Ausblick

Gestärktes Selbstbewußtsein

1997 haben sich Struktur und Mitgliederpotential des organisierten Linksextremismus gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Die Berliner linksextremistische Szene zeichnet sich zur Zeit durch ein deutlich gestärktes Selbstbewußtsein der **Autonomen** und ein bedrohliches Anwachsen des terroristischen Gefährdungspotentials im Komplex des „**Antiimperialistischen Widerstandes**“ (**AIW**) aus. Darüber hinaus ist festzustellen, daß die bisherigen Grenzen zwischen den dogmatischen (marxistisch-leninistischen) Gruppierungen und den gewaltbereiten Strukturen des linksextremistischen Spektrums immer unschärfer werden. Bemerkenswert sind auch die regionalen und überregionalen Vernetzungsbemühungen innerhalb der linksextremistischen Szene. Ein monatliches Diskusstreffen Berliner linksextremistischer Gruppen und Einzelpersonen unter dem Leitwort „Linke ... Entwicklung...Gemeinsam Organisieren!“ (LEGO!) hat jedoch bisher nicht zum Erfolg geführt.

Vernetzungsbemühungen

Themenschwerpunkte

Als wirksames „Kristallisationsthema“ der **autonomen Szene** erwiesen sich - neben anderen - auch 1997 die Hausbesetzungen. Die „Verteidigung“ so erlangten Wohnraumes suggeriert einen Kampf um konkrete menschliche Grundbedürfnisse, der auch für Aktivitäten etwa gegen Arbeitslosigkeit/„Sozialabbau“, gegen „Umstrukturierung“/„Hauptstadtzwahn“ und gegen die Atomtechnologie steht. Mit Hilfe solcher Reizthemen kann autonome Agitation am ehesten auch mobilisierend auf nicht extremistische Gruppen übergreifen und u. U. zu mehr Gewaltakzeptanz beitragen.

Militante Linksextremisten werden deshalb bestrebt sein, den gesamtgesellschaftlichen Bezug ihrer Aktivitäten durch noch stärkere Beachtung drängender sozialer und ökologischer Probleme zu vergrößern.

Linksextremismus

Als am meisten geeignet, eine „Aktionseinheit“ zu erreichen, hat sich auch 1997 der „Kampf gegen den Faschismus“ erwiesen. Angriffe auf tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten wurden von breiten Bündnissen getragen. Diese Aktionsform wird auch zukünftig der stärkste Mobilisierungsfaktor der linksextremistischen Szene sein.

**Kampf gegen
Faschismus**

Der Beobachtungsbereich „Deutscher linksextremistisch motivierter Terrorismus“ dürfte auch 1998 - wie schon in den letzten Jahren - überwiegend durch den „**Antiimperialistischen Widerstand**“ (AIW) geprägt sein. Dieser Gefährdungsfaktor ist bereits konzeptionell nicht auf sich selbst beschränkt, sondern eine Art „Sammlungsbewegung der Unzufriedenen“.

**Sammlungs-
bewegung AIW**

Da sich die **RAF-Kommandoebene** auch 1996 mit ihren bis dato letzten Erklärungen aus November/Dezember diesem Potential thematisch und sprachlich weiter angenähert hat, erscheint der von den Illegalen seit langem „angestrebte Stoffwechsel zwischen uns und anderen“ (Erklärung vom 6. März 1994) ebenfalls ein Stück realistischer.

**Annäherung
RAF an AIW**

Thematisch wird sich auch weiterhin im gesamten terroristischen Bereich der Wille zur Realität verstärken: das „Soziale“ mit seinen verschiedenartigen konkreten, krisenhaften Erscheinungsformen wird nach wie vor prägend sein.

Der Frauenanteil in gewaltbereiten linksextremistischen Personenzusammenschlüssen wird weiterhin ansteigen. Parallel dazu dürften bei der Definition von „Interventionsthemen“ und deren (militanter) Umsetzung feministisch motivierte Beweggründe weitaus stärker als bisher den Ausschlag geben.

**Steigender
Frauenanteil**

Von besonderer Wichtigkeit für die nach wie vor zunehmende terroristische Gefährdung ist der Umstand, daß die hergebrachten Trennlinien zwischen den gewaltbereiten linksextremistischen Bestrebungen seit einiger Zeit zunehmend verschwimmen und somit eine „Bündelung der Kräfte“ ermöglicht wird.

**Trennlinien
verschwimmen**

Somit vereinigen sich tendenziell das große personelle Reservoir der Autonomen und die über das notwendige „praktische Wissen“ verfügenden terroristischen Vereinigungen und ihre

Linksextremismus

Umfelder (RAF, RZ, „Rote Zora“ und andere „sozialrevolutionäre“ Personenzusammenhänge).

Gegenwärtig ist noch nicht abzusehen, wie sich die Rolle der linksextremistischen Strömungen innerhalb der PDS hinsichtlich ihres Einflusses auf die Gesamtpartei zukünftig entwickeln wird.

**ARBEIT FÜR
MILLIONEN**

C

RECHTSEXTREMISMUS

**statt Profit
für Millionäre!**

NATIONALER WIDERSTAND
Postfach 3861 • 78027 V-Schwenningen

Rechtsextremismus

C RECHTSEXTREMISMUS

1 Allgemeiner Überblick

Das rechtsextremistische Potential in der Bundeshauptstadt ist gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen, und die Zahl der rechtsextremistischen Straf- und Gewalttaten hat deutlich zugenommen.

Fehlendes
geschlossenes
„Lehrgebäude“

Kennzeichnend für den Rechtsextremismus ist das Fehlen eines geschlossenen wissenschaftlichen „Lehrgebäudes“, wie es dem Linksextremismus in Gestalt des Marxismus-Leninismus zur Verfügung steht. Die rechtsextremistischen Lehrsätze setzen sich aus Fragmenten verschiedener ideologischer Teilbereiche zusammen. Ihre wesentlichen Elemente haben sich spätestens seit den 30er Jahren nicht mehr verändert. Sie entstanden im Kampf der politischen Rechten gegen die Weimarer Republik in ihrem Bestreben, die erste deutsche Republik zu vernichten.

Merkmale
Rechtsextre-
mismus

Die fehlende geschlossene Theorie des Rechtsextremismus wird in aller Regel durch die Dominanz Einzelner oder durch das „Führerprinzip“ kompensiert. Rechtsextremistische Politik ist weitgehend vom Willen, von den Fähigkeiten und dem Charisma der Leitfiguren abhängig. Das Bundesverfassungsgericht hat 1952 bei der Feststellung der Verfassungswidrigkeit der „Sozialistischen Reichspartei“ (SRP) die wesentlichen Merkmale herausgearbeitet, die rechtsextremistische Organisationen kennzeichnen:

- **Mißachtung wesentlicher Menschenrechte**, besonders die Würde des Menschen, seines Rechtes auf freie Entfaltung und des Grundsatzes der Gleichheit vor dem Gesetz. Diese Einstellung äußert sich beispielhaft in Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus und Etatismus, der die Notwendigkeit eines nach innen und außen starken Staates sowie militärische bzw. soldatische Werte und hierarchische Prinzipien („Führer“ und „Gefolgschaft“) überbetont.
- **Bekämpfung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung** durch Diffamierung staatlicher Institutionen, anderer

Rechtsextremismus

Parteien, d. h. Negierung des Pluralismus, sowie Verneinung der Unabhängigkeit der Gewalten. Dies gipfelt in der Forderung nach einer autoritären bzw. diktatorischen staatlichen und sozialen Ordnung.

- **Verharmlosung bzw. Leugnung der Verbrechen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft**, d. h. Revisionismus, sowie mangelnde Distanz zum „Dritten Reich“ in der gesamten Spannweite von Verharmlosung bis Verherrlichung der NS-Herrschaft.
- **Die prinzipielle Ungleichheit** verbunden mit der Ausgrenzung und Abwertung der nicht zur eigenen Gruppe gehörenden Individuen verbunden mit der Propagierung biologistischer und sozialdarwinistischer Ideen.
- **Überbewertung** der aufgrund ethnischer Zugehörigkeit definierten „**Volksgemeinschaft**“ zu Lasten der Rechte und Interessen des einzelnen bzw. fremder Nationen und Kulturen, d. h. völkischer Kollektivismus.

Neonationalsozialisten bekennen sich darüber hinaus offen zum historischen Vorbild des Nationalsozialismus und propagieren die Errichtung eines „Vierten Reiches“.

**Merkmale
Neonational-
sozialismus**

Die Berliner Szene besteht aus Neonazis, militanten rechtsextremistischen Skinheads sowie rechtsextremistischen Parteien und Vereinen. Sie pflegen untereinander z. T. intensive Kontakte und arbeiten anlaßbezogen zusammen. Organisatorisch zwar getrennt, beteiligen sich Mitglieder der verschiedensten Gruppierungen jedoch regelmäßig an alljährlich wiederkehrenden Veranstaltungen der rechtsextremistischen bzw. neonazistischen Szene. Zu diesen „Fixpunkten ihres politischen Daseins“ gehören die „Reichsgründungsfeier“ im Januar, der „Führergeburtstag“ am 20. April, Sommer- und Wintersonnenwende, Aktivitäten zum Gedenken an den HITLER-Stellvertreter Rudolf HESS und die „Heldengedenkfeier“ am Volkstrauertag im November.

**Verbindungen
zwischen
einzelnen
Gruppierungen**

Zu erwähnen ist auch der Agitationsschwerpunkt „Kampf gegen staatliche Repression und Sozialabbau“.

Rechtsextremismus

Mitgliedschaften in rechtsextremistischen Gruppierungen in Berlin und Deutschland

	1997	1997	1996	1996
	Berlin	Bund	Berlin	Bund
Summe	2 475	49 300	2 370	46 290
.I. Mehrfachmitgliedschaften	40	900	45	990
gesamt	2 435	48 400¹¹	2 325	45 300
Skinheads**	500	7 600	530	6 400
Neonazis davon	245	2 600	280	2 690
„Unabhängige Kameradschaften“	130	k.A. ¹²	120	k.A. ¹³
„Die Nationalen e. V.“	EM ¹⁴	150	EM	150
„Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.“ (HNG)	25	400	30	300
„Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei - Auslands- und Aufbauorganisation“ (NSDAP-AO)	EM	FG ¹⁵	EM	100
„Vandalen - Ariogermanische Kampfgemeinschaft“	20	-	10	-
Rechtsextremistische Parteien davon	1 610	34 800	1 440	33 500
„Deutsche Volksunion“ (DVU)	540	15 000	540	15 000
„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	190	4 000	80	3 300
„Junge Nationaldemokraten“ (JN)	30	300	20	200
„Die Republikaner“ (REP)	850	15 500	800	15 000
Sonstige rechtsextremistische Organisationen davon	120	4 300	120	3 700
„Deutsche Liga für Volk und Heimat“ (DLVH)	65	800	65	800
„Berliner Kulturgemeinschaft Preußen e. V.“	25	-	25	-
„Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerk e. V.“	EM	-	EM	-
„Deutsches Kolleg“ (DK)	EM	-	EM	-
„Verlag der Freunde“ (VdF)	EM	-	EM	-

11 Bundeszahlen beruhen auf Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz vom 6. Februar 1998.

12 Bundesweit existieren zahlreiche vergleichbare Gruppierungen unter vielfältigen Bezeichnungen. Angaben zur Gesamtzahl der Mitglieder dieser Gruppen liegen jedoch nicht vor.

13 Das BFV verzeichnet unter dieser Rubrik neben Skinheads auch andere gewaltbereite Rechtsextremisten.

14 EM = Einzelmitglieder (in der Addition zusammen mit insges. 10 gerechnet).

15 FG = Funktionsgruppe (in der Addition zusammen mit insges. 20 gerechnet).

Rechtsextremismus

Rechtsextremistisches Potential in Berlin leicht gestiegen

Die Zahl der Mitglieder **rechtsextremistischer Personenzusammenschlüsse** und nichtorganisierter Rechtsextremisten stieg bundesweit - nach Abzug der Mehrfachmitgliedschaften - mit 48 400 Personen gegenüber 1996 (45 300) wieder an. In Berlin erhöhte sich die Zahl der Rechtsextremisten um über 100 Personen auf 2 435 (1996: 2 325).

Der bei den **rechtsextremistischen Parteien** in den letzten Jahren festgestellte deutliche Abwärtstrend setzte sich nicht fort; 1997 erhöhte sich das Potential bundesweit um 1 300 Personen. Auch für Berlin war dieser Trend durch Zuwächse bei den Mitgliederzahlen in den Berliner Landesverbänden der NPD und der „Republikaner“ festzustellen.

Im Bereich der **rechtsextremistischen Skinheadszene** wurde bundesweit 1997 ein deutlicher Zuwachs festgestellt. Das gesamte rechtsextremistische Skinheadpotential in Berlin beträgt weiterhin rund 500 Personen (1996: 530).

Das Potential der **Neonaziszene** ging sowohl auf Bundesebene als auch in Berlin zurück. Die in den letzten Jahren ergangenen Urteile gegen führende Rechtsextremisten und die zahlreichen Verbote gegen neonazistische Vereinigungen haben vor allem unter Neonazis einerseits Resignation, andererseits aber auch ein Umdenken hervorgerufen. So haben sich eine Reihe von Neonazis aus der Szene zurückgezogen, andere sind rechtsextremistischen Parteien beigetreten, um dort ihre politischen Ziele ungestört weiterverfolgen zu können. Beide Strömungen haben auf Bundesebene und in Berlin zu einer Verringerung der Zahl der Neonazis geführt.

Auch wenn die Zahl der Neonazis in Berlin gesunken ist, bedürfen sie wegen der von ihnen ausgehenden Gefahr für die innere Sicherheit und Ordnung unseres Staates und des Medienechos ihrer Auftritte der besonderen Aufmerksamkeit.

Rechtsextremismus

Berliner Neonazis bemühen sich, durch eine stärkere informationelle Vernetzung und den Aufbau sog. Unabhängiger Kameradschaften dieser Abwärtsentwicklung entgegenzutreten. Diese in den letzten Jahren entstandenen „Kameradschaften“ stellen eine neue Organisations- und Aktionsform dar. Während es in den früheren Jahren bei den neonazistischen Vereinen einen bestimmbareren Mitgliederbestand gab, unterliegen die z. T. kurzlebigen „Kameradschaften“ einer starken Fluktuation. Zum Mobilisierungspotential von „Kameradschaften“ zählen auch Aktivisten, die sich spontan und kurzfristig, d. h. ohne längerfristige politische Zielrichtung, an deren Aktivitäten beteiligen. Die Zahl der den „Kameradschaften“ in Berlin zugeordneten Personen erhöhte sich im Jahr 1997 geringfügig auf 130 Personen.

Der bei den Parteien in den letzten Jahren festgestellte deutliche Abwärtstrend setzte sich nicht fort; 1997 erhöhte sich dieses Potential bundesweit um 1 300 Personen.

Die Bildung von „Kameradschaften“ stieß durchaus auf Resonanz, erbrachte aber nicht die erhoffte Steigerung an Mobilisierbarkeit und Aktionsfähigkeit.

Mit der Auflösung des Vereins „Die Nationalen e. V.“ im November 1997 verlor die neonazistische Szene zudem eine ihrer letzten bedeutenden Organisationen. Die Anhängerschaft hat sich u. a. der NPD oder neonazistischen „Kameradschaften“ angeschlossen.

Kein
„Nationales
Lager“

Auch das Jahr 1997 brachte den organisierten Rechtsextremismus seinem Ziel, ein „Nationales Lager“ über die Organisationsgrenzen hinweg zusammenzuführen, nicht näher.

Nach den Schußwaffenanschlägen des Berliner Neonazis Kay DIESNER auf einen Buchhändler in Berlin und zwei Polizeibeamte in Schleswig-Holstein im Februar 1997 wurden in der Öffentlichkeit Stimmen laut, daß sich hier Ansätze für einen neuen Rechtsterrorismus zeigen. Es gibt jedoch keine Anhalts-

Rechtsextremismus

punkte dafür, daß es sich bei den Taten von Kay DIESNER um eine organisierte terroristische Aktion gehandelt hat.

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es z. Z. keine rechtsextremistische Gruppierung, die zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele terroristische Aktionen plant. Wichtige Faktoren für die Entstehung terroristischer Vereinigungen liegen nicht vor: Für einen planmäßigen, auf Dauer angelegten terroristischen Kampf zur Durchsetzung politischer Ziele fehlt die breite Akzeptanz in der neonazistischen Szene und damit das notwendige Unterstützerumfeld für einen aus der Illegalität heraus geführten Kampf. Daran und an dem Willen, entsprechende Konzepte in die Tat umzusetzen, mangelt es nicht zuletzt deshalb, weil die Szene durch Verbots- und Strafverfolgungsmaßnahmen stark verunsichert ist.

Rechtsextremistisch motivierte Gewalt geht überwiegend von Personen aus, die nicht in politischen Gruppen oder Parteien organisiert sind.

Allerdings stellen gewalttätige Einzeltäter ein unkalkulierbares Risiko für die innere Sicherheit dar.

**Keinen
Nachweis für
Rechts-
terrorismus**

Rechtsextremismus

2 Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund

Übersicht über Gewalttaten und sonstige Straftaten mit erwiesenem oder zu vermutendem rechtsextremistischem Hintergrund¹⁾

	1997	1996	1997	1996
	Berlin ²⁾	Berlin ²⁾	Bund ²⁾	Bund ²⁾
Gewalttaten:				
Tötungsdelikte	1		0	1
Versuchte Tötungsdelikte			13	12
Körperverletzungen	49	4)	677	507
Brandstiftungen	2		38	33
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion	0		1	0
Landfriedensbruch	0		61	71
gesamt	52		790	624
Sonstige Straftaten:				
Sachbeschädigungen	8		301	157
Nötigung/Bedrohung	98		371	364
Verbreiten von Propagandamitteln und Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen	229	4)	7 888	5 635
Andere Straftaten, insbesondere Volksverhetzung	165		2 369	1 950
gesamt	500		10 929	8 106
Straftaten insgesamt	552	515	11 719	8 730

Rechtsextremismus

Gewalttaten mit erwiesenem oder zu vermutendem fremdenfeindlichen Hintergrund¹⁾

	1997	1996	1997	1996
	Berlin ²⁾	Berlin ²⁾	Bund ³⁾	Bund ³⁾
Tötungsdelikte	0	1	1	0
Versuchte Tötungsdelikte	0		8	11
Körperverletzungen	45	27	406	307
Brandstiftungen	1	0	26	27
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion	0	0	0	0
Landfriedensbruch	0	2	22	27
Fremdenfeindliche Gewalttaten insgesamt	46	30	463	372

- 1) Die Zahlen zu den Berliner Straftaten 1996 und 1997 beruhen auf Angaben des Polizeipräsidenten in Berlin - Landeskriminalamt (LKA) - vom 20. Februar 1998. Die im Jahresbericht 1996 veröffentlichten Zahlen über Straftaten, die auf eigenen Bewertungen des LfV Berlin beruhen, stimmen damit nicht mehr überein. Da das LfV Berlin, beginnend ab dem Berichtszeitraum 1997, ausschließlich die vom Polizeipräsidenten in Berlin erhobenen Straftatenzahlen veröffentlicht, ist eine Gegenüberstellung der rechtsextremistisch motivierten Straftaten 1996 und 1997 nur aufgrund der o.a. Zahlen sinnvoll. Die Zahlen des Bundes basieren auf Angaben des Bundeskriminalamtes (BKA) (Stand: 04. Februar 1998). Da das Bundesministerium des Innern in seinem Verfassungsschutzbericht ab dem Berichtszeitraum 1997 nur noch Zahlen des BKA veröffentlicht, wurde aus Gründen der Vergleichbarkeit auch hier für den Vorjahreszeitraum auf Zahlen des BKA zurückgegriffen; sie sind daher nicht identisch mit den in dem Verfassungsschutzbericht 1996 des Bundes veröffentlichten Zahlen. Die Zahlen des Bundes für 1996 und 1997 sind nur bedingt vergleichbar, weil in einem Bundesland im Jahre 1997 Nacherfassungen auf Grundlage einer Neubewertung der Angaben des „Kriminalpolizeilichen Meldedienstes - Staatsschutz“ (KPMd-S) erfolgte.
- 2) Die Berliner Zahlen enthalten ausgeführte und versuchte Straftaten. Es wurden vom LKA Berlin die eingeleiteten Strafvermittlungsverfahren gezählt. Wurden mehrere Straftaten verübt, wurde ausschließlich der schwerer wiegende Straftatbestand gezählt.
- 3) Die Zahlen des Bundes enthalten ausgeführte und versuchte Straftaten. Jede Tat wurde nur einmal gezählt. Sind zum Beispiel während eines Landfriedensbruchs zugleich Körperverletzungen begangen worden, so erscheint nur der Landfriedensbruch als eine Straftat in der Statistik. Wurden mehrere Straftaten verübt, wurde ausschließlich der schwerer wiegende Straftatbestand gezählt.
- 4) 1996 vom LKA Berlin nicht gesondert erhoben.

1997 registrierte der Polizeipräsident in Berlin - Landeskriminalamt - insgesamt 552 rechtsextremistische Straftaten. Dies entspricht einem Anstieg von 7% gegenüber dem Vorjahr.

Bei den Delikten handelt es sich mehrheitlich um Farbschmier- und Klebeaktionen.

Rechtsextremismus

Der bereits 1996 zu verzeichnende Anstieg rechtsextremistischer Gewalttaten in Berlin setzte sich auch 1997 fort. Insgesamt wurden vom LfV Berlin 52 Gewalttaten registriert. 88% (1997: 46) der hier registrierten Gewalttaten waren fremdenfeindlich motiviert (1996: 30).

Auch auf Bundesebene stiegen für 1997 die Gewalttaten mit erwiesenem bzw. zu vermutendem rechtsextremistischen Hintergrund auf insgesamt 790 an (1996: 624). Dies entspricht einem Anstieg von 27%.

Beispiele für 1997 in Berlin verübte rechtsextremistische Gewalttaten:

Am 13. Februar wurde der aus Marokko stammende Barkeeper eines Lokals in Berlin-Wedding von einem Gast mehrfach mit ausländerfeindlichen Äußerungen, wie z. B. „wenn Hitler noch leben würde, wärest du vergast worden“ beleidigt. Später wurde dieser von demselben Gast tödlich angefallen und gewürgt. Die von anderen Gästen herbeigerufene Polizeibeamten konnten den Täter noch in der Gaststätte festnehmen.

Am 10. März wurde durch zwei Zeugen beobachtet, wie ein äußerlich der Skinheadszene zuzuordnender Täter einen unbekannt gebliebenen Schwarzafrikaner zunächst in der Straßenbahnlinie 61 - Richtung Berlin-Johannisthal - mit der Bezeichnung „Nigger“ verbal attackierte. Nach dem Verlassen der Bahn hätte der bislang unbekannte Täter sein Opfer mehrfach geschlagen und mit einem Messer bedroht. Die Identität von Opfer und Täter konnte bisher nicht polizeilich ermittelt werden.

Am 8. Mai wurde ein peruanischer Staatsbürger am Arnimplatz in Berlin-Prenzlauer Berg von zwei männlichen Personen angegriffen

und als „Ausländerschwein“ beschimpft. Die unbekanntes Täter schlugen ihr Opfer zunächst zu Boden und traten heftig auf den Geschädigten ein.

Kurze Zeit darauf wurde ein 15-jähriger Jugendlicher von ca. 6 - 8 unbekanntes Jugendlichen mit kurzen Haaren überfallen. Sie rissen ihn zu Boden und traten mehrfach gemeinsam auf ihn ein. Dabei riefen sie: „Du Jude; Judensau verrecke; Zecke verreckel!“.

Am 8. August wurde ein aus Bulgarien stammender Passant an einer Bushaltestelle in der Weitingstraße in Berlin-Lichtenberg von mehreren deutschen Jugendlichen mit den Worten „Was machst du hier, du Ausländer? - Willst du dich schlagen?“ angesprochen. Nachfolgend wurde er von zwei der Beschuldigten mit der Faust ins Gesicht, bzw. mit einem harten Gegenstand auf den Hinterkopf geschlagen.

Mehrere Personen aus dieser Gruppe traten dann mit den Füßen auf das Opfer ein.

Aufgrund des Einschreitens eines Unbeteiligten ließen die Täter von ihrem Opfer ab. Die Polizei konnte drei Tatverdächtige festnehmen.

Rechtsextremismus

In Berlin-Pankow, Buchholzer Straße, warfen am 8. September zwei unbekannte Täter zwei sog. Molotowcocktails auf ein dort befindliches Asylbewerberwohnheim.

Die Brandsätze prallten jedoch an der Hausfassade ab und brannten mit geringem Sachschaden im Vorgarten des Wohnheims aus.

Nach der Zeugenaussage eines Heimbewohners sollen unmittelbar vor dem Anschlag zwei kahlgeschorene bzw. kurzhaarige Motorradfahrer am Heim vorbeigefahren sein.

Ob ein tatsächlicher Zusammenhang besteht, konnte bisher nicht ermittelt werden.

Am 22. Dezember wurde ein chinesischer Staatsbürger in der S-Bahn der Linie 1 aus einer Gruppe von 10 Skinheads aus Oranienburg (Brandenburg) nach Ermittlungen der Polizei grundlos angegriffen, getreten und mit einer Teleskopstahlrute auf den Kopf geschlagen. Später traten die Täter auf eine 15jährige Jugendliche ein. Alle 10 tatbeteiligten Skinheads konnten festgenommen werden. Der Geschädigte mußte mit einem Schädelbruch in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Akute Lebensgefahr bestand nicht. Die Jugendliche wurde mit leichten Verletzungen ambulant behandelt.

Rechtsextremismus

Örtliche Schwerpunkte der Gewalttaten

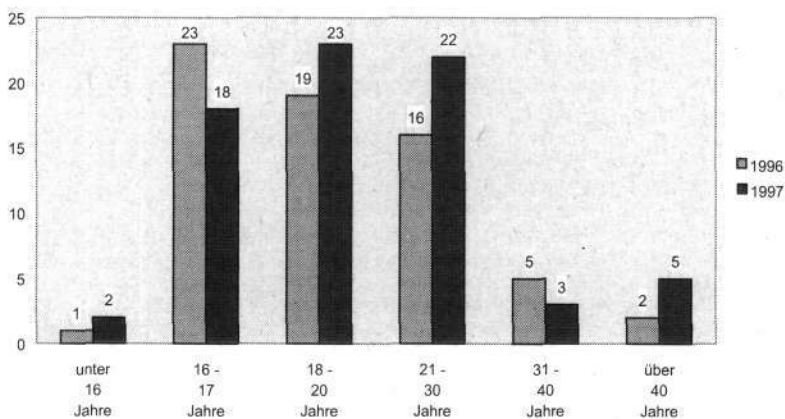
Gewalttaten
nach Bezirken

Bezirk	1997	1996
Charlottenburg	-	1
Friedrichshain	6	3
Hellersdorf	4	2
Hohenschönhausen	-	2
Kreuzberg	1	1
Köpenick	-	1
Lichtenberg	10	2
Marzahn	3	5
Mitte	3	3
Neukölln	2	1
Pankow	7	2
Prenzlauer Berg	3	5
Reinickendorf	1	-
Schöneberg	1	1
Spandau	-	-
Steglitz	1	1
Tempelhof	-	-
Tiergarten	1	-
Treptow	5	2
Wedding	2	-
Weißensee	1	1
Wilmerdorf	-	-
Zehlendorf	1	-
Gesamt	52	33

Der Schwerpunkt rechtsextremistischer Gewalttaten lag wiederum im Ostteil Berlins: 42 Gewalttaten in den östlichen Bezirken stehen lediglich 10 in den Westbezirken gegenüber. Hervorzuheben sind die Bezirke Lichtenberg (10), Pankow (7) und Friedrichshain (6).

Rechtsextremismus

Altersstruktur der Tatverdächtigen von Gewalttaten



Bei den im Berichtszeitraum bekanntgewordenen 73 Tatverdächtigen (1996: 66) handelte es sich zum größten Teil um Personen, die nicht älter als 30 Jahre waren (ca. 88%).

Alter der
Tatverdächtigen

Von den 73 bekanntgewordenen Tatverdächtigen sind dem LfV Berlin 45 Personen als Skinheads bekannt. Davon ist nur eine Person weiblich (1996: 7).

3 Militante Rechtsextremisten

3.1 Rechtsextremistische terroristische Ansätze

Zur Zeit gibt es in Deutschland keine rechtsterroristischen Gruppen. Gruppierungen wie z. B. in den 80er Jahren die „Wehrsportgruppe Hoffmann“, die Gruppe „HEPP/KEXEL“ oder die

Rechtsextremismus

„Deutschen Aktionsgruppen“ von Manfred ROEDER, die mit gewaltsamen Anschlägen politische Ziele verfolgten, existieren derzeit nicht.

Zum Aufbau einer „Braunen Armee Fraktion“ fehlt es derzeit an den logistischen, finanziellen und personellen Voraussetzungen. Dem gewaltsamen rechtsextremistischen Potential mangelt es, soweit es sich um Personengruppen handelt, an Strukturen, qualifizierten Führungspersonen und an der auf Dauer angelegten Absicht, Gewalttaten zur Durchsetzung politischer Ziele zu begehen. Darüber hinaus gibt es keine für das Operieren im Untergrund erforderliche, genügend stark entwickelte Unterstützerszene. Die große Mehrheit der Rechtsextremisten distanziert sich von terroristischer Gewalt als Mittel der Politik, wenn auch teilweise nur aus taktischen Gründen.

**Gefahr der
(auch
organisierten)
Gewaltanwen-
dung**

Aufgrund des vorhandenen Potentials an Gewaltbereiten in der rechtsextremistischen Szene besteht jedoch jederzeit die Gefahr einer (auch organisierten) Gewaltanwendung. Zumindest in Wehrsportgruppen oder im sonstigen Umgang mit Waffen versuchen gewaltbereite Rechtsextremisten, Fähigkeiten einzuüben, die eine Entwicklung hin zur tatsächlichen Durchführung von Gewalttaten denkbar machen. Das in gewaltbereiten rechtsextremistischen Kreisen typische illegale Waffensammeln verkürzt darüber hinaus den Schritt von der Planung zur Tat.

Die in den letzten Jahren bei Rechtsextremisten und Neonazis in Berlin bestehende Hemmschwelle zum Einsatz von Schusswaffen sowie von Brand- und Sprengmitteln wurde 1997 in zwei Fällen überschritten.

Anlaß hierfür waren jeweils Ereignisse, bei denen es zu tätlichen Übergriffen von tatsächlichen oder vermeintlichen Angehörigen der militanten autonomen „Antifa“ gekommen war.

Aus „Rache“ für einen militanten Überfall „Autonomer“ auf Teilnehmer einer Veranstaltung der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) am 15. Februar 1997 in Berlin-Hellersdorf schoß der Berliner Neonazi Kay DIESNER am 19. Februar 1997 den in

**„Fall Kay
DIESNER“**

Rechtsextremismus

einer Buchhandlung in dem Gebäude der PDS-Geschäftsstelle in Berlin-Marzahn tätigen Buchhändler mit einem Schrotgewehr, das er in Österreich erworben hatte, nieder und verletzte ihn erheblich. Im Verlauf seiner Flucht kam es am Vormittag des 23. Februar im Zuge einer polizeilichen Fahrzeugkontrolle auf der Autobahn A 24 in Schleswig-Holstein zu einem Schußwechsel zwischen DIESNER und zwei Polizeibeamten, in deren Verlauf ein Polizeibeamter tödlich getroffen, der zweite schwer verwundet wurde. Nach einem weiteren Schußwechsel mit der Polizei konnte DIESNER im Raum Lauenburg/Schleswig-Holstein überwältigt und festgenommen werden. Bei der vom Täter benutzten Waffe handelt es sich nach Polizeiangaben um dieselbe Waffe, mit der am 19. Februar der Mordanschlag auf einen Buchhändler in Berlin-Marzahn verübt wurde.

Das Landgericht Lübeck verurteilte DIESNER wegen Mordes und zweifachen Mordversuches zu einer lebenslangen Haftstrafe.

Der rechtsextremistische Werdegang DIESNERs verlief folgendermaßen:

Er gehörte von 1991 bis zu deren faktischer Auflösung im Jahre 1993 der neonazistischen Partei „Nationale Alternative“ (NA) zeitweise als Funktionär (Leiter des Schiedsgerichts) an. Diese am 1. Februar 1990 gegründete Partei verfügte über bis zu 40 Mitglieder; sie besteht seit 1993 nicht mehr.

Am 13. August 1994 hielt sich DIESNER mit 25 weiteren Personen im Wohnhaus des seinerzeit führenden Berliner Neonazis Arnulf-Winfried PRIEM in Berlin-Wedding auf, um eine Protestdemonstration linksextremistischer Gruppierungen gegen den „Rechtsextremismus in Berlin“ zu verfolgen. Der Personenkreis um PRIEM hatte sich im Quergebäude verschanzt und war z. T. bewaffnet. Nachdem vom Dach des

Gebäudes auf einen Journalisten mit einer Zwillie geschossen worden war, stürmte die Polizei das Gebäude und nahm den Personenkreis wegen des Verdachts der Bildung eines „bewaffneten Haufens“ fest. DIESNER wurde am 25. Januar 1996 wegen des Tatvorwurfs der „Bildung eines bewaffneten Haufens“ vom Schöffengericht des Amtsgerichts Tiergarten zu einer Geldstrafe von 80 Tagessätzen zu je 40 DM rechtskräftig verurteilt.

Nach dem Vorfall am 13. August 1994 ist DIESNER den Erkenntnissen der Berliner Verfassungsschutzbehörde zufolge in keinen rechtsextremistischen Zusammenhängen mehr aufgetreten. In den Medien verbreitete Behauptungen, nach denen DIESNER im Februar

Rechtsextremismus

1997 einer rechtsextremistischen Organisation angehört haben soll, die seinen Mordanschlag auf den Buchhändler steuerte bzw. für sein Verhalten verantwortlich war, treffen nicht zu.

DIESNER gab in einer polizeilichen Vernehmung am 24. Februar 1997 an, Angehöriger des „Weißen Arischen Widerstandes“ (WAW) in Berlin zu sein. Der in Deutschland als Gruppe nicht existente „WAW“, der sich ideologisch an der rechtsextremistischen Organisation „White Aryan Resistance“ (WAR) aus den USA orientiert, war in Berlin erstmalig durch Veröffentlichungen in der militanten neonazistischen Publikation „NS-Denkzettel“ Ende 1993 als Idee proklamiert worden. Anfang 1994 richtete eine autonome rechtsextremistische Nachahmergruppierung unter der Bezeichnung „WAW - Weißenseer Arischer Widerstand“ Drohbriefe an die PDS-Geschäftsstelle in Berlin-Weißensee. Der Hauptver-

wortliche dieser Kleingruppe wurde am 8. Februar 1996 in 2. Instanz durch das Landgericht Berlin, u. a. wegen mehrfacher versuchter Nötigung, zu einer Geldbuße rechtskräftig verurteilt.

Von Ende 1995 bis Sommer 1996 existierte eine weitere ca. 20 Personen umfassende Nachahmergruppierung unter der Bezeichnung „WAW/Heimatschutz-Freikorps“, die nach Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Berlin u. a. Überfälle auf Ausländer und die Beschaffung von Schußwaffen plante. Die beiden Rädelsführer dieser Organisation wurden im August 1996 wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung zu Jugendfreiheitsstrafen von je einem Jahr und sechs Monaten auf Bewährung verurteilt. In allen vorgenannten Fällen handelt es sich um sog. Nachahmer-Klein-/Kleinstgruppen, die sich im weitesten Sinne auf die Ideologie des „WAR“ berufen.

In der rechtsextremistischen Szene Berlins dürften auch andere Personen über Schußwaffen verfügen. Diese haben ihre Bereitschaft bereits bekundet, bei weiteren „Repressionen“ des Staates gegen rechtsextremistische Strukturen in den Untergrund zu gehen und Gewaltaktionen durchzuführen. Hier besteht ein erhebliches Gefahrenpotential.

Auslöser für den zweiten 1997 festgestellten (geplanten) terroristischen Anschlag war die angebliche Beteiligung eines PDS-Mitgliedes an einem Überfall von Angehörigen der autonomen „Antifa“ auf ein Mitglied einer rechtsextremistisch orientierten Jugendgruppe in Berlin-Treptow.

Im Rahmen polizeilicher Durchsuchungsmaßnahmen gegen mutmaßliche Angehörige der „Kameradschaften Treptow“ und Köpenick wurden am 10. Dezember bei einem führenden Angehörigen dieser Jugendgruppe Materialien zur Herstellung

Rechtsextremismus

eines Sprengsatzes sichergestellt. Dieser sollte als Vergeltung auf dem Balkon des betroffenen PDS-Mitgliedes zur Detonation gebracht werden. Eine baugleiche Ausfertigung wurde bereits am 21. Oktober von Spaziergängern im Treptower Park gefunden. Dieser sollte dort zu Probezwecken gezündet werden. Die beiden in diesem Zusammenhang festgenommenen jungen Männer hatten Kontakte zur „Kameradschaft Treptow“.

Darüber hinaus ist insgesamt bei rechtsextremistisch orientierten Jugendlichen eine erhöhte Gewaltbereitschaft zu erkennen. Diese äußert sich u. a. in vermehrt bekanntgewordenen tätlichen Auseinandersetzungen zwischen ihnen und tatsächlichen oder vermeintlichen politischen Gegnern sowie Ausländern.

**Anstieg der
Gewalt-
bereitschaft**

Der auch 1997 zu verzeichnende Anstieg von rechtsextremistischen Gewalttaten sowie die darüber hinaus verübten und geplanten terroristischen Taten erhöhen erheblich das rechts-extremistische Gefährdungspotential.

3.2 Skinhead-Szene

Die Ende der 60ziger Jahre in Großbritannien entstandene Skinhead-Bewegung war ursprünglich eine jugendliche Subkultur, die sich in ihrem Selbstverständnis wie auch in ihrem äußeren Erscheinungsbild als Gegenpol sowohl gegenüber der parallel entstandenen „Punk-Bewegung“ als auch dem aus ihrer Sicht „dekadenten“ Bürgertum definierte.

Die äußerlichen Attribute - kahlgeschorener Kopf, Jeans mit Hosenträgern, T-Shirt und/oder kariertes Baumwollhemd sowie schwere Arbeitsschuhe (sog. Doc Martens) - sollten ihre Träger bewußt als Angehörige der Arbeiterklasse identifizieren.

Das ursprünglich unpolitische Jugendphänomen, das sich Ende der 70er Jahre auch in Deutschland etablierte, entwickelte mehrheitlich jedoch relativ schnell ein diffuses rechtsextremistisches Weltbild, das insbesondere von einem übersteigerten Nationalbewußtsein und rassistischer Ausländerfeindlichkeit

Rechtsextremismus

geprägt ist. Parallel wurden von nun an die sog. Bomberjacken und Kampfstiefel zum Markenzeichen rechtsorientierter Skinheads.

Bekannte Symbole der extremistischen Skinheadszene



Keltenkreuz
(Darstellung des gemeinsamen kulturellen Erbes der nordischen weißen Rasse)



HAMMERSKIN 88
Hammerskin-Symbol
(zwei gekreuzte Zimmermannshämmer)

Symbol der „Blood & Honour“ Skin-Bewegung
(Triskele od. Sonnenrad)



Bundesweite Zunahme der militanten Skinheads

Die rechtsextremistische Skinheadszene in Deutschland befindet sich seit 1995 wieder im Auftrieb. Bundesweit wurden 1997 7 200 gewaltbereite Rechtsextremisten gezählt (1996: 6 400), von denen der größte Teil der militanten Skinhead-Szene zuzurechnen ist. Das gesamte rechtsextremistische Skinheadpotential in Berlin beträgt weiterhin rund 500 Personen. Bei diesem Potential besteht eine ausgeprägte oder zumindest latente Gewaltbereitschaft, die sich insbesondere gegen Ausländer, vermeintlich linksorientierte Personen, Homosexuelle und gegen sonstige - in ihrer Vorstellungswelt - Andersartige richtet. Etwa 230 der rechtsextremistischen Skinheads in Berlin sind bereits als gewalttätig aufgefallen.

Skinhead-Musik und -konzerte

Eines der wichtigsten Kommunikationsmittel für die Verbreitung von rassistischem und neonazistischem Gedankengut in der Skinheadszene ist neben eigenen Szenepublikationen - sog. Fanzines - vor allem die Skinheadmusik.

Rechtsextremismus



Die Anzahl und Größe der in diesem Zusammenhang durchgeführten Skinhead-Konzerte mit neonazistischen Bands ist seit 1996 erheblich gestiegen. Dabei spielt der aus den Konzerten bzw. dem Verkauf von CD's mit rassistischen und nationalistischen Inhalten erzielte wirtschaftliche Gewinn eine immer größere Rolle.

Viele rechtsextremistische Organisationen versuchen mittlerweile von diesem Wachstumsmarkt finanziell zu profitieren und beteiligen sich an der Organisation von Konzerten bzw. am Vertrieb von CD's einschlägiger Bands. So werden z. B. auch in der Parteizeitung der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD), der „Deutschen Stimme“, sowie der neonazistischen Berliner Publikation „Berlin-Brandenburger-Zeitung“ (BBZ) Skinhead-Musikprodukte beworben bzw. direkt zum Kauf angeboten.

Mit bundesweit mehr als 110 rechtsextremistischen Skinhead-Konzerten fanden 1997 insgesamt über 40 Konzerte mehr statt als 1996 (70). Die Teilnehmerzahlen lagen bei durchschnittlich 200 - 600 Personen (darunter auch eine erhebliche Anzahl von sonstigen rechtsextremistisch orientierten Jugendlichen).

Erstmals seit längerer Zeit fanden 1997 auch wieder drei größere Skinhead-Konzerte in Berlin statt (zunächst am 22. Fe-

**Skinhead-Konzerte
in Berlin**

Rechtsextremismus

bruar 1997 in Berlin-Treptow mit ca. 800 Teilnehmern und am 24. Mai 1997 in Berlin-Hohenschönhausen mit ca. 200 Teilnehmern). „Höhepunkt“ war das am 27. Dezember 1997 in einem verlassenen Fabrikgelände in Berlin-Mitte durchgeführte Konzert mit bis zu 1 000 Teilnehmern aus dem gesamten Bundesgebiet. Bemerkenswert waren insbesondere die Auftritte von Skinheadbands aus den USA und aus Schweden, welche die internationale Ausrichtung der Skinhead-Musikbewegung deutlich machten.

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken und insbesondere den Vertrieb von CD's mit jugendgefährdenden bzw. strafwürdigen neonazistischen Inhalten zu unterbinden, führte die Polizei am 6. August 1997 eine bundesweite Durchsuchungsaktion gegen Verreiber von rechtsextremistischer bzw. fremdenfeindlicher Skinheadmusik durch. Bei dieser Aktion, die in Zusammenarbeit mit den Ämtern für Verfassungsschutz vorbereitet worden war, waren auch zwei Ladengeschäfte in Berlin-Prenzlauer Berg und Lichtenberg betroffen. Dort konnten mehrere als jugendgefährdend indizierte CD's beschlagnahmt werden. Darunter befanden sich auch mehrere Exemplare der dieses Jahr öffentlich in die Schlagzeilen geratenen CD „10 doitsche Stimmungshits“ der „Zillerthaler Türkenjäger“, in der u. a. offen ein gewaltsames Vorgehen gegen Ausländer, Juden und politisch Andersdenkende propagiert wird.

Berliner Skinheadbands

Von den etwa 20 maßgeblichen Skinheadbands in der Bundesrepublik Deutschland, die entsprechende Musik verbreiten, sind die Gruppen „Macht und Ehre“, „Landser“ und „Spreeschwader“ in Berlin angesiedelt.

Da Skinheads nicht zu festen Strukturen neigen, lassen sie sich nur selten in rechtsextremistische Organisationen einbinden. Trotzdem versuchen diese, Skinheads für eine längerfristige politische Mitarbeit zu gewinnen. Stärker als in den Jahren zuvor sind auch die von Skinheads selbst ausgehenden Strukturierungsversuche.

Rechtsextremismus

Zu bundesweiten Strömungen haben sich die „Blood & Honour“-Skinheads und die „Hammerskins“ entwickelt.

Die neonazistisch orientierte Gruppierung „Blood & Honour“ hat ihren Ursprung in England und ist mittlerweile in vielen Staaten vertreten.

„Blood & Honour“

Es existiert eine etwa 20 - 30 Personen umfassende „Berliner-Sektion“ der „Blood & Honour“-Skinheads, die hauptsächlich Skinhead-Konzerte mit rechtsextremistischen Bands vorbereiten. In der Regel stellen sie auch die Ordnertruppe („Security“) für diese Veranstaltungen.



Die aus den USA stammende „Hammerskin“-Bewegung ist weniger als organisatorische, denn als ideologische Sammlungsbewegung mit z. T. nationalsozialistischem Weltbild zu sehen.

„Hammerskins“

In Berlin besteht eine zwischen 20 - 30 Personen umfassende „Sektion der Hammerskins“ (der Hammer steht als Symbol für die „arbeitende weiße Rasse“). Die Berliner Mitglieder treten regelmäßig bei Skinhead-Konzerten mit rechtsextremistischen Bands in Erscheinung bzw. organisieren diese neuerdings zum Teil auch selbst.

Rechtsextremismus

4 Neonationalsozialistische Organisationen und Einzelaktivisten

4.1 Zielsetzung

Neonationalsozialismus

Die Neonationalsozialisten (Neonazis) kennzeichnet eine ausgeprägte Fixierung auf den Nationalsozialismus der NSDAP, teilweise auch in Ausprägung des „sozial- bzw. national-revolutionären“ Flügels der Gebrüder STRASSER und Ernst RÖHMs. Ausdruck dieser Haltung ist zumeist die Glorifizierung der führenden NS-Persönlichkeiten, die Verharmlosung der NS-Verbrechen, das Anlehnen an damalige Strukturen (z. B. Hitler-Jugend) und das Verwenden von Kennzeichen aus dieser Zeit (z. B. sog. Hitler-Gruß, Hakenkreuz, „Sieg-Heil“- und „Heil Hitler“-Rufe).

Soweit Neonazis politische Aussagen treffen, sind sie dem 25-Punkte-Programm der NSDAP vom 24. Februar 1920 entnommen. Kennzeichnend sind ein übersteigerter Nationalismus, Rassismus und Führerkult.

4.2 Umstrukturierung der Neonaziszene

Lähmung der neonazistischen Szene

Die seit 1992 ausgesprochenen Verbote neonazistischer Organisationen, zahlreiche Gerichtsverfahren gegen führende Neonazis mit Verurteilungen zu empfindlichen Haftstrafen sowie die Ächtung deren menschenverachtender Ziele durch die Bevölkerung führten zu einer Zersplitterung und zeitweisen Lähmung der neonazistischen Szene. Die Neonazis waren gezwungen, ihre politischen Aktivitäten anders zu organisieren und vor allem auf Vereinsstrukturen zu verzichten. Führende Neonazis entwickelten deshalb neue „Vernetzungsstrategien“. Als kleinste Einheiten der „nationalen Bewegung“ wurden bundesweit zahlreiche örtliche Gruppen gebildet. Die gemeinsame Aktionsfähigkeit dieser „autonomen Kameradschaften“ soll durch ihre informationelle Vernetzung erreicht werden. Der Einsatz technischer Kommunikationsmittel wie Mobiltelefone,

Neue Vernetzungsstrategien

Rechtsextremismus

Mailboxen und Info-Telefone sowie die Nutzung des Internet werden deshalb ständig vorangetrieben.

Für 1997 bleibt festzustellen, daß die Strategie der Bildung von „Kameradschaften“ zwar auf Resonanz in der Szene gestoßen ist, sie erbrachte aber nicht die erhoffte Steigerung an Mobilisierbarkeit und Aktionsfähigkeit. Auch das Ziel eines bundesweiten Netzes solcher „Kameradschaften“ konnte bislang nicht realisiert werden. Zu sehr waren die Führungspersonen in politische und persönliche Differenzen verstrickt.

Ein Beispiel für das Scheitern der Bemühungen der Neonaziszene, bundesweit ihre Aktionsfähigkeit unter Beweis zu stellen, bildeten die Aktionen zum 10. Todestag von Rudolf HESS am 16. August 1997. Obwohl an diesem Tag mehr als 800 Rechtsextremisten durch ein „Aktionskomitee Rudolf Heß“ (dem auch Neonazis aus Berlin angehörten) mobilisiert werden konnten, gelang es nicht, die geplante zentrale Demonstration durchzuführen:

Aktionen zum
Todestag von
HESS

Es kam am 16. August in mehreren deutschen Städten zu versuchten spontanen Aufmärschen von Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet, die jedoch von den Polizeikräften der Länder weitgehend verhindert werden konnten. Die Mehrzahl der Neonazis hatte sich dabei der konspirativen Leitung durch sog. Nationale Info-Telefone bzw. Handys folgend zunächst im „Aufmarschraum“ Kassel (Hessen) gesammelt. Von dort wurden sie in den Großraum Göttingen/Braunschweig (Niedersachsen) weitergeleitet. Aufgrund starker Polizeipräsenz in diesem Gebiet konnten die ursprünglich geplanten Aufmärsche bzw. Veranstaltungen „zu Ehren von Rudolf Heß“ in Eisenach und Gotha (Thüringen) sowie Goslar, Braunschweig und Wolfenbüttel in Niedersachsen verhindert werden. Ein abschließender Versuch von ca. 100 Angehörigen der Neonazis (darunter auch Berliner) in Königs-

lutter (Niedersachsen) einen Aufzug durchzuführen, konnte ebenfalls nach kurzer Konfrontation zwischen den Rechtsextremisten und der dortigen Polizei unterbunden werden. Insgesamt nahm die Polizei an diesem Wochenende bundesweit ca. 500 Personen aus der rechtsextremistischen Szene (darunter auch Angehörige der Berliner Neonazi-Szene) vorübergehend in Gewahrsam.

In einer ersten über die „Nationalen Info-Telefone“ verbreitete Stellungnahme am Abend des 16. August wurde der zentrale Aktionstag „zu Ehren von Rudolf Heß“ zwar als Erfolg für die neonazistische Szene gewertet, insgesamt scheint sich inzwischen aber auch bei den im „Aktionskomitee“ führenden Neonazis die Erkenntnis durchgesetzt zu haben, daß die bisher entwickelten Methoden künftig den Erfolg nicht mehr garantieren.

Rechtsextremismus

4.3 Aktivitäten der Berliner Neonazis

1997 sank das neonazistische Potential in Berlin weiter auf 245 Personen (1996: 280) ab. Bundesweit reduzierte sich die Anzahl auf 2 600 Personen (1996: 2 690).

Die Situation in Berlin ist u. a. darauf zurückzuführen, daß sich 1997 ehemals führende Neonazis der NPD/JN zugewandt haben.

Ferner wurden 1997 innerhalb der Berliner „Kameradschaftsbewegung“ mehrere neue Gruppierungen bekannt, die eine eindeutige neonazistische Ausrichtung haben.

Bei einigen Berliner „Kameradschaften“ wurden darüber hinaus zunehmend Tendenzen erkennbar, dem neonationalsozialistischem Gedankengut eine Absage zu erteilen. Der Neonationalsozialismus wird von diesen „Kameradschaften“ als veraltet bezeichnet, was für die aktuelle politische Arbeit eher abträglich sei.

Berliner Neonazis traten 1997 in Berlin kaum in der Öffentlichkeit in Erscheinung. Sie beteiligten sich lediglich an folgenden überregionalen Veranstaltungen:

Am 1. März nahmen sie an einer von der NPD angemeldeten Demonstration in München gegen die Wehrmachtausstellung „Vernichtungskrieg - Die Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ teil.

Am 1. Mai wollten sich etwa 100 Berliner Neonazis an einer von der NPD und der JN in Leipzig initiierten Demonstration zum „Tag der Arbeit“ beteiligen. Da die De-

monstration in Leipzig verboten worden war, fuhren die einzelnen Gruppen, geleitet durch Ansagen der „Nationalen Info-Telefone“ und Mobiltelefone, quer durch Deutschland. In Hannoversch Münden (Niedersachsen) kam es zu einem Aufzug von etwa 300 Rechtsextremisten. Die Berliner Teilnehmer erreichten überwiegend nicht das Ziel.

Rechtsextremismus

4.4 „Unabhängige Kameradschaften“

Sitz:	Berlin (fast ausschließlich in den Ostbezirken)
Anhängerschaft:	k. A. bundesweit, etwa 130 in Berlin (1996: 120)
Organisationsstruktur:	lose Zusammenschlüsse
Entstehung/Gründung:	1995 und 1996 u. a. als Reaktion auf FAP-Verbot
Ideologie:	rechtsextremistisch/neonazistisch
Publikationen:	Flugblätter

Die „Kameradschaftsbewegung“ ist einem ständigen Wandel unterzogen. Neben wenigen über Jahre hinaus bestehenden aktiven „Kameradschaften“ gibt es eine Vielzahl von Gruppierungen, die nur wenige Monate existieren und sich dann auflösen. Einige fanden in Szene-Veröffentlichungen Erwähnung, ohne daß Erkenntnisse über ihre tatsächliche Existenz angefallen sind. Die „Kameradschaften“ weisen weder eine vereinsmäßige Struktur noch formale Mitgliedschaften auf, bestehen in der Regel aus 10 - 15 Personen und sind in einzelnen Berliner Stadtbezirken verankert. Es gilt das Wohnortprinzip, d. h. eine Mitgliedschaft ist in der Regel nur in der im eigenen Wohnbezirk ansässigen „Kameradschaft“ möglich.

Ständiger Wandel

In Berlin lagen 1997 Informationen über 13 aktive „Kameradschaften“ vor. Neonazistisch ausgerichtet sind 8 „Kameradschaften“. Der Großteil von ihnen ist im Ostteil der Stadt beheimatet.

Rechtsextremismus

Verteilung der „Kameradschaften“ auf die Berliner Bezirke

Bezirk	„Kameradschaft“
Friedrichshain	1
Hellersdorf	2
Hohenschönhausen	1
Köpenick	1
Marzahn	1
Mitte	-
Neukölln	2
Pankow	1
Prenzlauer Berg	1
Spandau	1
Tiergarten	1
Treptow	1

Den „Kameradschaften“ gehören insgesamt bis zu 130 Personen an.

Den derzeit bekannten „Kameradschaften“ gehören zunehmend Jugendliche an, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Ihr Verhalten ist geprägt durch provokatives Auftreten gegenüber ausländischen Mitbürgern (zumeist verbaler Natur), Schmieraktionen und Alkoholexzesse, aus denen teilweise kriminelle Handlungen bzw. Gewalttaten resultieren. Eine rechtsextremistische Zielsetzung ergibt sich in der Regel nur aus der Sammlung oder Verbreitung rechtsextremistischen Propagandamaterials, dem Verwenden von Kennzeichen aus der NS-Zeit, insbesondere das Rufen von „Sieg Heil“ und „Heil Hitler“ sowie das Zeigen des „Hitler-Grußes“ in alkoholisiertem Zustand sowie einer plakativen Ausländerfeindlichkeit.

Diese Jugendgruppen in den „Kameradschaften“ werden zumeist von älteren „gestandenen“ Neonazis geführt, die die Jugendlichen indoktrinieren.

Rechtsextremismus

Die seit Beginn der Kameradschaftsbewegung bestehenden neonazistischen „Kameradschaften“ unterlagen 1997 einem Wandel in ihrer politischen Ausrichtung. Es mehrten sich die Hinweise darauf, daß einige „Kameradschaften“ ihre neonazistische Ausprägung aufgaben und sich aktuellen Themen annahmen. Hierbei vertraten sie rechtsextremistische Positionen. Maßgeblich hierfür dürften insbesondere Strafverfahren gegen neonazistische „Kameradschaftsangehörige“, erfolglose Versuche in der Öffentlichkeit aufzutreten, sowie die Einsicht sein, teilweise auch eigene Gruppenangehörige nicht mehr mit neonationalsozialistischer Propaganda mobilisieren zu können. Die Beschäftigung mit Themen wie „Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Euro und Kapitalismus“ hat deshalb - weil erfolgversprechender - in zunehmendem Maße Vorrang.

Praxisorientierter Rechtsextremismus

Gleichwohl etablierten sich 1997 in Berlin einige neue „Kameradschaften“, die sich streng am nationalsozialistischen Gedankengut orientieren. Diese grenzen sich strikt von den anderen „Kameradschaften“ ab.

Die „Kameradschaften“ traten 1997 in Berlin lediglich mit einigen wenigen Flugblattverteilkaktionen in Erscheinung.



Rechtsextremismus

4.5 „Die Nationalen e. V.“

DIE NATIONALEN

Sitz:	Berlin
Mitgliederzahl:	150 bundesweit (1996: 150), Einzelmitglieder in Berlin (1996: EM)
Organisationsstruktur:	Verein
Entstehung/Gründung:	September 1991 - <u>Auflösung</u> November 1997
Ideologie:	neonazistisch
Publikationen:	„Berlin Brandenburger - Zeitung der Nationalen Erneuerung“ (BBZ) (zweimonatlich, Auflage: ohne Regionalausgaben 15 000) Internet-Ausgabe der BBZ

In Berlin war seit den zahlreichen Vereinsverboten in den letzten fünf Jahren als letzte relevante Organisation auf dem neonazistischen Sektor nur noch der über Berlin hinaus agierende Verein „Die Nationalen e. V.“ aktiv. Diese verfügte bis November 1997 zumindest in den Bundesländern Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen über ein sog. Netzwerk von Untergliederungen bzw. kooperierenden neonazistischen „Kameradschaften“.

Auflösung

In Berlin war der Verein zuletzt nur durch einige wenige, jedoch führende Funktionäre präsent. Mit Pressemitteilung vom 14. November 1997 gab der Verein nach über sechsjährigem Bestehen seine Auflösung und Löschung aus dem Vereinsregister bekannt. So habe die Mitgliederversammlung des Vereins die Selbstauflösung beschlossen, da sich die Aufgaben und Ziele der „Nationalen e. V.“ weitgehend erfüllt hätten. Das ursprüngliche Vereinsziel, der „Aufbau eines informationellen Netzwerks“ und die „Unterstützung nationaler Einigungstendenzen“ seien ebenfalls nahezu erreicht worden. Um dieser Zielvorgabe nicht selbst im Weg zu stehen, habe man die bestehenden Vereinsstrukturen aufgelöst. Die „politische Arbeit“ im Sinne des Vereins soll durch „Unabhängige Kameradschaften, Parteien und Gruppierungen“ fortgeführt werden.

Die nach wie vor von der ehemaligen Führungsspitze der „Nationalen e. V.“ herausgegebene, formal vereinsunabhängige Publikation BBZ und die dazugehörigen weiteren Regional-

Rechtsextremismus

ausgaben („Junges Franken“, „Mitteldeutsche Rundschau“ - für Sachsen und Sachsen-Anhalt, „Neue Thüringer Zeitung“, „Westdeutsche Volkszeitung“, „Süddeutsche Allgemeine Zeitung“ und seit September 1997 der „Hansekurier“ für Norddeutschland) dienen der Kommunikation in der gesamten rechtsextremistischen Szene.



Die z. Z. beim Landgericht Berlin gegen den Herausgeber der BBZ und ehemaligen Vorsitzenden der „Nationalen e. V.“ Frank SCHWERDT den BBZ-Chefredakteur und ehemals führenden Funktionär der „Nationalen e. V.“ Hans-Christian WENDT und den BBZ-Mitarbeiter und Neonazi Lutz GIESEN anhängigen Strafverfahren könnten sich mittelfristig negativ auf das weitere Erscheinen der BBZ auswirken. So war aufgrund der Untersuchungshaft des BBZ-Chefredakteurs WENDT (29. September 1996 bis 25. Juli 1997) von Dezember 1996 bis Ende August 1997 weder eine neue Ausgabe der BBZ noch eine ihrer Regionalausgaben trotz zahlreicher anders lautender Beteuerungen der Verantwortlichen erschienen. Neue Ausgaben der BBZ konnten erst wieder ab Anfang September 1997 vertrieben werden.

Seit Oktober 1997 ist die BBZ auch als „digitale Ausgabe“ im Internet abrufbar.

Internetausgabe
der BBZ

Die Fortführung des BBZ-Projektes dürfte jedoch trotz der präventiven Vereinsauflösung gefährdet sein, da der Chefredakteur WENDT mit einer neuerlichen Inhaftierung rechnen muß.

Die Gründe für die Selbstauflösung der „Nationalen e. V.“ dürften in unmittelbarem Zusammenhang mit der in den Medien öffentlich geführten Diskussion um ein mögliches Verbot des

Rechtsextremismus

Vereins zu sehen sein. Im Falle der Durchsetzung eines Vereinsverbotes gegen „Die Nationalen e. V.“ hätten etwaige weitere neonazistische Aktivitäten ihrer führenden Funktionäre als mögliche Fortführung einer verbotenen Organisation konsequent strafrechtlich verfolgt werden können.

4.6 „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.“ (HNG)

Sitz:	Frankfurt/M.
Mitgliederzahl:	400 bundesweit (1996: 300), in Berlin 25 (1996: 30)
Organisationsstruktur:	Verein
Entstehung/Gründung:	1979
Ideologie:	neonazistisch
Publikationen:	„Nachrichten der HNG“ (monatlich)



**Sammelbecken,
Solidargemein-
schaft und
Betreuungs-
verein**

Die 1979 gegründete HNG versteht sich als „Sammelbecken und Solidargemeinschaft“ für Neonazis aller politischer Gruppierungen aus Deutschland und dem nahen Ausland und beschäftigt sich in erster Linie mit der „Betreuung inhaftierter Gesinnungsgenossen“.

Der eingetragene Verein, der seit 1991 von der bundesweit bekannten Neonazi-Aktivistin Ursula MÜLLER geleitet wird und die größte noch verbliebene Organisation der gesamtdeutschen Neonazi-Szene repräsentiert, verfügt in Berlin zwar über Mitglieder, aber keine eigene Organisationsstruktur.

Rechtsextremismus

4.7 „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei - Auslands- und Aufbauorganisation“ (NSDAP-AO)

Sitz:	Lincoln, Nebraska (USA)
Mitgliederzahl:	FG bundesweit (1996: 100), in Berlin EM (1996: EM)
Organisationsstruktur:	unabhängige Stützpunkte
Entstehung/Gründung:	1976
Ideologie:	militant-neonazistisch
Publikationen:	„NS-Kampfruf“ (1997 unregelmäßig)

Die NSDAP-AO galt seit Anfang der 90er Jahre als größter internationaler Hersteller und Vertreiber von NS-Propagandamaterial. Jedoch ist seit der Festnahme des Leiters der NSDAP-AO, Gary Rex LAUCK, im März 1995 und seiner Verurteilung durch das Landgericht Hamburg im August 1996 zu vier Jahren Freiheitsstrafe ohne Bewährung ein deutlicher Rückgang der Aktivitäten dieser Organisation in Berlin, wie auch im gesamten Bundesgebiet, feststellbar.

Rückgang von
Aktivitäten

Die Publikation „NS-Kampfruf“ der NSDAP-AO ist ein Gemeinschaftsprojekt von deutschen, holländischen, dänischen und amerikanischen Neonazis und wird offensichtlich aus den Niederlanden vertrieben. Sie ist 1997 nur noch dreimal mit dem thematischen Schwerpunkt der sog. Anti-Antifa-Arbeit erschienen. Nur in den ersten beiden Ausgaben vom Februar und August 1997 waren Beiträge von Berliner „Anti-Antifa“-Aktivisten unter der Tarnbezeichnung „Prozeßgruppe Berlin“ erschienen. Der Leitartikel "JUDEN ERPRESSEN DIE SCHWEIZ!" der deutschsprachigen Ausgabe des „NS-Kampfrufs“ vom Dezember 1997 war bereits in der März/April-Ausgabe der englischsprachigen NSDAP-AO-Publikation "The NEW ORDER" unter dem Titel "Jews Blackmail Switzerland!" veröffentlicht worden.

„NS-Kampfruf“



Rechtsextremismus

4.8 „Vandalen - Ariogermanische Kampfgemeinschaft“

Sitz:	Berlin
Mitgliederzahl:	20 (1996: 10)
Organisationsstruktur:	keine
Entstehung/Gründung:	1982
Ideologie:	neonazistisch
Publikationen:	keine

Die 1982 gegründete, auf 20 Personen geschätzte Neonazi-Funktionärsgruppe der „Heavy-Metal-Szene“ ist seit Jahren in den östlichen Bezirken Berlins ansässig und unterhält seit der Wende gute Kontakte zu neonazistischen Organisationen in Berlin und Umgebung.

Einzelne Personen der Gruppierung gehören der im Jahre 1993 gegründeten neonazistischen Skinheadband „Landser“ an.

Zu ihrem 15jährigen Bestehen veranstalteten die „Vandalen“ am 4. Oktober 1997 in ihrem Clubhaus in Berlin - Weißensee ein Fest mit ca. 150 Gästen.

4.9 Strafverfahren gegen Neonazis

Folgende im Berichtszeitraum durchgeführte Strafverfahren sind besonders zu erwähnen:

Der Herausgeber der BBZ und ehemalige Vorsitzende der „Nationalen e. V.“ Frank SCHWERDT sowie der BBZ-Mitarbeiter und Neonazi Lutz GIESEN wurden wegen Herstellung und Verbreitung von Propagandamaterial mit verfassungswidrigen und volksverhetzenden Inhalten (sog. Schulungsbriefe) Ende 1996 erstinstanzlich zu einer Haftstrafe von einem Jahr ohne Bewährung bzw. einer Jugendfreiheitsstrafe von einem Jahr und sechs Monaten ohne Bewährung verurteilt. Gegen den gleichfalls angeklagten Chefredakteur der

BBZ und ehemals führenden Funktionär der „Nationalen e. V.“ Hans-Christian WENDT wurde im gleichen Verfahren im Februar 1997 erstinstanzlich eine Freiheitsstrafe von einem Jahr ohne Bewährung verhängt. In allen drei Fällen wurde das Strafmaß in den Revisionsverfahren vor dem Bundesgerichtshof aufgehoben und zur diesbezüglichen Neuverhandlung an das Landgericht Berlin zurückverwiesen. Das Landgericht Berlin verhängte am 3. September in einer neuen Hauptverhandlung gegen

**Strafverfahren
gegen
SCHWERDT,
GIESEN und
WENDT**

Rechtsextremismus

SCHWERDT und **GIESEN** Haftstrafen in Höhe von neun Monaten ohne Bewährung (**SCHWERDT**) bzw. einem Jahr und drei Monaten ohne Bewährung (**GIESEN**). Das Landgericht setzte damit in beiden Fällen das Strafmaß herab. Gegen dieses Urteil des Landgerichts Berlin haben **SCHWERDT** und

GIESEN erneut Revision eingelegt. Beide befinden sich bis zur Neuverhandlung auf freiem Fuß.

Ein neues Urteil des Landgerichts Berlin hinsichtlich der Strafmessung gegen **WENDT** ist noch nicht ergangen, so daß er deshalb seine Haftstrafe noch nicht antreten hat.

Auch 1997 kam es zu Verurteilungen mehrerer führender Berliner Rechtsextremisten und Neonazis:

Urteile

Am 12. August wurde der Berliner Rechtsextremist **Ekkehard WEIL** vom Amtsgericht Tiergarten wegen Verstoßes gegen das Waffen- und Kriegswaffenkontrollgesetz zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren verurteilt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Anläßlich von Wohnungsdurchsuchungen durch die Polizei am 31. Januar 1995 waren bei **WEIL** in Berlin und Bochum neben rechtsextremistischen Schriften, eine größere Anzahl von Waffen und Munition sowie Anleitungen zum Bau von Spreng- und Brandvorrichtungen festgestellt worden.

Am 28. November verurteilte die Strafkammer beim Landgericht Berlin die ehemals führenden Berliner Neonazis **Lutz SCHILLOK** und **Detlef NOLDE** zu Freiheitsstrafen von 14 Jahren (**SCHILLOK**) und 2½ Jahren (**NOLDE**).

Sie wurden für schuldig befunden, am 17. April zwei führende Angehörige der neonazistischen „Kameradschaft Wittenberg“ aus Sachsen-Anhalt im Streit getötet zu haben. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß der ehemalige Führer der neonazistischen Ber-

liner „Kameradschaft Treptow“ **Detlef NOLDE** die Opfer durch Versprühen von Reizgas zunächst kampfunfähig gemacht habe. Nachfolgend hätte der ehemalige Berliner Angehörige der verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (**FAP**) **Lutz SCHILLOK** die wehrlosen „Wittenberger Kameradschaftsangehörigen“ mit gezielten Messerstichen getötet. Beide Täter sollen dabei unter starkem Alkoholeinfluß gestanden haben.

Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. **NOLDE** befindet sich bis zum Haftantritt auf freiem Fuß.

Am 01. Dezember verurteilte das Landgericht Lübeck in dem seit 08. August 1997 anhängig gewesenem Prozeß den Berliner Neonazi **Kay DIESNER** wegen Mordes und Mordversuchs zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe (vgl. S. 78). **DIESNER** hatte bei Schußwaffenattentaten am 19. Februar einen Buchhändler in Berlin-Marzahn schwer verletzt sowie am 23. Februar in Schleswig - Holstein einen Polizeibeamten getötet und einen weiteren verletzt.

Rechtsextremismus

5 Rechtsextremistische Parteien

**Anstieg des
Potentials**

Die rechtsextremistischen Parteien verloren bis Ende 1996 Mitglieder. Ursächlich für die Mitgliedsverluste waren neben den Wahlniederlagen 1994/95 finanzielle Schwierigkeiten und Führungsquerelen. 1997 konnten sich die rechtsextremistischen Parteien stabilisieren. Sowohl die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) als auch „Die Republikaner“ (REP) konnten bundesweit neue Mitglieder gewinnen, so daß das Mitgliederpotential 1997 rechtsextremistischer Parteien bundesweit auf 34 800 Mitglieder (1996: 33 500) anstieg. Auch in Berlin nahm das Mitgliederpotential 1997 um rund 170 auf 1 610 Personen zu (1996: 1 440).

**Weiter
wachsender
neonazistischer
Einfluß auf JN**

Der NPD gelang es 1997, auch in der Neonazi-Szene auf Akzeptanz zu stoßen. Der seit geraumer Zeit wachsende neonazistische Einfluß auf ihre Jugendorganisation, die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) hat sich weiter verstärkt.

Die Partei „Die Republikaner“ erlebte 1997 eine Konsolidierungsphase, die sich noch fortsetzt. Dies spiegelt sich in einer steigenden Mitgliederzahl, einer verbesserten Finanzsituation und einem Rückgang des Einflusses der innerparteilichen Befürworter einer „Vereinigten Rechten“ wider.

Nach wie vor gibt es innerhalb der „Republikaner“ ein rechtsextremistisches Potential, dessen Hauptakteure auf allen Parteebenen Unterstützung für ihre Ziele und Positionen finden.

Rechtsextremismus

5.1 „Deutsche Volksunion“ (DVU)



Sitz:	München
Mitgliederzahl:	15 000 bundesweit (1996: 15 000), 540 in Berlin-Brandenburg (gemeinsamer Landesverband), 500 in Berlin, 40 in Brandenburg (1996: 540)
Organisationsstruktur:	Partei
Entstehung/Gründung:	5. März 1987
Ideologie:	rechtsextremistisch
Publikationen:	„Deutsche National-Zeitung“, „Deutsche Wochen-Zeitung/Deutscher Anzeiger“ (überregional, wöchentlich) Herausgeber: Dr. Gerhard FREY; keine Publikation des LV Berlin-Brandenburg

Am 5. März 1987 wurde die DVU auf Initiative des Verlegers Dr. Gerhard FREY im Zusammenwirken mit der NPD als „DVU - Liste D“ in München gegründet; im Februar 1991 erfolgte ihre Umbenennung. In den von FREY herausgegebenen Publikationen hetzen die Autoren in zum Teil offen rassistischer Weise gegen Ausländer, Juden, Sinti und Roma.

Der Landesverband Berlin-Brandenburg der DVU ist seit 1995 in Berlin nicht mehr öffentlichkeitswirksam in Erscheinung getreten. Die relativ hohe Zahl von etwa 540 nominellen Mitgliedern - die tatsächliche Zahl dürfte erheblich niedriger liegen - läßt daher keine Rückschlüsse auf den Umfang der Parteiaktivitäten zu. Die Parteimitgliedschaft beschränkt sich hauptsächlich auf die Zahlung monatlicher Beiträge und den Bezug des Abonnements der o.g. Zeitungen des DVU-Vorsitzenden Dr. Gerhard FREY, so daß die DVU im wesentlichen eine Institution zur finanziellen und ideellen Unterstützung der Interessen ihres Mentors ist.

Rechtsextremismus

5.2 „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)



Sitz:	Stuttgart
Mitgliederzahl:	4 300 bundesweit (1996: 3 300), 190 in Berlin-Brandenburg (gemeinsamer Landesverband), 130 in Berlin, 60 in Brandenburg (1996: 80)
Organisationsstruktur:	Partei
Entstehung/Gründung:	1964
Ideologie:	rechtsextremistisch
Publikationen:	„Deutsche Stimme“ (überregional, monatlich), „ZÜNDSTOFF - Deutsche Stimme für Berlin und Brandenburg“ (vierteljährlich, Auflage: 200)

Ideologie

Die NPD bekennt sich zum völkischen Kollektivismus und diffamiert in ihren Publikationen auf aggressive Weise demokratische Institutionen und Politiker.

1964 ging die NPD aus der rechtsextremistischen „Deutschen Reichspartei“ (DRP) hervor. Der im März 1966 gegründete Berliner Landesverband hatte sich im Juni 1991 als Landesverband Berlin-Brandenburg konstituiert.

Nachdem die NPD während der letzten Jahre kaum öffentlichkeitswirksame Aktivitäten entwickelt hatte und zudem ein Rückgang bzw. eine Stagnation ihrer Mitgliederzahlen zu verzeichnen war, läßt sich seit Beginn des Jahres 1997 eine veränderte Entwicklung beobachten.

Protestkundgebung gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 - 1944“

Unter dem Motto „Unsere Großväter waren keine Verbrecher“ veranstaltete die NPD am 1. März in München eine Protestkundgebung gegen die umstrittene Ausstellung „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“. Schon Wochen vor dem Ereignis hatten die Partei und ihre Jugendorganisation, die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), u. a. im Internet für diese „Demonstration des nationalen Widerstands“ geworben und nach eigenen Angaben etwa 50 000 Flugblätter verteilt. Auch in „Nationalen Info-Telefonen“ und im „Thule“-Netz wurde zur Teilnahme aufgerufen. Neonazistische Gruppen hatten ebenfalls für den 1. März mobili-

siert, darunter Skinheads und „Unabhängige Kameradschaften“ aus mehreren Bundesländern. An dem Aufzug beteiligten sich nach Polizeiangaben ca. 4 300 Personen, darunter ca. 110 Berliner Rechtsextremisten.

Die rechtsextremistische Szene, insbesondere die NPD/JN, wertete die weitgehend friedlich verlaufene Demonstration als vollen Erfolg. In einer Pressemitteilung bezeichnete die NPD die Kundgebung als „die größte nationale Demonstration“, die es in Deutschland seit 20 Jahren gegeben habe. Der 1. März sei somit „der Startschuß für eine bundesweite NPD-Demon-

Rechtsextremismus

strationsoffensive, die in Zukunft zehntausende Teilnehmer auf die Straßen bringen" werde.

NPD und JN ist es mit der Demonstration gelungen, ein weit über ihre Anhängerschaft hinausgehendes breites rechtsextremistisches Spektrum bis hin zu Neo-

nazis und Skinheads zu mobilisieren. Mit dem Aufgreifen des Themas „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ warb die Partei offensichtlich auch um die Angehörigen der Kriegsgeneration.



Während die Mitgliederentwicklung der letzten Jahre bei der NPD kontinuierlich rückläufig war bzw. stagnierte, gibt es derzeit erstmals konkrete Anhaltspunkte für steigende Mitgliederzahlen. Mit einer Initiative „Aktion 1 000 - hinein in die NPD“ hat die Partei im Laufe des Jahres 1997 rund 700 neue Mitglieder hinzugewonnen, so daß ihr Mitgliederpotential derzeit etwa 4 000 Personen beträgt.

Dieser Trend zeigte sich auch im NPD-Landesverband Berlin-Brandenburg. Hier ist eine Erhöhung der Mitgliederzahlen auf ca. 190 Personen (1996: 80) zu verzeichnen.

Auf dem 6. ordentlichen NPD-Landesparteitag im Dezember 1996 wurde die Teilnahme der Partei an den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen 1999 beschlossen. Die organisatorischen Vorbe-

„Aktion 1 000“

Rechtsextremismus

reitungen haben im Januar 1997 mit der Gründung des „Arbeitskreises Wahlen Berlin“ bereits begonnen.

Während der NPD-Landesverband Berlin-Brandenburg 1997 neben seiner traditionellen Reichsgründungsfeier im Januar 1997 mit ca. 80 Personen bisher nur eine weitere Vortragsveranstaltung (Thema „Deutschland und die Zukunft Europas“) mit ca. 100 Teilnehmern durchführte, organisierte hingegen der Berliner NPD-Stadtverband - der jetzige Bezirksverband Berlin - fünf Vortragsveranstaltungen, deren Teilnehmerzahl zwischen 30 und 100 Personen lag. Besonders erwähnenswert hierbei war eine Interessentenveranstaltung am 1. August zum Thema „Deutschland: nationale Wende oder multikulturelles Ende?“ mit ca. 100 Besuchern.

Die NPD beteiligte sich 1997 offiziell nicht an Aktionen anlässlich des 10. Todestages von Rudolf HESS am 17. August, da diese ihrer Ansicht nach antiquiert seien und keinen Widerhall in der Bevölkerung fänden. Darüber hinaus befürchtete sie negative Schlagzeilen in den Medien.

Landesparteitag

Im September 1997 führte der Landesverband Berlin-Brandenburg seinen 7. ordentlichen Landesparteitag mit der Neuwahl des Vorstandes durch. Der bisherige Landesvorsitzende Lutz REICHEL wurde erneut zum Landesvorsitzenden gewählt; Thomas SALOMON wurde als stellvertretender Landesvorsitzender in seinem Amt bestätigt. Die Parteitagsdelegierten verabschiedeten u. a. eine neue Satzung, in der die Umstrukturierung des hiesigen Landesverbandes festgelegt wurde. Zur Umsetzung dieses Beschlusses, der die organisatorische sowie personelle Basis der Partei erweitern soll, wurden im Oktober/November d. J. der Kreisverband Nordost sowie die Ortsbereiche Süd, West und Nord gegründet.

Darüber hinaus etablierten sich im selben Zeitraum unter dem Dach des Landesverbandes Berlin-Brandenburg der Bezirksverband Brandenburg sowie der Kreisverband Spreewald der NPD.

Rechtsextremismus

• „Junge Nationaldemokraten“ (JN)



Sitz:	Stolberg (Nordrhein-Westfalen)
Mitgliederzahl:	300 bundesweit (1996: 200), 30 in Berlin/Brandenburg (1996: 20)
Organisationsstruktur:	Jugendorganisation der NPD
Entstehung/Gründung:	1969
Ideologie:	rechtsextremistisch
Publikation(en):	„Einheit und Kampf“ (überregional, vierteljährlich, Auflage: 1 300), „Der Aktivist“ (überregional, unregelmäßig, Auflage: 1 000)

Die JN sehen sich als Kristallisationskern eines angeblichen „nationalen Aufbruchs“, der die Meinungsführerschaft im nationalen Widerstand übernommen hat. Sie sind in Fragen der Organisation und auch der Ideologie zum Bindeglied zwischen NPD, Neonazis und anderen rechtsextremistischen Organisationen geworden. Diese Entwicklung ist insbesondere im Landesverband Berlin-Brandenburg zu verzeichnen, der offene Kontakte zu neonazistischen Gruppierungen pflegt. 1997 führte der Landesverband Berlin-Brandenburg der JN u. a. folgende herausragende Veranstaltungen durch:

**Nahtstelle zur
Neonazi-Szene**

So hatte der Landesverband Berlin-Brandenburg der JN für den 15. Februar als Wahlkampfauftakt für die Berliner Abgeordnetenhauswahlen 1999 einen Aufzug unter dem Motto „Arbeit zuerst für Deutsche“ polizeilich angemeldet. Aus Furcht vor Zusammenstößen mit Gegendemonstranten wurde der geplante Demonstrationzug kurzfristig in eine Saalveranstaltung umgewidmet, nachdem von verschiedenen Seiten, so auch aus linksextremistischen Kreisen, zu Protesten aufgerufen worden war. Am Veranstaltungsort, im „Klubhaus Ottomar Geschke“ in Berlin-Weißensee, versammelten sich ca. 30 Personen, neben Angehörigen und Anhängern der JN auch andere Rechtsextremisten. Zuvor kam es zu erheblichen Auseinandersetzungen mit aufgebrauchten politischen Gegnern aus der links-

extremistischen Szene am S-Bahnhof Wuhletal (Berlin-Hellersdorf).

Am 15. November fand ein von den JN organisierter „nationaler Liederabend“ in einem Klubhaus in Berlin-Weißensee mit dem rechtsextremistischen Liedermacher Jörg HÄHNEL und einer Skinband statt. Die Veranstaltung wurde von rund 150 Personen besucht. Vor Beginn des Konzerts griffen etwa 40 Vermummte der linksextremistischen Szene am S-Bahnhof Wartenberg (Hohenschönhausen) die dort versammelten etwa 10 Rechtsextremisten an und schlugen mit Schlagwerkzeugen auf diese ein. Während der tätlichen Auseinandersetzungen erlitt u. a. der führende Berliner Funktionär der JN Andreas STORR erhebliche Verletzungen und wurde in ein Krankenhaus eingeliefert.

Rechtsextremismus

Polizeiberichten zufolge wurden fünf Linksextremisten wegen dringenden Verdachts des schweren Landfriedensbruchs und der gemeinschaftlichen Körperverletzung dem Ermittlungsrichter zum Erlaß eines Haftbefehls vorgeführt.

Im November 1997 fand der 20. ordentliche Landeskongreß des JN-Landesverbandes Berlin-Brandenburg statt, auf dem die Führungsspitze neu gewählt wurde. Der bisherige Landesvorsitzende Andreas STORR hatte sich nicht mehr zur Wahl gestellt.

Zu den öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten des Landesverbandes Berlin-Brandenburg der JN gehörten 1997 neben dem Aufzug am 15. Februar (siehe oben) zahlreiche Klebe- und Verteilaktionen von Propagandamaterial im gesamten Stadtgebiet.

Publikationen

Die JN geben in unregelmäßigen Abständen die Zeitschrift „Einheit und Kampf“ (EuK) heraus. Bis Ende 1993 fungierte EuK als Mitteilungsblatt des JN-Bundesvorstandes. Ende 1993⁸ beschloß dieser, EuK künftig als „Vorfeld- und Szeneblatt“ einzusetzen.

**Einheit
und
Kampf**

Informationen direkt von
der Aktionsfront!

**Neue Redaktion!
Neue Aufmachung!
Neuer Inhalt!
Neue Adresse!**

Einheit und Kampf
c/o Markus Privenau
Postfach 140201
28089 Bremen
Fax: 0421-529558

Nr. 3/97 - 6. Jahrgang - DM 2,50

ZÜNDSTOFF

Deutsche Stimme für Berlin und Brandenburg

Der JN-Landesverband Berlin-Brandenburg verbreitet keine eigene Zeitung. Ihm steht jedoch in „ZÜNDSTOFF - Deutsche Stimme für Berlin und Brandenburg“ des NPD-Landesverbandes eine Seite unter der Rubrik „Denkzettel - Die Seite der Jungen Nationaldemokraten“ zur Verfügung.

Rechtsextremismus

5.3 „Die Republikaner“ (REP)



Sitz:	Berlin
Mitgliederzahl:	15 500 bundesweit (1996: 15 000), 850 in Berlin (1996: 800)
Organisationsstruktur:	Partei
Entstehung/Gründung:	26. November 1983, Landesverband Berlin seit 5. September 1987
Ideologie:	rechtsextremistisch
Publikationen:	„Der Republikaner“ (überregional, monatlich, Auflage: 22 000); „Die Republikaner - Nachrichten und Meinungen aus Berlin für Berlin“ (unregelmäßig, Auflage: 800)

Die 1983 gegründete Partei hatte sich bundesweit als Sammelbecken unterschiedlicher rechtsextremistischer Strömungen etabliert, das von ehemaligen NPD- und DVU-Mitgliedern bis hin zu neonazistischen Kreisen reicht. Darüber hinaus haben auch Nichtextremisten bei den REP eine politische Heimat gefunden. Seit 1995 befindet sich der Sitz der Bundespartei in Berlin.

Sammelbecken

Innerhalb der Partei vertritt ein nicht unwesentlicher Teil der Funktionäre und Mitglieder die Auffassung, der Erfolg der Partei hänge auch weitgehend von einer Zusammenarbeit mit anderen „rechten“ Parteien ab. In diesem Zusammenhang ist von Bedeutung, daß sich Funktionäre und Mitglieder der Partei öffentlich von der von dem Parteivorsitzenden Dr. Rolf SCHLIERER propagierten Abgrenzungspolitik gegenüber anderen rechtsextremistischen Parteien und Organisationen distanzieren und sich damit bewußt der Gefahr aussetzen, mit einem Partei-ausschlußverfahren belegt zu werden.

Bei den REPs lagen auch 1997 Anhaltspunkte für eine Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung vor.

Der seit 1987 bestehende Landesverband Berlin der REP ist seit 16. Dezember 1992 Beobachtungsobjekt der Berliner Verfassungsschutzbehörde. Diese Entscheidung erfolgte aufgrund von Erkenntnissen, die belegen, daß die Partei als Sammelbecken für Rechtsextremisten unterschiedlicher Aus-

Rechtsextremismus

prägung, darunter ehemalige Kader der NPD und der DVU, aber auch neonazistischer Kreise, fungiert.

Auch im Berliner Landesverband, der in der ersten Hälfte 1997 einen leichten Anstieg seiner Mitgliederzahl auf etwa 850 Mitglieder verbuchen konnte, ist die gegenwärtige Situation durch innerparteiliche Differenzen gekennzeichnet. Die Linie SCHLIERERs wird zwar vom Landesvorstand gestützt, jedoch gibt es auf allen Organisationsebenen des Landesverbandes auch Befürworter einer Zusammenarbeit mit rechtsextremistischen Parteien und Organisationen.

Die innerparteilichen Auseinandersetzungen über Ziele und Strategien vermitteln insgesamt den Eindruck, daß sich der Berliner Landesverband in einem desolaten Zustand befindet.

Zu den öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten des Landesverbandes gehörten 1997:

Neben dem Landesparteitag im Januar fand eine Informationsveranstaltung mit dem Bundesvorsitzenden der Partei, Dr. Rolf SCHLIERER, im März, an der ca. 150 Personen teilnahmen, statt.

Im Juni veranstaltete der hiesige Landesverband eine Kundgebung zum Gedenken an die Opfer des Volksaufstandes im Ostsektor Berlins und der DDR am 17. Juni 1953. Diese Veranstaltung wurde etwa von 550 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet und Berlin besucht.

Mit einer am 27. Juni 1997 eingereichten Klage hat sich der Landesverband gegen die Einstufung als rechtsextremistische

Partei im Verfassungsschutzbericht Berlin 1996 gewandt und gegen das Land Berlin einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gem. § 123 VwGO gestellt. Der Antragsgegner soll, bis zu einer Entscheidung in der Hauptsache verpflichtet werden, Bezeichnungen der REP als rechtsextremistische Partei zu unterlassen. Eine gerichtliche Entscheidung steht noch aus. In einer vergleichbaren Verwaltungsstreitsache gegen die Erwähnung der REP im Jahresbericht 1993 war das LVV Berlin im vorläufigen Rechtsschutzverfahren erfolgreich, in der Hauptsache ist auch dieses Verfahren noch nicht entschieden worden.

Rechtsextremismus

6 Sonstige rechtsextremistische Vereinigungen

6.1 „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ (DLVH)

Sitz:	Berlin
Mitgliederzahl:	800 bundesweit (1996: 800), 65 im Landesverband in Berlin-Brandenburg, 5 in Berlin, 60 in Brandenburg (1996: 65)
Organisationsstruktur:	Partei, seit Oktober 1996 Verein
Entstehung/Gründung:	3. Oktober 1991
Ideologie:	rechtsextremistisch
Publikationen:	„Ost-Wind“ - Die Stimme des Landesverbandes der DLVH Berlin-Brandenburg (Auflage unregelmäßig)

Die im Oktober 1991 in Baden-Württemberg von ehemaligen führenden Funktionären der NPD und REP gegründete DLVH bekennt sich zum völkischen Kollektivismus und vertritt - z. B. im Parteiprogramm - nationalistische und rassistische Thesen. Die parteipolitische Präsenz der DLVH blieb seit ihrer Gründung bundesweit marginal, ihr Einfluß beruhte weitgehend auf ihrer Nähe zu wichtigen Organen rechtsextremistischer Publizistik („Nation und Europa“, „Europa vorn“). Die beim 4. Bundesparteitag der DLVH in Pfofeld (Bayern) am 19. Oktober 1996 beschlossene Aufgabe des Parteistatus und Umwandlung in einen Verein ist letztlich ein Eingeständnis eigenen Scheiterns.

Ideologie

Der Landesverband Berlin-Brandenburg befindet sich seit der Amtsenthebung des damaligen Vorsitzenden Frank SCHWERDT (auch Vorsitzender des sich im November 1997 aufgelösten neonazistischen Vereins „Die Nationalen e. V.“) in einem desolaten Zustand.

Die Vereinsarbeit des etwa 65 Personen umfassenden Landesverbandes beschränkte sich im vergangenen Jahr überwiegend auf interne Zusammenkünfte. Öffentlichkeitswirksame Aktivitäten waren 1997 kaum zu verzeichnen.

**Aktivitäten,
Publikationen**

Die 1996 von der DLVH unregelmäßig herausgegebene Publikation „Ost-Wind“ - Die Stimme des Landesverbandes der DLVH Berlin-Brandenburg ist 1997 nicht mehr erschienen.

Rechtsextremismus

6.2 „Berliner Kulturgemeinschaft Preußen e. V.“

Sitz:	Berlin
Mitgliederzahl:	25 (1996: 25)
Organisationsstruktur:	Verein
Entstehung/Gründung:	1983
Ideologie:	rechtsextremistisch

**Sammelbecken
für Rechtsex-
tremisten und
Neonazis**

**Helden-
gedenkeiern**

Die etwa 25 Personen umfassende „Kulturgemeinschaft“ ist als integrierender Faktor innerhalb der rechtsextremistischen Szene Berlins unter Einschluß und besonderer Beteiligung von organisierten Neonazis und Anhängern „Unabhängiger Kameradschaften“ anzusehen.

Nach Öffnung der Mauer führte der Verein bis 1991 jährlich im November eine sog. Heldengedenkfeier in Halbe durch. In den darauffolgenden Jahren kam es zu Veränderungen durch die von den Sicherheitsbehörden verhängten Versammlungsverbote:

Der vorgebliche Zweck der Veranstaltungen war das Gedenken an die im Frühjahr 1945 in der letzten großen Kesselschlacht des 2. Weltkrieges in Halbe gefallenen deutschen Soldaten und Zivilisten. Tatsächlich dienten die Aufmärsche und die Inszenierung eines Totenkultes um die Gefallenen jedoch der Verklärung und Heroisierung des sinnlosen Sterbens der letzten kämpfenden Wehrmachts- und SS-Verbände, mittelbar damit auch der Verherrlichung des Nationalsozialismus. Ihre an das gesamte rechtsextremistische Spektrum gerichteten Aufrufe, sich an den Heldengedenkfeiern zu beteiligen, fanden bei den verschiedensten neonazistischen Gruppen in Deutschland, zum Teil aber auch im Ausland, zunächst breiten Widerhall. 1990 und noch einmal 1991, mit deutlich höherer

Beteiligung, fanden Gedenkmärsche statt, die von den Neonazis als große Erfolge verbucht wurden.

1992 und 1993 konnten jedoch alle Versuche, mit Aufmärschen und Kranzniederlegungen die Mobilisierungserfolge von 1990 und 1991 zu wiederholen, von den Sicherheitsbehörden durch Versammlungsverbote und Großeinsätze der Polizei zunichte gemacht werden.

In den Jahren 1994 und 1995 wurden die Kundgebungen von vornherein von der Polizei verboten. Für die ursprünglich 1996 erneut vorgesehene Gedenkveranstaltung in Halbe - mit einem erneuten Verbot war zu rechnen - zog der damalige Vorsitzende der „Kulturgemeinschaft“, Ulli BOLDT, seine Anmeldung jedoch zurück.

**weitere
Aktivitäten**

1997 führte die „Berliner Kulturgemeinschaft Preußen e. V.“ keine Veranstaltung zum „Heldengedenken“ durch.

Rechtsextremismus

Sie veranstaltete 1997 regelmäßig Versammlungen mit regelmäßig zwischen 60 und 120 Personen, auf denen einschlägig bekannte Rechtsextremisten Vorträge hielten, so z. B.:

Im Mai referierte der als Gallionsfigur der „Neuen Rechte“ geltende Pierre KREBS.

ma „Germanische Verfassungsgrundsätze als Grundlage unseres Rechtsempfindens“.

Bei einem Treffen im April, an dem auch zahlreiche Neonazis teilnahmen, referierte Wolfram NAHRATH [stellvertr. Vorsitzender der „Kulturgemeinschaft“ und ehemaliger „Führer“ „Gau Berlin“ der am 10. November 1994 verbotenen „Wiking-Jugend e. V.“ (WJ)] zum The-

ma „Germanische Verfassungsgrundsätze als Grundlage unseres Rechtsempfindens“.

Im September fand ein Liederabend mit Jörg HÄHNEL [rechtsextremistischer Liedermacher und ehemaliger Vorsitzender des Landesverbandes Berlin-Brandenburg der JN] statt, an dem auch zahlreiche Neonazis teilnahmen.

6.3 „Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerk e. V.“

Sitz:	Berlin
Mitgliederzahl:	EM
Organisationsstruktur:	Verein
Entstehung/Gründung:	19. November 1990
Ideologie:	rechtsextremistisch

Der Verein will - u. a. über Veranstaltungen zur politischen Bildung - „die allgemeine Förderung des demokratischen Staatswesens in Deutschland und Berlin“ bewirken und den „Heimatgedanken“ fördern. Ziel des Vereins ist die enge Zusammenarbeit mit anderen rechtsextremistischen Organisationen, wobei das Bildungswerk dabei u. a. als „Tarnorganisation“ für Veranstaltungen von Rechtsextremisten und Neonationalsozialisten fungiert.

**„Tarn-
organisation“**

Die Aktivitäten des Vereins beschränkten sich auf Einzelveranstaltungen, an denen u. a. auch Angehörige der rechtsextremistischen Vereinigungen „Berliner Kulturgemeinschaft Preußen e. V.“, der Parteien der REP und NPD sowie der neonazistischen Gruppierung „Die Nationalen e. V.“ teilnahmen. Im Jahr 1997 führte der Verein keine öffentlichkeitswirksame Aktivitäten durch.

Rechtsextremismus

6.4 „Deutsches Kolleg“ (DK)

Sitz:	Berlin
Mitgliederzahl:	EM
Organisationsstruktur:	freies bundesweites Fernkolleg
Entstehung/Gründung:	Dezember 1994
Ideologie:	rechtsextremistisch

Das DK wurde im Dezember 1994 in Berlin gegründet und verfügt nur über Einzelmitglieder. Nach seinem Selbstverständnis soll es den „jungen schöpferischen Kräften das geistige Rüstzeug und ein Forum in der deutschen Hauptstadt“ vermitteln.

Vorträge und Schulungen

Neben Vorträgen („Berliner Gespräche“) veranstaltet das DK Schulungen (zweite Säule des DK). Begonnen wurde der Aufbau von Schulungsgruppen in mehreren Orten der Bundesrepublik Deutschland. Die Schulung wird vom DK mit größter Ernsthaftigkeit betrieben. Nach Abschluß eines jeweiligen „Schulungszyklus“ stehen Prüfungen an. „Nationale Dozenten“ können über das DK eine „Reichsdozentur“ erwerben, die alle zwei Jahre erneuert werden muß.

Grundlagen

Die Basis der Schulungen bilden die von dem Hamburger rechtsextremistischen Theoretiker Dr. Reinhold OBERLERCHER verfaßten Texte. Diese werden in sog. Schulungszyklen Interessierten nahegebracht. Wesentlicher Bestandteil der Unterlagen ist der 50seitige „Schulungszyklus 'Die Neuordnung Deutschlands'“, aus der sich eindeutig antidemokratische, rassistische und ausländerfeindliche Züge ergeben. Im „Reichsverfassungsentwurf“ Reinhold OBERLERCHERs wird die „Volksherrschaft“ propagiert, die keinesfalls „Demokratie“ genannt werden dürfe. Im „ABC der politischen Begriffe“ heißt es gar:

„In der späten BRD wurde Demokratie vorwiegend gebraucht als ideologisiertes Schlagwort zur Verbergung von Fremd-, Klassen- und Pöbelherrschaft...“

Rechtsextremismus

OBERLERCHER will zwar nicht den NS-Ariernachweis wieder einführen, befürwortet aber einen „Germanenbeweis“. Dabei wird von Nichtdeutschen beispielsweise polnischer Herkunft erwartet, daß sie sich - bevor sie die „Reichsbürgerschaft“ erhalten können - „entpolonisieren“. Mischehen und die „kleinen braunen Mischlingskinder“ seien

„zunächst einmal ein rassistisch zugespitzter Angriff auf die herkömmliche deutsche Abstammungsgemeinschaft und das hergebrachte deutsche Schönheitsideal“.

Die von den Schulungen angesprochene Klientel erstreckt sich von Vertretern der „Neuen Rechten“ bis hin zu Neonazis. Schulungsgruppen gibt es in Berlin, Bielefeld, Würzburg und München.

6.5 „Verlag der Freunde“ (VdF) und „Sleipnir. Zeitschrift für Kultur, Geschichte und Politik“

Sitz:	Berlin
Herausgeber:	Andreas RÖHLER, Peter TÖPFER, „Gesellschaft bürgerlichen Rechts“ (GbR)
Verlag:	„Verlag der Freunde“, Berlin
Gegründet:	1994
Publikationen:	„Sleipnir - Zeitschrift für Kultur, Geschichte und Politik“ (zwei- monatlich), Auflage 1997: 1 800 (1996: 1 000)

Der VdF - 1994 gegründet mit Sitz in Berlin als Eigenverlag von Andreas RÖHLER und Peter TÖPFER - wurde mit Erscheinen seiner Publikation „Sleipnir“ Nr. 1 im Januar 1995 bekannt. Seitdem ist alle zwei Monate eine Ausgabe bzw. Notausgabe dieser Publikation herausgegeben worden, zuletzt die Ausgabe Nr. 3/97. Danach ist zumindest 1997 keine weitere Ausgabe erschienen.

Die Verlagsinhaber unterhalten Verbindungen zu Rechtsextremisten und bieten diesen Gelegenheit, ihre insbesondere revisionistischen Auffassungen in „Sleipnir“, die in ihrer Grund-

**Plattform für
revisioni-
stisches
Gedankengut**

Rechtsextremismus

haltung als antiliberal zu bezeichnen ist, zu verbreiten. In der Zeitschrift findet sich auch Werbung für ausländische, vor allem französische rechtsextremistische bzw. revisionistische Zeitschriften, wie etwa für „MILITANT“.

Vertrieb von Büchern und Tonträgern

Der „VdF-Buchdienst“ vertreibt Bücher und Tonträger mit rechtsextremistischen und revisionistischen Inhalten (u. a. „Verschwörung und Verrat um Hitler“ von Otto Ernst REMER und Tonträger des Liedermachers Frank RENNICKE).

Seit dem 12. August 1996 wird vor dem Amtsgericht Tiergarten gegen Verantwortliche des VdF wegen des Vorwurfs der Volksverhetzung verhandelt. Das Gerichtsverfahren wurde nach einer zeitweiligen Unterbrechung aus formellen Gründen im Februar 1997 fortgeführt. Der Ausgang des Verfahrens ist noch offen.

Im April bzw. Oktober 1997 wurden in Berlin und im Bundesgebiet Wohnungen und Geschäftsräume der Gesellschafter des Verlages polizeilich durchsucht. Gründe für

diese Maßnahmen waren der Verdacht der Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole durch einen Beitrag im Heft 4/96 der Zeitschrift „Sleipnir“ als auch der Verdacht volksverhetzender Äußerungen in der Ausgabe Nr. 2/97. Bei den Aktionen wurden zahlreiche Exemplare der Zeitschrift sowie weiteres umfangreiches Beweismaterial, u. a. rechtsextremistische Druckerzeugnisse, Disketten, Computer und Tonträger strafbaren Inhalts beschlagnahmt.

7 Informationelle Vernetzung

Seit mehreren Jahren nutzen Rechtsextremisten moderne Kommunikationsmittel, um Verbindungswege, die nach den Verboten neonazistischer Organisationen weggefallen sind, durch eine sog. informationelle Vernetzung zu ersetzen.

Internet

In jüngster Zeit erreichte die informationelle Vernetzung durch die Nutzung des **Internet** eine neue Dimension. Die vielfältigen Gestaltungsmöglichkeiten z. B. des Internetbereichs „World Wide Web“ (**www**) mit Farbgrafiken, Audio- und Videosequenzen machen dieses Medium für rechtsextremistische Organisationen zu einem attraktiven Werbeträger, der darüber hinaus auch noch kostengünstig ist und über den neue

Rechtsextremismus

Interessentenkreise vor allem unter der Jugend angesprochen werden können. Dem Internet dürfte daher in den nächsten Jahren bei der Verbreitung rechtsextremistischer Propaganda - aber auch bei der Koordination von Aktivitäten der rechtsextremistischen Szene - weiterhin eine erhebliche Bedeutung zukommen. In Berlin sind insbesondere der seit kurzem aufgelöste neonazistische Verein „Die Nationalen e. V.“ sowie die von ihren ehemals führenden Funktionären gestaltete bzw. herausgegebene BBZ im Internet präsent. Daneben bieten auch die Berliner „Republikaner“ eigene Homepages im „www“ an, in denen sie für ihre politischen Überzeugungen werben.

Eine weitere Möglichkeit des Nachrichtenaustausches bietet dem rechtsextremistischen Spektrum das Betreiben von **Mailboxen**.

Mailboxen

Das „Thule“-Netz, ein seit dem Frühjahr 1993 existierendes, organisationsübergreifendes Mailbox-Verbundsystem, verfügt sogar über Verbindungen ins Ausland. Seit März 1997 hat sich ein zweites rechtsextremistisches Mailbox-Verbundsystem vom „Thule“-Netz abgespalten. Die Sezession des jetzt als „Nordland-Netz“ bezeichneten zweiten Mailbox-Verbundes erfolgte aufgrund ideologischer Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Betreibern von Mailboxen im bisherigen „Thule“-Netz.

Die Benutzer der Mailbox-Verbundsysteme erhalten nach bestimmten Kriterien abgestufte Zugangsberechtigungen und damit die Möglichkeit, an Informationen in den Mailboxen zu gelangen oder solche selbst einzustellen.

Berliner Mailboxen sind seit Mitte 1996 nicht mehr im „Thule“- bzw. „Nordland-Netz“ vertreten. Gleichwohl werden diese Mailbox-Netze von führenden Berliner Neonazis zur Kommunikation genutzt.

Eine wichtige Funktion bei der informationellen Vernetzung von Rechtsextremisten erfüllen auch die „Nationalen Info-Telefone“ (NIT), die Informationen mittels Anrufbeantwortern verbreiten und die Möglichkeit bieten, Nachrichten zu hinterlassen. Sie werden insbesondere zur Mobilisierung der rechtsextremistischen Szene für bestimmte Anlässe genutzt, wie z. B. zu den

„Nationale
Info-Telefone“

Rechtsextremismus

„Rudolf-HEß-Gedenktagen“ aus Anlaß seines 10. Todestages am 17. August 1997.

In Berlin existieren derzeit drei sog. Nationale Info-Telefone:

- ⇒ „Nationales Info-Telefon für Berlin und Brandenburg - Stimme der nationalen Opposition“ (NIT Berlin)
Seit 17. Dezember 1996 betreibt der Berliner Landesvorsitzende der JN, Andreas STORR das „Info-Telefon“, welches eine Neuauflage des von Juni 1994 bis März 1996 von dem ehemaligen Vorsitzenden der „Berliner Kulturgemeinschaft Preußen e. V.“, Ulli BOLDT, betriebenen „Nationalen Info-Telefons Berlin“ darstellt.

- ⇒ „Republikanisches Info-Telefon“
Von Dezember 1994 bis August 1995 (letzte Ansage) betrieb die Fraktion der „Republikaner“ in der Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg ein Info-Telefon, das in nur unregelmäßigen Abständen aktualisiert wurde und eine Zeitlang ruhte. Anfang Dezember 1995 nahmen die REP-Kreisverbände Charlottenburg und Tiergarten das „Republikanische Info-Telefon“ wieder in Betrieb. Seit Februar 1996 führt der Kreisverband Charlottenburg allein das Info-Telefon.

- ⇒ „Nationales Info-Telefon Preußen“
Seit 30. Oktober 1997 betreibt das ehemalige Mitglied im Vorstand der „Nationalen e. V.“ und „Führer“ der Berliner „Kameradschaft Beusselkiez“, Mike PENKERT, die neueste derartige Einrichtung für die rechtsextremistische Szene Berlins. Gemäß eigener Verlautbarung bezeichnet sich das NIT als Bestandteil des „Nationalen Medienverbundes“, zu dem auch die BBZ zählt.

Rechtsextremismus

Der Verantwortliche für das ursprüngliche Radioprojekt „Radio Germania - das Radio für nationale Interessen“ und Führer der neonazistischen Berliner „Kameradschaft Beusselkiez“, Mike PENKERT, war am 29. Januar 1997 wegen Verdachts des Verstoßes gegen Jugendschutzbestimmungen für die Dauer von vorerst einem Jahr von der Nutzung des OKB ausgeschlossen worden. Die rechtlichen Bestimmungen der „Medienanstalt Berlin-Brandenburg“ (MABB) und des OKB lassen im „Verbotsfall“ einer Sendung lediglich einen Ausschluß des jeweils rechtlich Verantwortlichen von der Nutzung des OKB zu. Aus diesem Grund hat die Berliner Neonaziszene in der Vergangenheit bereits mehrfach angekündigt, unter anderen Namen und mit anderen Verantwortlichen weitere neue Sendungen beim OKB anzumelden.

Weitere Angehörige von neonazistischen „Kameradschaften“ in Berlin versuchten die Möglichkeiten des OKB für die Verbreitung von rechtsextremistischer Propaganda zu nutzen.

⇒ „Radio Z!“


 „Radio Z“

Am 14. August 1997 wurde im OKB eine Sendung mit dem Titel „Radio Z!“ ausgestrahlt, die vor allem neonazistisch geprägte Beiträge zum 10. Todestag von Rudolf HESS beinhaltete. Nach einer eigenen im rechtsextremistischen „Thule-Netz“ veröffentlichten Bekanntmachung verstanden sich die „Macher“ von „Radio Z!“, zu denen auch ehemalige Mitwirkende am Radioprojekt „Radio Germania“ gehört haben dürften, als „Stimme des nationalen Widerstandes“ und in dieser Funktion als „Ersatz für Radio Germania“. Die für den Sendebetrieb des OKB rechtlich verantwortliche „Medienanstalt Berlin-Brandenburg“ (MABB) erklärte in einer Stellungnahme vom 26. August 1997, keine weiteren Beiträge von „Radio Z!“ zur Ausstrahlung mehr zuzulassen. Zur Begründung führte die MABB aus, daß sie „Radio Z!“ aufgrund deren Selbstdarstellung im Internet als Nachfolgeeinrichtung von „Radio Germania“ ansehe und daher keine weiteren Beiträge von „Radio Z!“ mehr im OKB senden lassen

Rechtsextremismus

werde, da dort genauso wie bei „Radio Germania“ gegen geltendes Recht verstoßen werden könnte. Bei dem presserechtlich Verantwortlichen von „Radio Z!“ handelt es sich um einen Angehörigen der neonazistischen „Kameradschaftsszene“ in Berlin.

„Radio
Knorke“

⇒

„Radio Knorke“

Am 22. Oktober 1997 wurde dann erstmalig eine Sendung mit dem Titel „Radio Knorke“ auf der Rundfunkfrequenz des OKB ausgestrahlt. Rechtlich verantwortlich ist eine weitere führende Angehörige der neonazistischen „Kameradschaftsszene“ in Berlin. Dieser erste Beitrag von „Radio Knorke“ enthielt jedoch keine rechtsextremistischen Inhalte, sondern beschäftigte sich mit dem Tierleben der Wild- und Hausschweine und wurde daher unbeanstandet ausgestrahlt. Die für den 30. Oktober 1997 angesetzte zweite Sendung von „Radio Knorke“ wurde jedoch von der Leitung des OKB kurzfristig aus dem Programm genommen. Entgegen dem ursprünglich angemeldeten wiederum unpolitischen Thema wollten die Verantwortlichen von „Radio Knorke“ einen Beitrag zum 100. Geburtstag von Joseph GOEBBELS ausstrahlen lassen. Dies wurde jedoch von der Leitung des OKB im Vorfeld abgelehnt.

„Anti-Antifa“-Kampagne

Anti-Antifa-
Aktivitäten

Die „informationelle Vernetzung“ ist auch ein wesentliches Instrument für die „Anti-Antifa“-Kampagne, deren originäres Ziel die Einigung des „Nationalen Lagers“ in der gemeinsamen Absicherung gegen den „antifaschistischen Kampf“ militanter Linksextremisten ist.

Seit ca. 1996 ist daneben aber auch verstärkt der sog. beamtete Gegner in den Blickpunkt der „Anti-Antifa“-Aktivitäten gerückt. In Berlin existiert eine von Berliner Neonazis gegründete „Prozeßgruppe Berlin“, die Materialien von Prozessen gegen

Rechtsextremismus

Rechtsextremisten sowie über die bei diesen Prozessen auftretenden Richter, Staatsanwälte und Polizeibeamte sammelt, um sie dann zum Teil in überregional verbreiteten Neonazi-Publikationen, wie dem „NS-Kampfruf“ zu veröffentlichen.

Ein vorläufiger Höhepunkt dieser „Kampagne gegen den beamteten Gegner“ war im Herbst 1996 feststellbar, als Datensammlungen der „Anti-Antifa“ zu rund 40 Richtern, Staatsanwälten und Polizeibeamten in Berlin bekannt wurden. In diesem Zusammenhang ist insbesondere auch das Fotografieren von als Zeugen geladenen Polizeibeamten durch ehemalige Angehörige der neonazistischen Berliner „Kameradschaft Beusselkiez“ am 29. August 1996 anlässlich eines Prozesses gegen führende Berliner Rechtsextremisten zu sehen.

Im Anschluß hieran durchgeführte polizeiliche Ermittlungsverfahren gegen die damaligen Angehörigen der „Kameradschaft Beusselkiez“ führten zu deren Inaktivität im Bereich des „Anti-Antifa“-Engagements. Somit verbleibt in Berlin derzeit nur die als sog. Funktionsgruppe einzustufende „Prozeßgruppe Berlin“, die auch weiterhin in der überregional/europaweit organisierten „Anti-Antifa“-Kampagne mitarbeitet.

„Prozeßgruppe
Berlin“



Rechtsextremismus

8 Ausblick

Keine Entwarnung

Einem Anstieg der Mitgliederzahlen bei den rechtsextremistischen Organisationen und Parteien steht eine Verminderung der Mitgliederzahlen bei neonationalsozialistischen Organisationen gegenüber. Der Personenkreis der in Berlin bestehenden „Unabhängigen Kameradschaften“ blieb konstant und wies weiterhin einen nur minimalen Organisationsgrad auf. Gleichwohl bleibt festzuhalten, daß das **rechtsextremistische Potential** in Berlin im Vergleich zu 1996 **leicht gestiegen** ist.

Die rechtsextremistischen Parteien (REP und NPD) befinden sich in einer Konsolidierungsphase, wobei die NPD auch einen Zulauf von Neonazis in Kauf nimmt.

Anstieg von Straftaten

Bei den **Straftaten** mit rechtsextremistischem Hintergrund ist 1997 gegenüber dem Vergleichszeitraum 1996 ein **Anstieg** zu verzeichnen.

Kein rechts-extremistischer Terrorismus

Für einen **rechtsextremistischen Terrorismus** liegen auch weiterhin **keine Erkenntnisse** vor. Allerdings stellen **einzelne** zum Teil bewaffnete Personen ein **unkalkulierbares Gefahrenpotential** dar. Durch weitere staatliche Maßnahmen, die als „Repressionen“ empfunden werden, könnte sich ihre Bereitschaft zum „bewaffneten Kampf“ drastisch erhöhen.

Kaum öffentlichkeits-wirksame Aktionen

Öffentlichkeitswirksame Aktionen von Rechtsextremisten in Berlin sind nur **in geringem Maße** festzustellen. Exemplarisch hierfür können die von der Szene angekündigten „Rudolf-HEß-Aktionswochen“ genannt werden, in deren Verlauf es in Berlin auch nur zu vereinzelt Aktionen (wildes Plakatieren) kam. Dies liegt insbesondere an den von einem breiten Bündnis linksextremistischer Gruppierungen durchgeführten Gegenaktionen.

Radio-Programm im OKB

Berliner Neonazis werden auch nach den Sendeverböten für „Radio Germania“, „Radio ZI“ und „Radio Knorke“ versuchen,

Rechtsextremismus

den „Offenen Kanal Berlin“ durch Benennung bis dato unbekannter Sendeverantwortlicher weiterhin zu nutzen.

Die informelle Vernetzung in der rechtsextremistischen Szene schritt durch die Nutzung des Internet auch 1997 weiter fort. Dem Internet dürfte in den nächsten Jahren bei der Verbreitung von Propagandamaterial und auch der Koordinierung von Aktivitäten der rechtsextremistischen Szene weiterhin eine erhebliche Bedeutung zukommen.

A rounded rectangular button with a dark background and a light border, containing the word "Internet" in white text.

Internet

Rechtsextremismus

Ausländerextremismus

DEVİRİMCİ SOL
(REVOLUTIONARY LEFT)



Our answer to the fascism's massacre:
UPRISING!

D

**AUSLÄNDER-
EXTREMISMUS**

13 of March
government
fascist
glorious
in Istanbul
to the
of the
and
the
wounds of
in the
knowledge in Turkey

FEBRUARY MARCH
1978

Ausländerextremismus

D AUSLÄNDEREXTREMISMUS

1 Allgemeiner Überblick

Definition „Ausländer- extremismus“

Der Schwerpunkt dieses Aufgabenbereichs liegt in der Beobachtung von gewaltorientierten, terroristischen und staatterroristischen Bestrebungen militanter ausländischer Organisationen, Gruppen oder Einzelpersonen, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungs-handlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland oder ihre innere Sicherheit gefährden. Hierzu zählen auch bestimmte geheimdienstliche Tätigkeiten fremder Mächte, die zum Ziel haben, Terroranschläge vorzubereiten bzw. durchzuführen, Oppositionelle und Regimegegner auszuforschen oder zu bedrohen bzw. einzuschüchtern, in Einzelfällen sogar zu liquidieren (Staatsterrorismus).

Gefährdungs- potentiale

Angesichts der Vielzahl der vom Berliner Verfassungsschutz beobachteten ausländischen extremistischen Gruppierungen fällt es schwer, generelle Aussagen über ihre Ideologie zu treffen.

Quote

Der Anteil der in Berlin Ende 1997 melderechtlich erfaßten 440 247 Ausländer (1996: 444 112), die extremistischen oder extremistisch beeinflussten Ausländerorganisationen zuzurechnen sind, betrug 1997 mit ca. 5 740 Personen (1996: ca. 5 400) ca. 1,30% und ist damit nahezu gleich geblieben (1996: 1,22 %).

Gefährdungspotentiale lagen 1997 insbesondere bei folgenden Organisationen:

- Die „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK), von ihrem Ursprung her einer marxistisch-leninistischen Kaderorganisation, die für einen „unabhängigen und demokratischen Kurdenstaat“ kämpft.

Ausländerextremismus

- Die zahlreichen türkischen extremistischen Organisationen, wobei unterschieden wird zwischen
 - ⇒ linksextremistischen Türken, deren Ziel die Beseitigung des gegenwärtigen Regimes und die Errichtung einer marxistischen Gesellschaftsordnung in der Türkei ist;
 - ⇒ extrem-nationalistischen Türken, ausgerichtet an Nationalismus, Antikommunismus und Antisemitismus, sowie
 - ⇒ islamisch-extremistischen Türken, die für die Errichtung einer islamischen Staatsordnung eintreten.

- Arabische bzw. palästinensische Organisationen, die wiederum untergliedert werden in
 - ⇒ nationalistische bzw. islamisch-extremistische Gruppen, erklärte Gegner des Gaza-Jericho-Abkommens mit Israel und im Extremfall Befürworter der Errichtung einer islamischen Republik nach iranischem Vorbild, sowie
 - ⇒ linksextremistische Araber / Palästinenser, d. h. laizistische Organisationen, die die Gegnerschaft zum Friedensprozeß mit Israel eint.

- Staatsterroristische Bestrebungen vor allem des Iran, um Regimegegner auch außerhalb des jeweiligen Staatsgebietes einzuschüchtern bzw. im äußersten Fall zu liquidieren.

Die genannten Beobachtungsbereiche werden im folgenden nach ethnischen Zusammenhängen geordnet dargestellt. Dies gilt auch für die islamistischen Beobachtungsobjekte des Berliner Verfassungsschutzes.

Ausländerextremismus

Mitgliedschaften in extremistischen Ausländergruppen

	1997 Berlin	1997 Bund	1996 Berlin	1996 Bund
Gesamt, darunter	5 740	55 400	5 400	57 300*
Linksextremistische Araber / Palästinenser	170	300	155	700
Islamisch-extremistische Araber / Palästinenser	460	2 500	310	2 290
Organisierte Regimetreue Iraner	20	200	30	300
Organisierte Oppositionelle Iraner	20	900	20	850
Islamisch-extremistische Türken	3 150	28 100	3 150	28 300
Rechtsextremistische Türken	600	7 000	600	6 900
Linksextremistische Türken	320	5 400	320	5 300
Kurden (PKK)	1 000	11 000	800	10 000
Sonstige	-	-	15	2 660

Verteilung in Berlin nach ideologischer Ausrichtung:

	1997 absolut	1997 %	1996 absolut	1996 %
linksextremistische Organisationen	1 490	26	1 275	24
rechtsextremistische Organisationen	600	10	600	11
islamisch-extremistische Organisationen	3 650	64	3 510	65
Sonstige	-	-	15	0

Verteilung in Berlin nach Nationalitäten:

	1997 absolut	1997 %	1996 absolut	1996 %
Kurden (PKK)	1 000	17	800	15
Türken	4 070	71	4 070	75
Araber / Palästinenser	630	11	465	9
Iraner	40	1	50	1
Sonstige	-	-	15	0

* Die Bundeszahlen beruhen auf Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz vom 23. Januar 1998. Der prozentuale und zahlenmäßige Anstieg des extremistischen Potentials ist nicht auf einen realen Zuwachs z.B. in Form eines Mitgliederzulaufs zurückzuführen, sondern Ergebnis einer verbesserten Informationsbasis.

Ausländerextremismus

Übersicht über Gewalttaten und sonstige Straftaten mit erwiesenem oder zu vermutendem ausländerextremistischem Hintergrund¹⁾

	1997	1996	1997	1996
	Berlin ²⁾	Berlin ²⁾	Bund ³⁾	Bund ³⁾
Gewalttaten:				
Tötungsdelikte	0 ⁴⁾	0	2	2
Versuchte Tötungsdelikte		0	9	0
Körperverletzungen	11	27	98	63
Brandstiftungen	0 ⁵⁾	0 ⁶⁾	18	120
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion	1	0	1	2
Landfriedensbruch	27	- ⁷⁾	7	27
Freiheitsberaubungen	0	0	17	15
Raub/Erpressungen	19 ⁶⁾	- ⁷⁾	162	120
gesamt	58	27	314	349
Sonstige Straftaten:				
Sachbeschädigungen	38	42	166	213
Nötigung/Bedrohung	23	35	99	90
Andere Straftaten	278	455	1 029	818
gesamt	339	532	1 294	1 121
Straftaten insgesamt	397	559	1 608	1 470

- 1) Die Zahlen zu den Berliner Straftaten 1996 und 1997 beruhen auf Angaben des Polizeipräsidenten in Berlin - Landeskriminalamt (LKA) - vom 20. Februar 1998. Die im Jahresbericht 1996 veröffentlichten Zahlen über Straftaten, die auf eigenen Bewertungen des LfV Berlin beruhen, stimmen damit nicht mehr überein. Da das LfV Berlin, beginnend ab dem Berichtszeitraum 1997, ausschließlich die vom Polizeipräsidenten in Berlin erhobenen Straftatenzahlen veröffentlicht, ist eine Gegenüberstellung der ausländerextremistisch motivierten Straftaten 1996 und 1997 nur aufgrund der o.a. Zahlen sinnvoll. Die Zahlen des Bundes basieren auf Angaben des Bundeskriminalamtes (BKA) (Stand: 27. Januar 1998). Da das Bundesministerium des Innern in seinem Verfassungsschutzbericht ab dem Berichtszeitraum 1997 nur noch Zahlen des BKA veröffentlicht, wurde aus Gründen der Vergleichbarkeit auch hier für den Vorjahreszeitraum auf Zahlen des BKA zurückgegriffen; sie sind daher nicht identisch mit den in dem Verfassungsschutzbericht 1996 des Bundes veröffentlichten Zahlen.
- 2) Die Berliner Zahlen enthalten ausgeführte und versuchte Straftaten. Es wurden vom LKA Berlin die eingeleiteten Strafverfahren gezählt. Wurden mehrere Straftaten verübt, wurde ausschließlich der schwerer wiegende Straftatbestand gezählt.
- 3) Die Zahlen des Bundes enthalten ausgeführte und versuchte Straftaten. Jede Tat wurde nur einmal gezählt. Sind zum Beispiel während eines Landfriedensbruchs zugleich Körperverletzungen begangen worden, so erscheint nur der Landfriedensbruch als eine Straftat in der Statistik. Wurden mehrere Straftaten verübt, wurde ausschließlich der schwerer wiegende Straftatbestand gezählt.
- 4) Die Prüfung beim Generalbundesanwalt hinsichtlich einer extremistischen Motivation eines Mordes im Mai 1997 in Berlin (vgl. Tz. 3.4) ist noch nicht abgeschlossen.
- 5) Brandanschläge.
- 6) Erpressungen.
- 7) 1996 vom LKA Berlin nicht gesondert erfaßt.

Ausländerextremismus

Das LfV veröffentlicht erstmals in seinem Jahresbericht eine Übersicht der Straf- und Gewalttaten im Bereich des Ausländerextremismus. In Berlin wurden 1997 keine terroristischen Anschläge registriert. Der Rückgang der Straftaten insgesamt liegt im wesentlichen in der geringeren Zahl der Verstöße gegen das Vereinsgesetz begründet. Die Steigerung der Gewalttaten ist maßgeblich auf die detailliertere Zählweise zurückzuführen.

Ausländerextremismus

2 „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK)



Sitz:	Damaskus (Syrien)
Organisationsstruktur:	Zentralistisch geführte Kaderpartei
Mitgliederzahl:	11 000 bundesweit (1996: 10 000) 1 000 in Berlin (1996: 800)
Entstehung/Gründung:	27. November 1978 in der Türkei
Verbote:	Die PKK, die „Nationale Befreiungsfront Kurdistans“ (ERNK) und einige ihrer Teil- und Nebenorganisationen wurden am 22. November 1993 durch den Bundesminister des Innern in Deutschland verboten. ¹⁶
Ideologie:	marxistisch-leninistisch

Die „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) ist eine zentralistisch geführte marxistisch-leninistische Kaderpartei. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, ein vereintes Kurdistan auf der Grundlage einer klassenlosen Gesellschaft zu schaffen. In der Türkei operiert sie mit terroristischen Mitteln. Die PKK, die „Nationale Befreiungsfront Kurdistans“ (ERNK) und einige ihrer Teil- und Nebenorganisationen wurden am 22. November 1993 durch den Bundesminister des Innern in Deutschland verboten. Allerdings setzte die PKK ihre Aktivitäten auch nach dem Verbot, u.a. auch in Berlin, fort und demonstrierte durch provokatives Auftreten, daß sie nicht gewillt ist, die gegen sie verhängten Verbotsmaßnahmen zu akzeptieren.

**Grundsätzliche
Gewaltbereit-
schaft**

**Aktivitäten trotz
Verbot**



Emblem der ERNK

¹⁶

Die PKK wurde vom Generalbundesanwalt im Berichtszeitraum als terroristische Vereinigung eingeschätzt. Am 13. Januar 1998 veröffentlichte der Generalbundesanwalt eine Erklärung, nach der die PKK nun als kriminelle Vereinigung beurteilt wird.

Ausländerextremismus

Bundesweit verfügt sie über etwa 11 000 Mitglieder und unterstützende Anhänger, in Berlin werden etwa 1 000 Personen diesem Personenkreis zugerechnet (1996: 800). Der PKK gelingt es allerdings - anlaßbezogen - ein Vielfaches dieses Potentials zu mobilisieren.

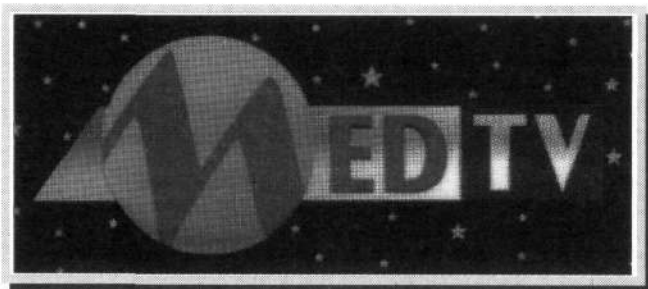
2.1 Propagierung eines Gewaltverzichts in Deutschland

Bis zum Verbot ging die PKK in Deutschland einschließlich Berlin gewaltsam gegen türkische Einrichtungen vor und verübte zahlreiche, zum Teil schwerste Straftaten. Auch nach dem Verbot kam es wiederholt zu offensichtlich zentral durch die PKK gesteuerten massiven Gewaltaktionen. Mitte 1996 propagierte PKK-Führer Abdullah ÖCALAN in mehreren Interviews einen Gewaltverzicht seiner Partei in Deutschland. Seitdem wurden vergleichbare Gewaltaktionen wie in den Vorjahren von PKK-Anhängern nicht mehr festgestellt. Letztmalig kam es im Zusammenhang mit einigen Großdemonstrationen in Nordrhein-Westfalen im Frühjahr 1996 zu massiven Gewalttaten. Seitdem halten sich die Anhänger der Partei weitgehend an den neuen Kurs.

In Berlin wurden 1996 und 1997 keine Gewalttaten der PKK registriert. Dies geht auf die zentrale Steuerung der PKK-Aktivitäten in Deutschland zurück. Allerdings kam es ungeachtet des verordneten Gewaltverzichts zum Teil zu Angriffen einzelner PKK-Anhänger aus Demonstrationen heraus. Letztmalig bekundete ÖCALAN in der vom ZDF ausgestrahlten Magazinsendung „Kennzeichen D“ vom 20. August 1997 die Absicht, auf Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung in Deutschland zu verzichten. Auch deutsche Touristen in der Türkei mußten keine kurdischen Anschläge befürchten. Dies gelte auch für den Fall, daß das PKK-Verbot bestehen bleibe. Diese Ausführungen wiederholte er am folgenden Tag in einer Sendung des von der PKK gesteuerten, von Belgien operierenden, Fernsehsenders MED-TV.

Keine
Gewalttaten in
Berlin 1996 und
1997

Ausländerextremismus



Offensichtlich hat ÖCALAN erkannt, daß eine Fortsetzung massiver Gewalthandlungen wie in den vergangenen Jahren eine eventuelle Vermittlerrolle Deutschlands bei der Suche nach einer politischen Lösung der Kurdenfrage unmöglich machen und eine Aufhebung der Organisations- und Betätigungsverbote in Deutschland verhindern würde.

**Zentrale
Steuerung**

Die Gewaltbereitschaft innerhalb der PKK ist jedoch insbesondere unter den jugendlichen Parteianhängern weiterhin latent vorhanden. Im Zusammenhang mit den jährlichen Spendengeldsammlungen kommt es, obwohl diese allgemein aufgrund entsprechender Parteianweisungen moderater als in den vergangenen Jahren verlaufen, bundesweit immer wieder zu Bedrohungen und Gewaltanwendungen gegenüber Spendenunwilligen. Dies gilt auch für Berlin. Auch gegenüber Abweichlern und „Verrätern“ gilt Gewalt immer noch als legitimes Mittel der Disziplinierung bzw. der Durchsetzung von Parteiinteressen; im Extremfall sind auch Tötungsdelikte zu befürchten.

Zumindest auf absehbare Zeit wird die PKK-Führung ihre politischen Bemühungen in Deutschland fortsetzen und vermutlich auf Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung verzichten. Es kann allerdings kein Zweifel bestehen, daß dieses Vorgehen taktisch begründet ist und dem Ziel dient, Deutschland zur Aufhebung des PKK-Verbots zu bewegen und hier als politische Kraft anerkannt zu werden. Deutschland spielt

**Gewaltverzicht
taktisch
begründet**

Ausländerextremismus

in den Überlegungen ÖCALANS offensichtlich eine herausragende Rolle.

2.2 Polizeiliche Maßnahmen und Strafverfahren gegen PKK-Funktionäre

Die juristische Aufarbeitung der Gewaltaktionen der PKK aus den vergangenen Jahren dauert an. Einige Strafverfahren endeten mit zum Teil hohen Haftstrafen. Daneben konnten weitere hohe Funktionäre festgenommen werden, gegen die u.a. Haftbefehle wegen Mitgliedschaft oder Unterstützung einer terroristischen Vereinigung bestanden hatten.

Am 2. September 1997 wurde vom Oberlandesgericht Düsseldorf das Urteil im Prozeß gegen drei Funktionäre der PKK verkündet: Die Generalbundesanwaltschaft hatte die Kurden wegen Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung, besonders schwerer Brandstiftung und schwerer Körperverletzung angeklagt. Den Angeklagten wurde zur Last gelegt, für zwei Anschlagsserien im Juni und November 1993 im gesamten Bundesgebiet verantwortlich zu sein. Betroffen waren rund 170 vornehmlich türkische Objekte, u.a. im Rhein-Main-Gebiet, Berlin, München und Nürnberg. Alle drei Angeklagten sind nach Überzeugung der Bundesanwaltschaft hohe Funktionäre der PKK. Sie sollen einigen hundert PKK-Anhängern befohlen haben, in mehreren deutschen Städten zeitgleich die Anschläge gegen türkische Einrichtungen durchzuführen.

Zwei der Angeklagten wurden zu Haftstrafen von fünf Jahren sowie fünf Jahren und neun Monaten verurteilt. Das Verfahren gegen den dritten Angeklagten wurde abgetrennt.

Auf Beschluß des Amtsgerichts Tiergarten wurden am 25. März 1997 in Berlin 14 Wohnungen von PKK-Aktivisten und zwei Treff- und Versammlungsräume der Berliner PKK-Gliederung im Zusammenhang mit einem Verfahren wegen Unterstützung einer verbotenen Vereinigung durchsucht und erhebliches

Ausländerextremismus

Propagandamaterial der PKK sowie andere Unterlagen sichergestellt. Im Zuge dieser polizeilichen Maßnahme wurden sechs Personen vorübergehend festgenommen.

Durch Beamte des BKA wurde am 1. April 1997 ein 23jähriger Kurde in Berlin wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung festgenommen. Der Kurde wird beschuldigt, als mutmaßlicher ehemaliger Gebietsverantwortlicher der PKK in Hannover in den Jahren 1993 und 1994 Brandanschläge auf türkische Einrichtungen angeordnet zu haben. Im Zusammenhang mit dieser Festnahme wurden zwei Wohnungen von Berliner PKK-Aktivistinnen durchsucht.

Am 3. Juni 1997 wurden von der Polizei bundesweit insgesamt 35 Wohnungen und Geschäftsräume mutmaßlicher PKK-Aktivistinnen wegen des Verdachts der illegalen Spendensammlung für die Organisation durchsucht. Nach Angaben der Ermittlungsbehörden wurden dabei zwei Schusswaffen mit Munition, 12 000 DM, Propagandamaterial und eine große Anzahl von Spendenquittungen beschlagnahmt. In Berlin wurden die Wohnungen von fünf PKK-Aktivistinnen und zwei Geschäftsräume durchsucht. Dabei wurden auch Materialien mit PKK-Bezug sichergestellt.

2.3 Aktionsformen, organisatorischer Hintergrund

Ebenso wie in den Vorjahren traten auch 1997 bei der Anmeldung von Veranstaltungen, Demonstrationen und Protestaktionen zunehmend deutsche Sympathisanten in Erscheinung. Es waren auch Solidaritätsbekundungen und aktive Unterstützungshandlungen durch einzelne Parlamentarier feststellbar. Häufig wurde erst im Verlauf dieser Aktivitäten, u. a. durch das Zeigen von Fahnen, Emblemen, Bildern oder Skandieren von Parolen der PKK bzw. ERNK, ein PKK-Bezug deutlich. Der PKK ist es offenbar gelungen, sich unter den türkischen Kurden als die einzige Organisation darzustellen, die nicht nur wirksam, sondern auch kontinuierlich, opferbereit und frei von Familien- und Clan-Interessen für die Sache der Kurden kämpft. Basis

Alleinvertretungsanspruch
der PKK

Ausländerextremismus

hierfür ist ihre stabile europaweite Organisationsstruktur, die auf erhebliche finanzielle Mittel zurückgreifen kann.

Diverse Tarnvereine

Nach dem Verbot wechselte die PKK in Berlin wiederholt Treff- und Versammlungsorte und gründete diverse Tarnvereine mit unterschiedlichen Bezeichnungen. In jüngster Zeit sind Anzeichen für eine weitere Dezentralisierung der Trefforte der PKK zu erkennen.

Die Aktivitäten der PKK in Deutschland werden zentral gesteuert. Bei Demonstrationen in Berlin, auf denen gegen die „mensenverachtende Abschachtung der Kurden in der Türkei“ aufmerksam gemacht, PKK-Symbole gezeigt und deren Parolen skandiert wurden, kam es z. T. zu schweren Angriffen auf eingesetzte Polizeibeamte. Ähnliche Veranstaltungen - auch in anderen Städten - verliefen wiederum ohne Zwischenfälle und wurden seitens der PKK als ausdrucksvolles Zeichen ihrer „Handlungsfähigkeit und Friedfertigkeit“ gewertet.

2.4 Finanzierung

Maßgebliche Finanzierung durch Spenden

Die PKK finanziert sich durch Spendensammlungen, Mitgliedsbeiträge, Einnahmen aus dem Verkauf von Publikationen und Überschüssen aus parteieigenen Unternehmen sowie durch Schutzgelderpressung. Das „Spendenaufkommen“ beläuft sich bundesweit jährlich auf mehrere Millionen DM, in Berlin wurde 1996 ein Betrag von mehr als einer Million DM gesammelt. 1997 wurde ein noch höherer Betrag von der Parteiführung gefordert.

2.5 PKK-Jugendarbeit

Rekrutierung von Jugend- lichen in Deutschland

Mit Hilfe ihrer Jugendorganisation „Union der Jugendlichen aus Kurdistan“ (YCK) versucht die PKK gezielt, Nachwuchs für ihren „Befreiungskampf“ in der Türkei bzw. für Unterstützungsaktionen in Deutschland zu rekrutieren. Dabei bedient sie sich

Ausländerextremismus

zahlreicher der YCK angegliederter Vereine oder Sportclubs, um zunächst das Interesse junger Kurden, zum Teil noch im Kindesalter, an ihrer Kultur bzw. das Bewußtsein an ihrer Identität zu wecken. Die anschließende Indoktrination, die den Betroffenen die Politik und Ideologie der PKK vermitteln soll, reicht bis hin zu praktischen Schulungen für militante Aktivisten der YCK, den sogenannten „Sahinler“ (Falken). Unterstützt wird dieses Vorgehen durch Berichte und Bilder des YCK-Organs „Sterka Ciwan“ (Stern der Jugend), das über behauptete Greuelthaten der türkischen Streitkräfte informiert und gleichzeitig den Alltag kurdischer Guerillakämpfer verklärt und heroisiert. Das in der Türkei weiterhin ungelöste Kurdenproblem führt dazu, daß viele in Deutschland lebende, an sich eher unpolitische kurdische Jugendliche bereit sind, sich in themenbezogene Aktionen einbinden zu lassen. Mangels zugkräftiger Alternativen steigen dabei die Erfolgsaussichten der PKK insbesondere im Fall einer in der Heimat erlebten politischen Verfolgung.

Der auch für Deutschland geltende Auftrag der Partei, ihrem in der Türkei operierenden bewaffneten Arm, der „Volksbefreiungsarmee Kurdistans“ (ARGK), neue Kräfte zuzuführen, läßt eine Fortsetzung der neuerdings verstärkten Bemühungen der PKK erwarten, kurdische Jugendliche für den Kampf in den kurdischen Gebieten zu gewinnen. Die PKK schult diese Jugendlichen ideologisch und paramilitärisch in Mitteleuropa. Anschließend werden sie zur weiteren Ausbildung in den Nahen Osten verbracht oder zum Kampfeinsatz in die Kurdenregion eingeschleust. Vergleichbare Informationen liegen auch für den Berliner Bereich vor.

**Ideologische
und paramilitärische
Schulung von
Jugendlichen**

Beispielhafte Aktivitäten der Berliner PKK-Gliederung 1997:

Am 20. März wurde aus Anlaß des kurdischen Neujahrsfestes „Newroz“ ein Fackelzug mit etwa 1 500 Personen vom Hermannplatz zum Oranienplatz durchgeführt. Bei den Teilnehmern handelte es sich

überwiegend um Berliner Mitglieder und Sympathisanten der PKK. Daneben nahmen etwa 100 deutsche Sympathisanten und bis zu 400 Anhänger verschiedener

Ausländerextremismus

linksextremistischer türkischer Organisationen teil.

Während des Fackelzuges wurden wiederholt PKK-Parolen skandiert und Transparente mit PKK-Bezug mitgeführt. Als die Polizei ein großes Plakat mit dem Porträt des PKK-Führers Abdullah ÖCALAN beschlagnahmt hatte, kam es zu massiven Fackelwürfen und vereinzelt Steinwürfen auf Polizeibeamte. Auch im weiteren Verlauf der Demonstration kam es zu vereinzelt Tötlichkeiten gegenüber der Polizei. Insgesamt nahm die Polizei 15 Demonstranten vorübergehend fest.

Am 5. April fand im Audimax der TU Berlin eine „Newroz“-Saalveranstaltung der Berliner PKK statt. Bei den über 2 000 Teilnehmern handelte es sich überwiegend um Berliner Mitglieder und Sympathisanten der PKK. Unter den Veranstaltungsteilnehmern befanden sich auch einige Deutsche und Anhänger linksextremistischer türkischer Organisationen.

Aufgrund von Hinweisen auf den eindeutigen PKK-Bezug dieser Veranstaltung hatte die Polizei ihre Durchführung verboten. Dieses Verbot wurde allerdings vom Verwaltungsgericht mit der Begründung aufgehoben, daß es sich bei dem Veranstalter nicht mit hinreichender Sicherheit um einen „Strohmann“ der PKK handele. Das Oberverwaltungsgericht bestätigte den Beschluß des Verwaltungsgerichts.

In den Reden hoben zwei Berliner PKK-Aktivist, besonders „unser Kämpfer der ARGK“, die PKK und „unseren Führer APO“ hervor. Die Ausführungen wurden von den Anwesenden mit großem Beifall und den Parolen „Es lebe APO“ und „Es lebe PKK“ bedacht. Kurzfristig waren auf der Bühne ein überlebensgroßes Porträt des PKK-Führers Abdullah (APO) ÖCALAN und eine große Fahne der verbotenen ERNK angebracht. Auf

Initiative der Veranstalter sollen diese nach kurzer Zeit wieder entfernt worden sein. Im Verlauf der Veranstaltung liefen wiederholt Teilnehmer mit Fahnen der ERNK durch die Gänge des Audimax.

Als Redner traten u. a. Vertreter der ERNK, ein Abgeordneter des von der PKK dominierten „Kurdischen Exilparlaments“ und weiterer PKK-Nebenorganisationen auf. Mehrfach wurde die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts, das von der Polizei verfügte Verbot der Veranstaltung aufzuheben, als ein Sieg über die deutschen Behörden bezeichnet.

Die der PKK nahestehende türkischsprachige Tageszeitung „Özgür Politika“ („Freie Politika“) berichtete am 7. April von einem „juristischen Sieg der Kurden in Berlin“ und bestätigte sinngemäß den geschilderten Ablauf der Veranstaltung.

Darüber hinaus beteiligten sich Berliner PKK-Mitglieder und Sympathisanten an folgenden überregionalen Ereignissen:

Am 6. März begann ein 14tägiger „Freiheitsmarsch für Kurdistan“ von Brüssel nach Straßburg. Der Marsch wurde unter dem Motto „für eine friedliche, demokratische Lösung der kurdischen Frage und die Anerkennung der Menschenrechte“ von der PKK-Nebenorganisation „Konföderation Kurdischer Vereine in Europa“ (KONKURD) und deren Jugendorganisationen initiiert. Presseberichten zufolge haben daran über 300 kurdische Jugendliche teilgenommen. Aus Berlin waren etwa 50 Mitglieder und Sympathisanten der Berliner Zweigstelle der PKK-Nebenorganisation YCK zur Teilnahme angereist.

Am 26. April fand eine europaweite kurdische Demonstration in Düsseldorf unter dem Motto „Zeit für Frieden in Kurdistan“ statt. Presseberichten zufolge haben sich über 45 000 - der Veranstalter

Ausländerextremismus

nennt eine Zahl von bis zu 120 000 - Kurden daran beteiligt. Aus Berlin waren etwa 1 200 Mitglieder und Sympathisanten der PKK in 15 gemieteten Reisebussen und in eigenen Kraftfahrzeugen zur Teilnahme angereist.

An der Spitze des Demonstrationzuges marschierten Teilnehmer in „Guerilla-Kleidung“. Es wurden zahllose Fahnen der PKK, der ERNK und der ARGK sowie Transparente und Bilder mit PKK-Bezug mitgeführt. Ferner wurde eine Grußbotschaft des PKK-Führers Abdullah ÖCALAN verlesen, in der er u. a. die Bundesrepublik Deutschland warnte, sich von der Türkei, die die Demonstranten als Terroristen darstellen möchte, irreführen zu lassen. Die deutsche Regierung forderte er auf, die wirtschaftliche und die militärische Unterstützung der Türkei einzustellen. Das türkische Volk rief er auf, nicht erneut eine Regierung zu wählen, die den „schmutzigen Krieg“ gegen die Kurden fortsetze. Sollte das jedoch der Fall sein, werde es nicht nur in der Türkei, sondern auch in Europa unabsehbare und vernichtende Folgen haben.

Während der Demonstration sollen auch die neuen Fahnen der PKK und ERNK erstmalig öffentlich gezeigt worden sein. Die Symbole „Hammer und Sichel und der Stern“ sind durch eine Faust, die eine Fackel hält, ersetzt worden. Dem Vernehmen nach soll die Änderung der Symbole den Wechsel der PKK von einer kommunistischen Kaderpartei zu einer „nationalen Bewegung“ - nach dem Vorbild der PLO - dokumentieren.

An dem „Kurdischen Kultur- und Friedensfestival“ am 6. September im Müngersdorfer Stadion in Köln nahmen etwa 70 000 Personen teil. Das Festival stellte 1997 den Höhepunkt der öffentlichen Aktivi-

täten der PKK in Deutschland dar. In der Mehrzahl handelte es sich bei den Teilnehmern um Mitglieder und Anhänger der PKK und deren Teilorganisationen, die aus dem gesamten Bundesgebiet und mehreren westeuropäischen Ländern angereist waren. Die Berliner Gliederung der PKK war mit etwa 1 000 Personen vertreten.

Der PKK-gesteuerte Fernsehsender MED-TV berichtete live über das Festival. Eine etwa 20 Minuten dauernde Rede ÖCALANS wurde über Lautsprecher in das Stadion eingespielt. Das Hauptprogramm im Stadion bestand aus einer Abfolge von Redebeiträgen und kulturellen Darbietungen. Immer wieder waren Fahnen der PKK und Sympathie-Bekundungen für Abdullah ÖCALAN zu registrieren.

Die Veranstaltung verlief ohne gewalttätige Zwischenfälle. Wegen des Verstoßes gegen das Vereinsgesetz leitete die Polizei, Pressemeldungen zufolge, mehrere Ermittlungsverfahren ein.

An der am 29. November von zwei Berliner PKK-Aktivistinnen geleiteten Festveranstaltung aus Anlaß des 19. Jahrestages der Gründung der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) in Berlin-Treptow beteiligten sich über 2 000 Personen. Die Veranstaltung war zunächst vom Polizeipräsidenten in Berlin verboten worden. Das Verbot wurde vom Verwaltungsgericht aufgehoben.

Den „Märtyrern der PKK Kurdistans“ sowie den Opfern, die „das kurdische Volk“ zu beklagen hat, wurde eine Schweigeminute gewidmet. Danach wurden Grußadressen von PKK-Nebenorganisationen, u. a. der „Union der Jugendlichen aus Kurdistan“ (YCK) und des „Freien Frauenverbandes Kurdistans“ (YAJK), verlesen, die von den Anwesenden mit großem Beifall und PKK-

Ausländerextremismus

bezogenen Parolen aufgenommen wurden.

Ein Vertreter der vom PKK-Verbot betroffenen „Nationalen Befreiungsfront Kurdistans“ (ERNK) behauptete auf den 19. Jahrestag der Gründung der PKK eingehend, daß es ihr gelungen sei, die Türkei sowohl wirtschaftlich als auch militärisch und politisch in eine Krise zu stürzen. Der Kampf sei nicht mehr aufzuhalten; die PKK sei das Volk und das Volk die PKK.

Ein deutscher Rechtsanwalt dauerte in seiner Rede, daß nicht mehr Deutsche zu der Veranstaltung erschienen seien, um die kurdische Kultur kennenzulernen und etwaige Vorurteile abzubauen. Er behauptete ferner, daß durch seinen Einsatz das Verbot der Veranstaltung habe abgewendet werden können.

Im Verlauf der Veranstaltung wurde mehrmals der Versuch unternommen, Fahnen der ERNK und der PKK zu zeigen. Diese Versuche wurden nach Aufforderung von im Saal anwesenden Polizeibeamten, unter Einbeziehung des Rechtsanwalts, durch den Veranstalter unterbunden.

Am Rande der Veranstaltung wurde verlautbart, daß man einen absoluten Sieg über die deutschen Behörden errungen habe, denen es nicht gelungen sei, das Veranstaltungsverbot durchzusetzen. Trotz der „zahlreichen Schikanen durch eingesetzte Polizeikräfte“, die mehrfach und intensiv vor Beginn der Veranstaltung Personenkontrollen vorgenommen hätten, habe man sich nicht einschüchtern lassen; der Kampf gehe weiter.

3 Türken

3.1 Linksextremistische türkische Organisationen

Für die Bedrohung der Sicherheitslage Berlins sind die gewaltorientierten Organisationen der türkischen Neuen Linken nach wie vor von besonderer Bedeutung. Ziel dieser Organisationen ist die Beseitigung des gegenwärtigen Regierungssystems in der Türkei und die Errichtung einer marxistischen Gesellschaftsordnung. Sie führen diesen Kampf auch in der Bundesrepublik Deutschland mit terroristischen Mitteln. Die gefährlichsten Gruppierungen werden nachfolgend näher dargestellt.

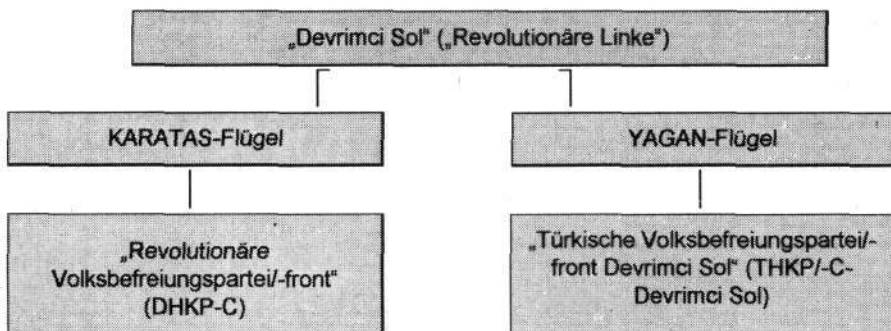
**Ziel:
Marxistische
Gesellschafts-
ordnung in der
Türkei**

Ausländerextremismus

3.1.1 „Devrimci Sol“ („Revolutionäre Linke“)

Sitz:	Türkei
Organisationsstruktur:	Konspirativ arbeitende Kaderorganisation
Mitgliederzahl:	1 300 bundesweit (1996: 1 200) 50 in Berlin (1996: 50)
Entstehung/Gründung:	Juni 1978
Verbot:	Februar 1983
Ideologie:	sozialrevolutionär

Im November 1975 gründeten Anhänger der „Türkischen Volksbefreiungspartei-front“ (THKP/-C) in der Türkei eine legale Organisation mit dem Namen „Föderation der revolutionären Jugendvereine“ („Devrimci Genclik“). Im Juni 1978 spaltete sich diese Föderation. Die Gruppe aus Istanbul nannte sich später „Devrimci Sol“ - auch Dev Sol genannt -, die aus Ankara „Devrimci Yol“.



Ausländerextremismus



„Unsere Befreiung liegt in der Revolution, die Zukunft im Sozialismus“
- Revolutionäre Linke Kräfte -

Spaltung in
zwei rivalisierende Flügel:
DHKP-C und
YAGAN-Flügel

Die seit 1978 in der Türkei terroristisch operierende und konspirativ arbeitende „Devrimci Sol“ zerfiel - als Folge der seit 1993 anhaltenden Flügelkämpfe - in zwei rivalisierende Gruppen. Beide Flügel propagieren den bewaffneten Kampf gegen die türkische Regierung.

Der sog. KARATAS-Flügel (benannt nach dem langjährigen Vorsitzenden der „Devrimci Sol“, Dursun KARATAS) postulierte anlässlich der Umbenennung der Fraktion in „Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-front“ (DHKP-C) das Alleinvertretungsrecht der DHKP-C für die Politik der „Devrimci Sol“.



„Zusammen mit der DHKP-C, dem Boten des Sieges - Der Revolution entgegen“

Ausländerextremismus

Die DHKP-C gliedert sich in einen politischen Zweig (DHKP) und einen militärischen Zweig (DHKC). Die marxistisch-leninistisch orientierte Fraktion der „Devrimci Sol“ strebt die Zerschlagung des türkischen Staates und eine klassenlose Gesellschaft an. Mittel zum Zweck ist der bewaffnete Kampf gegen die türkische Regierung.

Ideologisch kaum von der DHKP-C zu unterscheiden ist der YAGAN-Flügel (benannt nach seinem im März 1993 von türkischen Sicherheitskräften getöteten Anführer Bedri YAGAN). Er bezeichnet sich seit Mitte 1994 als „Türkische Volksbefreiungspartei/-front - Revolutionäre Linke“ (THKP-C - Devrimci Sol).

Sowohl die DHKP-C als auch der konkurrierende YAGAN-Flügel führen die seit 1983 in Deutschland verbotene „Devrimci Sol“ fort. Gegen Anhänger beider Gruppen wurde schon in der Vergangenheit wegen des Verdachts des Verstoßes gegen § 20 Vereinsgesetz ermittelt. Bereits 1995 hatte der Generalbundesanwalt Ermittlungen gegen Funktionäre der DHKP-C wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung (§ 129a StGB) aufgenommen. Seit April 1996 ermittelt er wegen desselben Verdachts auch gegen Angehörige des YAGAN-Flügels.

Aktivitäten trotz Verbot

Die Anhänger dieser beiden verfeindeten Flügel tragen ihre Machtkämpfe gewaltsam und z. T. unter Schußwaffengebrauch aus. Die Meldungen über gewaltsame Auseinandersetzungen reißen seit 1993 nicht ab. In Berlin-Kreuzberg wurde am 1. Mai 1993 bei einem Zusammenstoß von etwa 40 Anhängern beider Flügel ein Mitglied des „YAGAN-Flügels“ bei einem Schußwechsel tödlich verletzt. Auch anlässlich der „Revolutionären 1. Mai-Demonstrationen“ kam es, zuletzt 1996, immer wieder zu tätlichen Auseinandersetzungen.

Gewalttaten der verfeindeten Flügel in Deutschland ...

Ausländerextremismus

3.1.1.1 Verschärfung der Flügelkämpfe

... haben sich
1997 verschärft

Seit Juni 1997 ist eine Verschärfung des Konflikts festzustellen. In der Zeit von Juni 1997 bis September 1997 kam es bundesweit insgesamt in sechs Fällen zu wechselseitigen gewaltsamen Angriffen, die auf organisationsinterne Auseinandersetzungen hindeuten:

Am **13. Juni 1997** griffen in Frankfurt/M. vier Türken einen Anhänger des KARATAS-Flügels tödlich an und schossen ihm in die Beine.

Unbekannte Täter überfielen am **12. Juli 1997** in einem türkischen Lokal in Hamburg zwei Anhänger des YAGAN-Flügels und verletzten diese durch Schläge und Schüsse in die Beine erheblich.

Am **9. August 1997** wurde in Hamburg ein Anhänger des KARATAS-Flügels beim Verkauf der diesem Flügel zuzurechnenden Publikation „Kurtulus“ (Befreiung) durch Schüsse in Bauch und Oberschenkel lebensgefährlich verletzt. Die bislang unerkannten Täter hatten insgesamt neun Schüsse auf das Opfer abgefeuert.

Am **20. August 1997** wurde in Hamburg mutmaßlich ebenfalls im Rahmen der Flügelkämpfe ein Anhänger des KARATAS-Flügels von zwei unbekanntem Tätern angegriffen.

Am **22. August 1997** wurde in Frankfurt/M. ein Anhänger des YAGAN-Flügels durch einen Bauchschuß lebensgefährlich verletzt.

Am **5. September 1997** schossen in Hamburg drei unbekannte Täter auf ein Mitglied des YAGAN-Flügels, als dieses seine Wohnung verließ. Das Opfer erlitt Verletzungen an beiden Beinen und im Unterleib.

Aggressor
DHKP-C

Die aggressivere Linie in den Auseinandersetzungen scheint eindeutig von der DHKP-C auszugehen. Sie wird auch für 1996 in Berlin verübte Brandanschläge auf türkische Einrichtungen verantwortlich gemacht, die im Zusammenhang mit Häftlingsrevolten in der Türkei standen. In der Nähe einiger Tatorte wurden Bekenntnisse der DHKP-C aufgefunden.

Die Angriffe des sonst eher defensiven YAGAN-Flügels sind offenbar Racheaktionen, die zu einer weiteren Eskalation der Situation führen könnten. Die jüngsten Übergriffe unterstreichen die hohe Gewaltbereitschaft beider Lager. Weitere schwere Gewalttaten sind nicht auszuschließen.

Ausländerextremismus

Im Gegensatz zum übrigen Bundesgebiet konnte eine Verschärfung der Flügelkämpfe in Berlin bisher noch nicht festgestellt werden.

3.1.1.2 Festnahme des Europaverantwortlichen der DHKP-C

Am 12. September 1997 nahm die Polizei in Hamburg im Rahmen einer Verkehrskontrolle den Europaverantwortlichen der DHKP-C sowie ein DHKP-C-Mitglied fest. Beide hatten sich zuvor im Hamburger Stützpunkt der Organisation aufgehalten. In ihrem Fahrzeug befanden sich u. a. ein Revolver, drei Handys, deutsche und ausländische Telefonkarten sowie zahlreiche schriftliche Unterlagen, darunter auch Spendenlisten. Bei der Durchsuchung der Wohnung des Europaverantwortlichen wurden weitere Unterlagen der DHKP-C beschlagnahmt. Gegen ihn erging Haftbefehl.

 DHKC BAĞIŞ MAKBUZU Devrimci Halk Kurtuluş Cephesi VATANIMIZI, ÖZGÜRLÜĞÜMÜZÜ VE GELECEĞİMİZİ DHKP-C İLE KAZANACAĞIZ!
ADI, SOYADI:
MİKTARI:
TARİH:

Spendenquittung

Ausländerextremismus

3.1.2 „Devrimci Yol“ („Revolutionärer Weg“)

Sitz:	Türkei
Organisationsstruktur:	konspirativ arbeitende Kaderorganisation
Mitgliederzahl:	400 bundesweit (1996: 400) 30 in Berlin (1996: 30)
Entstehung/Gründung:	Juni 1978
Ideologie:	sozialrevolutionär

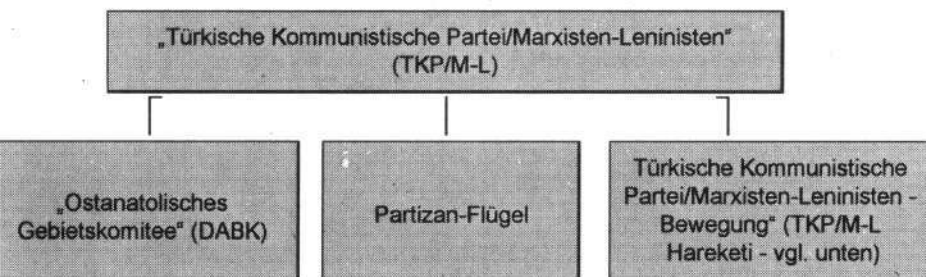
Der im Juni 1978 in der Türkei als Folge der Abspaltung von der „Türkischen Volksbefreiungspartei/-front“ (THKP/-C) entstandenen „Devrimci Yol“ werden bundesweit etwa 400 Mitglieder zugerechnet. Die in Berlin mit Einzelmitgliedern vertretene sozialrevolutionäre und konspirativ arbeitende Kaderorganisation entfaltete 1997 hier keine eigenen öffentlichen Aktivitäten. Sie beteiligte sich mit anderen linksextremistischen türkischen Gruppierungen u. a. an der Demonstration des DGB zum 1. Mai 1997.

3.1.3 „Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten“ (TKP/M-L)

Sitz:	Auslandsbüros in Duisburg und Köln
Organisationsstruktur:	konspirativ arbeitende Kaderpartei
Mitgliederzahl:	2 000 bundesweit (1996: 2 000) 180 in Berlin (1996: 180)
Entstehung/Gründung:	1971, in der Bundesrepublik seit 1973/74
Ideologie:	sozialrevolutionär

Die in der Türkei terroristisch operierende und konspirativ arbeitende TKP/M-L propagiert den Sturz des politischen Regimes in der Türkei durch „revolutionären Kampf“. Die Organisation ist nach wie vor von Spaltungen und Fraktionsbildungen geprägt. Die sog. Mutterorganisation ist gegenwärtig aufgrund eines 1994 erneut entfachten internen Machtkampfes in zwei organisatorisch voneinander unabhängige Flügel gespalten.

Ausländerextremismus



Beide - der „Partizan-Flügel“ und das „Ostanatolische Gebietskomitee“ (DABK) - nahmen für sich in der Vergangenheit die Bezeichnung TKP/M-L in Anspruch und trugen Auseinandersetzungen z. T. gewaltsam aus. Für den Bereich Berlin konnte jedoch eher eine zweckgebundene Kooperation beider Flügel festgestellt werden.



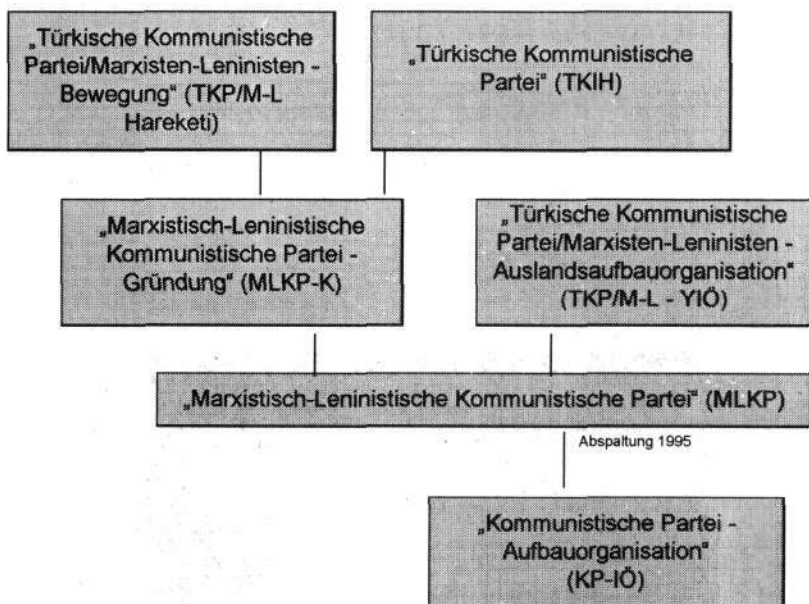
Homepage im Internet

Von Bedeutung für die Sicherheitslage Berlins sind ferner die Nachfolgeorganisationen der TKP/M-L-Hareketi („Bewegung“), die „Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei“ (MLKP) und die „Kommunistische Partei - Aufbauorganisation“ (KP-IÖ). Die KP-IÖ hatte sich im September 1995 von der MLKP abgespalten. Im Zusammenhang mit dieser Spaltung kam es in

**MLKP
KP-IÖ**

Ausländerextremismus

der Folgezeit zu Richtungskämpfen und wiederholt zu gewalt-samen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern beider Organisationen, die 1996 in Berlin ihren Höhepunkt in einem Schußwechsel zwischen Anhängern beider Gruppierungen in Berlin-Neukölln fanden. Diese Form der Auseinandersetzung wurde in jüngster Zeit in Berlin nicht mehr festgestellt.



Am 24. März 1997 verurteilte das Landgericht Duisburg einen türkischen Staatsangehörigen wegen Mordes zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe. Nach Überzeugung des Gerichts war dieser im August vergangenen Jahres in Duisburg an der Ermordung eines Funktionärs der KP-IÖ am 27. August 1996 beteiligt gewesen, der im Auftrag der türkischen MLKP als abtrünniges Parteimitglied ermordet worden war. Zwei weitere Tatverdächtige werden noch mit internationalem Haftbefehl gesucht. Der Funktionär der KP-IÖ war in Duisburg in seinem Auto erschossen, sein Fahrer schwer verletzt worden. Zu der Tat hatte sich die MLKP bekannt.

Ausländerextremismus

Etwa 250 Mitglieder und Sympathisanten der linksextremistischen türkischen Organisationen „Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei“ (MLKP), „Devrimci Yol“ (Revolutionärer Weg), sowie die Fraktionen Partizan und DABK der TKP/M-L beteiligten sich an den diesjährigen 1. Mai-Demonstrationen in Berlin, u.a. am Demonstrationzug des DGB.

**Gemeinsame
Aktivitäten
türkischer
Linksextremisten
in Berlin**

Die Anhänger der MLKP beteiligten sich seit Oktober 1996 bis in die jüngste Zeit auch an Protestkundgebungen zum Thema „Solidarität mit den Samstagmüttern“. Diese Kundgebungen waren als Solidaritätsaktion für in Istanbul samstags stattfindende Protestveranstaltungen zu verstehen, mit denen sich Frauen dagegen wendeten, daß im türkischen Polizeigewahrsam Personen „verschwunden“ sein sollen. Der dabei in Berlin festgestellte Teilnehmerkreis setzte sich überwiegend aus kurdischen Frauen aus dem Bereich der Berliner Gliederung der PKK-Nebenorganisation „Freier Frauenverband Kurdistans“ (YAJK) zusammen. Auch einzelne Anhänger verschiedener anderer linksextremistischer türkischer Organisationen waren anwesend.

**Gemeinsame
Aktionen der
MLKP mit der
PKK**

3.1.4 „Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei“ (TDKP)

Organisationsstruktur:	konspirativ arbeitende Kaderorganisation
Mitgliederzahl*:	800 bundesweit (1996: 800) 60 in Berlin (1996: 60)
Entstehung/Gründung:	2. Februar 1980
Ideologie:	revolutionär-marxistisch

* Diese Angaben entsprechen der Gesamtmitgliederzahl der „Föderation der demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e. V.“ (DIDF).

Ziel der am 2. Februar 1980 in der Türkei gegründeten revolutionär-marxistischen TDKP ist es, nach Realisierung der „national-demokratischen Volksrevolution“ durch bewaffneten Volksaufstand eine Staatsordnung auf marxistisch-leninistischer Grundlage zu errichten. In Deutschland ist sie mit ihrer Basisorganisation „Föderation der demokratischen Arbeiter-

Ausländerextremismus

DIDF

vereine aus der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e. V." (DIDF) vertreten, die eine Berliner Gliederung hat.

Die Organisation tritt in der Bundesrepublik Deutschland eher publizistisch, selten mit eigenen öffentlichen Aktivitäten in Erscheinung. Ihre Berliner Gruppierung ist 1997 im wesentlichen durch die Teilnahme an Veranstaltungen anderer türkischer linksextremistischer Gruppierungen, wie z. B. der MLKP und des „Partizan-Flügels“ der TKP/M-L in Erscheinung getreten, die sich mit tagespolitischen Themen in der Türkei auseinandersetzten. Hierbei sind insbesondere die Hungerstreikaktionen in türkischen Gefängnissen und die „Unterdrückung der Frauen“ thematisiert worden.

3.2 Extrem-nationalistische türkische Organisationen: „Idealistenvereine“

Sitz:	Berlin
Organisationsstruktur:	Vereine
Mitgliederzahl*:	7 000 bundesweit (1996: 6 900) 600 in Berlin (1996: 600)
Entstehung/Gründung:	Das ursprüngliche Sammelbecken extrem-nationalistischer Türken in Berlin, „Großer Idealer Kreis - Türkischer Kulturverein Berlin e. V.“ (BÜD) der sich seit März 1996 „Nizam-i Alem Ülkü Ocagi“ - „Idealer Kreis der neuen Weltordnung - Türkischer Kulturverein e.V.“ nennt, war am 20. Dezember 1975 gegründet worden. Ende März/Anfang April 1993 spaltete sich die „Türkische Idealisten-gemeinschaft in Berlin“ (TÜB) vom damaligen BÜD ab.
Ideologie:	nationalistisch, antikommunistisch

* Diese Angabe entspricht der Gesamtmitgliederzahl der „Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V.“ (ADÜTDF).

Die extrem-nationalistischen türkischen Vereine in Berlin orientieren sich ideologisch an der Zielsetzung der „Partei der Nationalistischen Bewegung“ (MHP) des am 4. April 1997 verstorbenen Alparslan TÜRKES bzw. an der 1993 von der MHP abgespalteten „Partei der Großen Einheit“ (BBP) unter Führung von Muhsin YAZICIOGLU. Derzeit wird die MHP von Devlet BAHCELI geführt.

Ausländerextremismus



Beide Parteien sind nationalistisch und antikommunistisch ausgerichtet. Die von der MHP begründete Ideologie der „türkisch-islamischen Synthese“ für die Errichtung einer „Groß-Türkei“ und die „Beherrschung der Welt“ findet auch bei der BBP Zustimmung, wobei die BBP der islamischen Komponente größere Bedeutung beimißt.

Die „Föderation der türkisch-demokratischen Idealistengemeinschaften in Europa“ (ADÜTDF) - auch öffentlich seit Jahren als „Türkische Föderation“ (Türk Federasyon) in Erscheinung getreten - unterstützt als europäischer Dachverband die politischen Ziele der MHP. In Deutschland verfügt die ADÜTDF über etwa 6900 Mitglieder.

Europäischer
Dachverband:
ADÜTDF

Auf dem 19. Jahreskongreß der ADÜTDF am 5. Oktober 1996 in Essen beschlossen die Delegierten die Bildung eines europäischen Dachverbandes „Avrupa Ülkücü Türk Dernekleri Konfederasyonu“ (AÜTDK) - „Konföderation der idealistischen Türkenvereine in Europa“. Dem Vernehmen nach sollte die ADÜTDF durch die AÜTDK ersetzt werden. Der neue Verband sollte aus nationalen Teilorganisationen bestehen (Deutschland, Holland, Frankreich etc.). Die Sektion Deutsch-

Ausländerextremismus

land sollte zukünftig unter der Bezeichnung „**Almanya Türk Federasyon**“ (ATF) - „**Deutsche Türk-Föderation**“ firmieren. Eine Auflösung bzw. Umbenennung der ADÜTDF und künftige Firmierung der Teilverbände unter den neuen Bezeichnungen konnte bisher allerdings noch nicht festgestellt werden. In den Publikationen der Organisation wird weiterhin der alte Name ADÜTDF verwendet.

Für Berlin ist vor allem die Mitgliedsvereinigung „**Türkische Idealistengemeinschaft in Berlin**“ (TÜB) von Bedeutung, die zusammen mit dem nicht zur ADÜTDF gehörenden Verein Nizam-i Alem Ülkü Ocagi“ - „**Idealer Kreis der neuen Weltordnung - Türkischer Kulturverein e.V.**“, (früher: „**Großer Idealer Kreis - Türkischer Kulturverein Berlin e.V.**“ [BÜD]) als sog. Idealistenvereine das wesentliche extrem-nationalistische türkische Potential in Berlin bildet. Sie verfügen gemeinsam über etwa 600 Mitglieder, stellen jedoch aktuell für die Sicherheitslage Berlins kein Bedrohungspotential dar. Für Großveranstaltungen konnte in der Vergangenheit jedoch ein Mehrfaches dieses Anhängerpotentials mobilisiert werden.

In Berlin: kein
aktuelles
Bedrohungs-
potential

Parallel zu der Spaltung der MHP in der Türkei vollzog sich 1993 in Berlin die Spaltung des BÜD. Seitdem wurden wiederholt Feindseligkeiten zwischen dem BÜD und der neugegründeten TÜB festgestellt, die ihren Ursprung weniger im ideologischen, als im materiellen Bereich hatten. Die Feindseligkeiten gipfelten im Dezember 1993 in einem Schußwechsel zwischen Angehörigen beider Vereinigungen vor dem Sitz des TÜB in Berlin-Kreuzberg, bei der jedoch niemand verletzt wurde. Seitdem sind derartige Auseinandersetzungen nicht mehr bekannt geworden. Beide Vereine bemühen sich in der Öffentlichkeit um ein unauffälliges und moderates Erscheinungsbild.

Ausländerextremismus

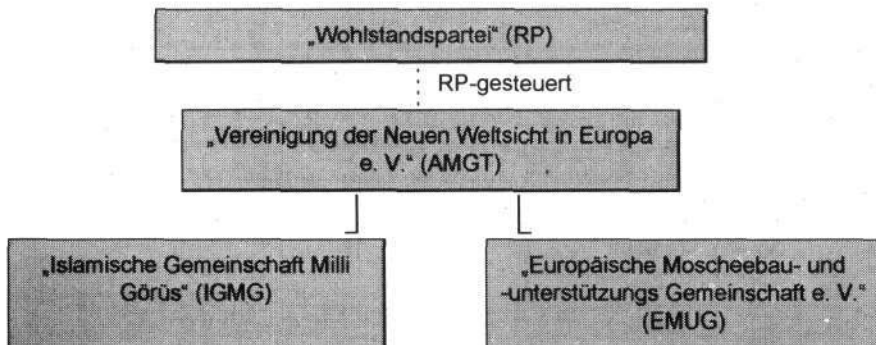
3.3 Islamisch-extremistische türkische Organisationen: „Islamische Gemeinschaft - Milli Görüs“ (IGMG)

Sitz:	Köln
Organisationsstruktur:	Vereine
Mitgliederzahl:	26 500 bundesweit (1996: 26 500) 3 000 in Berlin (1996: 3 000)
Entstehung/Gründung:	1985
Ideologie:	islamisch-fundamentalistisch

Die Mehrzahl der islamisch-extremistischen türkischen Organisationen in Deutschland orientiert sich an der türkischen „Wohlstandspartei“ (RP) unter Vorsitz von Necmettin ERBAKAN. Die RP ist eine nationalistisch ausgerichtete islamisch-fundamentalistische Partei, deren Hauptziel die Errichtung einer islamischen Staatsordnung in der Türkei ist. Diese als „gerechte Ordnung“ umschriebene Staatsordnung soll auf dem Koran und der Scharia (islamisches Rechtssystem) basieren.

Vorbild:
Türkische
Wohlstands-
partei
ERBAKAN

**Ziel: Islamische
Staatsordnung
in der Türkei**



Nach den Parlamentswahlen in der Türkei am 24. Dezember 1995 stellte die RP mit 21,3 % aller Stimmen die stärkste Fraktion im türkischen Parlament. Von Ende Juni 1996 bis Juli 1997 amtierte ERBAKAN als türkischer Ministerpräsident. Seine erste Auslandsreise unternahm er im August 1996 in den Iran; es folgten Besuche in Libyen, Irak und Syrien.

Ausländerextremismus

Noch vor dem Ende der Amtszeit ERBAKANs als Ministerpräsident stellte die Oberstaatsanwaltschaft in Ankara einen Antrag auf Verbot der RP wegen „reaktionärer bzw. islamistischer Umtriebe“.¹⁷

**Seit 1985 in
Deutschland:
AMGT ...**

Am 20. Mai 1985 wurde die „Vereinigung der Neuen Weltansicht e. V.“ (AMGT) gegründet. Durch Umstrukturierung der AMGT entstanden Mitte 1995 zwei nach außen unabhängige Organisationen. Während die „Islamische Gemeinschaft - Milli Görüs“ (IGMG) die politischen Aktivitäten der AMGT fortsetzt, befaßt sich die „Europäische Moscheebau und Unterstützungs Gesellschaft“ (EMUG) insbesondere mit der Verwaltung des AMGT-Immobilienbesitzes.

**... bestehend
aus: IGMG und
EMUG**

**Islamisch-
extremistische
Ziele**

Beide Vereine orientieren sich ideologisch an der Zielsetzung der „Wohlstandspartei“ (RP). Bundesweit werden der IGMG etwa 26 500 Mitglieder zugerechnet, in Berlin verfügt die Organisation über etwa 3 000 Mitglieder. Dabei ist zu berücksichtigen, daß nicht sämtliche Mitglieder/Anhänger der IGMG bewußt islamisch-extremistische Ziele verfolgen oder unterstützen. Häufig sind die Beweggründe für eine Mitgliedschaft im zwischenmenschlichen Bereich angesiedelt. Es werden vorrangig Kontakte zu Landsleuten und Unterstützung bei der Bewältigung von Alltagsproblemen gesucht. Allerdings erliegt dieser Personenkreis nicht selten der indoktrinierenden Kraft geschulter Funktionäre.

Jugendarbeit

Zur Verbreitung und Verfestigung ihres Gedankengutes betreibt die IGMG auch eine intensive und zielgerichtete Jugendarbeit, z.B. mit Zeltlagern, Koran-Rezitationswettbewerben u. ä. Die IGMG ist darüber hinaus bestrebt, eine Anerkennung als Religionsgemeinschaft (Körperschaft des öffentlichen Rechts) zu erhalten. Ziel ist dabei auch, einen Einfluß auf den Religionsunterricht an den Berliner Schulen sicherzustellen.

**Bemühungen
um Anerken-
nung als
Religions-
gemeinschaft**

Ausländerextremismus

Der politische Mißerfolg der türkischen Wohlfahrtspartei (RP) enttäuschte ihre in der IGMG organisierten Anhänger. Der RP-Vorsitzende ERBAKAN, der Mitte Juli als türkischer Ministerpräsident zurücktrat, hatte den größten Teil der von ihm propagierten islamistischen Forderungen wegen des Widerstands des Militärs und der unerwartet starken Proteste breiter Teile der türkischen Gesellschaft nicht durchsetzen können. Obwohl sich aus Sicht der einfachen IGMG-Mitglieder die Regierungsbeteiligung der RP nicht gelohnt hat, sind die Mitgliederzahlen der IGMG nicht zurückgegangen. Die Spendenbereitschaft soll jedoch rückläufig sein.

Herausragende Aktivitäten:

An der 3. Generalversammlung der IGMG am 14. Juni 1997 im Dortmunder Westfalenstadion nahmen über 35.000 Besucher aus dem gesamten Bundesgebiet und dem benachbarten Ausland teil. Aus der Türkei waren ranghohe RP-Politiker anwesend. Der IGMG-Vorsitzende Ali YÜKSEL betonte in seiner Rede, daß die IGMG keine Terrororganisation sei. Er forderte die Abschaffung der seit 15. Januar 1997 geltenden erweiterten Visumpflicht für minderjährige Ausländer, das Recht der Stimmabgabe im Ausland bei Wahlen in der Türkei sowie den verstärkten Kampf gegen Rassismus. Weitere Redner, darunter der ehemalige IGMG-Vorsitzende und jetzige RP-Abgeordnete Osman YUMAKOGULLARI, befaßten sich mit der Situation in der Türkei und betonten ihre Überzeugung, daß der Islam schließlich siegen werde.

Ausländerextremismus

3.4 „Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. Köln“ (ICCB)

Sitz:	Köln
Organisationsstruktur:	Vereine
Mitgliederzahl:	1 300 bundesweit (1996: 1 500) 150 in Berlin (1996: 150)
Entstehung/Gründung:	1984 in Köln
Ideologie:	islamisch-fundamentalistisch

Ziel: Türkisches Staatssystem nach dem Vorbild des Iran...

Vorrangiges Ziel des am 25. November 1984 in Köln von Cemaleddin KAPLAN gegründeten „Verbandes der Islamischen Vereine und Gemeinden e.V. Köln“ (ICCB) - türkische Bezeichnung: „İslami Cemiyet ve Cemaatler Birliği“ - ist die Beseitigung des gegenwärtigen, kemalistisch geprägten und säkular ausgerichteten Staatssystems in der Türkei. Das zu schaffende Staatssystem soll sich am Vorbild des Iran orientieren.

... auf dem Wege einer islamischen Revolution

Der ICCB lehnt - im Gegensatz zur IGMG - die Schaffung eines islamischen Staatsgefüges auf parlamentarischem Wege ab, somit auch jegliche Zusammenarbeit mit der Wohlstandspartei ERBAKANs oder der IGMG. Für den selbsternannten Kalifen Cemaleddin KAPLAN stellte die Demokratie „eine Ordnung des Unglaubens“, eine dem Wesen des Islam fremde und „von Juden erdachte Intrige“ dar, die nur Uneinigkeit und Zersplitterung herbeiführe. Weitergehend zielt der Verband darauf ab, den Islam nicht nur in der Türkei, sondern weltweit als Staatssystem mit dem Ziel einer Weltherrschaft, zumindest der Errichtung eines islamischen Großreiches durchzusetzen. Hierzu fordert der Verband zum Jihad, dem Heiligen Krieg, auf.

Spaltungen in Berlin nach Cemaleddin KAPLANs Tod 1995

Seit dem Tod von Cemaleddin KAPLAN am 15. Mai 1995 führten Streitigkeiten über dessen Nachfolge und das Parteivermögen innerhalb des Verbandes zu Auflösungs- und Abspaltungstendenzen, in Berlin zur Bildung einer oppositionellen Gruppe unter Führung des ehemaligen Beraters KAPLANs, Halil Ibrahim SOFU. Die Führung der Kölner Organisation mit heute noch etwa 1500 Mitgliedern sowie das

Ausländerextremismus

sog. Kalifenamt übernahm Metin KAPLAN, der Sohn des ehemaligen selbsternannten Kalifen.

In Berlin gehörten zu diesem Zeitpunkt folgende 3 Mitgliedsvereine dem ICCB an:

- ⇒ „Mehmet Akif Moschee e.V.“ in Berlin-Kreuzberg
- ⇒ „Muslimen Treff- und Kulturzentrum e.V.“ und der
- ⇒ „Eshab-i Kefh - Islamischer Erziehungs- und Kulturverein e.V.“ in Berlin-Wedding

Diese Vereine vertreten nunmehr vermutlich die Linie des oppositionellen Flügels.

Hinzu kommt die etwa Anfang Dezember 1996 errichtete „Muhacirin Moschee“ mit Sitz in Berlin-Kreuzberg, die der offiziellen ICCB-Führung zugeordnet wird.

Dem Gesamtspektrum des ICCB in Berlin werden 150 Mitglieder bzw. Sympathisanten zugerechnet.

Im Mai 1997 wurde in Berlin der als „Gegen-Kalif“ geltende Anführer des oppositionellen Flügels des ICCB, Halil Ibrahim SOFU, in seiner Wohnung in Berlin - Wedding ermordet. Als Tatmotiv werden u.a. die Streitigkeiten über die Nachfolge Cemaleddin KAPLANs bzw. über das Vereinsvermögen des ICCB vermutet. Die Ermittlungen beim Generalbundesanwalt sind noch nicht abgeschlossen.

**Ermordung des
„Gegen-
Kalifen“ in
Berlin-Wedding**

Am 9. September 1997 wurden Büros, Lagerräume und Moscheen des ICCB in Berlin, Köln, Düsseldorf und Augsburg polizeilich durchsucht und umfangreiches Schriftgut sichergestellt. Die Maßnahmen waren Teil eines Ermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft Augsburg gegen den örtlichen Funktionär und Prediger des ICCB-Vereins in Augsburg. Dieser steht im Verdacht, während eines Freitagsgebets im Mai 1996 zur Ermordung des Halil Ibrahim SOFU aufgerufen zu haben.

**Polizeiliche
Durchsuchungsaktion in
mehreren
Städten**

Ausländerextremismus

4 Araber / Palästinenser

4.1 Arabische Islamisten: „Muslimbruderschaft“ (MB)

Sitz:	München (Islamische Gemeinschaft in Deutschland)
Organisationsstruktur:	konspirative Strukturen
Mitgliederzahl:	1 000 bundesweit (1996: 1 000) 150 in Berlin (1996: 50)
Entstehung/Gründung:	1928
Ideologie:	sunnitisch-extremistisch

**Wichtigste
militant-
islamistische
Organisation**

**Ziel: Globale
islamistische
Herrschafts-
ordnung**

Die 1928 von Hassan AL-BANNA (1906-1949) in Ismailija (Ägypten) gegründete sunnitisch-extremistische „Muslimbruderschaft“ (MB) ist die älteste und bis heute wichtigste militant-islamistische Organisation. Sie ist eine multinationale Bewegung, die sich in nahezu allen arabischen und anderen, insbesondere westeuropäischen Ländern, ausgebreitet hat, in denen sunnitische Muslime leben. Ihr erklärtes Fernziel ist die globale Verwirklichung einer islamistischen Herrschaftsordnung. Den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit legt die MB allerdings auf die Beseitigung der gegenwärtigen arabischen Regime, die von ihr als „unislamisch“ bezeichnet werden.

Die „Muslimbruderschaft“ entstand zunächst als Reaktion traditionell-islamischer Kräfte auf die Politik der Kolonialmächte im arabischen Orient des 19. und 20. Jahrhunderts. Deren Folge war eine weitgehende Umstrukturierung der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme der Region und bedeutete für weite Bevölkerungsteile eine soziale Verelendung. Die MB entwickelte sich von einer eher regionalen ägyptischen Wohlfahrtsorganisation islamischer Prägung zu einer international weitverzweigt agierenden islamistischen Kraft, die heute in allen islamischen und den meisten westeuropäischen Staaten Stützpunkte unterhält.

**Konspirative
Strukturen**

In islamischen, aber vor allem in westlichen Ländern hat sich die MB konspirative Strukturen geschaffen. Diese gruppieren sich meist um spirituelle Mittelpunkte, sog. Islamische Zen-

Ausländerextremismus

tren (IZ), wie sie in Deutschland in Aachen, Köln, Frankfurt/Main, München und Stuttgart bestehen.

In Berlin existiert seit längerer Zeit eine regionale Gliederung der MB, ihre Mitglieder sind in unterschiedlichen Vereinen und Moscheen organisiert. Die Organisation bevorzugt konspirative Arbeitsweisen. Ihre Mitglieder sind vorwiegend bei den Freitagsgebeten in der TU Berlin und in einer Moschee in Berlin-Neukölln anzutreffen.

4.2 Palästinenser

4.2.1 „Bewegung des islamischen Widerstandes“ (HAMAS)

Sitz:	Autonomiegebiete / weltweite Diaspora
Organisationsstruktur:	konspirative Gliederungen
Mitgliederzahl:	200 bundesweit (1996: 150) 50 in Berlin (1996: 50)
Entstehung/Gründung:	In Deutschland versteht sich der von Mitgliedern der „Muslimbruderschaft“ (MB) 1982 in München gegründete „Islamische Bund Palästina“ (IBP) als Vertreter der HAMAS, der jedoch nur einmal im Jahr mit seiner Jahreshauptversammlung öffentlich in Erscheinung tritt.
Ideologie:	sunnitisch-islamistisch

Die konspirativ organisierte sunnitisch-islamistische HAMAS ist die derzeit aktivste palästinensische Terrororganisation und kämpft seit Jahren auch mit terroristischen Mitteln für die „Befreiung Palästinas“. Sie ist auch 1997 wiederholt durch spektakuläre Terroranschläge in Erscheinung getreten. Zuletzt kamen am 30. Juli 1997 bei einem Bombenanschlag im jüdischen Teil Jerusalems 15 Menschen um Leben, darunter auch die beiden Attentäter.

Ziel: „Befreiung Palästinas“

Terroranschläge in den Autonomiegebieten

Offenbar als Reaktion auf einen fehlgeschlagenen Anschlag des israelischen Geheimdienstes Mossad auf den HAMAS-Führer Khalid MASHAL in Jordanien, bei dem dieser am 25. September 1997 leicht verletzt wurde, hat der bewaffnete Arm der HAMAS, die „Ezz ad-Din al Qassam“-Brigaden, am

Drohung, Terroranschläge auch im Ausland auszuführen

Ausländerextremismus

Sonntag, dem 28. September 1997, in einem in Jerusalem veröffentlichten Flugblatt gedroht, weitere Anschläge gegen israelische Ziele im In- und erstmals auch im Ausland auszuführen. Diese Ankündigung ist durchaus ernstzunehmen, da der am 1. Oktober 1997 aus der israelischen Haft entlassene Gründer der HAMAS, Scheich YASSIN, fünf Tage nach seiner Entlassung für eine Fortsetzung des bewaffneten Kampfes eintrat. YASSIN wolle den Frieden, wenn aber die Rechte der Palästinenser auf diesem Weg nicht zu erreichen seien, müsse der bewaffnete Kampf bis zum Ende der israelischen Besetzung und der Gründung eines unabhängigen muslimischen Palästinenserstaates weitergehen.

In Deutschland:
IBP

In Deutschland versteht sich der von Mitgliedern der „Muslimbruderschaft“ (MB) 1982 in München gegründete „Islamische Bund Palästina“ (IBP) als Repräsentant der HAMAS. Der IBP tritt jedoch nur einmal im Jahr mit seiner Jahreshauptversammlung öffentlich in Erscheinung.

In Berlin wie auch im übrigen Bundesgebiet hat die HAMAS handlungsfähige Strukturen zur Betreuung, Schulung und Rekrutierung im Ausland lebender Palästinenser aufgebaut. Schwerpunkt ihrer Aktivitäten ist die Erweiterung ihrer personellen und finanziellen Basis. Vor dem Hintergrund der jüngsten Drohungen und aufgrund ihrer konspirativen Arbeitsweise und ihrer Fähigkeit, zumindest logistischer Unterstützung für Terroroperationen zu leisten, stellen die in Berlin festgestellten Strukturen eine ernstzunehmende Gefährdung der Sicherheit der Stadt dar.

4.2.2 Laizistische Palästinenser-Organisationen

4.2.2.1 Gegner des Gaza-Jericho-Abkommens („Ablehnungsfront“)

Seit dem Gaza-Jericho-Abkommen von 1993 zeichnete sich eine Spaltung der Palästinenser in Befürworter und Gegner der

Ausländerextremismus

Übereinkunft ab. Daneben haben die sich rapide verschlechternden wirtschaftlichen Verhältnisse der Palästinenser in den Autonomie-Gebieten und in den Flüchtlingslagern insbesondere im Libanon zu einem Anstieg der Spannungen in der Region geführt.

Folge davon war auch die vermehrte Gründung von Vereinen in Berlin. Diese zumeist kleineren Vereine zeigten verstärkt Interesse an hier lebenden Palästinensern / Arabern, die mit der Friedenspolitik ARAFATs unzufrieden sind. Ziel dieser Vereine ist es, sich in sozialer und politischer Hinsicht für ihre Landsleute zu engagieren.

Vereinsgründungen in Berlin

Sie waren auch maßgeblich an der Organisation einer Demonstration mit ca. 1 000 Teilnehmern am 19. Juli 1997 in Berlin beteiligt. Anlaß der Demonstration war ein von einer jüdischen Extremistin Ende Juni 1997 in Hebron verbreitetes Plakat, das den Propheten Mohammed als Schwein darstellte und in den Autonomiegebieten gewalttätige Unruhen auslöste.

Den laizistischen Palästinenserorganisationen gelang es bisher nicht, aus diesem Potential größeres Kapital zu schlagen. Im einzelnen zählen zu ihnen:

Geringe Aktivitäten

- ⇒ „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFLP); sie wurde am 11. Dezember 1967 gegründet. Die marxistisch-leninistische PFLP hält die Befreiung Palästinas nur über einen auf Klassenkampf gegründeten nationalen Volksbefreiungskampf für möglich. Sie ist durch zahlreiche Terroranschläge - in der Vergangenheit auch außerhalb Israels und der israelisch besetzten Gebiete - in Erscheinung getreten;
- ⇒ „Volksfront für die Befreiung Palästinas - Generalkommando“ (PFLP-GC); die PFLP-GC soll als „Kampfgruppe“ allen offenstehen, die sich ernsthaft am Kampf gegen Israel beteiligen wollen; die „bewaffnete Revolu-

Ausländerextremismus

tion", die auch außerhalb Israels und der besetzten Gebiete zu führen sei, gehört zu ihren Grundsätzen;

- ⇒ „Demokratische Front für die Befreiung Palästinas“ (DFLP) - radikaler HAWATMEH-Flügel; sie spaltete sich am 22. Februar 1969 von der PFLP ab und verbindet die Theorie des Marxismus mit dem Gedankengut des arabischen Nationalismus im Sinne des Panarabismus;
- ⇒ „ABU-NIDAL-Organisation“ (ANO); ihre erklärten Ziele sind die Beseitigung des Staates Israel ausschließlich mit Waffengewalt, die Verhinderung einer Verhandlungslösung des israelisch-arabischen Konflikts, der Sturz der „reaktionären“ arabischen Regime sowie der Kampf gegen den westlichen „Imperialismus“.

Die noch vor einigen Jahren stärker auftretenden Mitgliedsorganisationen der „Palästinensischen Befreiungsbewegung“ (PLO) PFLP und DFLP waren in letzter Zeit weiter bemüht, durch eine Straffung ihrer Organisationsstrukturen einem stetigen Mitgliederschwund und Verlust an Aktionsfähigkeit entgegenzuwirken. Die Gründung von Palästinensischen Gemeinden als Alternative zu entsprechenden Fatah-dominierten Strukturen führte bei beiden Organisationen bisher aber nicht dazu, größeren politischen Einfluß zurückzugewinnen.

Die PFLP trat 1996 erstmals wieder seit längerer Zeit mit gezielten Gewaltaktionen gegen israelische Ziele in den Autonomiegebieten in Erscheinung und kündigte weitere Operationen gegen die „israelischen Besatzer“ an. Diese Haltung bekräftigte sie durch Äußerungen hochrangiger Vertreter der Organisation aus Syrien u.a. in Berlin auch im Verlauf des Jahres 1997 anlässlich mehrerer Informationsveranstaltungen, an denen auch Angehörige des deutschen linksextremistischen Spektrums teilnahmen. Es bestehen Anhaltspunkte dafür, daß die PFLP versucht, sich der deutschen linksextremistischen Szene wieder anzunähern.

Ausländerextremismus

4.2.2.2 Befürworter des Gaza-Jericho-Abkommens „AL-FATAH“

Sitz:	Gaza / Autonomiegebiete
Organisationsstruktur:	Partei
Mitgliederzahl:	100 in Berlin (1996: 100)
Entstehung/Gründung:	1959
Ideologie:	palästinensisch-nationalistisch

Die „AL-FATAH“, die größte und bedeutendste unter den palästinensischen Widerstandsbewegungen, wurde 1959 von Yassir ARAFAT, dem Vorsitzenden der „Palästinensischen Befreiungsorganisation“ (PLO), in Kuwait gegründet. Das „Sammelbecken“ der palästinensisch-nationalistischen „AL-FATAH“ umfaßt ein Spektrum, das von Anhängern der MB bis hin zu sozialistisch orientierten Gruppen reicht. Als Ergebnis ihres Erfolgs bei den Friedensverhandlungen mit Israel hat sie auf Gewalt als politisches Mittel verzichtet und versucht - trotz interner Spannungen -, die mit der israelischen Regierung ausgehandelten Kompromisse in den Autonomiegebieten umzusetzen. Gleichzeitig hat sie ihren Hauptsitz nach Gaza (Autonomiegebiete) verlegt.

„Sammel-
becken“
„AL-FATAH“

Gewaltverzicht

Die am 22./23. Juni 1996 unter dem Einfluß von Funktionären der „AL-FATAH“ gegründete Palästinensische Gemeinde in Berlin fand unter den „AL-FATAH“-Angehörigen zwar Interesse, deutlich wurden aber auch kritische Stimmen, die auf die ausbleibenden Erfolge der Autonomieregierung ARAFATs hinwiesen. Das geringe Engagement ihrer Funktionäre, die kritiklose Verteidigung von ARAFATs Friedenspolitik und die Korruptionsvorwürfe gegen führende Funktionäre in den Autonomiegebieten sorgten für einen Sympathieverlust und einem Zulauf zu den 1997 als Alternative zur Palästinensischen Gemeinde entstandenen arabischen Splittergruppen.

Mitgliederrück-
gang in Berlin

Ausländerextremismus

4.3 „Hizb Allah“ („Partei Gottes“)

Sitz:	Beirut (Libanon)
Organisationsstruktur:	Partei
Mitgliederzahl:	700 bundesweit (1996: 680) 80 in Berlin (1996: 50)
Entstehung/Gründung:	1982
Ideologie:	schiitisch-islamistisch

Ziel: „Islamische Republik Libanon“

Die schiitisch-islamistische „Hizb Allah“ wurde 1982 nach dem Einmarsch israelischer Truppen im Libanon auf Initiative und mit maßgeblicher Unterstützung des Iran gegründet. Sie tritt für die Errichtung einer „Islamischen Republik Libanon“ ein. Sie praktiziert den militärischen und terroristischen Kampf gegen Israel mit dem Ziel der „Herrschaft des Islam“ über Jerusalem und der vollständigen Eliminierung des jüdischen Staates. Ihr Sitz ist Beirut/Libanon. Obwohl die Hizb Allah im Jahr 1996 israelische Ziele ausschließlich vom Libanon aus angriff, sind Anschläge auf jüdische Einrichtungen außerhalb Israels nach wie vor nicht auszuschließen.

Terroristische Aktivitäten vom Libanon aus

Aktuellen Informationen zufolge soll der iranische Präsident KHATAMI die Hizb Allah im Oktober 1997 aufgefordert haben, ihre Aktivitäten im Libanon zu verstärken. Die Organisation sei das Symbol des libanesischen Widerstands gegen Israel und müsse deshalb eine größere Rolle im politischen und kulturellen Leben des Landes spielen.

Geringe öffentliche Aktivitäten in Berlin

Die seit Jahren in Deutschland festgestellte Infrastruktur verfügt über eine enge Anbindung an die libanesischen Führung. Öffentlich trat die Hizb Allah 1997 nur wenig in Erscheinung. Wie im Jahr zuvor beteiligten sich an der jährlich stattfindenden bundesweiten Demonstration zum „Jerusalem-Tag“ am 1. Februar 1997 zahlreiche Hizb Allah-Anhänger aus Berlin und dem übrigen Bundesgebiet.

Ausländerextremismus

5 Iraner

5.1 Staatsterroristische Bestrebungen des Iran

Unter „Staatsterrorismus“ versteht man den systematisch geführten Kampf einer Regierung zur Aufrechterhaltung ihrer eigenen Herrschaft mittels Gewaltandrohung und Gewaltmaßnahmen gegen Regimegegner auch außerhalb des jeweiligen Staatsgebietes. Die Aktionen dienen nicht allein der Einschüchterung und Ausschaltung einzelner Regimegegner, sondern auch der Verunsicherung und Disziplinierung aller anderen Oppositionellen. Zudem bedienen sich solche Regierungen des Terrorismus auf internationaler Ebene zur Durchsetzung außenpolitischer Ziele. Beide Varianten des rechtswidrigen Einsatzes staatlicher Gewalt unterhalb der Schwelle des Krieges („Ersatzkrieg“) werden von den Verfassungsschutzbehörden als Staatsterrorismus bezeichnet.

Definition

Träger staatsterroristischer Bestrebungen in Deutschland waren in der Vergangenheit die Nachrichtendienste des Irak, Libyens, Syriens und des Iran. Seit Schließung der Berliner Außenstellen der irakischen, libyschen und syrischen Botschaften und dem Abzug des gesamten Personals - einschließlich der nachrichtendienstlichen Mitarbeiter dieser Außenstellen im Jahre 1992 - wurden keine staatsterroristischen Aktivitäten der Nachrichtendienste dieser Länder in Berlin mehr bekannt. Als sicher gilt jedoch, daß diese Nachrichtendienste ihre Ausforschungsbemühungen gegen oppositionelle Gruppierungen und Einzelpersonen im Ausland weiterhin fortsetzen.

**Seit 1992 keine
staatsterroristischen
Aktivitäten in Berlin**

Im Berliner „Mykonos“-Prozeß bezeichnete das Berliner Kammergericht in seinem Urteilsspruch am 10. April 1997 die Morde an vier iranisch-kurdischen Oppositionspolitikern am 17. September 1992 in Berlin als Auftragstat der iranischen Staatsführung und verurteilte die beiden Hauptangeklagten, den iranischen Drahtzieher Kazem DARABI und den libanesischen Pistolenschützen Abbas Hussein RHAYEL jeweils zu lebenslänglichen Freiheitsstrafen. Die Libanesen Youssef

**Urteil im
„Mykonos“-
Prozeß**

Ausländerextremismus

Mohammad AMIN und Mohammad ATRIS wurden zu Freiheitsstrafen von 11 Jahren bzw. 5 Jahren und 3 Monaten verurteilt. In der Urteilsbegründung wies das Gericht darauf hin, daß nicht der iranische Staat auf der Anklagebank gesessen habe, der staatsterroristische Hintergrund aber dennoch nicht habe vernachlässigt werden können. Der iranische Geheimdienstminister Ali FALLAHIAN wurde namentlich als Organisator des Attentates bezeichnet. Vom Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof ist in diesem Zusammenhang gegen FALLAHIAN ein Haftbefehl wegen Mordes erlassen worden. FALLAHIAN ist vom neu gewählten iranischen Präsidenten KHATAMI am 12. August 1997 durch NADJAFABADI als Geheimdienstminister abgelöst worden.

Steuerungs- versuche des Iran ...

Der Iran steuert auch „nachrichtendienstliche“ Versuche, auf nach europäischem Verständnis religiöse Einrichtungen anderer Nationalitäten Einfluß im Sinne eines Exports der „islamischen Revolution“ zu nehmen. Seit der Machtübernahme durch die Anhänger des Ayatollah KHOMEINI bedroht der Iran mit seiner eigenen Interpretation des Islam andere Staaten und versucht, in einer Art religiösem und letztlich hegemonistischem „Kultur-export“ diese Auslegung weltweit, insbesondere aber in den Nachbarländern auch zur Wahrung seiner machtpolitischen Interessen zu verbreiten. Das iranische Regime gewährt einer Vielzahl islamisch-extremistischer Oppositionsgruppen in anderen - auch nicht-arabischen - Ländern materielle Unterstützung. Beispielhaft hierfür ist die aktive Rolle des Iran bei der Gründung der terroristischen „Hizb Allah“ im Libanon.

... auch in Deutschland

Der Iran bemüht sich, auch in Deutschland seinen Einfluß auf die hier lebenden nicht-iranischen Muslime kontinuierlich auszubauen. Maßgeblichen Anteil daran hat die im Iran ansässige „Islamische Propaganda-Organisation“ (IPO). Die IPO wird zumindest teilweise von der iranischen Regierung und durch Zuschüsse religiöser Gruppen finanziert. Die religiös-ideologische Beeinflussung dieser Zielgruppen wird in teilweise verdeckter Weise von staatlichen iranischen Stellen, z. B. durch

Ausländerextremismus

finanzielle Beteiligung an kulturellen Programmen gefördert. Derartige Aktivitäten konnten in der Vergangenheit auch in Berlin festgestellt werden.

5.2 „Union Islamischer Studentenvereine in Europa“ (U.I.S.A.)

Sitz:	Hauptsitz Teheran (Iran), in Deutschland: Aachen
Organisationsstruktur:	Verein
Mitgliederzahl:	200 bundesweit (1996: 300) 20 in Berlin (1996: 30)
Entstehung/Gründung:	Anfang der 60er Jahre
Ideologie:	islamistisch

Die U.I.S.A. wurde Anfang der 60er Jahre durch die Mitglieder der „Befreiungsbewegung Iran“, der ersten „Partei“ auf islamischer Grundlage in der Geschichte Irans, gegründet. Nach dem Sieg der Islamischen Revolution im Iran wurde sie zu einer Propaganda-Organisation für die Islamische Republik Iran umgewandelt. In Deutschland wurde die U.I.S.A. im Januar 1976 in Bochum vereinsrechtlich registriert. U.I.S.A.-Mitglieder gelten als fanatische Verfechter des derzeitigen islamistischen Regimes im Iran.

**Propaganda-
Organisation für
den Iran**

Als Dachorganisation regimetreuer iranischer Studenten im Ausland vertritt die U.I.S.A. unverändert als einzige iranische Studentenorganisation in Deutschland mit etwa 300 Mitgliedern die Prinzipien der „Islamischen Revolution“. Einen Schwerpunkt ihrer Aktivitäten stellt der „Revolutionsexport“ und damit die angestrebte weltweite Islamisierung dar. Alle als anti-islamisch verstandenen Ereignisse werden als Teil einer weltweiten Verschwörung des Westens betrachtet. Folgerichtig lehnt die U.I.S.A. den arabisch-israelischen Friedensprozeß strikt ab.

**„Revolutions-
export“**

In Berlin und im übrigen Bundesgebiet trat die U.I.S.A. auch 1997 öffentlich kaum noch in Erscheinung. Politische Demonstrationen sind in den Hintergrund getreten. Mitglieder der U.I.S.A. sind lediglich bei der 1996 und 1997 jeweils Anfang

Ausländerextremismus

Februar auf Initiative des Iran in Berlin veranstalteten bundesweiten Demonstration anlässlich des sog. „GHODS-Tages“ („Jerusalem-Tag“) öffentlich aufzutreten.

An dieser zentralen Veranstaltung am 1. Februar 1997 nahmen in Berlin etwa 2 000 Muslime teil, die aus verschiedenen Städten des Bundesgebietes angereist waren. Während der Demonstration wurden Parolen wie „Tod den USA“ und „Tod den Zionisten“ skandiert. Der Leiter des unter iranischer Regie stehenden „Islamischen Zentrums Hamburg“ (IZ Hamburg), der Iraner Mohammed ANSARI, verurteilte in seiner Schlußrede die Unterstützung Israels durch die USA und deren westliche Verbündete und bezeichnete ARAFAT als Verräter, der sich an die Israelis verkauft und das palästinensische Volk betrogen habe.

Der „GHODS-Tag“ ist 1979 von Ayatollah KHOMEINI initiiert worden, um die Muslime an ihre Verpflichtung zur „Befreiung Jerusalems von den Zionisten“ zu erinnern. In Deutschland werden zu diesem Tag seit mehreren Jahren Kundgebungen abgehalten. 1996 hatten sich an der Veranstaltung in Berlin etwa 1 500 Personen beteiligt.

Illegaler
„Technologie-
Import“

Das durch die U.I.S.A-Studenten repräsentierte wissenschaftlich-technische Potential wird vom Iran heute vornehmlich für die (auch illegale) Beschaffung technologisch relevanter Informationen genutzt, mit denen Lücken in der wirtschaftlich-technischen und militärischen Entwicklung des Iran geschlossen und die angestrebte Vormachtstellung des Iran in der Region gesichert werden sollen.

5.3 Oppositionelle Iraner

Die Opposition gegen die Herrschaft der Mullahs im Iran ist zersplittert und - soweit nicht ausgeschaltet - weitgehend ins Exil vertrieben. Bezogen auf Deutschland und Berlin haben nahezu alle bedeutenden iranischen Oppositionsgruppen in den letzten Jahren an Einfluß und Mitgliedern verloren, sie stellen jedoch nach wie vor ein wesentliches Aufklärungsziel für die iranischen Nachrichtendienste dar. Bedeutendste iranische Oppositionsgruppe ist die „Organisation der Volksmohajedin Iran“ (PMOI).

Mitgliederrück-
gang

Ausländerextremismus

„Organisation der Volksmohajedin Iran“ (PMOI)

Sitz:	Bagdad/Irak - in Deutschland: Köln
Organisationsstruktur:	Die PMOI ist seit 1985 die dominierende Gruppierung im „Nationalen Widerstandsrat Iran“ (NWRI), dem „Exilparlament im Widerstand“.
Mitgliederzahl:	900 bundesweit (1996: 850) 20 in Berlin (1996: 25)
Entstehung/Gründung:	1965
Ideologie:	islamisch mit sozialrevolutionärer Prägung

Die 1965 in Teheran (Iran) gegründete PMOI betreibt den Sturz des Teheraner Regimes. Von ihren Stützpunkten im Irak steuert ihr militärischer Flügel, die „Nationale Befreiungsarmee“ (NLA), Kommandos für terroristische Anschläge im Iran. Seit ihrer Gründung hat sich die PMOI zu zahlreichen Gewalttaten gegen iranische Regierungsvertreter und den Sicherheitsapparat des Landes bekannt.

**Ziel: Sturz des
Teheraner
Regimes**

Die straff geführte und sozialrevolutionär geprägte islamische Kaderorganisation betreibt von ihrem Sitz in Bagdad/Irak einen zentral gesteuerten Propagandapparat im Ausland. Ihre im irakischen Exil lebenden Führer Masoud und Marjam RADJAVI lassen sich durch ihre Anhänger in einer Form verherrlichen, die nur mit dem Begriff „Personenkult“ zu beschreiben ist.

Der im Sommer 1981 von PMOI-Generalsekretär Masoud RADJAVI mit einigen weiteren Oppositionsführern gegründete „Nationale Widerstandsrat Iran“ (NWRI) wird seit 1985 von der PMOI dominiert und seit August 1993 von ihr als „Exilparlament im Widerstand“ bezeichnet.

NWRI

Seit Mitte 1993 versucht die PMOI in einer weltweit angelegten Propagandaaktion, den NWRI bei westlichen Regierungen und Massenmedien als „demokratisch legitimierte Exilregierung“ vorzustellen. Dadurch sollen anscheinend Bedenken zerstreut werden, wonach die PMOI das Mullah-Regime lediglich durch ein anderes totalitäres System ersetzen will.

Auch in Deutschland hat der NWRI 1997 die Versuche der Einflußnahme auf Behörden, Parteien und Institutionen fortge-

Ausländerextremismus

setzt. In Berlin besteht seit etwa Mitte 1983 eine regionale Gliederung. Hier wird hauptsächlich durch illegale Spendensammlungen versucht, den Kampf der NLA gegen den Iran zu unterstützen.

Aus Anlaß der Urteilsverkündung im „Mykonos“-Prozeß demonstrierten am 10. April 1997 u.a. auf Initiative der NWRI im Bereich des Berliner Kammergerichts etwa 1 000 Oppositionelle gegen den iranischen Staatsterrorismus des „Mullah-Regimes“. Die Demonstrationsteilnehmer waren überwiegend aus den anderen Bundesländern und den angrenzenden westeuropäischen Staaten angereist. Von den etwa 150 vor dem Generalkonsulat der Islamischen Republik Iran (IGK) in der Podbielskiallee 67, Berlin-Zehlendorf, versammelten Iranern wurde das IGK u.a. als „Terroristenzentrum“ beschimpft.

6 Ausblick

Im Bereich des vom Berliner Verfassungsschutz beobachteten Ausländerextremismus war das Jahr 1997 durch folgende Entwicklungen gekennzeichnet: Auch die Berliner Gliederung der PKK verzichtete auf Anweisung des Parteiführers ÖCALANS auf Gewaltaktionen. Obwohl gerade Teile der jüngeren Anhängerschaft die Änderung der Parteilinie anfangs nur widerstrebend umsetzten, scheint bei den führenden Funktionären die Notwendigkeit dieser taktischen Maßnahme inzwischen akzeptiert worden zu sein. Die PKK beabsichtigt damit zum einen, ihre Akzeptanz bei der türkisch-kurdischen Bevölkerung in Deutschland zu erhöhen, zum anderen und vor allem aber der deutschen Politik, die Aufhebung des PKK-Verbots zu erleichtern.

Diese Entwicklung darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die PKK als konspirativ arbeitende und straff organisierte Kaderpartei jederzeit in der Lage ist, bei einer Eskalation des türkisch-kurdischen Konflikts auch in Deutschland erneut

Jederzeit
Rückkehr zur
Gewalt in
Deutschland
möglich

Ausländerextremismus

Gewalt als Mittel zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele anzuwenden. Sie nutzt die derzeitige Situation der relativen Inaktivität zum Ausbau ihrer konspirativen Organisationsstruktur und zur Verbreiterung ihrer Aktionsbasis auch im politischen Raum über das türkisch-kurdische Milieu hinaus.

Während die marxistisch-leninistisch orientierten **linksextremistischen türkischen Organisationen** 1996 mit breit angelegten Solidaritätskampagnen für ihre in der Türkei inhaftierten Gesinnungsgenossen und einer Vielzahl damit in Zusammenhang stehender Anschläge massiv in Erscheinung getreten waren, war die Situation 1997 auf die Teilnahme an Aktivitäten im Zusammenhang mit politischen Vorgängen in der Türkei beschränkt, die weitgehend ohne Resonanz bei der Berliner Bevölkerung blieben. Allerdings stellen gerade die gewaltorientierten linksextremistischen türkischen Gruppierungen weiterhin eine ernstzunehmende latente Bedrohung für die innere Sicherheit Berlins dar. Dies gilt insbesondere für die gewalttätigen Flügelkämpfe innerhalb der Devrimci Sol.

Wenig
öffentliche
Aktivitäten,
gewaltsame
interne Kämpfe

Die konspirativ arbeitende und sich auf Zellen stützende **HAMAS** gefährdet weiterhin die Sicherheit in der Hauptstadt. Die bei ihren Berliner Anhängern zu beobachtende verbale Zurückhaltung darf nicht vergessen lassen, daß die „Islamische Widerstandsbewegung“ weiterhin die Vernichtung Israels auf ihre Fahnen geschrieben hat. Die jüngsten Ankündigungen der HAMAS, entgegen ihrer früheren Taktik im Bedarfsfall auch Anschläge gegen jüdische Einrichtungen im Ausland zu verüben, haben für Berlin wegen der hier bestehenden Organisationsstrukturen eine besondere Bedeutung.

Ernstzunehmende
Drohung

Die ebenfalls aktiv den Friedensprozeß im Nahen Osten - teilweise auch mit Waffengewalt - bekämpfenden **nichtreligiösen Palästinenserorganisationen** befinden sich auch in Berlin weiterhin in einer Phase der Reorganisation. Die 1996 hinsichtlich der PFLP prognostizierte Entwicklung stagniert. Sie konnte sich den säkular orientierten Palästinensern zwar als Alternative zu den bestehenden „FATAH“-dominierten Struk-

Reorganisation

Ausländerextremismus

turen präsentieren, erzielte damit bislang jedoch keinen meßbaren Erfolg.

Wiedergewonnene Handlungsfähigkeit

Eine Wiederbelebung vorhandener Strukturen ist mittlerweile auch bei den Anhängern der schiitischen „Hizb Allah“ zu beobachten. Somit muß die „Hizb Allah“ künftig wieder als ernstzunehmender Faktor innerhalb der international vernetzten islamisch-extremistischen Terrorszene angesehen werden, die durch das Teheraner Mullah-Regime seit Jahren maßgeblich gefördert wird. Entscheidende Auswirkungen auf die Sicherheitslage der Stadt könnte die jüngste Aufforderung des iranischen Staatspräsidenten KHATAMI haben, der die Hizb Allah aufforderte, ihre Aktivitäten im Libanon zu verstärken. Die offensichtlich wiedergewonnene Handlungsfähigkeit der Berliner „Hizb Allah“-Anhängerschaft könnte sich in diesem Zusammenhang als besonderes Gefährdungspotential erweisen.


Gewaltbereitschaft gestiegen

Ein besonderes Augenmerk muß aufgrund der dargestellten Vorgänge innerhalb des islamisch-extremistischen ICCB auch diesem Personenkreis gewidmet werden. Die zuvor nur verbal deutlich gewordene Gewaltbereitschaft eskalierte in der Ermordung Halil SOFUs, die auch Auswirkungen auf die hiesige Sicherheitslage haben kann.

Berliner Lage: Spiegelbild der Entwicklungen in den Heimatländer

Die weitere Entwicklung des Ausländerextremismus in Berlin wie im gesamten Bundesgebiet wird auch weiterhin maßgeblich davon abhängig sein, ob und inwieweit die Konflikte in den jeweiligen Heimatländern bzw. -regionen der gegenwärtig in Deutschland lebenden extremistischen Ausländer gelöst oder zumindest entschärft werden können. Dies gilt insbesondere für den türkisch-kurdischen Konflikt und den weiteren Verlauf des israelisch-palästinensischen Friedensprozesses.

Scientology-Organisation



Symbol für „Operierende Thetane“



Scientology-Emblem

E

**SCIENTOLOGY-
ORGANISATION**

Scientology-Organisation

E SCIENTOLOGY-ORGANISATION (SO)

Sitz, Weltzentrale:	Los Angeles, Kalifornien (USA)
Europazentrale:	Kopenhagen (Dänemark)
Deutschlandzentrale:	München (Bayern)
Berliner Organisation:	12159 Berlin, Sponholzstr. 51/52
Mitgliederzahl (Deutschl.):	deutlich unter 10 000, in Berlin unter 300
Organisationsstruktur:	hierarchisch aufgebaute, weit verzweigte Strukturen
Entstehung/Gründung:	1954
Ideologie:	weltanschauliche Ideenlehre mit wirtschaftlicher und politischer Zielsetzung mit dem Endziel einer scientologisch ausgerichteten Weltherrschaft
Publikationen:	„FREIHEIT“, „IMPACT“, „FREI“, „HUBBARD COMMUNICATION OFFICE - POLICY LETTER“ (HCO POLICY LETTER)

1 Auftrag an das Landesamt für Verfassungsschutz

**Beobachtung
durch den
Verfassungsschutz**

Aufgrund der Erkenntnisse über Ziele und Methoden der SO, die eine von der Innenministerkonferenz Ende 1996 beauftragte Arbeitsgruppe zusammenstellte, hat die Innenministerkonferenz am 6. Juni 1997 festgestellt, daß bei der SO tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung vorliegen. Damit sind die gesetzlichen Voraussetzungen für ein Tätigwerden durch den Verfassungsschutz erfüllt.

Die tatsächlichen Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung ergeben sich in erster Linie aus der Auswertung von Publikationen der SO, Aussteigeraussagen sowie Erkenntnissen aus in- und ausländischen Gerichtsverfahren.

Zweck der Beobachtung ist es, durch Auswertung allgemein zugänglicher Informationen und durch den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel zu klären, ob sich die tatsächlichen Anhaltspunkte bestätigen, erweitern oder ausräumen lassen. Die Innenministerkonferenz wird sich hierüber voraussichtlich im November 1998 von der gemeinsamen Bund/Länderarbeitsgruppe unterrichten lassen.

Scientology-Organisation

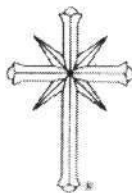
2 Ideologie und Zielsetzung

Die 1954 in den USA von dem Science-Fiction-Autor Lafayette Ronald HUBBARD gegründete SO behauptet von sich, eine Religionsgemeinschaft in der „Tradition ostasiatischer Religionen, insbesondere des Buddhismus“ zu sein, die als „Erlöserreligion“ dem Menschen den Zustand vollständiger geistiger Freiheit und letztlich Unsterblichkeit als Herrscher über „Materie, Energie, Raum, Zeit, Form, Denken und Leben“¹⁸ vermittelt.

Ideologie statt
Glaube

Tatsächlich sieht sich der Bürger bei der SO in erster Linie mit einem gut funktionierenden Unternehmen konfrontiert, das vor allem das rücksichtslose Gewinnstreben unter dem Motto „Make money - make more money ...“ zur Handlungsmaxime erklärt hat und auch entsprechend agiert. Die religiöse Verbrämung und Pseudogeistlichkeit dient lediglich der Tarnung. Dies hat auch das Bundesarbeitsgericht im Jahre 1995 höchstrichterlich festgestellt: Das Auftreten der SO als „Kirche“ diene lediglich als Vorwand zur Verfolgung ihrer wirtschaftlichen Interessen. Die Praktiken der SO wertet das Bundesarbeitsgericht als „menschenverachtend“ und für Betroffene „gesundheitsgefährdend“ (Beschuß vom 22. März 1995 - 5AZB 21/94, JZ 1995, S. 951).

Nach Gewinn
strebendes
Unternehmen



Scientology-Kreuz

Neben dem wirtschaftlichen Hintergrund läßt das Schriftgut der SO und ihres Gründers HUBBARD eine politisch-gesellschaftliche Dimension erkennen. Danach will die SO durch die expansive Verbreitung ihrer Lehre und ihrer Techniken eine neue Gesellschaftsordnung scientologischer Ausrichtung schaffen. HUBBARD erklärte dazu, daß die bisherige Demokratie dem Menschen nur „Einkommenssteuer und Inflation“ beschert und ihn noch „weiter in den Schlamm“ gestoßen habe.¹⁹ Die „wahre“ Demokratie könne nur in einer Gesellschaft entstehen, in der jedes Individuum durch Scientology „von den böartigen reaktiven Impulsen befreit“ ist.²⁰

¹⁸ Scientology Kirche, FREIHEIT, Toledo (Spanien) 1997, S. 55.

¹⁹ HUBBARD, Das Handbuch für den Ehrenamtlichen Geistlichen, Kopenhagen 1980, S. 639.

²⁰ Hubbard-Kommunikationsbüro, HCO POLICY LETTER vom 13. Februar 1965, Saint Hill Manor, East Grinstead, Sussex (Großbritannien), Neuauflage 7. Oktober 1985.

Scientology-Organisation

Ziele der SO

„Das Ziel der Abteilung (gemeint ist die Abteilung für Regierungsfragen der SO) ist es, die Regierung und feindliche Philosophien oder Gesellschaften in einen Zustand vollständiger Gefügigkeit mit den Zielen der Scientology zu bringen“.²¹ Letztlich verbirgt sich bei der SO hinter der Maske vordergründiger Religiosität eine Ideologie, d. h. eine weltanschauliche Ideenlehre mit wirtschaftlichen und politischen Zielsetzungen.

2.1 Das Menschenbild der SO

Mißachtung der Grund- und Menschenrechte

Welche Rolle spielt das Individuum, der Mensch in dem System der SO? Die Antwort gerade auf diese Frage ist um so wichtiger, als dadurch nicht nur das elitär-antidemokratische Selbstverständnis der Organisation deutlich wird, sondern auch ihre eklatante Mißachtung der Grund- und Menschenrechte.

Die SO will das wirkliche Ich des Menschen, den unsterblichen „Thetan“, durch das sog. Auditing (ein zwangshypnotisches Verfahren) befreien. Diese „Geistseele“ erlangt nach der Lehre der SO letztlich den Zustand der völligen geistigen Freiheit und wird als Herrscher über Raum, Zeit, Energie und Materie zum „Operierenden Thetan“ (OT).

Tatsächlich bedeutet dies jedoch die Schaffung rechtloser Wesen, die einzig dem Willen der SO unterworfen sind. Demokratische Spielregeln und Mitwirkungsrechte, wie das allgemeine Wahlrecht und das Recht des Einzelnen zur Bildung und Ausübung einer Opposition sind nicht vorgesehen.

In der angestrebten Gemeinschaft der „Befreiten“ (Clears) und der „Operierenden Thetane“ ist kein Platz für Schwache. Der SO geht es nämlich weder um seelischen Zuspruch, noch um uneigennützig Hilfe bei der Bewältigung persönlicher Probleme. Sie zielt einzig darauf ab, die Menschen auf ihre Lehre einzuschwören und jegliches Abweichen davon rigide zu unterbinden. In der Sprache der SO wird dieses Abweichen im

Scientology-Organisation

übrigen als „Aberration“ bezeichnet. „Aberrierte“ Personen sind für die SO regelrecht „Freiwild“.

Kritiker und Aussteiger der SO werden als „suppressive Personen“ (unterdrückerische Personen) bezeichnet und als Kriminelle, die man mit allen Mitteln bekämpfen kann, abgestempelt. Dabei reicht die Skala der Bekämpfungsmaßnahmen vom Psychoterror mittels Drohanrufen bis hin zur öffentlichen Denunziation. Der menschenverachtende Maßnahmenkatalog der SO macht auch vor der physischen Bedrohung nicht halt, wenn es in der Veröffentlichung „Ethik“ von HUBBARD im Hinblick auf das Verfahren zur Erringung von Macht etwa heißt: „Es kann sogar darin bestehen, daß einer seiner Feinde in der Dunkelheit dumpf auf s Straßenpflaster klatscht oder das ganze feindliche Lager ... in riesigen Flammen aufgeht.“²²

Bemerkenswert sind auch die simplen, aber gleichwohl wirkungsvollen rhetorischen und darstellerischen Winkelzüge der SO im Umgang mit ihren Kritikern. In Bilddarstellungen werden sie stets unvorteilhaft und bedrohlich dargestellt, während die „Scientologen“ immer als freundliche Wesen, lächelnd und in Farbe abgebildet werden. Sachlicher Kritik begegnet die SO niemals mit sachlichen Aussagen zum Gegenstand selbst, sondern getreu den Anweisungen HUBBARDS „Sprich niemals über uns - nur über sie. Benutze ihr Blut, ihren Sex und ihre Verbrechen, um Schlagzeilen zu machen, nicht aber uns“²³ mit massiven Angriffen unter Nichtbeachtung jeglicher Gedanken an Fairnis. Ein Beispiel für diese Methoden ist die in jüngerer Zeit wiederholt von der SO aufgestellte Behauptung, in Deutschland würden Scientologen verfolgt wie die Opfer des Holocaust im „Dritten Reich“. Diese Behauptung stellt eine Verhöhnung der Opfer des Nationalsozialismus und eine Beleidigung der Bundesrepublik Deutschland dar.

Die Programmatik und die Aktivitäten der SO bedeuten einen Verstoß gegen die im Grundgesetz konkretisierten Menschen-

**Verhalten der
SO gegenüber
Kritikern und
Aussteigern**

²² Einführung in die ETHIK DER SCIENTOLOGY, Kopenhagen 1989, S. 270 - 271.

²³ Hubbard-Kommunikationsbüro, HCO POLICY LETTER vom 15. Februar 1966, Saint Hill Manor, East Grinstead, Sussex (Großbritannien).

Scientology-Organisation

rechte. Die Zuerkennung von Rechten in einer scientologischen Gesellschaft nur an „Clears“, „Ehrliche“ und „Produktive“ kommt in der von der SO formulierten Absolutheit einer Außerkräftsetzung aller Menschenrechte für die übrigen Mitglieder der Gesellschaft gleich, die ihre Rechte nach Auffassung der SO verwirkt haben. Hierin liegt ein Verstoß gegen Artikel 3 Abs. 1 Grundgesetz (GG). Die Anweisungen der SO über die „Handhabung“ von Abweichlern und die Aussagen von Aussteigern über das Verhalten der SO gegenüber Kritikern lassen erwarten, daß die SO in einer scientologischen Gesellschaft insbesondere die Meinungsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 GG) einschränken, den Schutz der Menschenwürde (Art. 1 Abs. 1 GG) sowie das Recht auf Leben und die körperliche Unversehrtheit (Art. 2 GG) außer Geltung setzen würde.

2.2 Strukturen

Weltweite Struktur

Die SO verfügt über eine streng hierarchische, weitverzweigte Struktur in einer Vielzahl von Ländern. Sie ist durch totalen Gehorsam von unten nach oben gekennzeichnet. Ihre oberste Führung ist das „Religious Technology Center“ (RTC) in Los Angeles (USA), das derzeit von dem HUBBARD-Nachfolger David MISCAVIGE geleitet wird. Innerhalb der Strukturen lassen sich eine Reihe von Überwachungselementen finden. Zudem verfügt die SO mit dem „Office for Special Affairs“ (OSA) über einen eigenen „Geheimdienst“. Eingebettet in das System der SO sind nach glaubhaften Aussteigeraussagen auch eigene Arbeits- und Straflager, in denen Menschenrechte grob verletzt werden.

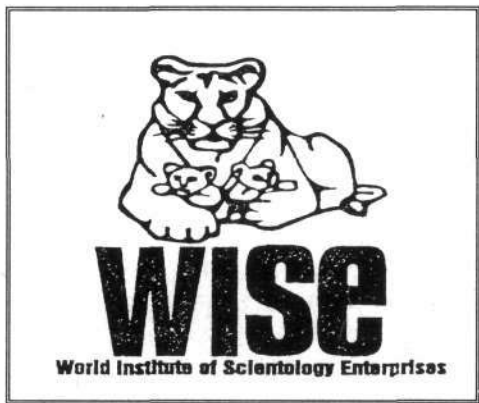
RTC

OSA

WISE

Speziell zur Unterwanderung der Wirtschaft bedient sich die SO des im Jahre 1979 gegründeten weltweiten Verbandes WISE („World Institute of Scientology Enterprises“). Durch WISE sollen die HUBBARD'sche „Verwaltungstechnologie“ und die damit verbundenen Kontrollmechanismen in Unternehmen zur Anwendung gelangen.

Scientology-Organisation



Die Strukturen der SO spiegeln deutlich den totalitären Charakter dieser Organisation wider. In der Urteilsbegründung des Landgerichts Athen zur Auflösung der griechischen SO-Sektion im Januar 1997 heißt es bezeichnenderweise u.a., daß es sich um eine „menschenverachtende Organisation mit totalitären Strukturen und Tendenzen“ handle, die weder die Menschenrechte ihrer Mitglieder, noch die öffentliche Ordnung und Sicherheit respektiere.

3 Aktivitäten in Berlin

Der Berliner SO gehören zur Zeit bis zu 300 Aktivisten an. Bundesweit verfügt die SO nach eigenen Angaben über rund 30 000 Mitglieder. Nach einer ersten Einschätzung der Verfassungsschutzbehörden dürfte die Zahl der Mitglieder jedoch deutlich unter 10 000 liegen.

Die Hauptaktivitäten der Berliner Organisation der SO richteten sich - wie auch die der anderen deutschen Organisationen - gegen die Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden und sonstige Maßnahmen staatlicher Stellen.

So unterstützte sie am 21. Juli 1997 eine Protestdemonstration mit etwa 1 500 Teilnehmern in Frankfurt/Main und gehörte am 27. Oktober 1997 zu den Ausrichtern einer Demonstration in Berlin gegen die angebliche Diskriminierung der SO bzw. ihrer

**Berliner
Organisation
der SO**

**Demonstration
am 27. Oktober**

Scientology-Organisation

Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland mit ca. 3 000 Teilnehmern, überwiegend aus dem Ausland. Als Veranstalter trat die unter maßgeblicher Beteiligung der SO in den USA gegründete Vereinigung „Freedom for Religions in Germany“ (FRG) auf.

Die Demonstranten zeigten Transparente mit Aufschriften wie „Zündet die Inquisition die Scheiterhaufen wieder an?“ oder „Reichen 6 Millionen Deportierte nicht aus, um den Faschismus auszutreiben?“. Im Zuge der mehrstündigen Kundgebung bekräftigte der „Commanding Officer“ des SO-eigenen Geheimdienstes OSA, Michael RINDER, die Entschlossenheit der scientologischen Bewegung, in Deutschland zu bleiben und „niemals aufzugeben“.



In einem Beitrag unter der Überschrift „Endgültiger Sieg in Reichweite“ in der deutschen Novemberausgabe der OSA-Zeitschrift WINNING macht RINDER deutlich, was darunter zu verstehen ist. Er führt darin aus, daß die SO die in Deutschland für die „Unterdrückung“ verantwortlichen „Individuen“ („unterdrückerische Personen“) auch unter Verwendung „Schwarzer Propaganda“ im Zuge eines „massiven Kampfes“ bezwingen will. Bei der „Schwarzen Propaganda“ handelt es sich nach HUBBARD um eine nachrichtendienstliche Technik zur „Vernichtung des Rufes von Personen und Gruppen“ durch eine verborgene Quelle, die „Lügen und herabsetzende Daten in die Öffentlichkeit einfließen“ läßt.²⁴ RINDER machte in diesem

Scientology-Organisation

Artikel außerdem erneut deutlich, daß die SO als „siegreiches Team“ an ihrem „Ziel einer geretteten Zivilisation“, d. h. einer scientologisch ausgerichteten Gesellschaft festhält.

Darüber hinaus unterstützte die Berliner SO die Expansionsbemühungen der Gesamtorganisation durch die Werbung neuer „Kunden“ und Mitglieder mit Hausbriefkastenaktionen, Info-Tischen und Werbeansprachen intensiv.

Dabei wandte sie sich insbesondere an „Jobsuchende“, um diese für angeblich freie Stellen in der „Scientology Kirche Berlin e.V.“ zu interessieren.

Es deutete sich 1997 an, daß sich die vorhandenen Anhaltspunkte für die verfassungsfeindlichen Bestrebungen der SO bestätigen.

4 Vertrauliches Telefon und Fax des LfV Berlin

Das Landesamt für Verfassungsschutz Berlin (LfV Berlin) hat im Juli 1997 für Hinweisgeber, Betroffene bzw. deren Angehörige, Opfer und Aussteiger der „Scientology“-Organisation ein Vertrauliches Telefon eingerichtet. Hier können sich betroffene Bürgerinnen und Bürger direkt mit Mitarbeitern des Verfassungsschutzes in Verbindung setzen. Selbstverständlich werden persönliche Angaben streng vertraulich behandelt. Allein im ersten Monat nach Einrichtung des Telefons wurden etwa 100 Anrufe, überwiegend von Ratsuchenden, entgegengenommen.

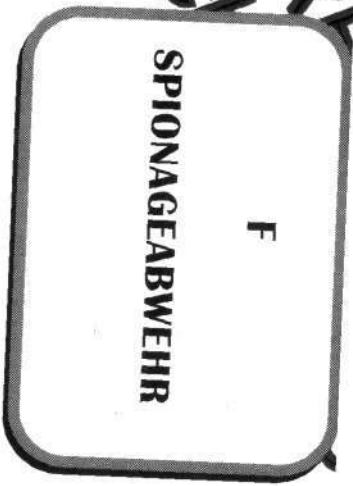
Das Telefon ist Montag bis Freitag zwischen 9.00 und 15.00 Uhr besetzt. In der übrigen Zeit können Nachrichten auf einem Anrufbeantworter hinterlassen werden.

Vertrauliches Telefon: 030/8309440

Vertrauliches Telefax: 030/8309430

Scientology-Organisation

STR
amtlich



VS-VERTRAULICH
amtlich geheimgehalten

Spionageabwehr

VS-VERTRAULICH
amtlich geheimgehalten

GEHEIM
amtlich geheimgehalten

ENG GEHEIM
geheimgehalten

Spionageabwehr

F SPIONAGEABWEHR

1 Allgemeiner Überblick

Als Spionage wird das Auskundschaften von Informationen mit Schwerpunkt aus den Bereichen Politik, Wirtschaft/ Wissenschaft, Militär und innere Sicherheit („klassische Spionage“) mit Mitteln der geheimen Nachrichtenbeschaffung bezeichnet.

Die Abwehr von Spionage gehört zu den originären Aufgaben des Verfassungsschutzes. Der Begriff Spionage wird allerdings in den Verfassungsschutzgesetzen des Bundes und der Länder nicht gebraucht; vielmehr die Formulierung „geheimdienstliche Tätigkeit für eine fremde Macht“ [vgl. § 5 Abs. 2 Nr. 2 Gesetz über das Landesamt für Verfassungsschutz in der Fassung vom 25.3.1995 (LfVG Berlin)].²⁴

**Spionage-
abwehr -
Aufgabe des
Verfassungsschutzes**

Trotz des in den letzten Jahren weltweit zum Teil erfolgten Wandels auf politischem, militärischem und wirtschaftlichem Gebiet stellt die Spionageabwehr nach wie vor einen Aufgabenbereich dar, dem sich der Verfassungsschutz zur Wahrung der Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen der Bundesrepublik Deutschland und seiner Hauptstadt widmen muß.

**Spionage-
abwehr
weiterhin
erforderlich**

Vor der Wiedervereinigung Deutschlands betrieben im wesentlichen die Nachrichtendienste (ND) der Warschauer Pakt-Staaten Aufklärung gegen die Bundesrepublik Deutschland und Berlin. Ihre Spionage erstreckte sich fast ausnahmslos auf die Bereiche der „klassischen Spionage“. Hingegen bezogen sich die Aktivitäten von ND der Staaten aus dem Nahen und Mittleren Osten in Berlin-West überwiegend auf den Bereich der nicht „klassischen“ Spionage, d.h. auf die Ausspähung und teilweise gewaltsame Einflußnahme auf hier lebende Oppositionelle bzw. Dissidenten der jeweiligen Länder.

Spionageabwehr

Nach Auflösung der DDR und ihrer ND beeinflussten im wesentlichen drei Entwicklungen die nachrichtendienstliche Lage in Deutschland und insbesondere in Berlin:

- ⇒ Zersplitterung des KGB in der Sowjetunion und ihrer Nachfolgestaaten,
- ⇒ teilweise Umgestaltung der politischen und somit auch nachrichtendienstlichen Situation (Annäherung) von Mittel- und Osteuropa und
- ⇒ Zunahme von nachrichtendienstlichen Aktivitäten zahlreicher, größtenteils islamistisch geprägter Krisen- und Schwellenländer.

In Berlin ist seit der Wiedervereinigung - nach kurzer Phase scheinbarer Entspannung - eine stete Verstärkung und Zunahme von nachrichtendienstlichen Aktivitäten fremder ND festzustellen. Die Methoden sind im wesentlichen gleichgeblieben, die Intensität ihrer Anwendung ist differenzierter und spiegelt häufig den Machtanspruch des jeweiligen Landes wieder.

**Zunahme der
Spionage-
aktivitäten**

Im Zuge der Umzugsvorbereitungen von Parlament und Regierung nach Berlin verlagern schon jetzt weitere ausländische ND ihre Potentiale hierher, weshalb mit einer Steigerung der nachrichtendienstlichen Aktivitäten und dadurch mit einer Verschärfung der Bedrohungslage in dieser Stadt zu rechnen ist.

Die Aktivitäten fremder ND umfassen heute:

- ⇒ die „klassische“ Spionage (Wirtschaft, Politik und Militär),
- ⇒ den Bereich der Proliferation,²⁵
- ⇒ die Beschaffung sog. sensitiver Güter²⁶ und
- ⇒ die Ausforschung und Kontrolle der in Deutschland/Berlin lebenden Oppositionellen und Dissidenten des eigenen Staates.

**Breites
Aktions-
spektrum**

²⁵ Proliferation: Beschaffung und Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln (ABC-Waffen) bzw. zu deren Herstellung verwendbare Produkte einschließlich des dafür erforderlichen Know-how sowie entsprechende Waffenträgersysteme

²⁶ Sensitive Exporte: Geschäfte, die gegen die Vorschriften des Außenwirtschaftsgesetzes (AWG) oder des Kriegswaffenkontrollgesetzes (KWKG) verstoßen, die den Export bestimmter Güter - darunter Produkte, die zivile wie militärische Verwendung finden - in Krisengebiete untersagen

Spionageabwehr

Zugenommen haben die politische Spionage, die Wirtschaftsspionage und Aktivitäten zur Ausforschung der Regimegegner und zur Einflußnahme auf diese Personen.

Für manche Staaten ist es offenbar kein Widerspruch, sich im Rahmen der politischen Annäherung oder Freundschaft um Zusammenarbeit und Unterstützung zu bemühen, gleichzeitig aber Deutschland weiter auszuspähen.

„Rundum-
Blick“
erforderlich

Die Verfassungsschutzbehörden begegnen dieser Bedrohungslage durch aufmerksame Beobachtung aller gegen deutsche Interessen gerichteten Aktivitäten fremder Nachrichtendienste.

2 Aktivitäten fremder Nachrichtendienste in Berlin

Die Anzahl der Personen, die in Berlin von fremden Nachrichtendiensten zu einer Spionagetätigkeit gegen die Bundesrepublik Deutschland aufgefordert bzw. als „Vertrauliche Verbindung“ nachrichtendienstlich abgeschöpft worden sind, ist seit 1994 stetig gestiegen und hat im Berichtszeitraum 1997 einen neuen Höhepunkt erreicht. Dabei spielen zunehmend die legalen Residenturen der Nachrichtendienste hier in Berlin eine maßgebliche Rolle.

Legal-
residenturen

Legale Residenturen sind nachrichtendienstliche Stützpunkte im Ausland, die in Botschaften, Konsulaten oder anderen Vertretungen des jeweiligen Staates abgetarnt sind. Ihre nachrichtendienstlichen Mitarbeiter fungieren offiziell als Diplomaten und besitzen in der Regel Immunität.

Mit den Legalresidenturen verschaffen sich viele Länder eine räumliche Annäherung an das entsprechende Aufklärungsgebiet, da große Distanzen Probleme bei der Führung von Agenten und der Abwicklung nachrichtendienstlicher Handlungen aufwerfen.

Spionageabwehr

Legalresidenturen erfüllen eine Art Brückenkopffunktion in einem fremden, aufzuklärenden Gebiet. Sie sind - in Miniaturform - aufgebaut wie ihre Zentrale und decken alle Facetten der Aufklärungsarbeit im Zielland ab.

Der Wert einer „nachrichtendienstlichen Basis“ in einer diplomatischen Vertretung besteht nicht nur in der Sicherheit ihres Personals durch deren Immunität, sondern auch durch das sich aus der diplomatischen Legende ergebende breite Angebot von Zielfeldern, die eine operative Nutzung unter nachrichtendienstlichen Aspekten ermöglichen.

Derartige nachrichtendienstliche Aktivitäten aus den Legalresidenturen erfolgen nach wie vor auf drei Hauptgebieten:

- ⇒ Logistische Unterstützung von Agentenoperationen, insbesondere von „Illegalen“²⁷
- ⇒ Aufklärung durch Abschöpfung von dienstlichen oder privaten Kontakten
- ⇒ Aufbau und Führung von „Vertraulichen Verbindungen“, die nach der Wiedervereinigung zu einem neuen Schwerpunkt in der Aufgabenstellung der Nachrichtendienste geworden sind und die den „Agentenoperationen“ an Ergiebigkeit nicht nachstehen.

**Aktivitäten
der Legal-
residenturen**

Die „Vertrauliche Verbindung“ hat sich schon in den 80iger Jahren in fast allen Geheimdiensten als eine nachrichtendienstliche Führungsmethode „bewährt“. Sie ist erwiesenermaßen für die nachrichtendienstliche Arbeit aus den legalen Residenturen geeignet, weil die Legende eines „Diplomaten“ Einschränkungen in der operativen Führungsarbeit einschließt.

Trotzdem deuten gewisse Merkmale in den Beziehungen zwischen Quelle und Führungsoffizier unverkennbar auf den nachrichtendienstlichen Hintergrund:

- ⇒ Wunsch nach Vertraulichkeit der Beziehung,
- ⇒ „Treffs“ außerhalb der Arbeits- oder Dienststellen in einem nahezu festen Rhythmus,

**„Vertrauliche
Verbindung“**

Spionageabwehr

- ⇒ „Einbahnstraße“ in der Kontakthaltung in der Regel vom „Diplomaten“ zur Quelle,
- ⇒ Begleichung der Rechnung für Speisen und Getränke durch den „Diplomaten“, kleine Zuwendungen, ggf. Erstattung von Auslagen für Aufwendungen,
- ⇒ „Übergabe“ des Kontaktes an einen Nachfolger bei Abberufung.

Die Gefahren für den Bürger, die mit den nachrichtendienstlichen Aktivitäten aus den Legalresidenturen verbunden sind, lassen sich am besten an den folgenden vier Fällen darstellen. Bewußt wird hier auf die Nennung der involvierten fremden Nachrichtendienste verzichtet, um dem Eindruck einer willkürlichen Auswahl vorzubeugen. Im übrigen lassen sich die Beispiele auf alle in Berlin aktiven fremden Nachrichtendienste übertragen.

Beispielfall 1

Der Wert „Vertraulicher Verbindungen“ für die nachrichtendienstliche Aufklärung zeigt sich am Beispiel eines Mitbürgers, der in „drei Generationen von Nachrichtendienstoffizieren“ aufgebaut, geführt und abgeschöpft worden ist: Der erste Kontakt entstand vor der Wiedervereinigung, als der Betroffene von einem Angehörigen der „politischen Abteilung der Botschaft“ anlässlich einer Parteiveranstaltung angesprochen worden war. Mit Unterbrechungen, die zum Teil durch die politischen Ereignisse der Wiedervereinigung und der Jahre 1991/1992 begründet

waren, traf man sich regelmäßig alle zwei bis drei Monate in Lokalen zu gemeinsamen Essen. Als Begegnungsgrund wurden regelmäßig interessante Artikel in einer Tageszeitung oder entsprechende politische Veröffentlichungen vorgeschoben. Unterstrichen wurde der sog. „private Charakter“ dieser Zusammentreffen mit der Bekundung eines persönlichen Meinungsaustausches. Ziel der Nachrichtendienstoffiziere war es aber, Grundtendenzen bzw. Strömungen der Partei insbesondere zur aktuellen Politik schon im Ansatz zu erfahren.

Unabhängig von ihren anderen operativen Aufgabenstellungen haben alle Nachrichtendienstoffiziere den Auftrag, Kontakte auf ihre nachrichtendienstliche Operabilität hin zu prüfen. Dabei sind insbesondere die Offiziere der „Gegenspionage“ ständig auf der Suche nach Quellen in Polizei und Sicherheitsdiensten.

Spionageabwehr

Ein Berliner Polizeibeamter, der bei der Konsularabteilung einer Botschaft ein Visum für eine Auslandsreise beantragt hatte, war erstaunt, als er bei der Abholung des Visums zu einem persönlichen Gespräch mit dem dortigen „Diplomaten“ gebeten wurde. Dieser begründete sein Interesse mit allgemeinen Hintergrundfragen, die sich aus dem Reiseantrag alleine nicht herleiten lassen würden.

Aufmerksam und mißtrauisch wurde der Polizeibeamte, als der „Diplomat“ ihn etwa einen Monat später anrief und zu einem Treffen auf neutralem Platz einlud. Nach Information seiner Vorgesetzten über den Gesamthintergrund und die neuerliche Kontaktierung nahm er den Termin wahr.

Das Zusammentreffen fand in einem Cafe statt. Nach Austausch von Belanglosigkeiten kam sein Gegenüber schnell zum eigentlichen Grund seines Vorhabens und erkundigte sich nach persönlichen und dienstlichen Angelegenheiten des Polizisten. Als ihm dieser im Verlaufe des Gespräches eröffnete, daß er seine Vorge-

setzen von den bisherigen Kontakten und dem heutigen Treffen informiert habe, wurde das Gespräch von dem sichtlich enttäuschten „Diplomaten“ abrupt abgebrochen.

Dennoch kam es nach kurzer Zeit erneut zu einem Anruf des „Diplomaten“ bei dem Polizeibeamten. Der „Diplomat“ gab vor, daß er erhebliche Probleme mit einem „Kunden“ habe, die er unbedingt einer Klärung zuführen wolle, wozu allerdings ein Treffen mit dem Polizeibeamten erforderlich sei. Dieser blockte jedoch diesen nochmaligen Versuch mit dem Hinweis auf seine geplante Reise und den damit verbundenen Vorbereitungen ab.

Nach Beendigung dieser Reise meldete sich der „Diplomat“ abermals und bat um eine Zusammenkunft, um dem Polizeibeamten ein Geschenk zu überreichen. Die Absage zu diesem Ansinnen und zu jeglichen weiteren Kontaktaufnahmen nahm er bedauernd entgegen, verzichtete aber seitdem auf jegliche neuerliche Versuche.

Beispielfall 2

Ein im Nahen Osten geborener Berliner sammelte ähnliche Erfahrung, als er versuchte, aus der Staatsangehörigkeit seines Geburtslandes entlassen zu werden. Nach wiederholtem Vortragen seiner Bitte beim zuständigen Sachbearbeiter des hiesigen Konsulats seines Heimatlandes wurde er an einen abgetarnten Nachrichtendienstangehörigen verwiesen. Dieser knüpfte seine Zusage für eine schnelle und unbürokratische Erledigung an die Bedingung einer Gegenleistung. So sollte der Antragsteller Auskünfte über einen entfernten Verwandten geben, ggf.

Informationen zu diesem beschaffen. Dieser Familienangehörige hatte sich mit dem Regime im Heimatland überworfen, weswegen er inhaftiert wurde und dabei zu Tode kam. Hauptsächlich interessierten den ND-Mitarbeiter dabei die zu Lebzeiten geknüpften politischen Kontakte des Verstorbenen. Der Antragsteller sollte die Verbindungen aufgreifen, wiederbeleben und dem Nachrichtendienst zunutze machen. Abschließend wurde der Antragsteller aufgefordert, eine Verpflichtung zur Zusammenarbeit zu unterschreiben.

Beispielfall 3

Im Gegensatz zu den „feinfühligten Annäherungsmethoden“ von ND auf fremdem Hoheitsgebiet sind Werbungsoperationen im eigenen Land ein „Heimspiel“ mit optimalen Gewinnchancen.

Aktivitäten von ND im eigenen Land

Spionageabwehr

Je nach Kultur und Staatsform werden nahezu unbeschränkte Machtbefugnisse eingesetzt.

Eine Anwerbungsoperation beginnt in der Regel mit der Avisierung des Werbekandidaten durch die zuarbeitende Legale Residentur der Botschaft des Heimatlandes in der Bundesrepublik Deutschland, geht über in koordinierte Aktivitäten von Zoll und Grenzpolizei oder Ausländerbehörden des Ziellandes, die den Aufenthalt des Reisenden manipulieren und im Extremfall in einen Alptraum verwandeln können. Dabei gehören Observation und Einsatz technischer Mittel zum Standardrepertoire. Im Ergebnis werden entdeckte Schwächen, Abhängigkeiten oder menschliche Bindungen zu Druckmitteln umfunktioniert.

Besonders wirksam und deswegen gern angewandt, ist das Ausnutzen von persönlichen Bindungen, insbesondere über den nahen familiären Angehörigen als „Faustpfand“.

Beispielfall 4

Ein ausländischer Staatsbürger, der vor Jahren sein Heimatland in Nahost verlassen hatte, weil er wegen seiner vormaligen Zugehörigkeit zu einer oppositionellen Partei um sein Leben fürchten mußte, wurde bei der Einreise in seine alte Heimat von den dortigen Grenzkontrollbeamten einer Unterredung mit Angehörigen des Nachrichtendienstes zugeführt. Diese gaben dem Reisenden unmißverständlich zu verstehen, daß sie das weitere Wohlergehen seiner hier verbliebenen Familienange-

hörigen von seiner Bereitschaft zur „Zusammenarbeit“ abhängig machen. Der Angesprochene ging auf das Werbungsangebot ein. Er wurde im Verlauf weiterer Treffs in seinen nachrichtendienstlichen Auftrag und in die Verbindungswege eingewiesen.

Nach Rückkehr von seiner Reise offenbarte sich der Betroffene unmittelbar den Verfassungsschutzbehörden, womit er absichtlich den Teufelskreis der Spionage unterbrochen hatte.

Bisherige Erfahrungen aus der Abwehrarbeit belegen, daß offengelegte nachrichtendienstliche Verbindungen (Dekonstruktion) zum konsequenten Abbruch der Kontakte durch den fremden Nachrichtendienst führten, ohne daß sich daraus negative Konsequenzen für den Betroffenen oder sein Umfeld ergaben.

Spionageabwehr

3 Ausblick

Um den vielfältigen Gefahren in Berlin durch ausländische Nachrichtendienste mit angemessenen Abwehrmaßnahmen begegnen zu können, ist auch in Zukunft eine effektive Spionageabwehr unverzichtbar. Die Beobachtung und Enttarnung nachrichtendienstlicher Handlungen kann größere Spionageaktivitäten verhindern oder zumindest erschweren.

Ohne eine Abwehr könnten fremde Nachrichtendienste unbehelligt agieren.

Effektive Maßnahmen können aber nur im Verbund aller Verfassungsschutzbehörden geleistet werden, was sich in der traditionell engen Kooperation zwischen dem LfV Berlin und den Verfassungsschutzbehörden, insbesondere der umliegenden Länder, sowie dem Bundesamt für Verfassungsschutz widerspiegelt.

Darüber hinaus gewinnt die präventive Abwehrarbeit immer mehr an Bedeutung.

Insbesondere die Abwehr der Aktivitäten im Bereich der Wirtschaftsspionage, die großen ökonomischen Schaden anrichtet und den Verlust vieler Arbeitsplätze nach sich zieht, macht es dringend erforderlich, daß die Berliner Verfassungsschutzbehörde nicht nur der gesetzlich vorgeschriebenen Informationspflicht genügt. Daneben ist die gezielte Sensibilisierung von Wissens- und Entscheidungsträgern in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft, die beruflich und/oder privat Kontakte zu abgetarnten Angehörigen fremder Nachrichtendienste unterhalten, ein besonderer Schwerpunkt.

Splionageabwehr

Personen- und Sachregister

G**PERSONEN- UND
SACHREGISTER**

Personen- und Sachregister

A

AA/BO 14; 25 *Siehe* Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation
 AAB 14; 20; 25; 26; 27; 28; 51 *Siehe* Antifaschistische Aktion Berlin *Siehe* Antifaschistische Aktion Berlin
 Aberration 173
 ABU-NIDAL-Organisation 158
 ADÜTDF 146; 147; 148 *Siehe* Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V.
 AG "Autonome Gruppen" 59
 AG AG 59 *Siehe* Arbeitsgemeinschaft Autonome Gruppen in und bei der PDS
 AG JG 57; 58 *Siehe* Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen in und bei der PDS
 AIW 36; 39; 40; 41; 42; 43; 62; 63 *Siehe* Antimperialistischer Widerstand
 AIZ 9; 40; 41 *Siehe* Antimperialistische Zelle
 AJAK 27 *Siehe* Antifaschistische Jugend-Aktion Kreuzberg
 Aktion 1 000 101
 Aktionskomitee Rudolf Heß 87
 AL-BANNA, Hassan 154
 AL-FATAH 159
 AMGT 150 *Siehe* Vereinigung der Neuen Weltsticht e. V.
 AMIN, Youssef Mohammad 162
 Anarchie 44
 ANO 158 *Siehe* ABU-NIDAL-Organisation
 ANSARI, Mohammed 164
 Anstoß - Organ des DKP-Bezirks Berlin 45
 Anti-CASTOR-Kampagne 15
 Antifa Süd-Ost 27
 Antifa-Jugend-Aktion-Kreuzberg 28
 Antifa-Jugend-Aktion-Potsdam 28
 Antifaschismus 13; 22; 23; 24; 26; 30
 Antifaschistische Aktion 14; 23; 27
 Antifaschistische Aktion Berlin 14; 20; 25; 27; 51
 Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation 14; 25
 Antifaschistische Jugend-Aktion Kreuzberg 27
 Antifaschistischer Kampf 8; 15; 22
 Antimperialisten 42
 Antimperialistische Zelle 9; 40
 Antimperialistischer Widerstand 36; 39; 40; 41; 42; 62
 Antimilitaristische Aktion 15
 Anti-Olympia-Kampagne 15
 Anti-Olympia-Komitee 20; 34
 Antirassismus 13
 Antirassistische Initiative 15
 Antirepressionsbüro 60; 61
 Antirepressions-Kampagnen 15

AOK 20; 34 *Siehe* Anti-Olympia-Komitee
 ARAFAT, Jassir 157; 159; 164
 Arbeiterpartei Kurdistans 122; 127; 135
 Arbeiterpartei Kurdistans 43
 Arbeitsgemeinschaft Autonome Gruppen in und bei der PDS 59
 Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen in und bei der PDS 57
 Arbeitsgemeinschaften 'Bund Westdeutscher Kommunisten' in der PDS 56
 Arbeitskreis Wahlen Berlin 102
 ARGK 133; 135 *Siehe* Volksbefreiungsarmee Kurdistans
 ASO 27; 28 *Siehe* Antifa Süd-Ost
 ATF 148 *Siehe* Almanyra Türk Federasyonu
 ATRIS, Mohammad 162
 Auditing 172
 Aufzug unter dem Motto Arbeit zuerst für Deutsche 103
 AÜTDK 147 *Siehe* Avrupa Ülkücü Türk Dernekleri Konfederasyonu
 Autonome 8; 12; 13; 15; 16; 17; 19; 20; 21; 22; 24; 25; 26; 27; 28; 29; 33; 42; 53; 58; 62; 63
 Autonome Antifa (M) 14; 25
 autonome antifaschistische atomkraftgegner/innen 31
 a.u.t.o.n.o.m.i.e.g.r.u.p.p.e.n. 31
 Autonomie-Kongreß 20
 Avrupa Ülkücü Türk Dernekleri Konfederasyonu 147

B

BAADER, Andreas 36; 38
 BAHCELLI, Devlet 146
 Barrikade 18; 59
 BBP 146; 147 *Siehe* Partei der Großen Einheit
 BBZ 83; 92; 93; 96; 113; 114 *Siehe* Berlin-Brandenburger-Zeitung
 Befreiungsbewegung Iran 163
 Berlin-Brandenburger-Zeitung 83
 Berliner Kulturgemeinschaft Preußen e. V. 68; 108; 109; 114
 Bewegung des islamischen Widerstandes 155
 Bezirksorganisation (BO) Kreuzberg der PDS 60
 Bezirksorganisation Kreuzberg der PDS 60
 Blood & Honour 85
 BOLDT, Ulli 108; 114
 BSA 51 *Siehe* Spartakist - Arbeiterpartei Deutschlands
 BÜD 146; 148 *Siehe* Großer Idealer Kreis - Türkischer Kulturverein Berlin e. V.
 Bund Sozialistischer Arbeiter 51

Personen- und Sachregister

Bund Westdeutscher Kommunisten 56
 BWK 56 *Siehe* Bund Westdeutscher
 Kommunisten

C

Clear 172, 174
 clockwork - zusammen für befreiung
 kämpfen 42
 Committee for a Worker's International 50
 CWI 50 *Siehe* Committee for a Worker's
 International

D

DABK 143, 145 *Siehe* Ostanatolisches
 Gebietskomitee
 DARABI, Kazem 161
 Das K.O.M.I.T.E.E. 17; 42
 Demokratische Front für die Befreiung
 Palästinas 158
 Demonstration in München gegen die
 Wehrmachtsausstellung 88
 Denktzettel - Die Seite der Jungen
 Nationaldemokraten 104
 Der Aktivist 103
 Der Republikaner 105
 Deutsche Aktionsgruppen 78
 Deutsche Kommunistische Partei 45; 51
 Deutsche Liga für Volk und Heimat 68; 107
 Deutsche National-Zeitung 99
 Deutsche Stimme 83; 100
 Deutsche Volkunion 68; 99
 Deutsche Wochen-Zeitung/Deutscher
 Anzeiger 99
 Deutsche Reichspartei 100
 Deutscher Herbst 38
 Deutsches Kolleg 68; 110
 Dev Sol 137
 Devrimci Gençlik 137 *Siehe* Föderation der
 revolutionären Jugendvereine
 Devrimci Sol 137; 138; 139; 167
 Devrimci Yol 137; 142; 145
 DFLP 158 *Siehe* Demokratische Front für
 die Befreiung Palästinas
 DHKP-C 138; 139; 140; 141 *Siehe*
 Revolutionäre Volksbefreiungspartei-
 front
 DIDF 145; 146 *Siehe* Föderation der
 demokratischen Arbeitervereine aus der
 Türkei in der Bundesrepublik Deutschland
 e. V.
 Die Nationalen e. V. 68; 70; 92; 94; 107;
 109; 113
 Die Republikaner 68; 98; 105
 Die Rote Fahne - Zentralorgan der
 Kommunistischen Partei Deutschlands 46
 Die Rote Luzie 55
 DIESNER, Kay 70; 71; 79; 80; 97
 DIMITROFF, Georgi 23

DK 68, 110 *Siehe* Deutsches Kolleg
 DKP 45; 46; 51
 DLVH 68; 107 *Siehe* Deutsche Liga für
 Volk und Heimat
 DRP 100 *Siehe* Deutschen Reichspartei
 DVU 68, 99; 105; 106 *Siehe* Deutsche
 Volkunion

E

Einheit und Kampf 103; 104
 EMUG 150 *Siehe* Europäische Moscheebau
 und Unterstützungs Gesellschaft
 ENGELS, Friedrich 49
 ENSSLIN, Gudrun 38
 ERBAKAN, Necmettin 149
 ERNK 127; 131; 134; 135; 136 *Siehe*
 Nationale Befreiungsfront Kurdistans
 Eshab-ı Kehl - Islamischer Erziehungs- und
 Kulturverein e V 153
 EuK 104 *Siehe* Einheit und Kampf
 Europäische Moscheebau und Unterstützungs
 Gesellschaft 150
 Ezz ad-Din al Qassam 155

F

F.e.l.S. 34 *Siehe* Für eine linke Strömung
 FAP 89; 97 *Siehe* Freiheitliche Deutsche
 Arbeiterpartei
 FARA 14; 25; 26 *Siehe* Feministische
 Antifaschistische Revolutionäre Aktion
 Faschismus 23; 24; 25; 26; 63
 Feierabendterrorismus 43
 Feministische Antifaschistische
 Revolutionäre Aktion 14; 25; 26
 Forum West 55; 60
 FREIHEIT JETZT 38
 Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei 97
 FREY, Gerhard 99
 Führerkult 86
 Für eine linke Strömung 34

G

FALLAHIAN, Ali 162
 Föderation der demokratischen
 Arbeitervereine aus der Türkei in der
 Bundesrepublik Deutschland e. V. 145;
 146
 Föderation der revolutionären Jugendvereine
 137
 Föderation der türkisch-demokratischen
 Idealistenvereine in Europa e. V. 146
 Freier Frauenverband Kurdistans 135
 GegenDruck 60
 GFGENSTANDPUNKT - politische
 Vierteljahresschrift 48
 GHODS-Tag 164

Personen- und Sachregister

GIESEN, Lutz 93; 96; 97
 GOEBBELS, Joseph 116
 Großer Idealer Kreis - Türkischer
 Kulturverein Berlin e. V. 146

H

HÄHNEL, Jörg 103; 109
 HAMAS 155; 156; 167 *Siehe* Verband der
 islamischen Vereine und Gemeinden e. V.
 Köln
 Hammerskins 85
 Hansekurier 93
 Hausbesetzerszene 17
 Häuserkampf 15; 29; 34; 35
 HAWATMEH-Flügel 158
 Heldengedenkfeier 67; 108
 HEPP/KEXEL 77
 HESS, Rudolf 67; 87; 102; 115
 Hilfsorganisation für nationale politische
 Gefangene und deren Angehörige e. V.
 68; 94
 Hizb Allah 160; 162; 168
 HNG 68; 94 *Siehe* Hilfsorganisation für
 nationale politische Gefangene und deren
 Angehörige e. V.
 Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerk
 e. V. 68; 109
 HUBBARD, Lafayette Ronald 171; 173;
 174; 176

I

Informationelle Vernetzung 70; 86; 112; 116
 Info-Telefone 87; 88; 100; 114
 INTERIM 31; 33; 34; 35
 Internet 87; 92; 93; 100; 112; 115; 119

J

JN 26; 28 *Siehe* Junge Nationaldemokraten
 JN 68; 78; 88; 98; 100; 101; 103; 104; 109;
 114 *Siehe* Junge Nationaldemokraten
 Jugendantifa Friedrichshain 28
 Junge Nationaldemokraten 26; 68; 103
 Junges Franken 93

K

Kameradschaft Beusselkiez 114; 115; 117
 Kameradschaft Treptow 81; 97
 Kameradschaft Wittenberg 97
 KAPLAN, Cemaleddin 152; 153
 KARATAS, Dursun 138
 KARATAS-Flügel 138; 140
 KBW 56 *Siehe* Kommunistischer Bund
 Westdeutschlands
 KGK 17 *Siehe* KLASSE GEGEN KLASSE

KHATAMI 160; 162; 168
 KHOMENI, Ayatollah 162; 164
 KLASSE GEGEN KLASSE 17
 Kommunismus 14; 52
 Kommunistische Arbeitsgemeinschaft in und
 bei der PDS 56; 60
 Kommunistische Partei der Sowjetunion 46
 Kommunistische Partei Deutschlands 10; 23;
 45; 46; 52
 Kommunistische Partei Perus 49
 Kommunistische Partei - Aufbauorganisation
 143
 Kommunistische Plattform der PDS 46; 52;
 54
 Kommunistischer Bund Westdeutschlands
 56
 KPD 23; 45; 52 *Siehe* Kommunistische
 Partei Deutschlands
 KPD - Sitz Berlin 46
 KPdSU 45; 46 *Siehe* Kommunistische Partei
 der Sowjetunion
 KPF 46; 51; 52; 53; 54; 55; 60 *Siehe*
 Kommunistische Plattform der PDS
 KP-IO 143; 144 *Siehe* Kommunistische
 Partei - Aufbauorganisation
 KREBS, Pierre 109
 KreuzWeise 60
 Kulturexport 162

L

Landser 84; 96
 LAUCK, Gary 95
 LENIN, Wladimir I. 49
 Lernen und kämpfen 47
 Leuchtender Pfad 49 *Siehe* Sendero
 Luminoso
 Libyen 149; 161

M

MABB 115 *Siehe* Medienanstalt Berlin-
 Brandenburg
 Macht und Ehre 84
 Mailboxen 87; 113
 MARX, Karl 49
 Marxismus 14; 47; 54
 Marxistisch - leninistische Parteien 45
 Marxistische Blätter 45
 Marxistische Gruppe 48
 Marxistisches Forum 54
 Marxistisch-Leninistische Kommunistische
 Partei 143; 145
 Marxistisch-Leninistische Partei
 Deutschlands 47
 MASHAL, Khalid 155
 MB 154; 155; 156; 159 *Siehe*
 Muslimbruderschaft
 Medienanstalt Berlin-Brandenburg 115
 MED-TV 128; 135

Personen- und Sachregister

Mehmet Akif Moschee e.V. 153
 MEINHOF, Ulrike 36
 MG 48; 49
 MHP 146; 147; 148 *Siehe* Partei der
 Nationalistischen Bewegung
 MILITANT 112
 MISCAVIGE, David 174
 Mitteldeutsche Rundschau 93
 MLKP 143; 144; 145; 146 *Siehe*
 Marxistisch-Leninistische
 Kommunistische Partei
 MLPD 47; 48
 Muhacirin Moschee 153
 MÜLLER, Ursula 94
 Muslimbruderschaft 154; 155; 156
 Muslimen Treff- und Kulturzentrum e.V. 153
 MUSSOLINI, Benito 22
 Mykonos 161; 166

N

N.I.X.3 31
 NA 79 *Siehe* Nationale Alternative
 Nachrichten der IING 94
 NADJAFABADI 162
 NAHRATH, Wolfram 109
 Nationaldemokratische Partei Deutschlands
 26, 68; 98; 100
 Nationale Alternative 79
 Nationale Befreiungsarmee 165
 Nationale Befreiungsfront Kurdistans 127
 Nationale Info-Telefone 87; 88; 100; 113
 Nationaler Widerstandsrat Iran 165
 Nationales Info-Telefon für Berlin und
 Brandenburg - Stimme der nationalen
 Opposition 114
 Nationales Info-Telefon Preußen 114
 Nationales Lager 70
 Nationalismus 66; 86
 Nationalkomitee Freie DDR 44
 Nationalsozialistische Deutsche
 Arbeiterpartei - Auslands- und
 Aufbauorganisation 68; 95
 Neue Thüringer Zeitung 93
 NIT 113; 114 *Siehe* Nationale Info-Telefone
 NIT Berlin 114 *Siehe* Nationales Info-
 Telefon für Berlin und Brandenburg -
 Stimme der nationalen Opposition
 Nizam-i Alem Ülkü Ocagi - Idealer Kreis der
 neuen Weltordnung - Türkischer
 Kulturverein e.V. 146; 147
 Nizam-i Alem Ülkü Ocagi^{iv} - „Idealer Kreis
 der neuen Weltordnung - Türkischer
 Kulturverein e.V. 148
 NKFFDDR 44 *Siehe* Nationalkomitee Freie
 DDR
 NLA 165; 166 *Siehe* Nationale
 Befreiungsarmee
 NOLDE, Detlef 97
 Nordland-Netz 113

NPD 26; 28, 68; 70; 83; 88; 98; 99; 100; 101;
 102; 103; 105; 106; 107; 109; 118 *Siehe*
 Nationaldemokratische Partei
 Deutschlands
 NPJ-Demonstrationsoffensive 101
 NSDAP-AO 68; 95 *Siehe*
 Nationalsozialistische Deutsche
 Arbeiterpartei - Auslands- und
 Aufbauorganisation
 NS-Denkzettel 80
 NS-Kampftruf 95; 117
 NWRI 165; 166 *Siehe* Nationaler
 Widerstandsrat Iran

O

OBERLERCHER, Reinhold 110; 111
 ÖCALAN, Abdullah 128; 129; 134; 135; 166
 Offener Kanal Berlin 114; 119
 Office for Special Affairs 174
 OHNESORG, Benno 38
 OKB 114; 115; 116 *Siehe* Offener Kanal
 Berlin
 Operierender Thetan 172
 Organisation der Volksmohajedin Iran 164;
 165
 OSA 174; 175; 176 *Siehe* Office for Special
 Affairs
 Ostanatolisches Gebietskomitee 143
 Ost-Wind 107
 OT 172 *Siehe* Operierender Thetan

P

Palästinensische Gemeinde in Berlin 159
 Partei der Großen Einheit 146
 Partei der Nationalistischen Bewegung 146
 Partei des Demokratischen Sozialismus 9;
 26; 51
 Partei Gottes 160 *Siehe* Hizb Allah
 Partizan-Flügel 143; 146
 PCP 49 *Siehe* Kommunistische Partei Perus
 PDS 9; 26; 28; 46; 47; 51; 52; 53; 54; 55; 56;
 57; 58; 59; 60; 61; 64 *Siehe* Partei des
 Demokratischen Sozialismus
 PENKERT, Mike 114; 115
 PFLP 157; 158; 167 *Siehe* Volksfront für die
 Befreiung Palästinas
 PFLP-GC 157 *Siehe* Volksfront für die
 Befreiung Palästinas - Generalkommando
 PKK 43, 122; 124; 127; 128; 129; 130; 131;
 132; 133; 134; 135; 136; 166 *Siehe*
 Arbeiterpartei Kurdistans
 PMOI 164; 165 *Siehe* Organisation der
 Volksmohajedin Iran
 POHL, Helmut 38
 PRIEM, Arnulf-Winfried 79
 Prozeßgruppe Berlin 95; 116; 117

Personen- und Sachregister

R

Radio Germania - das Radio für nationale Interessen 115; 118
 Radio Knorke 116; 118
 Radio Z! 115; 118
 RADJAVI, Masoud und Marjam 165
 RAF 9; 36; 37; 38; 39; 40; 42; 43; 64 *Siehe* Rote Armee Fraktion
 RAI 14; 25; 26 *Siehe* Rote Antifaschistische Initiative
 RASPE, Jan-Carl 38
 Rassismus 66; 86
 Rattenpost 57
 Rebell - Jugendmagazin des Jugendverbandes REBELL 47, 48
 rechtsterroristische Gruppen 77
 REICHEL, Lutz 102
 Religious Technology Center 174
 REMER, Otto Ernst 112
 RENNICKE, Frank 112
 REP 68; 105; 106; 107; 109; 118
 Republikanisches Info-Telefon 114
 Revolutionäre 1. Mai-Demonstration 20; 50
 Revolutionäre Kommunisten (BRD) 49
 Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei 145
 Revolutionäre Linke 137; 138; 139 *Siehe* Devrimci Sol
 Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-front 138
 Revolutionäre Zellen 14; 17; 42
 Revolutionärer Weg 142; 145 *Siehe* Devrimci Yol
 Revolutionary Internationalist Movement 49
 Revolutionsexport 163
 RHAYEL, Abbas Hussein 161
 RIM 31; 33; 34; 35; 49 *Siehe* Revolutionary Internationalist Movement
 RINDER, Michael 175; 176
 RK 49; 50 *Siehe* Revolutionäre Kommunisten (BRD)
 ROEDER, Manfred 78
 RÖHM, Ernst 86
 Rote Antifaschistische Initiative 14; 25; 26
 Rote Armee Fraktion 9; 36; 38
 Rote Brigaden 37
 Rote Fahne 46; 47
 Rote Zellen 48
 Rote Zora 42; 64
 RP 149; 150; 151 *Siehe* Wohlstandspartei
 RTC 174 *Siehe* Religious Technology Center
 RZ 14; 17; 42; 43; 64 *Siehe* Revolutionäre Zellen *Siehe* Revolutionäre Zellen

S

SALOMON, Thomas 102

SAV 50 *Siehe* Sozialistische Alternative VORAN
 SCHILLOK, Lutz 97
 SCHLEYER, Hanns Martin 38
 SCHLIERER, Rolf 105; 106
 SCHWERDT, Frank 93; 96; 97; 107
 SCIENTOLOGY-ORGANISATION 170
 SDS 48 *Siehe* Sozialistischer Deutscher Studentenbund
 SED 23; 46; 47; 54 *Siehe* Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
 SEIDLER, Christoph 37
 Sendero Luminoso 49
 SEW 55 *Siehe* Sozialistische Einheitspartei Westberlins
 SIEMENS 32; 33
 Skinheads 28; 67; 68; 69; 74; 75; 77; 82; 84; 85; 100; 101
 Sleipnir 111; 112
 SO 170; 171; 172; 173; 174; 175; 176 *Siehe* Scientology-Organisation
 SOFU, Halil Ibrahim 152; 153; 168
 Sozialdemokratische Partei Deutschlands 23
 Sozialismus 9; 14; 23; 47; 55
 Sozialistische Alternative VORAN 50
 Sozialistische Einheitspartei Deutschlands 23; 46
 Sozialistische Einheitspartei Westberlins 55
 Sozialistische Reichspartei 66
 Sozialistischer Deutscher Studentenbund 48
 SpAd 51 *Siehe* Spartakist - Arbeiterpartei Deutschlands
 Spartakist - Arbeiterpartei Deutschlands 51
 SPD 23; 47 *Siehe* Sozialdemokratische Partei Deutschlands
 Spreegeschwader 84
 SRP 66 *Siehe* Sozialistische Reichspartei
 Staatsterrorismus 122; 161; 166
 Staatsterroristische Bestrebungen 123
 STALIN, Josef W. 50
 Sterka Ciwan 133
 STORR, Andreas 103; 104; 114
 STRASSER, Gregor und Otto 86
 Süddeutsche Allgemeine Zeitung 93
 Syrien 127; 149; 158; 161

T

TDKP 145 *Siehe* Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei
 Terrorismus 35; 63
 The NEW ORDER 95
 Thetan 172
 THKP/-C 137; 142 *Siehe* Türkische Volksbefreiungspartei/-front
 TKP/M-L 142; 145; 146 *Siehe* Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten
 TKP/M-L-Hareketi 143

Personen- und Sachregister

trend-ONLINEZEITUNG FÜR DIE
 ALLTÄGLICHE WUT 61
 Trotz alledem - Zeitschrift der
 Kommunistischen Partei Deutschlands für
 Theorie und Praxis der Parteiarbeit 46
 TROTZKI, Leo 50
 Trotzismus 50; 51
 TÜB 146; 148 *Siehe* Türkische Idealisten-
 gemeinschaft in Berlin
 Türk Federasyon 147; 148 *Siehe* Türkische
 Föderation
 TÜRKES, Alparslan 146
 Türkische Föderation 147
 Türkische Idealistengemeinschaft in Berlin
 146; 148
 Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-
 Leninisten 142
 Türkische Volksbefreiungspartei/-front 137;
 142

U

U.I.S.A. 163 *Siehe* Union Islamischer
 Studentenvereine in Europa
 Umstrukturierung 8; 15; 22; 28; 29; 30; 34;
 47; 62
 Unabhängige Kameradschaften 68; 89
 Union der Jugendlichen aus Kurdistan 132;
 135
 Union Islamischer Studentenvereine in
 Europa 163
 Unsere Zeit (UZ) - Zeitung der DKP 45

V

Vandalen - Ariogermanische
 Kampfgemeinschaft 68; 96
 VdF 68; 111; 112 *Siehe* Verlag der Freunde
Siehe Verlag der Freunde
 VdF-Buchdienst 112
 Verband der islamischen Vereine und
 Gemeinden e.V. Köln 152
 Vereinigung der Neuen Weltzeit e. V. 150
 Verlag der Freunde 68; 111
 Volksbefreiungsarmee Kurdistan 133
 Volksfront für die Befreiung Palästinas 157
 Volksfront für die Befreiung Palästinas -
 Generalkommando 157

W

WAR 80 *Siehe* White Ayrian Resistance
 WAW - Weißenseer Arischer Widerstand 80
 Wehrsportgruppe Hoffmann 77
 Wehrsportgruppen 78
 WEIL, Ekkehard 97
 Weißer Arischer Widerstand 80
 WENDT, Hans-Christian 93; 96; 97
 Westdeutsche Volkszeitung 93

White Ayrian Resistance 80
 Wiking-Jugend e. V. 109
 WINNING 176
 WISE 174 *Siehe* World Institute of
 Scientology Enterprises
 WJ 109 *Siehe* Wiking-Jugend
 Wohlstandspartei 149; 150; 152
 World Institute of Scientology Enterprises
 174

Y

YAGAN, Bedri 139
 YAGAN-Flügel 139; 140
 YAJK 135; 145 *Siehe* Freier Frauenverband
 Kurdistan
 YASSIN 156
 YAZICIOGLU, Muhsin 146
 YCK 132; 134; 135 *Siehe* Union der
 Jugendlichen aus Kurdistan
 YÜKSEL, Ali 151
 YUMAKOGULLARI, Osman 151

Z

ZEDONG, Mao 47; 49
 Zillerhalter Türkenjäger 84
 ZÜNDSTOFF - Deutsche Stimme für Berlin
 und Brandenburg 100, 104

